

Stenografischer Bericht

20. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 13. Dezember 2016

Beginn: 08.34 Uhr

B1. Einl.Zahl 1317/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung. Anfrage der LTAbg. Krautwaschl an Landesrat Mag. Drexler

Betreff: „*Maßnahmen seit dem Schlachthofskandal*“

Frage: LTAbg. Krautwaschl (3409)

Beantwortung: Landesrat Mag. Drexler (3410)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

1. Einl.Zahl 1160/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen

Betreff: *Landesbudget 2017*

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (3414), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (3423), LTAbg. Schönleitner (3429), LTAbg. Karl Lackner (3441), LTAbg. Schwarz (3448), Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (3455), LTAbg. Amesbauer, BA (3460), Landesrätin Mag. Kampus (3464), LTAbg. Schartel (3467), LTAbg. Dr. Murgg (3470), LTAbg. Kogler (3473), LTAbg. Hafner (3475), LTAbg. Klimt-Weithaler (3476), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (3481), Landesrätin Mag. Lackner (3485), Dritter Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann (3488), LTAbg. Tschernko, MSc. (3491), LTAbg. Triller, BA (3494), LTAbg. Moitzi (3496), LTAbg. Kober (3497), LTAbg. Krautwaschl (3499), LTAbg. Ahrer (3502), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (3504), LTAbg. Ing. Jungwirth (3507), LTAbg. Zenz (3511), LTAbg. Schnitzer (3514), LTAbg. Ederer (3515), LTAbg. Hartleb (3518),

LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (3521), LTAbg. Fartek (3524), LTAbg. Gangl (3526), LTAbg. Bauer (3528), LTAbg. Riener (3530), LTAbg. Kolar (3533), LTAbg. Dr. Holasek (3536), Landesrätin Mag. Lackner (3538), LTAbg. Petinger (3541), LTAbg. Mag. (FH) Hofer (3544), LTAbg. Hubert Lang (3546), LTAbg. Hartleb (3548), LTAbg. Dirnberger (3552), LTAbg. Ing. Jungwirth (3555), LTAbg. Moitzi (3559), LTAbg. Riener (3560), LTAbg. Schnitzer (3563), LTAbg. Dirnberger (3565), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (3568)
Beschlussfassung: (3571)

2. Einl.Zahl 338/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen

Betreff: *Nahverkehrsabgabe*

Beschlussfassung: (3575)

3. Einl.Zahl 339/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen

Betreff: *Naturnutzungsabgabe*

Beschlussfassung: (3575)

4. Einl.Zahl 1219/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen

Betreff: *Erhöhung des Verkehrsbudgets um jährlich 50 Millionen Euro zur Erhaltung der steirischen Landesstraßen*

Wortmeldung: LTAbg. Hafner (3576)

Beschlussfassung: (3577)

5. Einl.Zahl 1056/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wirtschaft

Betreff: *Keine Erhöhung der „GIS-Gebühren“ und Abschaffung der Landesrundfunkabgabe*

Wortmeldungen: LTAbg. Cramer (3577), LTAbg. Dr. Murgg (3579), LTAbg. Triller, BA (3580)

Beschlussfassung: (3581)

6. Einl.Zahl 1280/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit

Betreff: *Imagekampagne für die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (3581), LTAbg. Riener (3583)

Beschlussfassung: (3585)

7. Einl.Zahl 1293/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 8)

Beschlussfassung: (3608)

8. Einl.Zahl 1294/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Novelle des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes (SHG)*

Wortmeldungen: LTAbg. Triller, BA (3586), LTAbg. Zenz (3588), LTAbg. Klimt-Weithaler (3590), LTAbg. Dr. Murgg (3594), LTAbg. Krautwaschl (3596), LTAbg. Riener (3599), LTAbg. Klimt-Weithaler (3601), LTAbg. Schwarz (3604), LTAbg. Schönleitner (3606), LTAbg. Krautwaschl (3607)

Beschlussfassung: (3609)

9. Einl.Zahl 425/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Änderung des Aufteilungsschlüssels der Sozialhilfe und Reform der Mindestsicherung*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 11)

Beschlussfassung: (3614)

10. Einl.Zahl 1078/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Kommunen stützen und Kosten der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (BMS) eindämmen*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 11)

Beschlussfassung: (3614)

11. Einl.Zahl 1282/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Schaffung eines „Wiedereinsteigerbonus“ im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)*

Wortmeldungen: LTAvg. Amesbauer, BA (3610), LTAvg. Kogler (3610), LTAvg. Zenz (3612), Landesrätin Mag. Kampus (3613)

Beschlussfassung: (3615)

12. Einl.Zahl 1276/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales

Betreff: *Wiederaufnahme der Tätigkeit der Opferschutzkommission*

Beschlussfassung: (3615)

13. Einl.Zahl 1162/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Auflassung der L539 und L539a in einer Gesamtlänge von 267 m, Marktgemeinde Obdach, pol.Bez. Murtal*

Beschlussfassung: (3616)

14. Einl.Zahl 1240/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Auflassung der L 389, Steinbruchstraße in einer Länge von 645 m; Stadtgemeinde Voitsberg; pol. Bez. Voitsberg; Landesbeitrag zur Instandsetzung von 45.000 Euro.*

Beschlussfassung: (3616)

15. Einl.Zahl 1262/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Liegenschafts- Kauf und Verkauf von Betriebsgrundstücken zwischen dem Land Stmk. und der ASFINAG, Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft EZ 684, KG 60338 Mühlthal, Grst. .319 und EZ 208, KG 64008 Haideggendorf, Grst. 527 gegen EZ 529, KG 66174 Spielfeld, Grst. 951/13, Gesamtausgaben 214.000 Euro.*

Beschlussfassung: (3616)

16. Einl.Zahl 1274/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Liegenschaftsankauf zur Straßenmeisterei Graz-Nord, Gesamtausgaben 172.700 Euro*

Beschlussfassung: (3617)

17. Einl.Zahl 1275/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Immobilien-Rückübertragung LIG an Land, Ankauf der 1. Tranche: Landesaltenpflegezentren Mautern und Bad Radkersburg um rund neun Millionen Euro.*

Beschlussfassung: (3617)

18. Einl.Zahl 1261/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Luftreinhalteprogramm Steiermark, Maßnahme M6; Finanzierung von Straßendienstfahrzeugen durch Umwidmung von 844.000 Euro aus Globalbudget "Energie und Umweltkontrolle" auf das Globalbudget "Verkehr"*

Beschlussfassung: (3617)

19. Einl.Zahl 1063/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Landwirtschaft

Betreff: *Käfigeier-Import zum Schaden unserer Landwirtschaft verhindern!*

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (3618), LTAbg. Royer (3619)

Beschlussfassung: (3620)

20. Einl.Zahl 1227/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Landwirtschaft

Betreff: *Tätigkeitsbericht der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2015*

Wortmeldung: LTAbg. Hubert Lang (3620)

Beschlussfassung: (3621)

21. Einl.Zahl 1244/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Infrastruktur

Betreff: *Genehmigung der Förderung von Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gemäß Förderungsrichtlinien 2011*

Beschlussfassung: (3622)

22. Einl.Zahl 1259/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2016/9) betreffend EU-Finanzbericht 2014*

Beschlussfassung: (3622)

Präsidentin Dr. Vollath: Guten Morgen geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf alle ganz herzlich begrüßen zur zwanzigsten Sitzung des Landtages Steiermark, zum Budgetlandtag, in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle hier in unserer schönen Landstube, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort aber auch zu Hause am Livestream.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze und die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Mir liegen für die heutige Sitzung keine Entschuldigungen vor.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen diese irgendein Einwand?

Das sehe ich nicht. Dankeschön.

Geschätzte Abgeordnete, ich ersuche Sie, sich von ihren Sitzen zu erheben.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes des Landtages Steiermark zu gedenken.

Am 26. November dieses Jahres verstarb der ehemalige Landtagsabgeordnete Johann Kirner. Gestatten Sie mir daher, einiges aus dem Leben und dem politischen Wirken von Johann Kirner in Erinnerung zu rufen.

Der Verstorbene wurde am 27. November 1923 im obersteirischen Donawitz als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Nach seiner Schulzeit in Donawitz erlernte er das Schmiedehandwerk und legte die Gesellenprüfung ab. Später wechselte Johann Kirner aus gesundheitlichen Gründen den Beruf und war bis zur Einberufung im Jahre 1941 als Kanzleibediensteter in der Marktgemeinde Pottendorf angestellt. Von 1941 bis 1945 gehörte Johann Kirner dem Reichsarbeitsdienst sowie der Deutschen Wehrmacht an. In dieser Zeit wurde er zweimal verwundet und war daher 1942 sowie von Jänner 1945 bis zum Kriegsende in verschiedenen Lazaretten. Nach Kriegsende gehörte der Verstorbene ein halbes Jahr lang dem Gendarmerie-Hochgebirgsposten Vordernberg an, bevor er im Jahre 1946 mit seiner Tätigkeit als Landesbeamter in der Bezirkshauptmannschaft Leoben begann. Ebenfalls in diesem Jahr schloss er mit Eugenie Sokele den Bund der Ehe, aus ihrer Ehe entstammt eine Tochter. Seit der Gründung des Obersteirischen Kulturbundes Leoben im Jahre 1949 war Johann Kirner diesem innigst verbunden und fungierte von 1965 bis 1997, also über drei Jahrzehnte lang, als dessen Präsident. Zu dieser Zeit war Johann Kirner bereits politisch sehr engagiert und so wurde er 1978 als Abgeordneter angelobt und war bis Mai 1988 Mitglied des Landtages Steiermark. In seiner Funktion als Abgeordneter der SPÖ war Johann Kirner in den verschiedensten Ausschüssen tätig. Er war Obmann des Volksbildungs-Ausschusses, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie im Ausschuss für Jugend, Familie und Konsumentenschutz, um nur einige zu nennen. Seine kulturpolitischen Leistungen sowie sein Einsatz für die Bedürfnisse und Ziele der umfassenden Volksbildung brachten ihm große Wertschätzung und Anerkennung in der Bevölkerung und über alle Parteigrenzen hinweg ein. Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich Herrn Johann Kirner für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass eine Anfrage an ein Mitglied der Landesregierung gemäß § 69 GeoLT vorliegt.

Am Mittwoch, dem 07. Dezember 2016 wurde von Frau LTAbg. Sandra Krautwaschl namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage, Einl.Zahl 1317/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Maßnahmen seit dem Schlachthofskandal“ eingebracht.

Ich weise auf unsere Geschäftsordnung hin, wonach nach § 69 Abs. 8 der Geschäftsordnung beim Aufruf des gegenständlichen Tagesordnungspunktes lediglich die Frage mündlich wiederholt werden kann. Eine mündliche Begründung der Fragestellung ist im Rahmen dieses Instrumentes nicht zulässig.

Gemäß § 69 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt.

Nach Beantwortung der Frage kann die Fragestellerin eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortung der Anfrage findet keine Wechselrede statt.

Ich komme nun zur Behandlung der Befragung:

Ich ersuche nun die Fragestellerin, LTAbg. Sandra Krautwaschl, die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (08.39 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, einen schönen guten Morgen allen Anwesenden!

Die Frage an den Herrn Landesrat Drexler lautet: „Welche konkreten Verbesserungen konnten seit Bekanntwerden des Schlachthofskandals vor einem Jahr umgesetzt werden?“
(08.39 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich bitte dich, Herr Landesrat, die Frage zu beantworten.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (08.39 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, verehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, geschätztes Publikum!

Die Antwort kann trotz der kurzen Frage nicht ganz so knapp ausfallen, weil es ja eine kurze Frage von der Formulierung ist, aber einen breiten sachlichen Komplex anspricht. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines vorweg: Es ist für mich unabdingbar, dass bei der Schlachtung von Tieren die höchstmöglichen Tierschutzstandards eingehalten werden müssen. Wie im Übrigen es auch unabdingbar ist, da gibt es ja auch abweichende Meinungen, dass Tiere geschlachtet werden. Nur, dass das auch einmal klargestellt ist: Von der Überwachung des gesamten Prozesses, von der Anlieferung der Tiere bis zur Verarbeitung des Fleisches, ist streng darauf zu achten, dass die tierschutz-, tierseuchen- und lebensmittelrechtlichen Bestimmungen strengstens vollzogen werden müssen. Die im Vorjahr veröffentlichten Videos, die in ihren schlimmsten Ausformungen nicht die Steiermark betroffen haben, haben bedauerlicherweise Vergehen aufgezeigt, die mich veranlasst haben, die Veterinärdirektion zu beauftragen, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, um derartige Vorkommnisse künftig zu verhindern. Ein wesentlicher Teil dieses Maßnahmenpaketes war ein rigoroses Vorgehen im Falle der festgestellten Verstöße - strafrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich. Die diesbezüglichen Verfahren gegen Personen wegen Tierquälerei, die von der Bezirksverwaltungsbehörde an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wurden, wurden mittlerweile alle eingestellt. Staatsanwaltschaft! Acht Personen, gegen die ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet wurde, wurden nach mir vorliegenden Informationen rechtskräftig bestraft. Gegen einen amtlichen Tierarzt, also einen amtlich beauftragten Tierarzt, nicht zu verwechseln mit einem Amtstierarzt, und eine amtlich beauftragte Tierärztin wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Auch dieses Verfahren wurde eingestellt. Der amtliche Fleischuntersuchungstierarzt erhielt daraufhin aber im Verwaltungsstrafverfahren eine Geldstrafe, das Verwaltungsstrafverfahren gegen die Tierärztin wurde eingestellt. Zwei Betriebe, die aufgrund der Tierschutzkontrollen durch das bsi-Schwarzenbek, das ist das Beratungs- und Schulungsinstitut für Tierschutz bei Transport und Schlachtung (bsi), ein bundesdeutsches einschlägiges Institut, verwaltungsstrafrechtlich verurteilt wurden, erhielten eine Geldstrafe in Höhe von mehreren tausend Euro. In zwei weiteren Fällen haben die Betriebe gegen die Verwaltungsstrafen Beschwerde erhoben, diese Verfahren sind noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Bei einigen strafrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich nicht relevanten Tatbeständen wurden Maßnahmen mit Aufträgen

zur Mängelbehebungen bescheidmäßig vorgeschrieben. Heute - ein Jahr später - kann man feststellen, dass die von mir angeordneten Maßnahmen Wirkung zeigen und neben einer gewissen Stärkung der Sensibilität für diese Thematik zum Glück auch das Problembewusstsein bei allen Beteiligten größer geworden ist. Besonderer Dank gilt an dieser Stelle unserem Veterinärdirektor Hofrat Dr. Peter Wagner und seinem gesamten Team, inklusive der Amtstierärztinnen und Amtstierärzten in den Bezirksverwaltungsbehörden, die regelmäßig eine hervorragende Arbeit leisten. Ich stehe aber auch nicht an, mich bei den Betreibern der Schlachthöfe zu bedanken, dass sie in einer Zeit, in der wir überall und bei allen Gelegenheiten gerne von anzustrebenden Deregulierungen sprechen, einerseits Verständnis für die verstärkten behördlichen Kontrollen und Auflagen, z.B. durch erheblich aufwändigere Dokumentationspflichten, haben und andererseits – ich konnte mich persönlich bei Besichtigungen vor Ort überzeugen, einmal gemeinsam mit dem Kollegen Lang – sehr viel auch über das rechtlich gebotene und vorgeschriebene hinaus unternehmen, damit derartige Vorkommnisse künftig nicht mehr passieren.

Zu den konkreten Maßnahmen und die dadurch erzielten Verbesserungen: Mit Erlass vom 30.11.2015 wurden die Amtstierärztinnen und Amtstierärzte in den Bezirksverwaltungsbehörden angewiesen, das Videomaterial, das ihnen vom Verein gegen Tierfabriken übergeben worden war, in fachlicher Hinsicht zu sichten, erforderlichenfalls die nötigen Veranlassungen zu treffen und über getroffene Maßnahmen zu berichten. Weiters wurden sie angewiesen, sich die Unterlagen bzw. Aufzeichnungen der Schlachthöfe, so, wie sie in der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 gefordert sind, vorlegen zu lassen und auf Plausibilität zu prüfen. Dies ist in allen steirischen Schlachthöfen erfolgt, bei Mängel wurden Verbesserungen vorgeschrieben. Die zuständigen Amtstierärzte der Bezirksverwaltungsbehörden wurden in diesem Schreiben von der Veterinärdirektion auch angewiesen, über einen Zeitraum von einem Monat, es handelte sich um den Dezember 2015, Schwerpunktkontrollen im Lebetierbereich der Schlachthöfe durchzuführen und über die Ergebnisse zu berichten. Diese Kontrollen erfolgten im Übrigen zusätzlich zu den Kontrollen des Tierschutzes bei Transport und Schlachtung, die durch die beauftragten amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte im Rahmen der Schlachtier- und Fleischuntersuchung durchgeführt werden. Noch einmal sage ich, Sie müssen zwischen Amtstierärzten und –ärztinnen unterscheiden und amtlich beauftragten Tierärztinnen und Tierärzten, sogenannten Schlachtierfleischuntersuchungs-Tierärzten. Seit Jänner 2016 führen zudem die Amtstierärztinnen und Amtstierärzte der Steiermark auch verstärkt die

Schlachttieruntersuchung in den großen Schlachthöfen durch. Für die amtlichen Fleischuntersuchungstierärztinnen und -tierärzte sowie für die Amtstierärzte der Bezirksverwaltungsbehörden gab es eine verpflichtende Schulung durch dieses bsi, dass ich Ihnen vorhin bereits auseinandergesetzt habe. Bei allen steirischen Groß-Schlachtbetrieben wurde durch dieses bsi in Form einer unangekündigten Kontrolle der Tierschutz bei der Schlachtung überprüft, bei allen. Diese Überprüfung war übrigens bereits vor der Veröffentlichung der Videos in Auftrag gegeben worden, ist also mithin nicht unmittelbar eine Reaktion auf das offenkundig gewordene Videomaterial. Darüber hinaus wurden von diesem bsi auch die VGT-Videos, soweit sie zur Verfügung standen, hinsichtlich tierschutzrelevanter Fehlverhalten überprüft und in den Berichten bewertet. Ende Jänner 2016 gab es eine von der Veterinärdirektion gemeinsam mit der Wirtschaftskammer organisierte Schulung für alle Tierschutzbeauftragten, an der die Tierschutzbeauftragten aller großen steirischen Schlachtbetriebe teilgenommen haben. Bei den nunmehr verstärkten Kontrollen wird ein vermehrtes Augenmerk auf den Tierschutz bei der Schlachtung gerichtet. Vorschriften, die die Schlachthöfe gemäß der einschlägigen EU-Verordnung zu erfüllen haben, wie z.B. die routinemäßig vorgeschriebenen Kontrollen und Dokumentationen durch die betriebseigenen Tierschutzbeauftragten werden vermehrt überprüft, insbesondere auch, was die getroffenen Maßnahmen betrifft. Die amtlichen Tierärzte wurden sowohl von der Veterinärdirektion als auch von den Bezirksverwaltungsbehörden angewiesen, jedes Vergehen sofort und ausnahmslos zur Anzeige zu bringen. Amtliche Tierärztinnen und Tierärzte haben routinemäßig auch den Umgang mit den Schlachttieren und den Betäubungserfolg zu kontrollieren, bei Mängeln ist die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde zu benachrichtigen, die dann die weiteren Schritte zu setzen hat. Außerdem kontrollieren zusätzlich Amtstierärztinnen und Amtstierärzte einerseits die Betriebe (z.B. hinsichtlich der Aufzeichnungen der Eigenkontrollen und durchgeführter Personalschulungen) und andererseits auch die Tätigkeit und die Aufzeichnungen der amtlich beauftragten Tierärztinnen und Tierärzte. Als eine weitere Verbesserung ist anzuführen, dass in den Schlachtbetrieben im Lebendtierbereich mittlerweile nur mehr Fachpersonal mit einem Sachkundenachweis, der bei Vorliegen der entsprechenden Qualifikation von der Bezirksverwaltungsbehörde ausgestellt wird, tätig sein darf - Fachpersonal. In fünf Schlachtbetrieben wurden Videokameras an relevanten Positionen installiert, diesmal auf legalem Wege, diese werden von den Betriebsverantwortlichen und teilweise auch von den amtlichen Tierärztinnen und Tierärzten überwacht. Positiv kann auch erwähnt werden, dass

von den Betrieben nachweislich vermehrt Schulungen der Mitarbeiter zum Thema Tierschutz bei der Schlachtung durchgeführt, neue Betäubungs- und Ersatzgeräte angeschafft, Anpassungen am Zutrieb zur Falle und an der Falle selbst durchgeführt und zusätzliche Tränken in den Wartebuchten installiert wurden. Weiters kontrollieren die Tierschutzverantwortlichen der Betriebe routinemäßig den Umgang mit den Tieren und die Betäubung und führen hierüber Aufzeichnungen. Wenngleich mir bewusst ist, dass die geschilderten Maßnahmen und Verbesserungen ein Fehlverhalten von Menschen nicht zu 100 % ausschließen können und wir niemals sagen können, es wird nie zu tierquälerischen Umständen in irgendeinem Schlachtbetrieb kommen, so müsste doch mittlerweile allen Beteiligten bewusst sein, dass der Tierschutz dieser Landesregierung und auch mir persönlich ein großes Anliegen ist und ich bei Verstößen kein Pardon kennen werde und kenne. Dies habe ich auch bei der Dienstbesprechung mit den steirischen Amtstierärztinnen und Amtstierärzten am 28. November, also letztlich vor wenigen Tagen, eindeutig zum Ausdruck gebracht, wo wir ein sehr offenes und eindringliches Gespräch über unterschiedliche Probleme im Veterinärbereich und Themen, die dort angefallen sind, insbesondere aber natürlich auch über die Bewältigung des sogenannten „Schlachthofskandals“ durchbesprochen habe. Verzeihen Sie mir bitte die umfangreiche Antwort, aber die knappe Frage war eigentlich leider eine, die sehr viel Antwort gebraucht hat. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 08.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Gibt es eine Zusatzfrage?

LTAbg. Krautwaschl – Grüne *(08.49 Uhr):* Nein, danke. *(08.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Gut, damit komme ich zur Bekanntgabe der Anfragen und Anfragebeantwortungen:

Es wurden 6 Anfragen, mit den Einl.Zahl 1243/1, Einl.Zahl 1263/1 und 1264/1, Einl.Zahl 1286/1, Einl.Zahl 1297/1 sowie Einl.Zahl 1318/1 gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht.

Weiters wurden 28 Anfragebeantwortungen Einl.Zahl 1118/2, Einl.Zahl 1125/2, Einl.Zahl 1127/2, Einl.Zahl 1131/2 bis 1138/2, Einl.Zahl 1145/2 bis 1148/2, Einl.Zahl 1155/2, Einl.Zahl 1157/2, Einl.Zahl 1161/2, Einl.Zahl 1163/2, Einl.Zahl 1165/2 und 1166/2, Einl.Zahl 1181/2, Einl.Zahl 1196/2, Einl.Zahl 1207/2, Einl.Zahl 1225/2, Einl.Zahl 1258/2 sowie Einl.Zahl

1265/2 und 1266/2 gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1160/1, betreffend Landesbudget 2017.

Gemäß § 57 Abs. 2 der Geschäftsordnung steht bei der Beratung des Landesbudgets der Generalrednerin/dem Generalredner jedes Landtagsklubs eine Redezeit von höchstens 30 Minuten zu. Den übrigen Rednerinnen/Rednern steht je Wortmeldung eine Redezeit von höchstens 10 Minuten zu.

Die erste Wortmeldung, die mir vorliegt, ist von Klubobfrau Claudia Klimt Weithaler von der KPÖ. Bitte.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (08.51 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, werte anwesende Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen hier im Auditorium und via Livestream!

Ja, heute wird also im Landtag Steiermark das Budget für 2017 beschlossen. Das ist ein Budget, das durch die Darstellung, durch die Haushaltsreform, für die Abgeordneten äußerst undurchsichtig ist. Konkrete Zahlen zu diesem Budget erfährt man dann, wenn man beim Budgetdienst nachfragt. Im Budget selbst befinden sich jetzt nur mehr Wirkungsziele und Indikatoren. Viele davon sind, also diejenigen, die sich mit den Wirkungszielen und Indikatoren auseinandergesetzt haben, werden mir das bestätigen können, viele sind davon so allgemein formuliert, dass bezweifelt werden darf, ob sie überhaupt mit dem Budget etwas zu tun haben. Genau aus diesem Grund haben wir diese Haushaltsreform auch immer kritisiert, denn die Details, sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen, die konnte man z.B. dem Landesvoranschlag 2013/2014 noch ohne Weiteres entnehmen, jetzt sind diese Zahlen nicht mehr vorhanden. Und für jene, die über dieses Budget abstimmen sollen, also alle Abgeordneten, die hier sitzen, sind die Zahlen, wie gesagt, nur mehr auf Nachfragen,

sozusagen, erhältlich. Aber anscheinend spielt diese Intransparenz für SPÖ und ÖVP keine allzu große Rolle, das schließe ich daraus, dass Fragen an den Budgetdienst ausschließlich von der Opposition gestellt wurden und auch beim Finanzausschuss, in dem wir vorige Woche gesessen sind, ist weder von den SPÖ-Abgeordneten noch von den ÖVP-Abgeordneten irgendeine Frage gestellt worden an die Landesregierung. Nachdem ich mir kaum vorstellen kann, dass Sie alle Fragen schon vorab geklärt haben, wundert mich das, denn immerhin stimmen Sie hier heute über sehr viel Geld ab, ohne die Details zu kennen. Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer hat übrigens in diesem Finanzausschuss gesagt, dass er gerne bereit ist, künftige Budgets transparenter zu gestalten. Das ist eine gute Ansage, das ist eine sehr gute Ansage und ich habe mit meiner Fraktion heute auch einen Entschließungsantrag dahingehend vorbereitet, es gibt auch einen ähnlichen von der Grünen Fraktion, wo es eben darum geht, künftige Budgets transparenter zu gestalten. Ich bin schon gespannt, wie ernst diese Aussage zu nehmen ist und ob die SPÖ und die ÖVP diesen Entschließungsanträgen auch ihre Zustimmung geben werden. Es ist ja, wie bei allen vorangegangenen Budgetdebatten so, dass meine Hoffnung sich, ehrlich gesagt, auf einen sehr kleinen Teil reduziert, wenn es darum geht zu glauben, dass sich nach dieser Debatte hier an diesem Budget etwas ändern wird. Aber vielleicht ist das ja heute der Fall. Ich lasse mich gerne positiv überraschen. Denn, so wie dieses Budget jetzt ist, wird die KPÖ keine Zustimmung geben. Denn, es wird für die steirische Bevölkerung, grob zusammengefasst, mehr Armut und mehr Schulden bedeuten. Diese in Zahlen gegossene Politik, wie man Budgets gerne nennt, schließt nämlich unmittelbar das an, was wir ja in den letzten Jahren auch schon erlebt haben und ich darf Ihnen das anhand von ein paar Beispielen auch aufzeigen. Man ignoriert nach wie vor, dass es immer mehr Menschen gibt in unserem Land, die trotz Arbeit sich das Leben oft kaum mehr leisten können. Man redet viel vom Sozialmissbrauch, aber nicht darüber, was man tun kann, damit man das Leben der Menschen eben verbessert. Man fordert oft, dass sich Leistung wieder lohnen muss, man spricht aber nicht über die real sinkenden Löhne und Gehälter. Man rühmt sich sehr gerne mit dem Beschäftigungsrekord, man erwähnt dabei aber nicht, dass es sich dabei um viele Arbeitsplätze handelt oder der Großteil dieser Arbeitsplätze Teilzeitstellen sind und prekäre Jobs, vor allem für Frauen. Man sagt, dass die Politik keine Arbeitsplätze schaffen kann und man rollt Investoren nicht mehr den roten Teppich, sondern längst den goldenen aus, indem man ihnen z.B. Lustbarkeitsabgaben erlässt, die hohe Summen für die öffentliche Hand einbringen würden. Umgekehrt muss aber jeder Gesangsverein sehr wohl seinen Obolus

leisten. Jede mögliche Einnahme für das Landesbudget wie eine Nahverkehrsabgabe z.B. oder eine Schottersteuer wird immer wieder mit der Begründung, und ich darf zitieren: „Man wolle keine neuen Abgaben einführen und damit den Menschen das Geld aus der Tasche ziehen“ der Herr Landesrat Buchmann hat das mehrmals gesagt - also das wird immer weggewischt mit diesem Satz. Man sagt aber nicht dazu, dass sich eine Nahverkehrsabgabe in Wien z.B. seit den 1970er-Jahren sehr wohl rentiert und dass eine Schotterabgabe keine Massensteuer ist, sondern genau jene treffen würde, die es sich durchaus leisten können. Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP, gehen in eine Richtung, die unserer Meinung nach völlig falsch ist und ich möchte Ihnen das gerne an weiteren Beispielen aufzeigen. Erstens, die Ungleichheit wird immer größer. Die Reichen werden noch reicher, die Armen bleiben arm. Weltweit steigt die Vermögensungleichheit an, gemessen am Anteil der reichsten 10 % der Erwachsenen, verglichen mit der übrigen Weltbevölkerung, während die untere Hälfte weniger als ein Prozent des Gesamtvermögens besitzt, gehören 89 % des Vermögens den wohlhabendsten 10 %. Diese Zahlen habe ich vor kurzem der Kleinen Zeitung entnommen und zwar am 23. November, also das ist noch nicht so lange her, als über die 07. Ausgabe des Global Wealth Reports berichtet wurde. Übrigens wurden diese Zahlen geliefert von der Schweizer Großbank Credit Suisse. Es ist eine Einrichtung, die da dazugehört, die diese Studie gemacht hat und die greifen auf Daten zurück zum Vermögen von 4,8 Milliarden Menschen aus über 200 Ländern. Also insofern kann man diese Zahlen durchaus als repräsentativ werten. Österreich liegt laut dieser Studie an 10. Stelle unter den europäischen Ländern, d.h. Österreich gehört definitiv nach wie vor zu den reichsten Ländern der Erde. Zweites Beispiel: Die Armut bedroht 119 Millionen Europäer und Europäerinnen. Einen weiteren, hochinteressanten Bericht, den ich ebenfalls der Kleinen Zeitung rund einen Monat davor entnommen habe: Beinahe ein Viertel der EU-Bevölkerung ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, heißt es da. Etwa 119 Millionen EU-BürgerInnen befanden sich 2015 in einer der folgenden drei Lebenssituationen: Entweder waren sie auch nach Erhalt von Sozialleistungen von Armut bedroht oder sie lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit oder sie litten unter großem materiellen Mangel, d.h. sie konnten entweder ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen oder ihre Wohnung nicht mehr angemessen heizen. Drittes Beispiel, ein spannendes Interview habe ich im Falter zu dem Thema gelesen: „Wurde mit dem Euro alles teurer?“ Die Antworten auf die Fragen des Journalisten gab Konrad Pesendorfer, das ist der Chef der Statistik Austria, und er hat unter anderem Folgendes festgestellt: Arme Menschen geben mehr als die Hälfte ihres Haushaltsbudgets für Nahrung

und Miete aus. Genau in diesen Bereichen war die Preissteigerung in den letzten 15 Jahren überdurchschnittlich. Die Löhne sind im Gegensatz dazu nicht entsprechend gestiegen, die Teilzeitbeschäftigung hat stark zugenommen. Nur etwa ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung ist über einen längeren Zeitraum durchgehend Vollzeit beschäftigt. Das schlägt sich wiederum in geringerer Kaufkraft, vor allem bei den unteren Einkommen, nieder. Diese Gruppe spürt steigende Kosten für Nahrung und Wohnen besonders. Weiters erwähnt Pesendorfer auch noch, dass die Mieten in Österreich über dem europäischen Durchschnitt angestiegen sind. Auch wenn diese drei Beispiele jetzt sehr unterschiedliche Themen behandeln, finde ich, und deswegen habe ich sie Ihnen auch gebracht, dass sie eines gemeinsam haben: Sie zeigen sehr deutlich auf, dass die neoliberale Politik, die die EU vorgibt und die von der Österreichischen Bundesregierung seit 2011 besonders engagiert auch von der Steirischen Landesregierung umgesetzt wird, für einen Großteil der Menschen schlimme Folgen hat. Es kommt zu hohen Arbeitslosenzahlen, immer mehr Menschen, die von Sozialleistungen abhängig sind, und daraus folgt steigende Armutsgefährdung. Und das sind nicht die Fantasien einer Kommunistin, sondern das lässt sich mit Zahlen, Daten und Fakten beweisen. Wir brauchen nur eine Periode zurückblicken, in die Zeit der sogenannten Reformpartnerschaft. Damals haben SPÖ und ÖVP als oberstes Ziel ein Budget ohne Neuverschuldung ausgerufen. Sie haben den Steirerinnen und Steirern erklärt, sie, nämlich die Bevölkerung, hätte über ihre Verhältnisse gelebt und man hat Schulen gesperrt, man hat Krankenhausabteilungen geschlossen, gekürzt wurde bei den Menschen mit Behinderung, in der Kinder- und Jugendhilfe, ebenso wie im Kulturbereich. Es ist in jedem Ressort eingespart worden, und zwar auf dem Rücken der Bevölkerung. Und nach großen Protesten wurde nicht mehr von Sparmaßnahmen oder Einsparungen, sondern von Kostendämpfung gesprochen. Was allerdings am Ergebnis und an der Vorgehensweise nichts geändert hat. Aber was hat das jetzt alles gebracht? Am Ende der letzten Legislaturperiode hatten wir in der Steiermark mehr Arbeitslose und mehr Menschen, die Mindestsicherung beziehen müssen, und trotzdem über 300 Millionen Euro zusätzliche Schulden. Das war der Weg der sogenannten Reformpartnerschaft, das ist das Ergebnis dieser Legislaturperiode. Und auch, wenn die Steirische Landesregierung beim Budget 2017 nicht dem Fetisch Nulldefizit, wie es der Herr Landesrat Drexler einmal genannt hat, erlegen ist, dann wird trotzdem deutlich, dass auch in dieser Periode, dass aus Reformpartnerzeiten stammende Konzept durchaus fortgeführt wird. Man geht nämlich nicht die großen Brocken an, sondern man ist wieder auf der Suche nach ausgabenseitigen Sparmaßnahmen, sprich Kürzungen auf Kosten von denen, die sich nicht

wehren können, die keine Lobby haben, die armutsgefährdet sind. Und diese Kürzungen werden dann hübsch verpackt und bezeichnet als Verwaltungsvereinfachung oder zwingend notwendig, weil bis dato vollkommen ungerecht. So wird es der Bevölkerung verkauft, so wird es uns hier im Landtag verkauft. Ein ganz bemerkenswertes Beispiel dafür ist die Abschaffung der Wohnbeihilfe mit gleichzeitiger Einführung der Wohnunterstützung. Wir haben hier ja schon mehrmals über dieses Thema gesprochen. Im Juli ist dieses Gesetz mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ ohne Begutachtung beschlossen worden. Bereits im August musste ein Härtefonds eingeführt werden und jetzt, im Dezember, kommt es zur ersten Reparatur dieses Gesetzes. Jetzt abgesehen davon, dass alle Bemühungen der Opposition dieses Gesetz nicht in einer Husch-Pfusch-Aktion durch den Landtag zu peitschen völlig in den Wind geschlagen worden sind, wurde auch unsere Kritik als Panikmache, populistisch und sogar unredlich bezeichnet. Aber leider haben Sie aus den Fehlern, die Sie im Juli gemacht haben, wieder nichts gelernt, denn auch die aktuellen Änderungen wollen Sie keiner Begutachtung unterziehen und viele Kritikpunkte an diesem Gesetz bleiben ohnehin bestehen, wie z.B. die Einberechnung der Familienbeihilfe in das Haushaltseinkommen. Und die Regelung der wesentlichsten Punkte wird wieder in der Verordnung gemacht und steht nicht im Gesetz. Und Sie wissen alle, oder zumindest hoffe ich, dass das alle Abgeordneten wissen, eine Verordnung muss nicht durch den Landtag. Eine Verordnung kann jederzeit geändert werden. Aber über diese Inhalte, wie gesagt, werden wir auch heute noch Gelegenheit haben zu diskutieren. Was mir aber im Zuge der Budgetdebatte dennoch wichtig ist zu erwähnen ist die Tatsache, dass dieser Plan, die Wohnbeihilfe zu ändern, weder eine Verwaltungsvereinfachung noch ein gerechteres System wollte. Im Grunde ging es darum, Kosten einzusparen. Und ich darf Ihnen dazu aus der Kleinen Zeitung vom 08. Juni 2016 zum steirischen Landesbudget etwas vorlesen, das mir diese Aussage bestätigt. „Jährlich sind 87 Millionen Euro zu konsolidieren, durch Kürzung oder Mehreinnahmen. Heuer habe man bereits 52 Millionen eingespart. Über weitere Einschnitte ist noch wenig bekannt. Soziallandesrätin Doris Kampus etwa baut auf eine Neustrukturierung der bisherigen Wohnunterstützung.“ Also bereits im Juni war klar, man will es umstrukturieren, diese soziale Leistung, weil man etwas einsparen möchte. Und das machen Sie noch dazu gleichzeitig in einer Zeit, wo das Wohnen für die Menschen immer teurer wird. Gleichzeitig kürzen Sie die Richtsätze für die Mindestsicherung, vom ersten bis zum dritten Kind um 8,37 Euro, beim vierten Kind um 33,50 Euro und ab dem fünften Kind überhaupt um 67,01 Euro. Jetzt kann man natürlich sagen, naja, 8,37 Euro, das ist doch nicht viel Geld. Das mag Ihnen nicht viel

erscheinen, aber wenn jemand nur die Mindestsicherung und den Kinderrichtsatz zur Verfügung hat, dann sind 8,37 Euro viel Geld. Das sollte Ihnen bewusst sein. Durch den Wegfall des ergänzenden Wohnungsaufwandes bei der Mindestsicherung bekommen natürlich auch alle erwachsenen Betroffenen künftig weniger ausbezahlt, denn in der neuen Wohnunterstützung wurde dieser Betrag nicht kompensiert. Einen weiteren Punkt, der uns sehr am Herzen liegt, möchte ich gerne ansprechen. Das ist das Thema Elementarpädagogik. Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferent Mag. Schickhofer hat in einer Presseaussendung davon geschwärmt, dass es künftig 4000 neue Kinderbetreuungsplätze in der Steiermark geben wird. Das ist gut und das freut uns selbstverständlich. Aber wenn ich die Antworten von Frau Landesrätin Mag. Lackner beim Finanzausschuss richtig verstanden habe, dann entstehen diese 4000 Kinderbetreuungsplätze, weil wir vom Bund dafür Geld bekommen haben. Das ist auch trotzdem gut und richtig. Allerdings wurde uns auch gesagt im Finanzausschuss, für 2017 ist dafür nichts vorgesehen und nichts zugesagt. Was mir außerdem Sorgen bereitet in diesem Bereich ist die Tatsache, dass beim Personalkostenzuschuss für Kinderbetreuungseinrichtungen keine höheren Summen als in den Vorjahren budgetiert sind. Das heißt, es steht eine Novellierung des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes an, zumindest wurde das angekündigt, und es wäre höchst an der Zeit, das jetzt endlich zu nützen und im Zuge dessen die Freistellung für LeiterInnen zu regeln. Das würde allerdings einen finanziellen Mehraufwand bedeuten, der aber offensichtlich nicht eingeplant ist. Jetzt könnte man hier unzählige Beispiele anführen und aufzeigen, dass diese Regierung eben nur dann einfallsreich ist, wenn es um Kürzungen, Schließungen und Einsparungen auf Kosten der Menschen geht. Und oft gerade bei jenen, die sich, wie gesagt, das Leben ohnehin schon sehr schwer leisten können. Ein Wort vielleicht noch zur Gesundheitsreform. Die ist ja mit dem größtmöglichen Werbeaufwand propagiert worden und ist nach jetzigem Stand aber eigentlich nicht viel mehr als ein recycelter SPÖ-Vorstoß aus dem Jahre 2010. Damals hat nämlich der Staatssekretär Schieder vorgeschlagen, 61 % der Spitäler zu schließen. Die meisten davon in der Steiermark. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran noch erinnern können. Der Herr Landesrat Drexler wird es vermutlich. Was hat der damalige Bundeskanzler Faymann dazu gesagt? Er hat erklärt, es geht hier nicht darum Spitäler einfach zuzusperren, wir brauchen diese Gebäude dringend für stationäre Pflegeeinrichtungen, kombiniert mit mehr mobiler Pflege. Apropos Pflege: In der vergangenen Periode wurde eine große Lösung für die Problematik der Pflegefinanzierung in Aussicht gestellt. Das ist sicher eines der wichtigsten Themen, auch die Budgetpolitik betreffend. Und alle sind sich einig

gewesen, so kann es nicht weiter gehen, auch vom Landesrechnungshof haben wir eindringlich dargestellt bekommen die Preistreiberei durch zu viele gewinnorientierte Anbieter und alle waren sich einig, das muss ein Ende haben. Passiert ist aber bisher nichts. Und ein anderes Thema möchte ich noch ansprechen: Gerade auch, weil ich davon überzeugt bin, dass es eines der wichtigsten Zukunftsthemen ist, nämlich der soziale Wohnbau, der wird sträflich vernachlässigt. Es ist leider so. Und ich wage zu behaupten, ohne das Engagement der Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr und der KPÖ wäre keine einzige neue Grazer Gemeindewohnung in den letzten Jahren errichtet worden. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Geh!“ - Landesrat Mag. Drexler: „Das ist aber wirklich ein Unsinn!“*) Ich kann mich noch gut an die Debatten erinnern, wenn es ums Budget ging, wie schwer es ist, Geld dafür zu bekommen. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wo wohnen Sie denn, eh in Graz, oder?“*) Aber trotzdem ist es so, dass sehr viel passiert ist. (*LTabg. Karl Lackner: „Wo ist jetzt Wahlkampf?“ - LTabg. Schwarz: „Hast du jetzt einen Wahlkampf in Graz?“*) Über 500 Gemeindewohnungen sind bereits neu errichtet worden und 500 sind in Planung. Das hat vorher kein Verantwortlicher im Wohnungsressort geschafft. (*LTabg. Schwarz: „Unglaublich, wie viele werden gebraucht?“*) Ja, ich weiß, dass das der SPÖ besonders weh tut. (*LTabg. Schwarz: „Dass du hier jetzt Wahlkampf betreibst da herinnen, ist auch bezeichnend, oder?“*) Lieber Herr Kollege Schwarz, wenn du jetzt daran denkst, dass schon in Graz Wahlkampf ist, ist das dein Problem, ich halte hier eine Budgetrede. (*Allgemeine Heiterkeit - LTabg. Schwarz: „Das glaubst du ja selber nicht!“*) Die Wohnbaufördermittel, die ja durchaus Landessache sind, wenn ich da richtig bin, müssen wieder dafür verwendet werden, wofür sie von den Leuten auch abgezogen werden. Nämlich für die Errichtung von erschwinglichem Wohnraum und wenn hier bis zum Ende dieser Periode nichts mehr Wesentliches passiert, glaube ich, dass das ein beispielloses Versagen der Landespolitik wäre. Also tun Sie das, wofür Sie zuständig sind und echauffieren Sie sich nicht über Erfolge, die andere machen. Die Ursache der Misere, warum wir in so einer Situation sind, hier, vor allem auch mit den Schulden, die das Land Steiermark hat, die sind zum größten Teil hausgemacht. Es gab Verluste bei der Währungsspekulation, hohe Sozialkosten in Folge der Arbeitsmarktpolitik der Bundes- und Landesregierung, völlig unverständliche Verzichte auf Mehreinnahmen, ich habe es vorher schon genannt, also auf Einnahmen, wo sie möglicherweise sinnvoll wären, um nur einige Beispiele zu nennen. Die allgemeine politische Entwicklung in der EU und im Bund, die hat natürlich auch etwas mit der Landespolitik und sogar mit der Kommunalpolitik etwas zu tun und die hat sich zunehmend in den letzten

Jahren immer mehr in den Dienst der Banken und Konzerne gestellt. Das sage übrigens nicht nur ich, das sagen auch durchaus Vertreter und Vertreterinnen der Sozialdemokratie. Nur unternehmen sie leider dagegen nichts. Es gab die Senkung der Erbschaftssteuer, nur zur Erinnerung, die Einführung der Gruppenbesteuerung, die Abschaffung der Vermögenssteuer, Steuerschlupflöcher für Stiftungen und nicht zuletzt die Kosten für die Banken und Eurorettung. Das sind alles Faktoren, die natürlich einen budgetären Rahmen beeinflussen und letztendlich dazu führen, dass man mit leeren öffentlichen Kassen argumentiert, um Kürzungen auf Kosten der Bevölkerung zu rechtfertigen. Es sind derzeit in der Steiermark 156.000 Menschen von Armut bedroht. 156.000 Menschen leben in der Steiermark, die von Armut bedroht sind. Wir haben eine Arbeitslosenrate von 7,7 %, und auch, wenn diese im Vergleich zum November des Vorjahres um 0,3 % gesunken ist, denke ich, ist das lange kein Grund zur Entspannung. Gleichzeitig ist, ich habe es vorher schon erwähnt, die Anzahl der Bezieher und Bezieherinnen der Mindestsicherung logischerweise stark angestiegen. Wenn man wirklich gegen diese Situation etwas tun will, dann muss man sich von der bisherigen Politik verabschieden und dann muss man sich ernsthaft für eine echte Umverteilung einsetzen. Dann muss man ernsthaft über die Themen Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und über eine Wertschöpfungsabgabe diskutieren. Ich sage das jetzt vor allem in Richtung der Kollegen und Kolleginnen der Sozialdemokratie. Das sind ja nicht Dinge, die wir erfunden haben, das sind Dinge, über die euer Bundeskanzler spricht, aber es passiert nichts. (*LTabg. Schwarz: „Im Landtag Steiermark wäre das schwierig!“*) Würde man nämlich - naja, hast du keine Telefonnummer von deinem Bundeskanzler? Da würde ich mich aber auch ein wenig ärgern, wenn ich als Klubobmann der Steirischen SPÖ keine Handynummer von meinem eigenen Bundeskanzler habe. (*LTabg. Schwarz: „Damit werden wir es nicht beschließen mit der Handynummer!“*) Würde man nämlich die Kapitalseite so besteuern, wie man die Löhne, die Gehälter und den Umsatz besteuert, dann würde das Steueraufkommen immens steigen, und zwar ohne Kaufkraftverlust. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Da ist niemand da, der Steuern zahlen soll!“*) Wenn man die ... (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wenn man jemanden findet!“*) Liebe Kollegin Pichler-Jessenko, ihr seid immer ganz schnell da, wenn es darum geht, dass alle Steuern zahlen müssen und alle sparen müssen. Aber die großen Konzerne, die großen Unternehmen und die großen Gewinne und Vermögen, die (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wer sind die Großen?“*) traut ihr euch nicht anzugreifen und solange das so (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wo sind die großen Konzerne in der Steiermark?“*) ist, wird sich auch

nichts ändern. (*Beifall bei der KPÖ - LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wo sind die großen Konzerne in der Steiermark? Großteils sind es Familienunternehmen!“*) Entschuldigung... (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sonst hätten wir gar kein Unternehmen, das Steuern zahlt!“*) Entschuldigung, auch in der Steiermark ist es so, dass sich ein paar wenige die großen Vermögen und Gewinne teilen, aber da wollt ihr ja nicht hinschauen. (*LTabg. Riener: „Die KPÖ verweigert das Budget in Graz!“*) Das ist euer Problem. Aber ihr seht ja bei den Wahlergebnissen, was die Leute davon halten. Und wenn man die Schulden in den Griff bekommen will, nächster Punkt, dann muss man aufhören, dass diejenigen, die ohnehin schon wenig haben, dass man die mehr belastet, sondern dann muss man sich eben etwas überlegen. Ihr ward ja dabei, wie man die Gruppenbesteuerung im Bund eingeführt hat. Ihr wart dabei, wie man die Vermögenssteuer abgeschafft hat. Das sind lauter Dinge, die man nicht tun hätte sollen. Aber es gibt ja durchaus Gelegenheit, aus Fehlern zu lernen. Und ich möchte abschließend noch sagen... (*LTabg. Riener: „Wegen dem ist der Kommunismus so erfolgreich!“*) Ja, in Graz z.B. schon. Geschätzte Damen und Herren, ich kann durchaus Ihren Unmut verstehen, (*LTabg. Riener: „Die KPÖ verweigert das Budget in Graz!“*) geh, Kollegin Riener, das ist doch ein Blödsinn und das weißt du ganz genau. Aber wir sollten ja nicht über Graz reden, hat der Herr Kollege Schwarz gesagt, sondern über das Landesbudget. (*LTabg. Riener: „Du fängst ja an!“*) Und es ist immer wieder interessant, wenn man Sie so am richtigen Punkt erwischt, wie sehr Sie sich ärgern können, gell? (*LTabg. Schwarz: „Du warst gerade hochrot im Gesicht!“*) Ich möchte jetzt zum Schluss kommen. Als Abgeordnete dieses Hohen Hauses sind wir und ich glaube, da sind wir uns alle einig, für die Legislative zuständig und für den Landeshaushalt. Und jedes Gesetz, das hier beschlossen wird, egal, mit welchen Stimmen, hat Auswirkungen auf die Menschen da draußen. Jedes Budget, das hier beschlossen wird, hat auch Auswirkungen auf die Steirer und Steirerinnen, die uns, nämlich alle, die wir hier sitzen, als ihre Vertretung gewählt haben und unsere Aufgabe ist es, hier als Landtag, das macht nämlich nicht die Landesregierung, sondern das macht der Landtag, die Rahmenbedingungen der Steirer und Steirerinnen so zu gestalten, dass alle ein gutes Leben führen können. Egal ob sie jung oder alt sind, ob sie berufstätig sind, arbeitslos sind oder in Pension. Egal, ob es Männer sind, Frauen, Kinder oder Jugendliche, wir sind für alle hier gleichermaßen verantwortlich, egal, ob uns der persönliche Lebensstil der Menschen da draußen zusagt oder nicht. Und es hängt von unseren Entscheidungen hier ab, ob wir es nur einer bestimmten Klientel schön machen, oder ob uns alle Steirer und Steirerinnen gleich viel wert sind. Und vor allem müssen wir uns um jene kümmern, die es, aus welchen Gründen

auch immer, alleine nicht schaffen, und um jene, die unsere Hilfe brauchen. Und das kann nur funktionieren, wenn wir uns von neoliberalen Dogmen lösen und der Satz „Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen“ keine leere Floskel bleibt. Ich darf Ihnen abschließend noch ein Zitat des Präsidenten der Europäischen Zentralbank bringen, Mario Draghi, um auch zu unterstreichen, wohin dieser Weg, den die EU vorgibt, führt. Mario Draghi hat gesagt: „Der europäische Sozialstaat ist ein Auslaufmodell.“ Das müsste zumindest Ihnen hier auf dieser Seite zu denken geben. Denn dieser Satz zeigt sehr deutlich, in welche Richtung es geht und dass man das, worauf wir früher einmal stolz waren in Österreich, dass es ein Netz gibt, das genau jene auffängt, die eben unsere Hilfe brauchen, dass das zukünftig nicht mehr gewollt und gewünscht ist. Wir werden jedenfalls das Unsere dafür tun, dass das nicht eintritt und ich bin gespannt auf die nachfolgenden Reden und ich kann mir gut vorstellen, dass vor allem von den Fraktionen der Regierungsparteien festgestellt wird, den einen ist es zu wenig, den anderen ist es zu viel, da sind wir doch stolz drauf, dass wir den Weg der Mitte gehen können. Überlegen Sie es sich gut, denn Sie sehen anhand Ihrer Wahlergebnisse, wohin Sie dieser Weg der Mitte geführt hat. Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ – 09.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann von der FPÖ.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (09.22 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, die Damen und Herren der Landesregierung, Hoher Landtag, werte Damen und Herren im Auditorium!

Zu den kleinen Antworten meiner Vorrednerin komme ich zum Schluss meiner Ausführung, wo es einiges von unserer Seite noch zu sagen geben wird. Bevor ich über die einzelnen kritischen Budgetansätze sprechen werde, gestatten Sie mir eine kleine Beurteilung, respektive Darlegung der generellen Ausgangslage, denn das ist meines Erachtens von Nöten, um am Ende die Conclusio zu ziehen. Wir sprechen von einem sehr instabilen bzw. eher stagnierenden Wirtschaftswachstum, das trotz leichter, hoffnungszarter Ansätze doch auf einem Pfad der langfristigen Stagnation wandert. Warum? Wir haben eine enorm hohe, selbsterzeugte Verschuldung, zu der ich im Detail noch sprechen werde. Wir haben die höchste Steuerbelastung aller Zeiten, also sehr rekordverdächtig. Wir haben einen rekordverdächtig niedrigen Zinsendienst, wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit mit eher trister Zukunftslage, trotz hoher Beschäftigungszahlen. Wir haben eine Überbürokratisierung

und einen behäbigen, eher übergewichtigen Verwaltungsapparat. Also kann man mit Fug und Recht festhalten, dass die Erfolgsbilanz unserer Regierung eher auf null gesunken ist. Erstens, wie gesagt, die Wirtschaft stagniert, zweitens, der Arbeitsmarkt kollabiert und drittens, die Verschuldung explodiert. Rufen wir uns in Erinnerung, geschätzte Damen und Herren, denn das sind Fakten: 2005 1,1 Milliarden Schulden, 2010 3,7 Milliarden Schulden, 2017 über 5 Milliarden. Bei diesen Zahlen, die hier zu beurteilen und über die heute abzustimmen sind, muss einem der blanke Schauer hinunterlaufen, denn wie wir aus der Historie wissen, werden diese horrenden Zahlen wahrscheinlich noch als Tiefstapelei durchgehen, wenn man sich die tatsächliche Entwicklung der Neuverschuldung aus dem Jahre 2016 in Erinnerung ruft, geschätzte Damen und Herren. Wurden uns voriges Jahr noch 92 Millionen Euro als Neuverschuldung versprochen, wurde diese Zahl zwei Mal revidiert. Erstens im Sommer in Folge einer eher vorhersehbaren Nichtanrechenbarkeit der berühmten Liquiditätsreserve. Wir erinnern uns an die Budgetdebatte des vorigen Jahres und zweitens im November aufgrund der eigentlich abschätzbaren Explosion im Sozialressort. Fazit daraus: Im Jahre 2016 wird die Neuverschuldung viereinhalb Mal so hoch ausfallen, als budgetiert wurde. Eine tolle Leistung, geschätzte Damen und Herren. Wenn man von der versprochenen Null-Neuverschuldung vom 2015er-Jahr spricht, Null-Neuverschuldung, dann sind diese Zukunftsprognosen mit dem Wissen aus der Vergangenheit und den bekannten Wirtschaftszahlen und Prognosen eine eher beängstigende Vorstellung, Hoher Landtag. Die Ausgestaltung des vorliegenden Budgets ist, wie schon in der Vergangenheit bemängelt, eher intransparent, das wurde heute schon angesprochen, als eigentlich angedacht wurde. Die Wirkungsziele sind abermals nichtssagend und werden vielerorts einfach fortgeschrieben und auch hier haben wir, entgegen dem Doppik Gedanken, ein Verschleierungswerk der Sonderklasse zu lesen. Ferner sei hier angemerkt, dass bei der Änderung des Steiermärkischen Landeshaushaltsgesetzes aus dem Herbst dieses Jahres Wirkungsziele auf Bereichsebene weggefallen sind. Der Kritik der Opposition wurde dahingehend begegnet, dass sich die Qualität der Wirkungsziele im Globalbudget geben würde. Gute Frage. Das wurde wahrlich nicht erfüllt, meines Erachtens, genau so wenig wie die Erstellung und die ordnungsgemäße Darlegung der Eröffnungsbilanz. Es muss auch in diesem Zuge festgehalten werden, dass die Transparenz und die Kontrollfunktion des Landtages durch die Regierung eingeschränkt wurden, wenn man die Bedeckungs- und Ermächtigungsregeln Nummer 9 betrachtet. Hier verlangt nämlich der § 44 im Stmk. Landeshaushaltsgesetz, dass sonstige unterjährige Umschichtungsmaßnahmen, also jene, die in den Absätzen eins bis drei nicht explizit genannt

werden, dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen sind. Die Bedeckungs- und Ermächtigungsregeln des 2017er-Budgets aber schränken genau dieses Mitspracherecht des Landtages ein, geschätzte Damen und Herren. Hier wird nämlich die Landesregierung ermächtigt, unterjährige Mittelumschichtungen aus Rücklagen ohne Landtagsbeschluss durchzuführen. Das, geschätzte Damen und Herren, wollte die gedachte Haushaltsreform gerade eben nicht. Hier werden Sie sich untreu und verlassen den transparenten Pfad, den wir damals bei Erstellung dieser Reform so treuherzig unterschrieben haben. Ferner sei einmal mehr angemerkt, dass Sie in Ihrer Finanzpolitik die wahren Problemfelder offensichtlich ignorieren. Vor allem im Bereich des Flüchtlings- und Migrationswesens, in dieser Bewegung, wird in keinster Weise im Detail darauf eingegangen, das kritisiert auch der Landesrechnungshof. Das Instrument der Wirkungsorientierung ist ja dazu da, dass man aktuelle Entwicklungen beachtet und bearbeitet. Sie ignorieren das nunmehr bekannte Problem oder reden es sich schön. In keinem Wirkungsziel, in keinem Indikator oder Maßnahme werden die mit der Flüchtlingsbewegung einhergehenden Probleme thematisiert. Nicht im Sozialressort (*Beifall bei der FPÖ*), nicht im Sozialressort, nicht im Bildungswesen und nicht im Gesundheitsressort. Anstatt sich hier exakt mit dem Thema auseinanderzusetzen, schildern Sie uns hier eher fragwürdige Integrationsvorhaben im Globalbudget Kultur und vor allem im Globalbudget Soziales. Alles nicht leistbare Dinge, geschätzte Verantwortliche. Lassen Sie mich nunmehr zum Inhalt des Budgets ein paar Anmerkungen ausführen. Grundsätzlich muss man am heutigen Tage festhalten, dass die im Budget enthaltenen Zahlen jetzt schon überholt sind. Eine eher rasante Entwicklung, denn kalkuliert wird im Budget 2017 mit einer Gesamtverschuldung von 4,9 Milliarden Euro, wobei hier mit der Neuverschuldung 2016 nur 305 Millionen angesetzt werden. Tatsächlich aber gibt es ein Nachtragsbudget aus dem November, das mit einer zusätzlichen Belastung von 100 Millionen Euro dotiert ist. Die Antwort im Finanzausschuss, warum diese Zahl nicht im Budgetheft Einzug hielt, fiel ausweichend und eher nicht zufriedenstellend aus. Tatsache ist es, dass das Budget 2017 schon mit leicht abweichenden Zahlen beginnt - wo war das, geschätzte Damen und Herren der Regierung. Im kommenden Jahr hat das Land Steiermark 39 Kredite zu bedienen, insgesamt hat das Land im 2017er-Jahr mehr als 4,5 Milliarden Euro Darlehen aufgenommen. Die Zinszahlungen daraus belasten unseren Haushalt mit 84 Millionen Euro. Das bedeutet, seit dem Jahre 2015 sind die zu bedienenden Kredite um mehr als 58 % angestiegen, die zu zahlenden Zinsen für dieses Fremdkapital um 68 % gestiegen. Eine klassische Loch-auf-Loch-zu-Politik, geschätzte Damen und Herren, die ich bis 2020 gar

nicht weiterrechnen möchte. Da werden wir vermutlich den IWF brauchen, (*LTA*bg. Schwarz: „IWF?“) um hier einigermaßen aus diesem Schlamassel heraus zu kommen. (*Beifall bei der FPÖ*) Durch die Abschaffung der Wohnbeihilfe, wurde heute schon diskutiert, und die Einführung der Wohnungsunterstützung kommt es zu massiven Kürzungen und Verschlechterungen auf dem Rücken bedürftiger Österreicher, das ist richtig, trotzdem steigen die Ausgaben in diesem Bereich im 2017er-Jahr, im Vergleich zum Vorjahr, um 20 %. Höhere Kosten bei weniger Leistung, dies ist einmal dem Grunde nach zu hinterfragen. Wir haben einen gewaltigen, bereits erwähnten, Schuldenberg, über den kommen wir offensichtlich nicht hinweg, aber das Land leistet sich in Brüssel und in Graz ein Steiermarkbüro. 2017 sind das mit Personal und Sachausgaben stolze 800.000 Euro. (*Landesrat Dr. Buchmann*: „Na hallo, das ist berücksichtigt!“) Bei der exorbitanten - ja, da komme ich schon noch dazu - bei der exorbitanten Schieflage ist man verpflichtet, ausgabenseitig jede Position zu beleuchten und zu hinterfragen, auch, wenn es nur kleine Antworten sind. Ganz im Argen ist die pekuniäre Irrfahrt im Bereich des Globalbudgets Soziales, Arbeit und Integration. Ihr eigenartiger Zugang zur Realität lässt sich an diesem Beispiel am deutlichsten darstellen. Ihre übertriebene Willkommenskultur und Sozialromantik wird den Steuerzahler vermehrt belasten und unzählige Millionen an Ausgaben bescheren. Alleine die Grundversorgung der Asylwerber wird im Jahre 2017 unglaubliche 110 Millionen Euro verschlingen, die 60%-Erklärung der Verantwortlichen ist meines Erachtens lächerlich, denn Steuergeld bleibt Steuergeld, egal, aus welchem Füllhorn es ausgeschüttet wird. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber noch mehr davon, es werden weitere zwei Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen eingeplant, ob ein Asylbescheid jemals ausgehändigt wird, bleibt hier natürlich unberücksichtigt. Die Folgekosten werden erst gar nicht angesprochen und budgetär überlegt, denn der Arbeitsmarkt nimmt nur einen geringen Teil auf und der Rest wird wohl aufgrund des sozialen Friedens von den brav steuerzahlenden Eigenen übernommen werden müssen. Das ist keine Frage. Die Frage stellt sich nur bei dieser pekuniären Schieflage, wie lange sich das Füllhorn noch bedienen lässt, geschätzte Damen und Herren. Ein echtes Budgetschmankerl findet der genaue Betrachter des Budgetheftes im Bereich des Bildungsressorts. Im Bereich der Basisbildungskurse und Erwachsenenbildung im Globalbudget Bildung, da wird, man höre und staune, eine Erhöhung von 10 Millionen Euro budgetiert, um 900 vermeintlichen Flüchtlingen ohne Schulabschluss einen solchen zu vermitteln. Also 11.000 Euro pro Person. Da fragt man sich mit Recht hinsichtlich unseres vakanten Bildungsproblems, ob dieser Zugang des Geldausgebens der richtige und der

vernünftige ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Komplette abgehoben ist zu betrachten, dass die Landesregierung im Projekt „In Petto“ 17 Asylanten einen Vorbereitungskurs für eine Tourismuslehre an der Landesberufsschule in Bad Gleichenberg angedeihen lässt. Kostenfaktor: 240.000 Euro, also 14.000 Euro pro Kursplatz. Den lehrplatzsuchenden Steirern, wie hier schon debattiert wurde, unsere Vorschläge abgelehnt, will man allerdings nicht unter die Arme greifen, eine eher wahnwitzige Vorstellung, vor allem ein eigenartiger Zugang zur eigenen Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ)* Dazu passt naturgemäß auch der meines Erachtens verpatzte Ansatz im Bereich der Mindestsicherung, 86 Millionen Euro, haben wir heute schon gehört, für das Jahr 2017, 58 % machen die Ausländer im Bereich der Vollbezieher aus. Ein eigenartiger Zugang, wenn man bedenkt, dass laut österreichischem Fiskalrat diese Bezieher einen Großteil des heimischen Steuergeldes in ihre Heimatländer überweisen und ein großer Teil der Wertschöpfung daher nicht im Lande Steiermark bleibt. Im Lande Österreich steigen die Kosten für die Flüchtlinge exorbitant an, das wissen wir, 1,1 Milliarden im Jahre 2015, sind es im 2016er- und 2017er-Jahr jeweils 2,3 Milliarden Euro an Steuergeld. Dieses Sponsoring, geschätzte Damen und Herren, durch die einheimische Bevölkerung, werden Sie einmal zu erklären haben, dafür wünsche ich Ihnen jetzt schon viel Spaß. *(Beifall bei der FPÖ)* Viele Bereiche und Beispiele der fatalen Kostenentwicklung könnte man hier noch debattieren, klarer Weise, wie die Kosten vor allem im Gesundheitsressort, wo man sehen wird, wie diese Schuldenentwicklung durch angekündigte Maßnahmen in den Griff zu bekommen sein wird - es gibt ja hier das Projekt, das uns hier vorgestellt wurde, wobei hier noch sicherlich ausgabenseitig einiges zu berappen sein wird, wie das schlussendlich dann in die Reihe kommen wird, werden uns spätere Diskussionen bescheren. Wir kennen keinen wirklichen nachhaltigen Gestaltungswillen im vorgelegten Budget und schreiben Ihnen wiederholt ins Stammbuch: Durchforsten Sie die Ausgaben, geschätzte Damen und Herren, und handeln Sie im Sinne einer vernünftigen Budgetpolitik für unser Land Steiermark. Denken Sie nicht immer daran, wo kann man sich etwas holen, um den gewohnten Lauf der Dinge politisch fortzusetzen. Wir müssen wieder ein Gleichgewicht im Bereich von Einnahmen und Ausgaben herstellen, damit zumindest ein Anreiz für Investitionswillige für uns hier im Lande geschaffen wird. Durchforsten Sie den Fördermoloch nach der ABC-Analyse, hier könnte man leicht 80 Millionen Euro einsparen. Schaffen Sie eine Reform des Finanzausgleiches im Sinne einer effizienten und für die Steirer fairen Mittelaufteilung. Stärken Sie die ländliche Infrastruktur, machen Sie es und kündigen Sie es nicht immer an. Stoppen Sie den Neuzugang der Asylanten, die Kosten, die ich Ihnen

dargestellt habe, werden uns noch beschäftigen. Reformieren Sie die Mindestsicherung nach dem Vorbild von Oberösterreich und Niederösterreich, Länder, die damit offensichtlich gut fahren. *(Beifall bei der FPÖ)* Belasten Sie nicht die heimische Wirtschaft mit hohen Kosten und Überbürokratisierung, sondern bieten Sie Anreize für Unternehmungen, die Arbeit schaffen und Steuern abliefern können, in einem erträglichen Maß. Zu den von Herrn Landeshauptmannstellvertreter angesprochenen 700 Millionen Euro Investitionen, ja, löblich, gut, dass es sowas gibt und angesprochen wird, ich denke nur, dass diese 700 Millionen Euro sowieso Kosten sind, die wir brauchen. Eben für die KAGES, für den Wohnbau, für die Infrastruktur. Ich glaube nicht, und das wird sich dann nächstes Jahr zeigen, dass aus diesen Sowieso-Kosten, wie ich es nenne, schlussendlich am Jahresende andere Investitionen, die für das Land gut waren, tatsächlich herausgestellt haben. Weil nämlich – wie wir auch besprochen haben im Wirtschaftsausschuss, Globalbudget Wirtschaft, wo die Zahlen sich verschoben haben – die Wirtschaft ja tatsächlich etwas schlechter sich darstellt und stagnieren wird. Also hier von 700 Millionen Neuinvestitionen zu sprechen, halte ich für unredlich. Wir stimmen dem Budget natürlich nicht zu, das können Sie sich wohl vorstellen, aufgrund der pekuniären Schieflage. Wir werden aber Entschließungsanträge einbringen, wo wir Vorschläge zur Einsparung mitbringen. Mit diesen unseren Anträgen kann man ca. 110 Millionen Euro per anno einsparen und das wäre als erster Schritt gedacht, dem naturgemäß weitere andere folgen sollten. Zur KPÖ möchte ich sagen, dass der Entschließungsantrag hinsichtlich der Transparenz selbstverständlich von uns mitgetragen wird, weil er ein richtiger ist. Auch das haben wir immer schon gefordert. Ihre Politik hingegen, der Wirtschaft, der Steuereinnahmen-Neu, sind ein falsches Signal, Steuern, geschätzte Damen und Herren, gibt es genug, ausgabenseitig muss man hier das Budget in den Griff bekommen. *(Beifall bei der FPÖ)* Zum Thema Wohnbau muss ich unseren Wohnbaulandesrat Hans Seitinger in Schutz nehmen, wenn Sie hier behaupten, dass Ihre Stadträtin Kahr die Wohnungen für die Stadt Graz als einzige Ikone des steirischen Wohnbaus auf den Plan ruft. Da kann ich Ihnen nur ins Stammbuch schreiben, schauen Sie sich einmal das Wohnbauförderungsgesetz an, schauen Sie sich den Landeswohnbau an, dann werden Sie zur Kenntnis nehmen, dass hier sicher vieles nicht im Argen liegt, aber ein Problem darstellt. Wir könnten hier sicher noch einiges machen und ich glaube auch, hier wird nachgedacht und wir sind auf einem guten Pfad. Aber hier zu sagen, ohne Elke Kahr gäbe es in der Stadt Graz keinen Wohnbau, da kann ich nur sagen, gebe ich dem Klubobmann Schwarz Recht, reine Wahlkampfretorik, hier zur Budgetdebatte völlig irrelevant. *(Beifall bei der FPÖ)* Weil das heute gefallen ist, da muss ich

darauf replizieren, in der Arbeitswelt die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu verlangen, ist ein Unding, das wird in der Wirtschaft nicht funktionieren und ich habe Ihnen das schon einmal gesagt, dieser Zugang ist haltlos, weil er keinen einzigen Arbeitsplatz bringen wird und eher die Wirtschaft belastet. Ihre Wirtschaftsgedanken, die Sie uns hier vorstellen, kennen wir, die haben a la longue nicht zum Erfolg geführt, die Geschichte gibt uns hier Recht. Also, geschätzte Damen und Herren der Regierer, wirtschaften Sie so nicht weiter, denken Sie ein bisschen an unsere Kinder und Kindeskiner, nehmen Sie Ihre auferlegte Verantwortung wahr und verlassen Sie endlich, und darum bitte ich Sie, Ihre unangenehme Bestimmte Haltung, denken Sie an die ausgabenseitige Budgetpolitik, tun Sie dies für unsere Steiermark. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Glück auf. *(Beifall bei der FPÖ – 09.39 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist vom Klubobmann der Grünen, Lambert Schönleitner. Bitte.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (09.39 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag!

Vielleicht ganz kurz zum Kollegen Deutschmann, es ist schon richtig, dass die KPÖ-Wirtschaftsstrategien nicht zum Erfolg geführt haben, aber eure haben in Kärnten auch nicht zu Erfolg geführt, wie wir wissen, *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Geh, schon lange nicht mehr gehört!“)* das sollten wir nicht ganz unerwähnt lassen, wenn wir über Budgetpolitik reden, weil die Geschichte Kärntens, Kollege Deutschmann, wie du weißt, ja auch die anderen Bundesländer indirekt immer noch mitbeeinträchtigt. Das sollen wir nicht ganz ausblenden. Es sind viele Dinge jetzt völlig richtig gesagt worden, auch vom Kollegen Deutschmann, von der Kollegin Claudia Klimt-Weithaler, ich werde mich bemühen, dass ich nicht alles wiederhole, aber ich glaube, man muss noch einmal auf das generelle zu Beginn einer Wortmeldung hinschauen, wo die Steiermark eigentlich steht. Ich habe bei der letzten, bei der Budgeteinbringung war es, bei den letzten Budgets auch schon immer wieder hier Zitate gebracht von den steirischen Regierungsmitgliedern von ÖVP und SPÖ, von beiden Seiten, die uns immer wieder das Nulldefizit erklärt haben, sogar vom strukturellen Nulldefizit war immer wieder die Rede. Das möchte ich heute nicht tun. Ich habe mir einen Auszug aus einem Rechnungshofbericht, 2014/4 war das, Bundesrechnungshof, herausgesucht, wo es um

die Konsolidierungsmaßnahmen der Länder geht. Weil die Frage ist ja, warum sind wir in einer derartigen, und da bin ich bei meinen Vorrednern, ganz und gar in einer derartigen budgetären Schieflage? Es hat schon 2014 geheißen, Feststellung Bundesrechnungshof, das Land Steiermark sah in seiner mittelfristigen Finanzplanung ab dem Jahr 2014 keine Nettoneuverschuldung mehr vor. Die konkreten Maßnahmen, 2014 immerhin, stehen da. Die konkreten Maßnahmen, ist dann weiter zu lesen, zur Erreichung dieser Ziele konnten dem Rechnungshof jedoch nicht vorgelegt werden. Und das ist, glaube ich, das Problem. Das hat über die ganzen letzten Jahre bestanden, dass immer wieder behauptet wurde, wir werden das Budget in Ordnung bringen, wir werden einsparen, wir werden letztendlich einen Budgetpfad haben, der das Land Steiermark an die Spitze der österreichischen Bundesländer bringt, und das ist halt in keiner Weise, Herr Landeshauptmann, und das geht auch an Ihre Adresse, hier nachvollziehbar. Wir wissen ganz genau, was wir seit der Übergabe Waltraud Klasnic, als damalige Landeshauptfrau, in der Steiermark, welche enorme Schuldenentwicklung wir haben, die ist dokumentiert, nicht nur in Rechnungshofberichten, sondern auch in den ganz klaren Zahlen, die uns vorliegen. Und das eigentliche Problem ist ja, dass Sparen grundsätzlich aus meiner Sicht ja überhaupt nichts Schlimmes wäre. Da bin ich ganz anderer Meinung, wie die KPÖ, die eigentlich sagt, sparen ist generell etwas, was man sehr vorsichtig sehen muss. Es ist immer die Frage, wo tut man es. Ich kann die Debatte irgendwie schon nicht mehr ertragen, dass wir hier herinnen im Landtag immer wieder so tun, als würde es darum gehen, entweder wir sparen ausgabenseitig, sagen aber überhaupt nicht dazu, in welchen Bereichen, weil es ist eben ein Unterschied, ist es der Sozialbereich, es ist ein Unterschied, ist es die Kostenüberschreitung z.B. im Eventbereich, ich erinnere nur an die Schi-WM in Schladming, wo wir ja dann das Dreifache am Ende gehabt haben an Kosten, was wir ursprünglich beschlossen haben, das kann man doch nicht so einfach sagen, entweder nur ausgabenseitig oder einnahmenseitig. Und einnahmenseitig kann es auch ganz richtig sein, dass eine einnahmenseitige Maßnahme letztendlich Wirtschaft bremst, sie könnte aber auch sehr sinnvoll sein. Also das sind zwei Stellschrauben, einmal die Ausgabenseite, einmal die Einnahmenseite und das ist etwas, was in diesem Budget überhaupt nicht sichtbar ist, dass letztendlich hier Gestaltungswille gezeigt wurde und dass man sagt, na, in den Bereich müssen wir etwas wegnehmen/da müssen wir etwas dazu geben, Einnahmenseite und Ausgabenseite verändern, das ist nicht ablesbar. Ich darf auf ganz ein einfaches Beispiel verweisen, damit es ein bisschen realistischer wird, was ich hier meine, wenn es z.B. darum geht, den Zustand der Landesstraßen zu bewerten, wo dann die FPÖ immer wieder hergeht

und sagt, wir brauchen, ich weiß nicht, 50 Millionen mehr pro Jahr für die Landesstraßen, immer wieder die Forderung der FPÖ, aber keiner sagt dazu, wo das Geld herkommen soll. Da wäre es doch vielleicht vernünftig zu sagen, es ist wichtig, die Maut auch von den Autobahnen auf die Landes- und Gemeindestraßen teilweise auszudehnen. Da hat es ja Vorschläge in den Ländern gegeben, Anton Lang als Landesrat wird das wissen, aber es geschieht nichts. Da hat die Steiermark auch keinen Druck gemacht. Und dieses schwarz-weiß, entweder Ausgabenseite oder Einnahmenseite, ist aus meiner Sicht letztendlich überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Faktum ist, das muss man noch einmal wiederholen und man muss es auch herausstreichen, dass die Steiermark im Bundesländervergleich, Herr Finanzlandesrat, lieber Michael Schickhofer, ein Problembundesland ist. Wir sind nicht auf dem Weg zur Spitze, wie ihr das immer wieder angekündigt und uns versprochen habt in der Konsolidierung, sondern wir sind auf dem Weg Richtung Wien, Richtung Kärnten, Richtung Niederösterreich. Das sind nicht die besten Bundesländer, und wenn man sich das Maastricht-Defizit hier anschaut, das Maastricht-Ergebnis, das geht ja aus eurem eigenen Budget sehr klar hervor, dann hat die Steiermark eigentlich die Defizitermächtigung, das ist das, was uns letztendlich an Schulden zugebilligt wird, wenn wir es gesamtstaatlich sehen, in der Summe, in der Zusammenrechnung, dann haben wir diese Defizitermächtigung für die Steiermark sage und schreibe um 254 Millionen Euro überschritten. Das ist doch kein Konsolidierungskurs. In Wirklichkeit müssen wir bei den anderen Bundesländern dankbar sein, dass wir so einen derartigen Schuldenstand überhaupt noch machen können, weil die anderen Bundesländer in ihrer Budgetpolitik eben wesentlich stabiler dastehen, als die Steiermark. Das ist ja ein Faktum. Und da von einem Erfolgsweg zu sprechen, als hätte sich da irgendetwas im Laufe der Reformpartnerschaft oder jetzt, Zukunftspartnerschaft, glaube ich, verändert, das kommt sehr selten vor. (*LTAbg. Schwarz: „Koalition Zukunft Steiermark!“*) Bezeichnet ihr euch jetzt, das ist doch keine Zukunftspolitik, wie war es, Kollege Schwarz? (*LTAbg. Schwarz: „Koalition Zukunft Steiermark!“*), Koalition Zukunft Steiermark. Ich glaube, wenn man da eine Umfrage macht, werden es von 100 vielleicht ein oder zwei Personen wissen, aber vielleicht nicht einmal die, weil es letztendlich eben (*LTAbg. Schwarz: „Nur weil du es nicht weißt, heißt das nicht, dass es die Menschen nicht wissen!“*) weil es letztendlich eben nicht mehr glaubwürdig ist, dass das wirklich Reform ist, die nachvollziehbar ist, dass das eigentlich ein Kurs ist, den die Steiermark eingeschlagen hat, der uns an die Spitze der Bundesländer führt, sondern in Wirklichkeit wird die Schuldenpolitik fortgeschrieben. Das ist das Problem. Ich meine, wir können doch nicht ausblenden, dass

diese Regierung, die Verantwortung in den letzten Jahren trägt, für enorme finanzielle Verfehlungen, für enorme.... Ich habe die Schi-WM Schladming schon genannt, als ein Beispiel. Wir wissen aber, dass z.B. im Bereich der Pleitegemeinden die Steiermark, wenn man sich das im Vergleich anschaut mit anderen Bundesländern absolut im Spitzenfeld ist. Noch immer. Unlängst wieder war Kapfenstein gerade mit einem Rechnungshofbericht des Landesrechnungshofes in den Medien und im Blickfeld, haben wir gesehen, dass eigentlich die Kontrollpolitik im kommunalen Bereich nicht funktioniert. Auch hier ist die Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern auf einem sehr, sehr fragwürdigen Weg. Ja das kostet natürlich. Das sind Dinge, Spielräume, die wir im Budget aufgrund dieser verfehlten Politik nicht mehr haben. Wir erinnern uns an die Geschichte bei der Therme Fohnsdorf, die immer noch nicht ausgestanden ist. Ja bitte, das waren hausgemachte Dingen, die uns letztendlich mit dem Rücken zur Wand stehen lassen, was die Budgetpolitik hier angeht. Wir sind im Bundesländervergleich ein Problemfall. Das kann man aus eurem eigenen Budget ablesen, das kann man aus Rechnungshofberichten ablesen und da wäre schon einmal die Frage, wird sich das irgendwann einmal ändern? Denn, wenn es so wäre, dass die Einsparungen, die ihr ja im Sozialbereich gemacht habt, irgendwann einmal wirken würden, ich habe mir das angeschaut, in der Presseunterlage der Landesregierung, da schreibt der Landeshauptmann eingangs in seinem Zitat, dass die Reformen, die die Steiermark macht, erst viel später greifen werden und dann werden wir quasi irgendwann auch budgetär von diesen Reformschritten profitieren. Ja, das ist ja in der Realität nicht absehbar, oder ablesbar. Ich nehme jetzt auch, die Kollegin Klimt-Weithaler hat es getan, die Wohnungsunterstützungsgesetzgebung her, wo uns gesagt wurde, und ich bin sehr offen gewesen zu Beginn, ja, da wird die Kontrolle verbessert, da werden wir treffsicherer sein im Sozialbereich, da wird alles letztendlich nachvollziehbarer werden, auch einfacher für jene Menschen, die diese Unterstützung brauchen und am Ende sehen wir, dass irgendwann halt dann eine in Not geratene Grazer SPÖ nach außen geht und sagt, es muss ja alles geändert werden, das ist ja schlimm, verkauft es jetzt als Erfolg für sich, dass da etwas geändert wird und wir haben aber gesehen, diese Reform, um bei diesem Beispiel zu bleiben, Frau Landesrätin, seien Sie mir nicht böse, aber das war größter Schiffbruch. Das war größt fahrlässig, was hier passiert ist. Das war eben genau nicht nachvollziehbar. Weder für die Menschen, die es brauchen, noch war es für uns in der Opposition nachvollziehbar. Sie haben dann irgendwann einmal gesagt, das spart uns vier Millionen Euro ein, da habe ich mich eh schon gewundert, weil das ist eigentlich ein relativ niedriger Betrag, dass man da wirklich in diesen Bereich so stark hineingeht, aber

mittlerweile ist ja nicht einmal mehr klar, ob es die vier Millionen gibt. Faktum ist aber, es ist für ganz viele betroffene Menschen hier eine Reform arg danebengegangen und letztendlich hat uns diese Reform sehr wenig an Einsparungen gebracht. Die Gemeindestrukturreform mag ja im Kern richtig gewesen sein. Aber seid mir nicht böse, jetzt sind wir, glaube ich, schon zwei Jahre nach der Gemeindestrukturreform, Herr Landeshauptmann, wir haben jene gesetzlichen Dinge, die wir dringend brauchen würden, um die Fehlentwicklungen, die es damals gegeben hat mit Ringbildungen rund um die Städte, rund um die Zentren, immer noch nicht behoben. Wir haben immer noch kein neues Raumordnungsgesetz in der Steiermark. Ja, das verursacht enorme Kosten. Die einzigen Zentren, die Sie wirklich unterstützen, sind die Einkaufszentren, das haben wir bei Seiersberg gesehen, das sehen wir jetzt in Liezen wieder, aber eine wirkliche dezentrale Stärkung von Zentren, wo es um die Lebensbedingungen der Menschen geht, ja die ist ja nicht ablesbar. Die hat ja nicht stattgefunden. Auch in deine Richtung, du bist für Regionen zuständig, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Der Kollege Deutschmann hat es eh sehr richtig gesagt, diese Millionen an Investitionen, die du da in Aussicht stellst und sagst, die werden wir jetzt quasi auf den Markt bringen, die werden jetzt Arbeitsplätze schaffen in der Steiermark, ja die hätten wir doch bitte wahrscheinlich ohnehin ausgegeben. Das ist ja keine Sonderfinanzierung, kein Sonderpaket, wo du behaupten könntest, weil dann hätte ich ja noch Verständnis dafür, dass wir dann einen besonderen Arbeitsplatzeffekt in der Steiermark auslösen. Das ist ja nicht ablesbar. Du gehst dann herum in den Regionen und sagst, ja, wir haben da Industrie, so und so viele Flächen zur Verfügung gestellt an Quadratmetern in der Raumordnung, damit es eine industrielle Entwicklung geben kann - (*Landesrat Mag. Schickhofer: „12 Millionen für deren Entwicklung!“*) ja aber, du weißt doch genauso wie ich, wenn du mit Betrieben sprichst, seien es Industriebetriebe, seien es größere Unternehmungen, dann sagen einem die ganz klar, es ist nicht, oder in seltensten Fällen das Platzproblem, dass sie investieren können. Es sind die ganzen anderen Rahmenbedingungen. Da geht es um das ganze Steuersystem, da geht es natürlich um die Kosten für Arbeitsplätze, da geht es um fehlende Fachkräfte, aber das ist doch kein Problem der Fläche in Quadratmetern und dann zu sagen, jetzt haben wir wieder etwas Großartiges getan. Das ist ja nicht (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Da gibt es eine begleitende Berufsorientierung, die Regionalentwicklung, das sind ja ganz andere Dinge!“*) Aber deine Regionalentwicklung ... (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Das Steuersystem kannst du von der Steiermark heraus nicht ändern!“*) Das Steuersystem kannst du aus der Steiermark heraus nicht ändern, aber die Raumordnung könntest du ändern. Da ist

nichts passiert, ganz generell, wenn man z.B. einmal sagen würde, keine Einkaufszentren mehr auf der grünen Wiese, wir gehen z.B. in Richtung einer Stellplatzabgabe bei bestehenden Einkaufszentren, dass du so etwas Ähnliches hast wie einen regional steuerlichen Ausgleich, dass du diesen Kuchen hernehmen kannst, wenn du uns das heute hier gesagt hättest oder im Rahmen des Budgets, damit wir es dann in die Zentren hineingeben kann, das wäre ja alles nachvollziehbar. Nur in Wirklichkeit sind die Maßnahmen, die ihr vorschlagt, eine Fortschreibung der Schuldenpolitik, auch ohne zu gestalten und ohne zu lenken in eine andere Zukunft hinein. Denn wir müssen uns natürlich in vielen Bereichen grundsätzlich weiterentwickeln. Ich gehe ganz kurz zum Kollegen Seitinger. Ich glaube, es war die Landwirtschaftskammer, die dir ja nicht fremd ist, die vor einiger Zeit richtig erkannt hat, sehr spät, aber doch, es braucht eine neue Strategie in der Landwirtschaft. Das war die Botschaft. Wir müssen weg von der Masse, wir müssen die Qualitäten definieren, wir können nur mehr so den rasanten Verfall der landwirtschaftlichen Struktur, die permanente Abnahme der Betriebe stoppen und dann schaue ich in das Budget hinein, in deinen Bereich, deine Budgets, Bereichsbudget Globalbudget, da ist diese neue Landwirtschaftsstrategie nicht ablesbar. Wo kann man die da drinnen sehen? Nichts ist vorhanden in diesem Budget, wo es wirklich um Zukunftsfragen für die Steiermark geht. (*Landesrat Seitinger: „Das stimmt nicht, tiefer lesen!“*) Bildungsbereich, z.B., Kollegin Lackner, Vorarlberg bemüht sich massiv darum, der Bund bremst derzeit, wir wissen, wie schwierig das ist, um eine Modellregion für gemeinsame Schule. Wo ist die Steiermark? Wo sind die Forderungen der Steiermark? Wann gehst du in Richtung Bundesebene und sagst, ja, wir wollen das auch, weil wir sehen, dass zu sehr frühen Zeitpunkten ganz einfach selektiert wird und die Herkunft der Schülerinnen und Schüler im sozialen Bereich dafür ausschlaggebend ist, welche Bildungschancen es gibt. Ja die Steiermark fordert letztendlich nichts. Wo ist die Zukunftsperspektive der Steiermark in unterschiedlichsten Bereichen. Die ist letztendlich ganz einfach nicht vorhanden. Die Fehler der letzten Jahre, ich erinnere nur noch einmal, weil es im Budget auch wieder in einem gewissen Teil drinnen ja erwähnt wird, z.B. an diesen alten Mateschitz-Vertrag. Dietrich Mateschitz ist ein erfolgreicher Unternehmer, er macht auch viel in der Region oben richtig, das möchte ich gar nicht bestreiten, aber dieser Vertrag bis zum Jahr 2067 mit dem Land, der war sittenwidrig. Das sind Folgen (*Landesrat Mag. Drexler: „Was ist mit den Motorsporterfolgen?“*) Das sind Folgen, lieber Kollege Drexler, an denen wir heute schwer zu nagen haben, das Land Steiermark. An diesen Folgen letztendlich hat sich die Budgetpolitik der Steiermark natürlich in eine sehr, sehr negative Richtung entwickelt.

Öffentlicher Verkehr, noch einmal zum Kollegen Lang. Bundesländer in Österreich schaffen es, den Menschen z.B. eine günstige Jahreskarte zur Verfügung zu stellen. Das ist das Bundesland (*Landesrat Lang: „Das gibt es bei uns auch!“*) Wien, du sagst, das gibt es bei uns schon, das gibt es in Graz, (*Landesrat Lang: „Das gibt es in der Steiermark genauso!“*) weil es hier eine massive Zuzahlung auch der Stadt gibt. Allerdings ist in Graz das Problem der günstigen Jahreskarte, dass sie eben nur für die Grazerinnen und Grazer gilt, wenn sie da hauptwohnsitzgemeldet sind, nicht für die Menschen aus dem Umland, also, wenn du als Umweltlandesrat ökologisch denken würdest, dann würdest du sagen, na, es ist ja das Mindeste, dass wir das auch bis Graz-Umgebung ausdehnen, damit wir nämlich genau das Verkehrsproblem, wir haben ja wieder Kosten im Verkehr, ganz massive, darum budgetmäßig relevant, hier auch ausgleichen. Das ist nur für die Stadt Graz. (*LTabg. Zenz: „Dazu sind ja alle Gemeinden eingeladen. Alle Gemeinden sind eingeladen!“*) Aber was uns fehlt, was uns fehlt, Kollege Zenz, ist das, was uns andere Bundesländer in der Realität ja zeigen. Warum schafft es denn Vorarlberg ein 365-Euro-Ticket zu machen. Soll es am Ende in der Steiermark 450 Euro kosten, ja, das werden wir auch aushalten. Aber es ist nicht einzusehen, warum die Menschen in der Steiermark, was die Visionen der Zukunft anlangt von einer modernen Verkehrspolitik, hier Menschen zweiter Klasse sind. Das ist eure Politik der Regierung. Hier sind wir eben nicht vorne dabei, sondern wir sind, wenn es um die Zukunftschancen für die Menschen geht, leider auf den letzten Plätzen. Ja warum sagt uns die Stadt Graz nicht einmal, sondern mehrmals, wir wollen die Nahverkehrsabgabe. Selbst der Bürgermeister Nagel, ein Vertreter der Wirtschaftsseite, sagt uns ganz klar, mit einstimmigen Resolutionen aus der Stadt Graz Richtung Landtag, wir müssen hier Möglichkeiten schaffen, um den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Das ist ja ein Desaster in und rund um Graz, in Wirklichkeit. Das wissen wir. Wir müssen dringend Straßenbahnen ausbauen, wir müssen dringend die Takte verdichten, wir müssten mehr Kapazitäten in der Infrastruktur mit neuen Garnituren schaffen. Ja, das ist ja nicht neu, dass in den Spitzenzeiten am Abend die Menschen in den Bussen fast keinen Platz haben, in den Straßenbahnen keinen Platz haben. Ja, wo ist denn die Zukunftsperspektive? Und dann geht es um die monetäre, um die budgettechnische Absicherung – was hören wir von der SPÖ auf Landesebene? Nein, wir wollen keine Nahverkehrsabgabe. Wien hat eine Nahverkehrsabgabe in Form eines Dienstgeberbeitrages, da sind wir durchaus gesprächsbereit, wie man das am Ende ausgestaltet. Aber auch hier ist letztendlich kein Wille zur Gestaltung vorhanden. Und das ist das, was aus meiner Sicht sehr, sehr problematisch ist, wenn man sich dieses Budget anschaut, dass eigentlich die wirklichen

Zukunftsperspektiven, mit Ausnahme, das sage ich jetzt auch, mit Ausnahme dessen, was vielleicht im Gesundheitsbereich angekündigt ist, wo zumindest Ziele festgelegt sind, dass wir hier mit Ausnahme des Gesundheitsbereiches nicht wirklich den großen Wurf, die großen Vorstellungen einer sicheren Zukunft und einer erfolgreichen Zukunft für die Steiermark ablesen können. Ich bin auch sehr froh, dass uns, die Vorredner haben es auch teilweise gesagt, der Landesrechnungshof hier mit einer Stellungnahme zu diesem Budget eigentlich bestätigt hat, die Kritik der Opposition der letzten Jahre, was die Wirkungsziele anlangt, dass das letztendlich nicht funktioniert und da geht wirklich auch an dich, du hast ja im Ausschuss zu mir gesagt, du wirst dich bemühen, hier etwas zu ändern und mehr Transparenz zuzulassen, dass wir natürlich, was die Wirkungsziele angeht und die Wirkungsorientierung nachschärfen müssen. Ich meine, es ist ja wirklich peinlich, und da richte ich mich jetzt an die beiden Gemeindereferenten, an den Herrn Landeshauptmann und an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, wenn als Wirkungsziel hier z.B. festgelegt ist, Globalbudget-Bedarfszuweisungen, wieder ein konkretes Beispiel, damit es greifbarer wird, welche Kritik wir hier üben, oder der Rechnungshof auch übt, da ist z.B. das Wirkungsziel Nummer zwei festgelegt, Bedarfszuweisungen: Durch die Unterstützung von Projekten auf Gemeindeebene wird ein Beitrag zur Erhaltung der Lebensqualität der steirischen Bevölkerung geleistet. Ein wunderbares Wirkungsziel. Das ist halt sehr, sehr vage und sehr oberflächlich beschrieben. Aber jetzt kommt es, der Indikator, um das zu messen, ist die Anzahl der Projekte und nicht das Projektvolumen wichtig. Und genau das meinen wir natürlich, dass man die Wirkungsziele nachschärfen muss, weil es kann ja nicht die Anzahl der Projekte ausschlaggebend sein, weil, wenn ich in der Steiermark 200 Schaukeln auf Kinderspielplätzen aufstelle, habe ich auch 200 Projekte, aber es ist eben nicht das gleiche, wie wenn ich ein Projektvolumen bemesse und hier auch wirklich gesamt darstelle. Und ich glaube, mit diesem Beispiel ist sichtbar, dass die Wirkungsorientierung in vielen Bereichen ganz einfach nicht funktioniert. Das ist etwas sehr Wichtiges, auf was der Landesrechnungshof in seinem sehr, sehr gewichtigen Bericht hingewiesen hat, ist die fehlende Kosten- und Leistungsrechnung. Wir haben zwar jetzt, die Grünen haben dieser Umstellung im Budget zugestimmt, ich bin auch nach wie vor der Meinung, Doppik Wirkungsorientierung sehr, sehr wichtig, weil es ein Fortschritt sein kann dann, wenn die Qualität in den Bestimmungen stimmt. Hat in einem Punkt überhaupt nicht funktioniert. Da geht es um die Kosten- und Leistungsrechnung. Es ist kritisiert worden, irgendwo in den Medien habe ich gelesen, ja die Opposition hat unlängst im Ausschuss schon wenig gefragt oder der Regierung Fragen gestellt. Ich meine, man muss sich

schon einmal fragen, dieses System in dieser Form weiter zu entwickeln, wird notwendig sein, wenn wir das neue Haushaltsrecht ernst nehmen. Denn, wenn wir hunderte Fragen stellen an den Budgetdienst, der Budgetdienst gibt es weiter, die Regierung gibt es dem Budgetdienst zurück, wir bekommen das wieder, das ist ja grundsätzlich löblich und gut, dass wir die Antworten bekommen können, aber es wäre doch völlig vernünftig auch zu sagen, dass neben der Wirkungsorientierung auch die tatsächliche Darstellung an Zahlen, an wirklich vorhandenen Zahlen, für Abgeordnete, die in der Budgetkontrolle stehen, aber auch für die Bevölkerung, kontrollierbar sein muss. Wir wissen ja, ihr habt die Kosten- und Leistungsrechnungen in den Ressorts im Hintergrund mitlaufen, ja, das ist ja geradezu absurd, dass man nicht von Vornherein sagt, selbstverständlich, zusätzlich zur Festlegung und genauen Festschreibung der Wirkungsziele, wird es diese Kosten- und Leistungsrechnung für den Landtag geben. Jetzt soll das irgendwann einmal passieren in fünf oder sechs Jahren, da muss ich ehrlich sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist uns zu langsam. Ich habe mir auf Bundesebene die Budgetstruktur und die Budgeterstellung angeschaut, dort ist es selbstverständlich, gleiches System im Prinzip, wie wir haben, dass die Kosten- und Leistungsrechnung den Abgeordneten, der Öffentlichkeit, zur Verfügung steht, und ich glaube, das ist auch wichtig und da würde ich dich wirklich ersuchen, dass wir hier in Zukunft sehr rasch eine Verbesserung erreichen. Ich verstehe auch nicht, Frau Landesrätin Kampus, warum Sie das Integrationsbudget nicht als eigenes Globalbudget darstellen. Das hat der Rechnungshof auch kritisiert. Es ist richtig, Integration kostet etwas, das ist ein Kostenfaktor, den sehen auch wir, das waren Kosten speziell im Jahr 2015, aber auch danach, die außerhalb sind, es wäre doch vernünftig gewesen, also ich verstehe überhaupt nicht aus Ihrer Sicht, warum Sie es anders gemacht haben, dass Sie auch sagen, das ist eigentlich eine Sonderfinanzierung, die hier ansteht, die wir bewältigen müssen, die auch wichtig ist, auch aus unserer Sicht, warum Sie diese Kosten nicht in einem getrennten Globalbudget Integration darstellen. Das wäre ja eine Möglichkeit für Sie gewesen, die Kontrolle, wo es um Integrationsmaßnahmen geht, die tatsächlichen Investitionen hier in diesem wichtigen Bereich, darzustellen. Ich verstehe nicht, warum Sie das jetzt „reinmantschen“ in das Sozialbudget, das wäre, glaube ich, sehr, sehr wichtig. Der Rechnungshof kritisiert dann auch, sollte man noch kurz erwähnen, dass bei landeseigenen Unternehmungen Globalbudgets in dieser Aufstellung auch fehlen. Ich darf zum Abschluss kommen, ich glaube, dass auch dieses Budget wieder zeigt, dass die Realität, die die Regierung nach außen vorgibt, oder immer noch versucht, der Bevölkerung darzustellen, das Bild, das die Regierung gibt, mit der

Realität in Wirklichkeit wenig zu tun hat. Das sagen die Zahlen ganz klar, es ist eine Schuldenentwicklung, das strukturelle Nulldefizit ist wieder einmal irgendwo angekündigt in zwei, drei Jahren. Wir werden nicht dahin kommen und irgendwann wird der Moment eben kommen, wo diese Regierung auch sagen muss, warum sie budgetpolitisch, und das ist ein Faktum, letztendlich hier auch gescheitert ist. Und lieber Michael Schickhofer als Finanzlandesreferent, du gehst her, ich beobachte das wirklich schon seit Monaten jetzt, und fast in einer Euphorie, in einer Hochstimmung, sagst du, wie toll die Steiermark ist, wie klasse das Budget ist, wie gut wir dastehen, bitte schau dir doch die Vergleiche mit den Bundesländern an. Euer letztes großes Scheitern, das richtet sich auch an den Landeshauptmann der Steiermark, sollten wir vielleicht zum Abschluss nicht ganz vergessen, war der Finanzausgleich. Ja, ihr seid hingegangen, habt gesagt, da wird es Millionen für die Länder geben, wir werden hoffentlich einen aufgabenorientierten Finanzausgleich haben, ja, aber bitte, du weißt doch ganz genau, dass das, was ihr immer wieder gepredigt habt, ihr habt den Vorsitz gehabt im letzten halben Jahr in der Landeshauptleutekonferenz, die Steiermark hat hier maßgeblich mitgewirkt, um hier wirklich einmal diesen alten rot-schwarzen Filz, ich nenne ihn jetzt bewusst so, zu durchschlagen und ein nachvollziehbares System zu schaffen, was die Mittelzuteilung letztendlich transparent macht und wo die Steiermark, wir sind ja seit Jahren benachteiligt durch diese Situation, auch mehr an Bundesfinanzanteilen bekommt. Was ihr vorgelegt habt, war eigentlich eine Fortschreibung des alten Systems. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „50 Millionen allein in der Steiermark jährlich!“*) Auch hier, ja bitte, 50 Millionen mehr - (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Das sind 25 Millionen mehr, 15 Millionen mehr für die Gemeinden!“*) das wirst du mir doch wohl nicht, ich meine, wir haben bei der Schi-WM, glaube ich, um über 100 Millionen überschritten, 40 Millionen haben wir ursprünglich veranschlagt gehabt, (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Was hat die Schi-WM mit dem Finanzausgleich zu tun?“*) dann redest du von 50 Millionen. Ja, oder die ganze Fehlsteuerung im Pflegebereich, z.B. der letzten zehn Jahre, (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „50 Millionen mehr, sind 50 Millionen mehr!“*) sind letztendlich Summen, die die Steiermark verloren hat, und dann kommst du her, wo wirklich riesige Beträge verloren gegangen sind, und sagst, jetzt haben wir 50 Millionen herausgeholt. Ja das ist dein Erfolg beim Finanzausgleich? (*Landesrat Lang: „Ist das nichts?“*) Für ein 5-Milliarden-Budget? Also, (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Das möchte ich mir anschauen, wo du mehr herausgeholt hättest!“*) diese Euphorie, die du da hast, die kann ich - (*Landesrat*

Mag. Drexler – ÖVP: „Die Unterstützung der Grünen auf Bundesebene für die Länder beim Finanzausgleich war groß!“) also, Kollege Drexler, also das war jetzt noch ein wichtiger Zwischenruf. Ich meine, wahrscheinlich kennst du unseren Budgetexperten Bruno Rossmann, der, glaube ich, sehr penibel genau ist, er ist aus der Arbeiterkammer gekommen, gut vorbereitet aus unserer Sicht, den Finanzausgleich mehrmals bewertet hat, wir sagen nicht erst seit ein, zwei Jahren, was da zu ändern ist, wir haben sehr genau Punkt für Punkt aufgelistet, was hier wichtig wäre, weil eben die Aufgabenorientierung nicht da ist, weil die Treffsicherheit im Finanzausgleich nicht da ist und in Wirklichkeit ist es immer so, ÖVP und SPÖ schimpfen dann die ganze Periode des Finanzausgleichs über den Finanzausgleich und blenden dabei aus, dass sie ihn in Wirklichkeit ja selbst verhandelt haben. *(Beifall bei der KPÖ)* Und ich sage nur, das, was vorliegt, ist letztendlich nicht *(Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Da klatschen nur die Kommunisten!“)* der große Wurf gewesen, das war auch nicht der Beginn der großen Wende, sondern, lieber Michael Schickhofer, das war die Fortschreibung des alten Systems und ich hätte mir mehr erwartet. *(Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „50 Millionen Plus!“)* Also eigentlich, wenn wir das Budget anschauen, das ist meine Bilanz, ist es nicht viel anders als das letzte. Wir haben wieder ein Riesen-Budgetloch, wir haben letztendlich keine innovative Ausrichtung, was die Ziele der Zukunft anlangt, und das ist aus meiner Sicht sehr, sehr enttäuschend. Ich glaube, die Steiermark könnte viel, viel mehr, ich darf dir auch noch sagen, dass die Energiepolitik etwas ist, wo du ja als Beteiligungsreferent wesentlich mehr tun könntest, wir waren mit einer Landtagsdelegation - *(Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Ja, da investiere ich und dann schimpft ihr wieder!“)* ja, ich werde dir gleich etwas sagen zu deinen Investitionen. Wir waren mit einer Landtagsdelegation in Niedersachsen, wo uns gezeigt wurde, wie es in der Windenergie derzeit aussieht. Wenn du schaust, wie es bei deinem Landesenergieversorger aussieht in der Fotovoltaik, in der Windenergie, so ist es letztendlich ein Armutszeugnis. *(Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Kennst du den Anteil?“)* Das ist wirklich so im europäischen Vergleich - *(Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Sag einmal, wie viel!“)* ja sicher kenne ich die Handalm, aber du feierst dich ab als Landesenergieversorger, als Beteiligungsreferent, nur weil du den Windpark Handalm gemacht hast zu einem sehr, sehr späten Zeitpunkt, wie andere private Investoren, und über die bin ich sehr, sehr froh und dankbar im EVU-Bereich, im Energieversorgungsbereich, ja schon längst auf die Windenergie gesetzt haben, ward ihr immer noch in Richtung Öl und Gas unterwegs. *(Landeshauptmannstellvertreter Mag.*

Schickhofer: „Aber 45 Millionen sind nicht ohne für die Windenergie!“) und das Wichtigste ist, dass du bei deinen Investitionen auch hinschaust, was ist sinnvoll (*Landesrat Seitinger: „Ihr verhindert alles!“*) Wie viel muss ich hineingeben und wie viel bekomme ich unter dem Strich letztendlich heraus. Herr Kollege Seitinger, ich weiß nicht ... (*Landesrat Seitinger: „Ihr verhindert alles, und dann redet ihr, dass wäre euer Energiepark!“*) Ich sage dir jetzt etwas zur Wasserkraft, ganz kurz. (*Landesrat Seitinger: „Für welches Wasserkraftwerk ward ihr?“*) Du weißt ganz genau, wir waren seinerzeit für die Investition, was Leoben anlangt, Kraftwerkserneuerung, wir waren seinerzeit bei der Enns, waren wir für die Investitionen, bei der Hydro-Power Kapazitätserhöhung. Wir haben auch in der Wasserkraft immer wieder gesagt, dass Investitionen sinnvoll sind. Aber eines ist (*Landesrat Seitinger: „Aber nur nicht hier!“*) sicher nicht sinnvoll, (*Landesrat Seitinger: „Floriani!“*), da gehe ich gar nicht auf die Ökologie, die lasse ich jetzt einmal beiseite. Aber wenn uns nicht nur ein Wirtschaftsfachmann, sondern mehrere sagen, dass die Investition ins Murkraftwerk in Graz wirtschaftlich nicht darstellbar ist, weil dann, wenn wenig Wasser ist, wenig Strom gebraucht wird, weil wir hier an einem Ort investieren, wo die Begleitmaßnahmen massives finanzielles Risiko bedeuten. Wo dir ja, lieber Landeshauptmannstellvertreter, deine Finanzpartner abgesprungen sind. Zuerst war der Verbund weg, jetzt kannst du die Wien-Energie offenbar nicht ins Boot holen, jetzt ist die letzte Hoffnung die Chinesen, die letzte Hoffnung die Chinesen, (*LTabg. Schwarz: „Da weinen die Grünen aber schon heftig!“*) da muss man schon einmal sagen, (*Landesrat Dr. Buchmann: „Danke für die Unterstützung bei den Wiener Grünen!“* - *LTabg. Schwarz: „Da arbeitet ihr mit den Wiener Grünen zusammen!“*) Da muss man schon einmal sagen, dass offenbar deine Energiepolitik (*LTabg. Schwarz: „Danke!“*) hier auch für Investoren (*LTabg. Schwarz: „Dass ihr alles verhindert!“*) nicht nachvollziehbar ist. (*LTabg. Schwarz: „Das ist unglaublich!“*) Und warum, warum gehst du nicht mehr rein in andere Bereiche? Die Möglichkeit wäre ja grundsätzlich da gewesen, ja. Seinerzeit haben die Landesenergieversorger die Kraftwerke verkauft, jetzt baust du in Graz eines, aber was ist in der Windenergie? Wir haben viel mehr Möglichkeiten. (*Landesrat Lang: „Da seid ihr gegen die meisten Projekte!“*) viel mehr Möglichkeiten, hier etwas zu tun, Kollege Lang, aber die Regierung macht es leider nicht. (*LTabg. Schwarz: „Das ist ja unglaublich!“* - *Landesrat Lang: „Das halte ich nicht aus!“*) Abschließend zum Budget vielleicht noch, ich würde mir einfach wünschen, dass wir, was die mittelfristige Finanzplanung, und das ist ein sehr ernster Wunsch an die Regierung, reinen Wein eingeschenkt bekommen, wie schauen die nächsten fünf Jahre, zehn Jahre, in der Steiermark

aus. Ist es wieder so, wie es die letzten Jahre war, dass wir etwas präsentiert bekommen, was dann am Ende nicht hält oder wird es irgendwann so sein, dass die Abgeordneten der Oppositionsparteien hier eine nachvollziehbare Budgetpolitik vorfinden. Das würde ich mir wünschen, das wäre wichtig für die Steiermark, wichtig auch für die Abgeordneten, die die Budgetkontrolle ausüben. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.09 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor wir zur nächsten Wortmeldung kommen, begrüße ich die Studierenden des Unilehrganges der Kar-Franzenzs-Universität „Landespolitik hautnah“ unter der Leitung von Herrn MMag. Dr. Jürgen Dumpelnik und Herrn Ass.Prof. Dr. Klaus Poier. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Die nächste Wortmeldung ist von Klubobmannstellvertreter Karl Lackner von der ÖVP. Bitte.

LTabg. Karl Lackner – ÖVP (10.10 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren im Hohen Haus!

Der Landesvoranschlag 2017 liegt vor und wird diskutiert und erlauben Sie mir zunächst einmal eine Vorbemerkung. In allen drei Wortmeldungen zuvor, der KPÖ, der Freiheitlichen, auch der Grünen, hat es geheißen, Intransparenz, man hat dementsprechende Budgetzahlen nicht bekommen oder sie nicht nachvollziehen können und das erstaunt mich schon sehr. Denn, es haben alle genannten Fraktionen Anfragen an alle Ressortzuständigen gestellt und es haben alle Fraktionen ausreichend Antworten mit genauen Budgetzahlen, ich habe hier die Anfragen der KPÖ bekommen, auf den Cent genau auf deren Anfragen. Und am 06. Dezember hat der Finanzausschuss stattgefunden, vier Stunden lang wurde diskutiert, alle Detailbudgets wurden der Reihe nach durchbesprochen und wenn dann die Zeit für die Möglichkeit Fragen zu stellen, nicht einmal ausgeschöpft wird, dann erstaunt es mich, dass man heute sagt, es war nicht die Zeit, es ist intransparent und die Zahlen sind nicht korrekt. Das Verhalten, das Sie da an den Tag legen, ist nicht korrekt, das muss ich Ihnen eingangs ganz klar sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir haben uns viel vorgenommen. Die Zukunftspartnerschaft der ÖVP und der SPÖ mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze, seinem Stellvertreter Michael Schickhofer, allen Regierern und allen Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ, vorgenommen, zu Beginn der Legislaturperiode, die

Steiermark weiter nach vorne zu bringen. Und weil heute schon der Bundesländervergleich auch angesprochen wurde, wir sind in diesem Vergleich Spitze in vielen Bereichen, auch, wenn das von den Grünen in Abrede gestellt wird, wir sind Spitze bei Forschung und Entwicklung, nicht nur innerhalb Österreichs, sondern auch in Europa, im Tourismus folgt eine Rekordsaison der anderen und auch der steirische Automobilcluster bringt ständig neue Kunden und Aufträge von aller Welt in die Steiermark. Gefragt ist das steirische Know-How im gleichen Maße, als auch die Qualität, die die Facharbeiter hier einbringen. Nur drei Beispiele, warum die Steiermark an der Spitze steht und ich glaube, das ist ein Verdienst der Handelnden, der Unternehmer, der Industrie, aller Arbeitnehmer und Arbeitenden, genauso von Beamten, Lehrern, Landwirten, allen Steirerinnen und Steirern, die hier dazu beitragen, dass diese Erfolgsgeschichte möglich ist. Und Aufgabe der Politik ist es eben, Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Rahmenbedingungen, dass dieser Erfolg weiter fortgeschritten werden kann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das heißt, mutig investieren. Uns ist völlig klar, dass es womöglich besser wäre, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, aber besondere Situationen bedürfen auch besonderer Maßnahmen und wir wollen mit diesem Budget, mit 700 Millionen Euro mehr Investment, auch einen Abgang von 300 Millionen in Kauf nehmen. Wir wollen aber keinesfalls aus den Augen verlieren, und das ist auch im mittelfristigen Budgetpfad klar und deutlich festgeschrieben, dass wir mittelfristig ebenfalls einen Haushaltsausgleich haben wollen, der von allen gefordert wird und von uns auch besonders angestrengt wird. Ausgeglicherer Haushalt bleibt deshalb wichtig, aber wenn wir die Steiermark weiter voranbringen wollen, dann ist es erforderlich, zu investieren in gezielten Bereichen, denn, das Geld, das ausgegeben werden soll, muss zuerst verdient werden und muss zuerst erwirtschaftet werden. Deshalb weitere Investitionen in Unternehmensgründungen, Unternehmensansiedelungen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können und auch die sich im Sinken befindende Arbeitslosenzahl weiter möglich ist. Nur, wenn investiert wird in diesen Bereichen, kann Arbeit gesichert, Umbaumaßnahmen, vieles andere mehr, und können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und wo wir so stark sind, Bildung, Wissenschaft und Forschung, wollen wir natürlich weiter ausbauen. Und wir wollen in unseren Gemeinden und Regionen die Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer auf gleichem hohen Niveau halten, deswegen heißt es eben, investieren und auch ein maßvolles Budgetdefizit in Kauf zu nehmen. Zukunftsbereich Gemeinden und Regionen, in die wir besonders investieren wollen. Durch das Ergebnis des Finanzausgleiches - es wird immer darauf losgegangen, Abgang, schlechtes

Budget und überhaupt, aber wenn etwas mehr wird, dann wird es klein geredet. Es gibt eben mehr Budget aus dem Finanzausgleich, das uns zur Verfügung steht und dieses neue Budget wird auch für unsere Gemeinden und Regionen eingesetzt. Wir haben bei der Gemeindestrukturreform versprochen, dass wir in diese neuen lebenswerten und starken Kommunen und auch in die bestehenden Kommunen stark investieren wollen. 287 Gemeinden in der Steiermark sind es insgesamt. Damit einhergehend ein eigenes Förderprogramm für die Ortskernerneuerung, Ortskerne stärken, damit diese Standorte dieser Gemeinde auch attraktiv und die Regionen lebenswert bleiben. Und da habe ich heute auch schon gehört, es wird nur mehr den Großen das Geld in den Rachen geworfen und für die Kleinen ist nichts mehr übrig, das ist Land, Raum, Zukunft, das Projekt, das wir schon von Seiten der ÖVP 2015, die Abgeordneten hier im Raume, ins Leben gerufen haben und wir freuen uns sehr, dass von den 28 von uns definierten Schwerpunkten 20 erfüllt wurden oder sich in Umsetzung befinden. Und wir freuen uns auch sehr, dass alle 28 - Acht haben wir noch umzusetzen und zu erfüllen - in das gemeinsame Regierungsprogramm von SPÖ und ÖVP aufgenommen wurden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Zukunftsbereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und die Arbeitswelt befindet sich weiterhin im Umbruch, das Stichwort, das ich heute hier auch einbringen und interpretieren möchte, heißt Digitalisierung. Keine Angst vor der Digitalisierung, sondern die Digitalisierung als Chance sehen und diese auch nützen. Unsere Unternehmen müssen am Puls der Zeit sein und bleiben und das Wirtschaftsressort und auch die SFG unterstützen mit gezielten Fördermaßnahmen. Es wird auch mutig investiert für Innovationen, um auch hier neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und es ist auch schön, wenn es Erfolgsbeispiele gibt, wie die Gründung des Mikroelektronikclusters Steiermark-Kärnten vor kurzem. Ein neues Geschäftsfeld hat sich hier aufgetan, eine große Chance für Unternehmer, dieser Mikroelektronikcluster hat inzwischen 50 Mitgliedsbetriebe, das sind neue Chancen, das sind neue Produkte, die hier auf den Markt kommen, das sind neue Arbeitsplätze und das ist eine Investition, die sich auch für das Land Steiermark lohnen wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Einige Bereiche noch, die auch für Wirtschaft und Arbeitsmarkt von Bedeutung sind: 4,4 Millionen Euro in die 25 steirischen Kompetenzzentren, in Planung neue Förderprogramme zur Stärkung der Lehre als Ausbildung, eine wichtige Geschichte und, weil auch gesprochen wurde, nur für die großen Städte, für die Einkaufszentren, eine Erfolgsgeschichte ist auch die Förderung „Lebensnah“. Eine beliebte Förderung für steirische Nahversorger, diese wird um ein Jahr verlängert und bis Ende 2016, in diesem Jahr konnten 349 Anträge für Klein- und Mittelbetriebe - diese

Förderung gibt es eben nur für Klein- und Mittelbetriebe - erfolgreich erledigt werden. Und das ist etwas, Kollege Schönleitner, das nicht nur an Zentren denkt, sondern an den ländlichen Raum und an alle Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Über den Breitbandausbau halte ich mich nicht lang auf. Das ist etwas, was sich alle auf die Fahnen geschrieben habe, eine wichtige Geschichte, die wir massiv vorantreiben wollen und ich danke hier für die Kooperation, die mit dem Land Steiermark und der Energie Steiermark einhergehend erfolversprechend für die Regionen ist und es ist da durchaus möglich, mit solchen Projekten Geld aus der Breitbandmilliarde des Bundes zu bekommen. Ich möchte einen weiteren Zukunftsbereich, Tourismus und Kultur, ansprechen. Auch die steirische Tourismuswirtschaft, in diese wollen wir weiter investieren und da sind wir ja schon seit Jahren erfolgsverwöhnt. Ich habe es eingangs meiner Rede gesagt, ein Rekordjahr jagt das andere und wir haben zur Zeit, 2016, vier Millionen Gäste in der Steiermark gehabt, die 12,4 Millionen Nächte gebracht haben, ein neuer Höchstwert im Lande. Und das ist etwas, was man doch auch ganz groß hervorstreichen sollte. Weil das Land so gut aufgestellt ist, weil das Land so schön und weil wir tüchtige Leute haben im Land, dass die Gäste auch gerne herkommen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und weil die Leute im Land auch von den Investitionen und von den Gästen im In- und Ausland dort leben. Investment in die sehr erfolgreiche Digitalisierungsoffensive für Betriebe und auch für Tourismusregionalverbände und Tourismusverbände und ein Projekt, das auch sehr wichtig erscheint, das in Planung ist, eine Qualitätsoffensive für kleinere und mittlere Schi- und Langlaufgebiete. Eine gute Geschichte. Und auch im nächsten Jahr wird der steirische Tourismus im In- und Ausland aktiv und massiv beworben, damit die Gäste auch in Zukunft in die Steiermark kommen und wie es unser Landeshauptmann so oft sagt, wir sind das beliebteste Urlaubsland der Österreicherinnen und Österreicher. Ein Projekt, das ich hier miteinbinden muss, ich muss wieder den Kollegen Schönleitner ansprechen, ist die WM, die Schi-WM 2013. Es wird immer nur davon gesprochen, was an Geld nach Schladming gegangen ist. Ich weiß, dass das dein Lieblingsthema ist, *(LTAbg. Schönleitner: „Eines meiner Lieblingsthemen!“)* aber bedenken wir doch, wie viele Millionen in die Infrastruktur des Bezirkes gegangen sind, Breitbandausbau, Schiene, Straße und zuletzt auch eine Qualitätsoffensive, die für alle Hotellerie- und Gastronomiebetriebe zur Verfügung gestanden ist. Und der östlichste Betrieb im Bezirk war St. Gallen, der diese Qualitätsoffensive nutzen konnte und nicht nur das Oberland im Bereich von Schladming und Ramsau. Und hätte es diese erfolgreiche Schi-WM 2013 nicht gegeben und hätte es nicht diese Investitionen in die Infrastruktur gegeben, es

wäre wohl nicht möglich, die Special Olympics nächstes Jahr im März zusammen mit Graz auszurichten. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und das ist ein Projekt, wo ich der Meinung bin, da können wir alle, und da sind wir alle d'accord, mächtig stolz sein, für Menschen mit besonderen Bedürfnissen eine Olympiade auszurichten. Und ein Zusatznutzen miteinhergehend, das Fenster in die Welt zu öffnen, wo sich die Steiermark wiederum von ihrer besten Seite präsentieren kann und dies auch tun wird. Und das ist eine Erfolgsgeschichte, wie wir sie uns wünschen und wie sie mit Sicherheit, wie ich die Verantwortlichen kenne, auch stattfinden wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Gleich wichtig wie Tourismus ist auch die Kultur im Lande, es gibt ja noch die Bereichssprecher heute, ich nenne nur die Kultur insgesamt, es ist der Kultur insofern große Bedeutung auch beigemessen, weil das Tourismusbudget gleich hoch ist wie das Kulturbudget. Das ist auch etwas, was sehr wichtig ist. Ich würde sagen, das Kulturbudget ist gleich hoch wie das insgesamte Wirtschaftsbudget. Da gibt es viele Initiativen in Kunstprojekte und gefördert werden vor allem auch Spielstätten, Museen, Theater, die in ihrer Funktion als Publikumsmagneten für Wirtschaft und auch für den Tourismus ja ebenso, wie alle anderen Einrichtungen, eine bedeutende Rolle spielen. Erfreulich ist es, dass diese Förderungen 2017 auf dem gleichen Niveau gehalten werden können, wie sie 2016 waren und ebenso erfreulich, weil auch der Vorwurf im Raume steht, es geschieht an Strukturveränderungsmaßnahmen nichts, dass die für die Kultur Verantwortlichen in diesen Bereichen selbständig Strukturen bereinigt haben und auch in der Verwaltung gespart haben. Zukunftsbereich Landwirtschaft, jedem von uns ist klar, was die 37.600 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe für die Steiermark bedeuten. Da geht es um die Lebensmittelproduktion, um die Landschaftspflege, um die Produktion von Energieträgern und Baustoffen, Holz sei genannt, und die Land- und die Forstwirtschaft sind Garant für die Lebensqualität, die wir in diesem Lande haben. Und auch in diese hohe Lebensqualität und in dieses Land, um das uns ganz Europa beneidet, ist zu investieren. Ich möchte vielleicht auch festhalten, dass es auch besondere Produkte gibt, die weltweite Anerkennung haben, steirisches Kernöl, der „Steirerkas“, kommt von uns oben, und, was auch sehr wichtig ist und weltweit Bedeutung hat, sind die steirischen Weine. Wir wollen deshalb, und in der Steiermark sind es ja eine große Anzahl von Familienbetrieben, diese auch unterstützen beim Wettbewerb auf den internationalen Märkten und wir wollen ihnen helfen, wenn es Unwirtlichkeiten in der Natur gibt. Deshalb die Entwicklungsprogramme weiter unterstützen, Risikovorsorge und auch das vielfältige Service, das unsere Betriebe brauchen, mitfinanzieren mit einem Budget von 64 Millionen.

Dazu ist es aber notwendig, auch die EU-Kofinanzierungsmittel auch weiterhin zu lukrieren und ich freue mich sehr, dass im Regierungsübereinkommen diese Kofinanzierungsmittel bis 2020 gesichert sind. Ich erinnere auch, wir hatten den Rechnungshofbericht betreffend die EU-Förderungen im Landtag, im Agrarbereich ist der Prozentsatz des Rückflusses an Geld nach Österreich der höchste, und darauf dürfen wir stolz sein und danken jenen, die draußen vor Ort, in unseren Abteilungen auch in den Kammern, so aktiv tätig sind, (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) das heißt, Risikovorsorge und auch in Gefahrenabsicherungen helfen. Gerade die Frostschäden haben uns ja vor Augen geführt, was Unwirtlichkeiten in der Natur können. Die Leistungen in den benachteiligten Gebieten abgelden, Biobetriebe unterstützen, das sage ich jetzt zum wiederholten Mal, für die Biobetriebe steht in der GAP 2020 mehr Geld zur Verfügung, unterstützen der Landwirte auch in der Vermarktung und im Vertrieb, ganz wichtig. Einzelinitiativen, Erzeugergemeinschaften seien genannt und auch in der ökologischen und biologischen Produktion von Lebensmitteln. Und auch eine Erfolgsgeschichte, die auf Reformen fußt, ist die Aus- und Weiterbildung, diese Ausbildungsform der dreijährigen Schulen ist eine Erfolgsgeschichte geworden. Wir sind beim Zukunftsbereich Wohnbau: Wohnen und Arbeit, ich glaube, das sind so die Grundbedürfnisse der Menschen überhaupt und im Lande auch. Die hohe Lebensqualität braucht Investitionen im Wohnbau, leistbares Wohnen schaffen, Frau Kollegin Klimt-Weithaler, hat weiterhin bei uns erste Priorität. Ein Investment wird 2017 von 340 Millionen Euro sein: Die Schaffung von 1400 neuen Wohneinheiten, Förderung von 460 Eigenheimen und 10.000 Sanierungen in der ganzen Steiermark. Das ist eine tolle Zahl und darauf können wir uns auch freuen, dass diese Budgetierung in diesem Bereich möglich war. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Entscheidender Gesundheitsbereich, der zurzeit aktiv in Angriffnahme ist, investieren in die Gesundheit, Gesundheitsplan 2035 heißt die neue Herausforderung. Bei all den mutigen Investitionen kommen auch die mutigen neuen steirischen Wege im Gesundheitsbereich nicht zu kurz. Wir haben uns vorgenommen, die Gesundheitsversorgung in der Steiermark auf neue Beine zu stellen und langfristig abzusichern. Unter der Federführung von Landesrat, Gesundheitslandesrat Christopher Drexler wurde dieser Gesundheitsplan erarbeitet und bei den Regionalkonferenzen auf breite Diskussionsbasis gestellt. Und ich habe mich, oder ich war sehr erstaunt, obwohl viel Kritik mit einher gegangen ist, wie sachlich diese Diskussionen vonstattengegangen sind und was mich ganz besonders gefreut hat, und da ein Lob an die Opposition, vor allem an die Grünen und im Besonderen an die Freiheitlichen, Frau Kollegin Staller, die FPÖ hat bei allen diesen

Regionalkonferenzen den Ehrenschatz übernommen. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Sie waren bei allen anwesend. Auch die KAGes investiert 130 Millionen in Spitäler und wichtige Erfordernisse. So gesehen, mutig investieren, auch in diesem Bereich und auch einfordern, das erscheint mir auch wichtig, dass das Vorbildwirkung oder die Vorbildwirkung vom Land ausgehend auch im Bund gegeben sein sollte. Unser Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, Hermann Schützenhöfer, fordert das vom Bund immer wieder auch ein. So gesehen haben wir viel vor mit diesem Budget und ich könnte noch vieles nennen, wird heute noch genannt werden, aber ich meine, es ist wichtig, Verantwortung zu übernehmen. Wer übernimmt die Verantwortung als wir, die Zukunftscoalition. Mutig investieren heißt natürlich auch, risikobehaftet aber mutig und die Steiermark nach vorne bringen. Und da freut es mich, wenn ich dann höre, wie es heißt, Reformen scheuen, Frau Kollegin Klimt, keiner mehr erinnert sich anscheinend an die große Landesverwaltungsreform, die hat es in ganz Österreich in der Form und dem Ausmaß schon lange nicht mehr gegeben, oder nichts für die Armen über haben, sondern nur für die Reichen. Im Sozialbudget wurde in der Sozialhilfe 5,9 Millionen Euro nachgebessert, in der Wohnbeihilfe 5,3 Millionen nachgebessert, das ist alles in diesem Sozialbereich, der heute natürlich noch ausführlich besprochen wird, gegeben und, wenn Sie gesagt haben, oder wenn du gesagt hast, Frau Klubobfrau, du wirst heuer dem Budget nicht zustimmen. Ich kann dir sagen, seit 2005 hat die KPÖ keinem Budget zugestimmt. (*LTAbg. Klimt-Weithaler: „Ja, völlig zu Recht, lieber Karl!“*) Also heute zu sagen, wir werden diesem Budget nicht zustimmen, die KPÖ hat noch nie einem Budget zugestimmt. Hat noch nie Mitverantwortung übernehmen für das Land und immer in Wahrheit nur kritisiert. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Gerald Deutschmann, war beeindruckend, vor allem deine Bundesbetrachtung, die du heute in deiner Rede mit einher gebracht hast, (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Das hängt zusammen!“*) aber ich glaube, es geht um das Budget des Landes im Besonderen und deine rechnerische Glanzleistung, indem du gesagt hast, der Abgang 2016 wird 4,5 mal so hoch sein als veranschlagt, mir liegen genaue Zahlen vor, dass der Voranschlag 109 Millionen Abgang veranschlagt hatte und dass der Budgetabgang 2016 nach Maastricht, auch der Voranschlagsabgang nach Maastricht 306 Millionen Euro betragen wird. 109 mal 4,5 wäre wohl eine andere Zahl. Und, ich glaube auch, dass insgesamt sich - ich habe ja gestern diese Pressekonferenz der Freiheitlichen verfolgt - euch da eine feine Geschichte eingefallen ist, heute werden zum Budget 2017 acht Entschließungsanträge eingebracht. Alle befassen sich mit Sparen, einer - eine Ausnahme - mit Mehrausgaben von 130.000 Euro, lese ich. Aber,

dass wir nach dem Budgetlandtag noch eine Tagesordnung haben, wo die Anträge der FPÖ einen Abgang von 132 Millionen mehr verursachen würden, das habt ihr anscheinend nicht bedacht und zu fordern, wir sollten uns bemühen um Einsparungsmaßnahmen ausgabenseitig und dgl. mehr, ich glaube, dann darf man nicht selber Verursacher bei den Ausgabenbereichen sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich sage abschließend, eine herzliche Einladung an alle Fraktionen, wenn wir mutig investieren habt auch den Mut mit uns mitzugehen, dem Landeshaushalt 2017 zuzustimmen, heute gibt es die Gelegenheit, morgen ist es wieder vorbei. Werden wir alleine wieder Verantwortung übernehmen in diesem Land im großen Maße und ihr werdet wieder Zaungäste sein und kritisieren und zuschauen. Heute ist die Chance, dabei zu sein, im Boot zu sitzen, *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Das Boot geht ja unter!“)* wenn es heißt, mutig investieren, Verantwortung übernehmen, das Land nach vorne bringen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.38 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Johannes Schwarz von der SPÖ. Bitteschön, Herr Klubobmann.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (10.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich beginnen mit dem Haushaltsrecht. Der Kollege Lackner hat das ja bereits angesprochen. Die Opposition hat alle Möglichkeiten, diesen Haushalt zu hinterfragen, die Opposition hat alle Möglichkeiten im Rahmen des Budgetdienstes des Landtages, Zahlen anzufordern, Fragen zu stellen, im Rahmen der Finanzausschusssitzung dann diese Fragen auch persönlich an die Landesregierungsmitglieder zu stellen, insofern kann ich das nur zurückweisen, dass hier von manchen Oppositionsfraktionen behauptet wird, dass dieser Haushalt für sie nicht transparent wäre. Jede Frage, jede inhaltliche Anmerkung, wurde beantwortet, konnte gestellt werden, insofern weise ich diese Behauptung auf das Schärfste zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das zweite, was ich dazu sagen möchte, wir haben dieses Haushaltsrecht gemeinsam beschlossen. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: Wir nicht!“ - Allgemeine Heiterkeit)* Ja, die Kommunisten, die kommunistische Fraktion hat da nicht mitgestimmt, wahrscheinlich weil, Claudia, du hättest lieber Fünfjahrespläne, oder etwas in diese Richtung. Dem konnten wir nicht nachkommen, aber jedenfalls der Großteil der Fraktionen in diesem Haus hat diesem Haushaltsrecht

zugestimmt. Also es ist ja kein Recht, dass die Regierung dem Landtag gibt, sondern das ist ein Gesetz, das der Landtag für diese Regierung oder für unsere gemeinsamen Vorgangsweisen beschlossen hat. Also insofern glaube ich, dass es schon sinnvoll ist, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat das ja bereits angesprochen, dass wir gemeinsam darüber nachdenken müssen, dieses Haushaltsrecht weiter zu entwickeln, auch in Fragen der Transparenz, im Bereich der Wirkungsziele, ich habe das bereits mehrmals angesprochen, da sind wir gerne dazu bereit. Nur es ist ureigenste Aufgabe des Landtages, dieses Haushaltsrecht zu beschließen, deswegen müssen wir uns gemeinsam diesem Auftrag widmen, dieses Haushaltsrecht weiter zu entwickeln und nicht die Regierung dafür zu kritisieren, dass sie das Haushaltsrecht, das dieser Landtag beschlossen hat, vollzieht, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ja, was den Rest, oder die inhaltlichen Anmerkungen der Oppositionsfraktionen zu diesem Landeshaushalt betrifft, so lässt mich das eher ratlos zurück. Nämlich dahingehend, auf der einen Seite wird kritisiert, es würde zu viel eingespart, es würde zu viel gespart, es würde zu viel konsolidiert, und auf der anderen Seite gibt es die Vorwürfe, es wird zu wenig investiert, es wird zu wenig Geld ausgegeben, wir sind zu zurückhaltend in diesem Bereich. Ich bin der Meinung, dieses vorliegende Budget der Koalition Zukunft Steiermark, lieber Lambert, zum Mitschreiben, dieses Budget dieser Koalition für dieses Jahr 2017 ist genau ein richtiges Budget, nämlich ein Budget, das schafft die Balance zwischen notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen, aber auch notwendigen Investitionen in Zeiten wirtschaftlich schwieriger Situationen auch in der Steiermark. Diese Koalition schafft diese Balance, wir investieren in Arbeitsplätze, wir investieren in Regionalentwicklung, wir investieren in wichtige Investitionen, auch im Gesundheitsbereich und deswegen bin ich der Meinung, wir sind auf dem richtigen Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Denn wenn man sich anschaut, was beispielsweise die FPÖ hier heute angesprochen hat oder gestern auch in ihrer Pressekonferenz. Nulllohnrunde für Landesbedienstete, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird es mit dieser Koalition nicht geben, weil wir der Meinung sind, dass gerade in Zeiten, wo es wichtig ist, dass auch der Konsum gestärkt wird, dass Menschen auch Geld ausgeben können, um die heimische Wirtschaft zu stärken, dass gerade in diesen Zeiten es auch wichtig ist, dass die Landesbediensteten, die ausgezeichnete Arbeit über das ganze Jahr, über die letzten Jahre geleistet haben, dass auch diese Landesbediensteten die Möglichkeit haben zu konsumieren, Geld auszugeben und sie sind jeden Cent, jeden Euro wert, und deswegen sprechen wir uns klar gegen eine Nulllohnrunde aus, meine sehr

verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und, was die anderen Maßnahmen der FPÖ betrifft, so sind sie meist, oder oft, menschenrechtswidrig, (*LTabg. Amesbauer, BA : „Was, was denn?“*), Europäische Menschenrechtskonvention, die ist ja für euch kein Thema, Verfassungsgesetze, europäische Verfassungsgesetze sind für euch kein Thema, man braucht sich nur eure Anträge in den letzten Wochen und Monaten und Jahren anschauen und die einzigen Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Subventionen oder der Förderungen sind natürlich immer in dem Bereich, wo es darum geht, Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft zu integrieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Fehlweg, nämlich der Nichtintegration von Menschen, die zu uns gekommen sind, diesen Fehlweg, dass wir Menschen, allen Menschen in der Steiermark Rechte nehmen sollen, die sie haben, nämlich von Geburt an, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres religiösen Glaubens und dergleichen, diesen Weg der Rechtswidrigkeit, der Menschenrechtswidrigkeit und der menschenunwürdigen Behandlung von Menschen in unserem Land werden wir nicht mitgehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Deswegen können wir hier der FPÖ nicht Folge leisten. Was die KPÖ betrifft, habe ich eines gelernt, ich gebe schon zu, naja, ist zumindest eines, ich gebe schon zu, dass unser Steuersystem verändert werden muss. Ich gebe auch zu, dass es notwendig ist, auch diejenigen Konzerne, die durch Verschiebung ihrer Konzernzentralen, durch Verschiebung auch ihrer Gewinne, hier sich in Europa vor der Steuerzahlung drücken, dass wir hier in diesem Bereich etwas machen müssen. Ich bin auch der Meinung, dass wir uns mit dem Bereich der Wertschöpfungsabgabe, wie du das bereits angesprochen hast, auseinandersetzen müssen. Nur, liebe Claudia, wenn du glaubst, dass die Telefonnummer des Bundeskanzlers der richtige und wichtige und einzige Weg ist, diese Veränderungen durchzuführen, dann muss ich dich leider enttäuschen. Es geht darum, gemeinsam diese politische Meinungsbildung voranzutreiben und gemeinsam für dieses Mehr an Steuergerechtigkeit in Europa, in Österreich und in der Steiermark zu kämpfen. Nur die Bundesverfassung sieht nicht vor, oder die Landesverfassung sieht nicht vor, dass das mit der Nummer des Kanzlers per Telefon möglich ist, sondern es geht darum (*Landesrat Mag. Drexler: „Ein eigenartiges Demokratieverständnis!“*) -übrigens ein eigenartiges Demokratieverständnis, danke, Herr Landesrat - es geht darum, Mehrheiten dafür zu finden, dass wir das gerechter machen, da sind wir dabei, und alles andere ist leider Aktionismus, liebe Claudia Klimt-Weithaler. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und zu den Grünen, lieber Lambert, Optimismus ist, glaube ich, ein Begriff, der in deinem Repertoire deiner Reden

relativ selten vorkommt. Weil so, wie du die Steiermark schilderst, muss man sich ja schon Sorgen machen, dass wir quasi ein Dritte-Welt-Land werden und nicht eines der reichsten Länder der Europäischen Union. So wie du die Steiermark schilderst, (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) müssten wir ja durch devastierte Gegenden quer durch die Steiermark nur mehr fahren können, wo es keine Arbeit gibt, wo es keine Wohnungen gibt, wo alles schlecht ist. Lieber Lambert, ich bin froh, dass wir eine Landesregierung, dass wir eine Koalition in diesem Land haben, die mit Optimismus, die mit Schaffenskraft, die mit Begeisterung dieses Land in die Zukunft führen will. Das ist ein Weg, den wir gehen müssen, Pessimismus in der Politik bringt das Land nicht weiter, Optimismus und Engagement bringt dieses Land weiter, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und alles, was ich in den letzten Jahren, jetzt bin ich auch schon 11 Jahre in diesem Landtag, von der Grünen Fraktion gehört habe, ist, ihr ward immer gegen alle Projekte, ich kenne kein einziges Projekt, das die grüne Fraktion unterstützt hat (*LTabg. Schönleitner: „Das war in den 70er-Jahren!“*) und weil ihr den Landesrat Lang auch angesprochen habt, (*LTabg. Schönleitner: „Das ist 30 Jahre her!“*) Kraftwerksprojekte, ihr sagt immer, wir brauchen alternative Energieformen, wir müssen schauen, dass wir energieautark werden, wir müssen schauen, dass wir keinen Atomstrom haben, ich habe es dir schon einmal gesagt, der Strom kommt nicht aus der Steckdose, lieber Lambert. Wir müssen diesen Strom auch produzieren und deswegen ist es wichtig, dass wir in der Steiermark in unserem eigenen Bereich Kraftwerke haben, die Strom produzieren, und hier in diesem Bereich auch für die ökologische Weiterentwicklung im Strombereich sorgen, insofern bin ich dafür, dass wir notwendige Kraftwerke bauen und die Grünen sind immer dagegen, das ist der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*LTabg. Schönleitner: „Das war in den 70er-Jahren!“*) Ich denke, dieser Landeshaushalt 2017 ist ein Budget für Arbeit, ein Budget für Wachstum und Beschäftigung. Ich habe es bereits ausgeführt, diese Koalition will sinnvoll investieren, damit Wachstum generiert werden kann und dass die Menschen auch Arbeit haben, von der sie leben können. 700 Millionen Euro, 700 Millionen Euro werden von dieser steirischen Landesregierung, von der steirischen Landespolitik in die Steiermark investiert, 300 Millionen kommen von Seiten des Bundes allein für Infrastrukturprojekte dazu. Das sind über eine Milliarde Euro, die in Investitionen in der Steiermark gesetzt werden, die für Investitionen in der Steiermark aufgewandt werden. Und ich denke, das ist ein gutes Zeichen, ein wichtiges Zeichen, dass wir der Meinung sind, die Steiermark ist es wert, in sie zu investieren, die Steirerinnen und Steirer sind es wert, in sie zu investieren, denn nur so können wir dieses Land weiterhin nach vorne

bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*LTabg. Schönleitner: „Das war in den 70er-Jahren!“*) Und es ist ja nicht so, dass das Luftschlösser sind oder potemkinsche Dörfer, von denen wir hier sprechen, sondern es geht darum, 3.000 neue Jobs bei der Magna, 2.000 neue Jobs bei den Zulieferbetrieben der Magna, 1.800 neue Jobs im Bereich der Murkraftwerke, viele Tausende neue Jobs im Bereich des Österreichischen Bundesheers. Investitionen von 12 Millionen Euro für regionale Projekte in der Steiermark, 30 Millionen Quadratmeter mehr für die Industrie- und Gewerbebetriebe in der Steiermark für den Flächenbedarf. Also denke ich, dass wir nicht sagen, wir investieren einfach auf das Gerade hinweg, sondern wir investieren genau in wichtige Arbeitsmarktprojekte, wir investieren in wichtige Regionalprojekte, in regionale Leute und Projekte. So denke ich, dass es wichtig ist, dass die Menschen auch vor Ort sehen, diese Landesregierung, diese Koalition „Zukunft Steiermark“ engagiert sich in diesem Bereich und die Menschen sehen, dass etwas weitergeht in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und wir erleben ja bereits, dass sich die Arbeitslosigkeit reduziert, 1,8 % weniger als im Vorjahr. Allein bei den Jugendarbeitslosen 19,1 % weniger als im Vorjahr. In allen Regionen der Steiermark herrscht Wachstum und es ist auch ein gutes Zeichen, dass die private Industrie, dass die Industriebetriebe sagen, in der Steiermark lohnt es sich zu investieren, in der Steiermark lohnt es sich in zukünftige Arbeitsplätze zu investieren. Wenn man sieht, dass Voest Alpine alleine am Standort Kapfenberg plant 40 Millionen Euro zu investieren, dann ist das ein gutes Zeichen, dass nicht nur die Politik, die öffentliche Hand hier investieren will, sondern dass wir gemeinsam mit den wirtschaftlichen Unternehmungen dieses Landes gemeinsam mit der Industrie dieses Land voranbringen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und dazu ist es auch notwendig, aktive Arbeitsmarktpolitik zu machen. Gemeinsam mit dem AMS werden rund 60 Millionen Euro für arbeitsplatznahe Ausbildungsmaßnahmen investiert. Das ist ein ganz ein wichtiges Zeichen, denn die Unternehmungen brauchen auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die entsprechend ausgebildet sind, die entsprechende Qualifikationen haben, um hier auch den Fachkräftebedarf decken zu können. Das ist ganz wichtig, deswegen sind diese 60 Millionen Euro in Arbeitsmarktpolitik ein Zeichen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik des Landes Steiermark und ein gutes Zeichen für ein Miteinander von Politik, Menschen in diesem Land und der Industrie. Aber wir brauchen auch ein starkes soziales Netz, weil die Claudia angesprochen hat, wir würden auf dem neoliberalen Weg uns irgendwie bewegen, genau das Gegenteil ist der Fall. Der Kollege Lackner hat es auch bereits angesprochen, andere haben es

angesprochen, wir fahren ja nicht die Sozialpolitik in diesem Land zurück, wir geben sage und schreibe um 64,5 Millionen Euro im nächsten Jahr mehr für soziale Maßnahmen in diesem Land aus, als wir es im Vorjahr getan haben. Also insofern wird diese Landesregierung, diese Koalition ihrer sozialen Verantwortung in diesem Land gerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber wir wollen auch das soziale Netz gerechter gestalten. Wir haben eine Reform der Mindestsicherung durchgeführt, wir haben eine Reform der Wohnbeihilfe, der Wohnunterstützung durchgeführt, wo es darum geht, dass jeder die gleiche, gerechte Chance hat, Unterstützung zu bekommen und dass wir in diesen Bereichen, wo es vielleicht Fehlentwicklungen gegeben hat, hier auch diesen Fehlentwicklungen entgegengewirkt haben. Wir wollen nämlich Menschen nicht in der Sozialhilfe belassen, wir wollen nicht, dass Menschen ihr Leben lang auf soziale Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sind. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, durch diese sozialen Maßnahmen aus den sozialen Netzwerken wieder herauszukommen, und ihr eigenständiges Leben finanzieren zu können, ihr eigenständiges Leben leben zu können, das ist ein Anspruch an moderne Sozialpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Regionalpolitik, offensive Regionalpolitik funktioniert auch nur mit entsprechender Infrastruktur vor Ort. Nicht zuletzt entsprechend der Verkehrsinfrastruktur vor Ort. Und deswegen ist es ein ganz ein wichtiges und ein gutes Zeichen, dass wir erst vor wenigen Tagen die Eröffnung der S8 und der S9, also den weiteren Ausbau der Schnellbahn in der Steiermark erleben und dieser vollzogen werden konnte. Deswegen ist es ganz wichtig, hier weiter auch in den S-Bahn-Ausbau zu investieren. Es geht darum, den Mikro-ÖV auszubauen, es geht auch darum, die Radwegenetze in der Steiermark auszubauen, es geht auch darum, wichtige Großprojekte im Straßenbereich in Umsetzung zu bringen, ich denke hier etwa an den Südgürtel oder an den Knoten Pürgg-Trautenfels. Also insofern ist es wichtig, in die Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark zu investieren, denn nur so können auch die Regionen gestärkt werden, so können die Menschen in den Regionen einerseits ihre Arbeitsplätze erreichen, andererseits hier auch im privaten Bereich mobil sein und deswegen ist diese Infrastrukturoffensive, die wir schaffen, nicht zuletzt gemeinsam mit dem Bund - ein Dank gilt hier auch dem Bundesverkehrsminister Jörg Leichtfried, der gemeinsam mit der Steiermark hier wichtige Projekte, ich denke nur auch an die großen Bahnprojekte, Koralmbahn, Semmeringbasistunnel, der hier gemeinsam mit der Steiermark, ein steirischer Minister, mit der steirischen Landespolitik hier wichtige Großprojekte in Umsetzung bringt. Herzlichen Dank dafür. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Nicht zuletzt ist auch ein exzellentes

Bildungssystem, ein barrierefreies, ein gut zugängliches Bildungssystem für die Steiermark der Zukunft essentiell. Und deswegen danke dafür, dass die Kinderbildung und -betreuungslandschaft, dieser Ausbau, der in den letzten Jahren, es wurde ja bereits angesprochen, ja sehr engagiert begonnen wurde, dass dieser Ausbau mit gleichem Engagement fortgesetzt wird, was den Ausbau der Betreuungsplätze der Drei- bis Sechsjährigen betrifft, was den Ausbau der Kinderkrippen betrifft, und weil es auch ein ganz wichtiger Punkt ist, das Land verdoppelt die Förderung für das Personal in Ganztagschulen und den Ausbau dieser. Also das ist ein wichtiges Zeichen, dem Land Steiermark ist die Bildung und Ausbildung der jungen Menschen, die die Zukunft dieses Landes sind, ein ganz ein wichtiges Anliegen. Ich gratuliere dazu, dass wir das hier fortsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wobei ich überhaupt sagen möchte, ich bedanke mich bei der gesamten Koalition Regierungsmitglieder, den Fraktionen der ÖVP und der SPÖ für diese exzellente Zusammenarbeit in den letzten Jahren und dass wir diesen Weg der Reform gemeinsam fortsetzen werden und fortsetzen können. Und hier ist ein ganz ein wichtiges, ein zentrales Thema, wurde bereits auch angesprochen, die Gesundheitsreform. *(Heiterkeit bei der KPÖ)* Ich weiß nicht, offenbar führt das zu Gelächter bei der KPÖ, aber ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es wichtig ist; die Steiermark hat eines der besten Gesundheitssysteme in Österreich, in Europa. Aber es wird notwendig sein, dieses Gesundheitssystem weiter zu entwickeln, dass es auch in den nächsten 10, 20 Jahren so exzellent hier für die steirische Bevölkerung Dienstleistungen erbringen kann. Deswegen wird es notwendig sein, die Gesundheitszentren einzuführen, deswegen wird es notwendig sein, im Fachärzteebereich hier Zentren zu etablieren und deswegen wird es auch notwendig sein, im Bereich der Spitalslandschaft hier Leitspitäler mit entsprechender Spitzenmedizin zur Verfügung zu stellen. Und ich bin sehr froh darüber, dass wir in vielen gemeinsamen Konferenzen in der Steiermark hier im Dialog mit der Bevölkerung, unter Einbindung aller in diesem Bereich tätigen Interessensvertretungen, unter der Einbindung aller auch Betroffenen, dass wir hier auf dem gemeinsamen Weg sind, dieses steirische Gesundheitssystem auch in Zukunft so gut und so modern gestalten zu können und ich bin sehr froh, dass wir gemeinsam hier in dieser Koalition uns diesem nächsten großen Reformbrocken angenommen haben, weil es wichtig ist, nach den vielen notwendigen Reformen in der letzten Legislaturperiode uns jetzt mit dem wichtigen Bereich der Gesundheitspolitik für alle Steirerinnen und Steirer zukunftsgerichtet auseinanderzusetzen. Herzlichen Dank dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ziel dieser Koalition ist es, das Defizit bis 2020

schrittweise zu senken, wir sind auf einem guten Weg der Konsolidierung, Kollege Amesbauer, noch einmal nachlesen, auf einem guten Weg der Konsolidierung und der Finanzausgleich war auf jeden Fall exzellent verhandelt. Ich darf dem Landeshauptmann, dem Landeshauptmannstellvertreter und allen in diesem Bereich Verantwortlichen dafür danken, denn mehr Geld für die steirischen Gemeinden, mehr Geld für das Land Steiermark zur Erledigung ihrer Aufgaben, unserer Aufgaben, das ist doch ein guter Erfolg und das ist ein wichtiges Zeichen für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Herzlichen Dank dafür noch einmal. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ziel muss es sein, die Steiermark zum Forschungsland Nummer eins zu machen, dass wir im Bereich der Entwicklung, Forschung und Entwicklung, Nummer eins sind, dass wir im Bereich der Arbeitsplatzschaffung Nummer eins sind, dass wir im Bereich der Standortsicherung, des Standortes Steiermark hier weitere Stärkungen vornehmen können, dazu braucht es eine starke Koalition, ein gutes Budget. Ich bin der Meinung, wir sind auf einem guten Weg. In diesem Sinne ein steirisches Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.59 Uhr)*

Präsidentin Khom: Nachdem wir die Budgethauptredner aller fünf Landtagsklubs gehört haben, möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei den steirischen Obstbauern bedanken, die uns heute mit einem Apfel versorgt haben. Ich glaube, wir alle brauchen diese Stärkung, damit wir gemeinsam an der Zukunft des Landes arbeiten können und darum vielen herzlichen Dank an die Botschafter der Steiermark, an unsere steirischen Obstbauern. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich darf nun bitten, unseren Finanzreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer um seine Worte.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (11.00 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, wertees Gestaltungsteam der Landesregierung, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir investieren, wir modernisieren, und wir reformieren und wir haben ein gemeinsames Ziel: Arbeit für die Steirerinnen und Steirer zu schaffen, von der sie leben können, Arbeit in allen Regionen zu schaffen und zu erreichen. Und wir haben dieses Ziel schon sehr weit erreicht. Es ist uns gelungen, weil wir 2015/2016 und 2017 wieder auf die Stärkung des Standortes, auf Arbeit und Beschäftigung setzen, und auf Investitionen. 10.000 Arbeitsplätze in der

Steiermark zu schaffen, zu unterstützen, 10.000 Arbeitsplätze, das ist ein Erfolg dieser Landesregierung, gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern. 10.000 Jobs, das ist richtige Politik. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und wir haben das erreicht, weil wir mit unseren Partnerinnen und Partnern auf Bundesebene, in der Wirtschaft, mit ganz vielen Investoren sehr, sehr eng zusammen arbeiten, weil unsere Landesgesellschaften ganz massiv investieren. Es ist uns gelungen, durch die Zusammenarbeit mit der Magna, wo wir gesagt haben, ja, wir investieren in die Ausbildung jener Menschen, die derzeit arbeitslos sind oder in der Mindestsicherung, gemeinsam mit dem AMS, mit dem Bund neun Millionen Euro. Aber diese 1400 Menschen finden dann Beschäftigung, haben ein Gehalt, von dem sie gut leben können, das sind, oder das ist Zukunft für 1400 Menschen und ich sage es euch ganz ehrlich, so ist es auch eine sinnvolle Budgetpolitik, wir investieren da neun Millionen Euro, nur wenn wir die Leute rausholen aus der Arbeitslosigkeit und Mindestsicherung, dann ersparen wir uns in Summe als öffentliche Hand 20 Millionen Euro. Das ist sinnvolle Politik, *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Menschen in Arbeit und Beschäftigung bringen. Und ja, ich setze voll auf die Standortpolitik und daher bin ich froh, dass wir die S-Bahn ganz massiv ausgebaut haben, dass wir 90 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur investieren werden, allein aus dem Landesbudget heraus. Und ja, ich bin davon überzeugt, dass die steirische Landesregierung auch mit der Bundesregierung ganz eng zusammenarbeiten muss, weil es uns gelungen ist, allein aus dem Verkehrsressort heraus für 2017 Investitionen von 350 Millionen Euro zu generieren, 350 Millionen Euro für Wachstum, für Beschäftigung und für die Stärkung der Standorte, Standorte Steiermark. Danke dafür dem Verkehrsminister. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* 350 Millionen, die die Bahnhöfe attraktiver machen, die uns in Koralmbahn und Semmering massiv stärken, dass wir international angebunden sind, d.h., wir investieren in alle steirischen Regionen und der Verkehrslandesrat hat selbstverständlich auch in das Straßenbahnnetz in Graz investiert, weil uns alle Regionen voll am Herzen liegen und natürlich ist der Öffentliche Verkehr auch in Graz ein ganz zentrales Thema. Wir haben gemeinsam gesagt, wir stimmen unsere Investitionen dafür ab, dass E-Mobilität ganz massiv gefördert wird. Da zieht das Verkehrsressort, das Gemeinderessort und die Energie Steiermark an einem Strang, weil wir natürlich führend in der Investition in die E-Mobilität auch sein wollen und weil wir hier gemeinsam mit steirischen Firmen auch entwickeln, weil wir uns richtig stark vorwärts bewegen, das ist eine Politik, die diesen Standort nach vorne bringt, die diesen Standort weiterbringt. Und ja, wir investieren ganz massiv in Kinderbildung und -betreuung, und ja, es stimmt, wir haben geschaut, dass wir anständig mit Druck aller

Länder vom Bund Gelder dafür bekommen und ich sage ganz ehrlich, ja, ich bin als Finanzreferent froh, wenn wir entsprechenden Druck aufbauen und das Geld vom Bund kommt. 300 Millionen Euro österreichweit, und 4000 Kinderbildungs und -betreuungsplätze allein in der Steiermark, die geschaffen werden. Das schafft Beschäftigung, das schafft Betreuung und das stärkt den Standort. Das macht unsere Politik aus. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ich finde das ja ganz spannend, wir haben in der Handalm über 45 Millionen Euro in die Windkraft investiert. Es gibt wenige Bundesländer, die sagen können, dass sie 45 Millionen Euro mit ihrem Landesenergieversorger in die Windkraft investieren. Wir werden 80 Millionen Euro in die Wasserkraft investieren, das stärkt Jobs, das stärkt die Innovationskraft, das stärkt wieder den Standort, weil wir tolle Energie, alternative grüne Energie erzeugen können mit Wind und Wasserkraft und Investitionen von über 120 Millionen Euro in Wind und Wasserkraft. Also wenn das nicht anständige, ökologische Politik ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ja, wir investieren ganz stark in die Standorte, 30 Millionen Quadratmeter in der Steiermark bedeuten, dass wir raschest Betriebe ansiedeln können, dass wir aber vor allem auch ermöglichen, dass Betriebe sehr rasch ausbauen können und das ist ja ein ganz wichtiger Punkt dabei, dass durch diese zukunftsweisende Planung mit allen steirischen Regionen, Verfahren ganz massiv abgekürzt werden, weil damit die strategische Umweltprüfung bereits durchgeführt worden ist. Ja, ich meine, eines muss ich euch ganz ehrlich sagen, und da müssen wir in allen Bereichen schnell und zügig arbeiten, da gibt es ein paar schöne Beispiele in der Steiermark, z.B. bei der VOEST, wie schnell da die Bezirkshauptmannschaft agiert hat, dass wir 100 Millionen Euro Investment ermöglichen können. Weil eines sage ich euch schon: Wir müssen natürlich den Betrieben, was die Standortpolitik betrifft, den „goldenen Teppich ausrollen“, weil wir stehen im internationalen Wettbewerb, wenn wir da nicht sagen, wir Steirer, wir wollen die Industrie in der Steiermark haben, wir wollen Gewerbe haben, wir wollen diese Jobs, ja dann kommen wir hinten an, nein, ich kämpfe um jeden einzelnen Job in der Steiermark und darum, dass in der Steiermark investiert wird und nicht sonst wo in der Welt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und daher erwarte ich mir auch von allen diese Unterstützung, diese Leidenschaft, wenn es darum geht, dass wir das Stahlwerk in Kapfenberg ermöglichen. Das ist das innovativste Stahlwerk überhaupt der Welt, nur wenn da manche in Umweltausschüssen darüber reden, dass wir die ganzen Emissionsgeschichten noch einmal teurer machen, dass man unmöglich macht, dass die RHI, dass das Stahlwerk investieren kann, dann sage ich euch, auch an die Grünen, aber an alle, dann müssen wir

gemeinsam auftreten und sagen, in den Bereichen, wo wir Innovationsführer sind, kann es doch nicht sein, dass wir von der Europäischen Union solche Auflagen zulassen, dass uns das modernste Stahlwerk irgendwohin abwandert, nach China, dort hast du die Auflagen nicht und in der Steiermark fehlen die Arbeitsplätze. Das ist unsere Regierungspolitik, wir schauen, dass die VOEST die besten Bedingungen hat, damit sie das modernste Stahlwerk bauen kann. Bitte auch um eure Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* 1300 Wohnungen jedes Jahr, ganz massive Investments in die Sanierung, das stärkt den Wohnraum in Graz und in allen steirischen Regionen ganz massiv. Wir haben uns dazu bekannt, die gesamte Steiermark muss an den Datenhighway angebunden werden, wir wollen Highspeed-Internet in allen steirischen Regionen. Da wird jetzt gegraben, da wird ausgebaut, da werden alle Technologien genützt, weil das für die Attraktivität in den Regionen, insbesondere für die jungen Menschen, ganz wichtig ist, weil sie sich erwarten, dass der Computer, dass das Internet gut funktioniert, wenn ich in meiner Heimatregion leben bleibe und weil das ganz gewaltige Chancen bringt für die Betriebe in den Regionen, weil sie damit erfolgreich sein können. Und wenn ihr euch durchlest, in den steirischen Regionen, manch Onlinehandel, manch produzierender Betrieb, der entsprechend diese Technologien schon nutzt, die schaffen einen Haufen Arbeitsplätze, das stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit und daher ja zu vollem Investment in den Ausbau des Datenhighways in der Steiermark. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und man kann immer sagen, naja, das bisschen mehr an Investitionen, aber wenn wir es schaffen, das modernste Tunnelforschungszentrum weltweit zu haben, dass die Technologie der Montanuniversität exportiert wird in die U-Bahnen in New York, in den Schienenbau, in die Sicherheit weltweit, dann macht uns das zum Technologieführer, dann stärkt das den Standort Steiermark, führt dazu, dass man von 4000 auf 5000 Studierende in Leoben kommen kann, das ist der richtige Weg, das ist ein sinnvoller Weg und 130 Millionen Euro in die Gesundheitsversorgung schafft Arbeitsplätze und bringt uns nach vorne. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Zum Finanzausgleich: Gestartet und übernommen habe ich bei null, gelt. Und ich muss euch ganz ehrlich sagen, Spaziergang war das mit dem Schelling keiner, das war notwendig, alle Länder dazu zu bringen, dass wir an einem Strang ziehen, gemeinsam mit allen Städten und Gemeinden und dass wir gemeinsam eine Verhandlungsstrategie auch gegenüber dem Bund festlegen, die es ermöglicht hat, dass wir nicht null bekommen haben, sondern dass die österreichischen Länder und Gemeinden 300 Millionen mehr bekommen haben. Und 300 Millionen mehr, das ist ein Impuls in Wachstum und Beschäftigung bei den Gemeinden und in den Ländern. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - Präsidentin Khom: „Herr*

Landeshauptmannstellvertreter, deine 10 Minuten gehen dem Ende zu, bitte!“) Darf ich vielleicht da außerordentlich darum bitten, ich weiß nicht, ob das geht, ich habe bei der Budgetrede nur zehn Minuten gehabt, und jetzt auch nur zehn Minuten, darf ich um eine Überschreitung um fünf Minuten bitten? Ich fasse mich ganz kurz, weil ich das Regime da nur kurz unterbrechen kann. Ich weiß, die Hauptredner haben jeweils 30 Minuten. Was klar ist, und das sage ich als Vorsitzender der Finanzreferentenkonferenz, auch zum Abschluss im heurigen Jahr noch. Wir müssen uns gemeinsam und wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass dieses Maastricht-Regime abgeändert wird, weil es nicht ermöglicht, dass sinnvolle Investitionen abgeschrieben werden. Wir haben hier eine Situation, dass das Budget natürlich massiv verfälscht wird, weil du Investitionen von 700 Millionen Euro nicht so wie es jeder Häuslbauer oder jeder Wirtschaftsbetrieb macht, auf 20 Jahre abschreiben kannst, sondern weil das sofort schlagend wird und wir haben gemeinsam hier im Landtag, wir haben aber auch beschlossen als Landesfinanzreferenten insgesamt, dass wir die Europäische Union auffordern, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, dass dieser Maastricht-Wachstumsblocker abgeändert gehört und dass Investitionen, die sinnvoll getätigt werden, in Verkehrsinfrastruktur, in Straßeninfrastruktur anders behandelt werden müssen und abgeschrieben werden müssen. Klar ist, dass wir alles daran setzen werden, diese Lücke sinnvoll zu schließen. Und ich sage es euch ganz ehrlich, die Quadratur des Kreises geht nicht. Man kann nicht sagen, investiere noch mehr und gleichzeitig gib nichts aus. Und daher haben wir gesagt, wir haben die Priorität, den Wirtschaftsstandort Steiermark so zu stärken, die Schaffung von Arbeitsplätzen so anzukurbeln, damit sich dieser Standort positiv in die Zukunft entwickelt und dass wir durch Jobs ermöglichen, dass wir weniger ausgeben müssen im Sozialbereich oder in anderen Bereichen. Das heißt, wir haben eine bewusste Strategie gewählt, die heißt, modernisieren, reformieren, investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, von denen die Menschen auch wirklich gut leben können. Wir bekennen uns aber auch dazu, dass wir mit Ihnen allen gemeinsam die teilweise durchaus auch konstruktiven Vorschläge diskutieren werden, natürlich alles, was uns vorwärts bringt, mit einarbeiten werden, wir werden gemeinsam auch darüber reden, wie man dieses Steuerungsinstrumentarium Landesbudget weiter optimieren kann und ich bin davon überzeugt, dass uns dieses Budget als Standort Steiermark, aber vor allem für die Menschen in der Steiermark, die diese 10.000 Jobs dringend brauchen werden, einen anständigen Schub nach vorne gibt. In diesem Sinne danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.15 Uhr)*

Präsidentin Khom: Trotzdem möchte ich auch unsere Regierungsmitglieder bitten, sich an die Redezeit von zehn Minuten zu halten. Ich weiß, es ist heute ein wichtiges Thema und es gibt viel zu sagen und man könnte noch lange darüber sprechen, wo wir unterwegs sind.

Als Nächstes zu Wort gemeldet der Herr Kollege Amesbauer. Bitteschön, Hannes.

LTabg. Amesbauer, BA – FPÖ (11.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Zuseher!

Frau Präsidentin, nur ganz kurz zu Beginn, ich verstehe ja das Anliegen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, aber im Sinne der Fairness und einer gleichen Auslegung der Geschäftsordnung für alle, wäre es schon angebracht, dass das auch für alle gleich gilt und nicht mit zweierlei Maß gemessen wird, denn ich erinnere nur daran, wenn Abgeordnete, vor allem Oppositionsabgeordnete, ein bisschen über die Redezeit reden, dann gibt es sofort eine Ermahnung, dann wird das Mikrofon abgedreht und vor allem für Regierungsmitglieder, die sich ja auch noch einmal melden könnten, soll das genau so streng gelten, weil das ist immerhin das Haus der Abgeordneten. Bitte um Verständnis. *(Beifall bei der FPÖ - Präsidentin Khom: „Der Herr Kollege Amesbauer hat Recht, aber den Ton abgedreht haben wir auch noch nie!“)* Aber jetzt zum Thema. Nach dieser rot-schwarzen Märchenstunde, die geprägt war von Selbstlob und Realitätsverweigerung, ist es jetzt, glaube ich, schon an der Zeit, die Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP wieder auf den Boden der Tatsachen zurück zu holen, lieber Karl Lackner. Und lieber Karl, ich bleibe gleich bei dir, du hast ja der Freiheitlichen Partei auch vorgeworfen, dass wir heute nur Vorschläge haben, um die Ausgaben weiter zu erhöhen. Wenn du dem Kollegen Deutschmann aufmerksam zugehört hättest, hättest du auch gehört, dass der Kollege Deutschmann aufgezählt hat, dass wir 110 Millionen per sofort, am heutigen Tag, einsparen könnten, wenn wir das nur alle wollten in diesem Haus. *(Beifall bei der FPÖ)* So viel zur Wahrheit. Und natürlich gibt es im weiteren Verlauf der Tagesordnung auch Punkte und Anträge von uns, die zu Mehrkosten führen würden. Aber man muss das ein bisschen in einem Verhältnis sehen, weil, wenn man sich euren Förderdschungel ansieht und eure Prioritäten, die ihr setzt bei teils zweifelhaften Kulturgeschichten, bei Gender-Geschichten, bei der Charta des Zusammenlebens in Vielfalt, bei Multi-Kulti-Projekten, Sachen, die in Wahrheit kein Mensch braucht in diesem Land, ja dann sind wir schon dafür, dass wir sagen, im Sinne unser Geld für unsere Leute, dass unser Steuergeld den Steirern zu Gute kommen sollte, und nicht irgendwelchen überflüssigen Zeitgeistprojekten. Das einmal eingangs erwähnt. *(Beifall bei der FPÖ)* Und der Herr

Kollege Schwarz ist ja jetzt nicht mehr anwesend, er hat da irgendetwas fantasiert von wegen, wir gehen gegen Menschenrechte und europäische Gesetze und dgl. vor, weiß ich nicht, wie er darauf kommt, ich habe das bei der Rede des Herrn Kollegen Deutschmann nicht gehört. Vielleicht hat er etwas Anderes gehört, man weiß es nicht, aber eines muss man ihm schon sagen: Die Gesetzgeber sind wir, die nationalen Parlamente, der Landtag, der Nationalrat. Und wir machen die Gesetze und wenn uns diverse internationale Abkommen nicht mehr passen, dann kann man das auch ändern. Das ist alles nicht Gott gegeben, das ist alles nicht in Stein gemeißelt und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat ja selbst diverse Vorgaben der Europäischen Union kritisiert, was das geplante Stahlwerk in Kapfenberg betrifft. Also lieber Michael, da hast du ja unsere volle Unterstützung, wenn man sich da gegenüber der EU und gegenüber diversen Vorgaben zur Wehr setzt. Aber es hilft eben nichts, das immer nur zu fordern, anzukündigen hier im Plenum, in der Zeitung und es dann nicht umzusetzen. Also daran scheitert es ja meistens. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Wort noch zum Kollegen Schwarz. Er hat auch die Bildungspolitik angesprochen und gelobt. Die Pisa-Studie ist an dem Kollegen scheinbar vorbei gegangen und scheinbar vorbei gegangen ist an ihm auch, dass SPÖ und ÖVP in letzten Jahren einen regelrechten Kahlschlag im steirischen Bildungssystem durchgeführt haben, was die ländlichen Schulen betrifft und das ist ein besonderer Euphemismus darüber zu sprechen, einerseits den ländlichen Raum zu stärken, davon sprechen Sie nämlich seit Jahren, bei allen Sonntagsreden, wir haben ja jetzt auch ein Regionalressort in der Landesregierung, über dessen Einrichtung wir uns sehr gefreut haben, nur leider passiert da nichts. Also es wäre einmal hoch an der Zeit, auch dieses Regionalressort aus dem Tiefschlaf zu erwecken und wirklich etwas (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Komm zu mir und schau dir an, was wir machen!“*) und wirklich etwas für unsere Regionen zu tun, lieber Michael. Das wäre einmal hoch an der Zeit. (*Beifall bei der FPÖ - Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Dann komm zu mir, unsere Standortentwicklung, das musst du dir einmal anschauen!“*) Ja, ja, das schaue ich mir schon an, ja. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Komm zu mir und schau dir an, was wir machen! Das gehört auch zur Regionalpolitik!“*) Zwei Themen, ich werde zwei Entschließungsanträge einbringen, die auch zu Einsparungen führen würden, ohne dass es jemand in der Steiermark, den steirischen Steuerzahler in irgendeiner Art und Weise weh tun würde, ganz im Gegenteil. Das endlose Thema mit der Mindestsicherung, das wir hier schon seit Jahren diskutieren, eine heillos zerstrittene Bundesregierung bei diesem Thema, die keine bundeseinheitliche Lösung zusammenbringt.

Wir haben ja das letzte Mal von der Frau Landesrätin Kampus gehört, sie hofft noch immer auf diese bundeseinheitliche Lösung. Da sage ich Ihnen gleich, das können Sie vergessen, das wird nichts mehr. Aber ich möchte mich jetzt der ÖVP widmen bei diesem Thema, weil die ÖVP ja schon zwei Mal konkrete Vorschläge und Anträge hier in diesem Haus abgelehnt hat. Einmal ein Modell der ÖVP-FPÖ-Regierung in Oberösterreich, und einmal ein Modell der ÖVP-Alleinregierung in Niederösterreich, Kollege Lackner. Ist vielleicht für dich nicht uninteressant, das Thema. Und wir wissen ja, wenn wir von Kosten reden, weil es ist ja schließlich eine Budgetdebatte, die wir hier führen, dass gemäß dem Nachtragsbudget für das Jahr 2016 mittlerweile davon auszugehen ist, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung den steirischen Gemeinden und dem Land rund 95 Millionen anstatt der kalkulierten 85 Millionen Euro aussaugen wird. Und diese Berechnung stammt vom Oktober dieses Jahres, es ist davon auszugehen, dass es am Ende des Tages mehr sein wird, und dass wir die 100 Millionen-Grenze auch überschreiten werden, in diesem Land. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 musste man damals schon die geplanten, die ursprünglich geplanten Ausgaben von 60 Millionen auf etwa 75 Millionen erhöhen, die der Steuerzahler zu stemmen hatte für die bedarfsorientierte Mindestsicherung und das ist ja nach wie vor der Fall, dass auch jene, die zu uns zuwandern, noch keinen Tag in das Sozialsystem eingezahlt haben, den vollen Anspruch haben und das ist eine Ungleichberechtigung jener, die jahrzehntelang in dieses System eingezahlt haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich stelle somit folgenden Entschließungsantrag:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, von einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Grundversorgung jedenfalls Abstand zu nehmen, ein steirisches Mindestsicherungsmodell einzuführen, das sich eng an das niederösterreichische Modell – über allfällige Einsparungen im Budgetvollzug 2017 ist dem Landtag zu berichten – anlehnt und unter anderem folgende Punkte enthält:

1. Anspruch auf die volle Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung nur dann, wenn die ansuchende Person sich innerhalb der letzten sechs Jahre zumindest fünf in Österreich aufgehalten hat.
2. Deckelung der Mindestsicherung auf 1.500 Euro für Personen, die in einer Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben.
3. Monitoring der Ströme von Mindestsicherungsbeziehern zwischen der Steiermark und den anderen Bundesländern und quartalsweise Veröffentlichung der Ergebnisse.

4. Einführung einer Wartefrist für jene Personen, die aufgrund höherer Unterstützungsleistungen ihren Hauptwohnsitz in die Steiermark verlegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das sind alles Punkte, diese vier Punkte, die 1:1 ÖVP-Anliegen und Forderungen sind. In Niederösterreich ist das schon so beschlossen worden und ihre Parteifreunde, ob das jetzt ein Herr Pröll ist, ein Herr Pühringer, ein Herr Kurz ist, ein Herr Mitterlehner oder Ihr steirischer Parteifreund Lopatka, die fordern das fast täglich über die Medien, also dann halten Sie sich auch daran und gehen Sie mit uns diesen Schritt, um das steirische Budget zu entlasten.
(Beifall bei der FPÖ)

Im Schnelldurchlauf der zweite Entschließungsantrag, bevor mir das Mikro abgedreht wird, denn ich habe nur mehr eine Minute.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Antidiskriminierungsstelle Steiermark abzuschaffen und deren Agenden an das Büro des Landes-Gleichbehandlungsbeauftragten zu überführen, wobei über allfällige Einsparungen im Rahmen des Budgetvollzugs 2017 dem Landtag zu berichten ist.

Meine Damen und Herren, diese Maßnahme würde weiter 250.000 Euro einsparen und wir wissen ja, dass rund 10 % der Fälle von der Antidiskriminierungsstelle Steiermark ohnehin jetzt schon an die Gleichbehandlungsstellen weiterverwiesen werden, was ein klares Zeichen von Parallelstrukturen einerseits ist, und 60 % der Fälle, die bei der Antidiskriminierungsstelle Steiermark landen, sind gesetzlich nicht zu beanstanden, meine Damen und Herren. Also, die Steiermark darf sich den Luxus von Doppelgleisigkeiten und selbsternannten Moral- und Tugendwächtern leisten, die nach eigenem Gutdünken und in Zusammenarbeit mit fragwürdigsten Vereinen wie ISOP oder der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus subjektive Pseudodiskriminierungstatbestände selbst erfinden, das kann und soll sich die Steiermark nicht mehr leisten. Schaffen wir diesen Unfug ab. Danke.
(Beifall bei der FPÖ – 11.26 Uhr)

Präsidentin Khom: Trotz Redeüberschreitung das Mikrofon nicht abgeschaltet. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus, bitte.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (11.26 Uhr): Danke schön! Das war wieder ein Griff in eine der nicht obersten Schubladen. Vereine, die Paten des Landes sind, mit Pauschalverurteilungen, in Pauschalverunglimpfungen anzugreifen, ich denke mir nicht, dass das der Stil in diesem Hause sein sollte, Herr Abgeordneter Amesbauer. Es tut mir leid, ich kann Ihnen das nicht ersparen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zum Thema Arbeit und Beschäftigung und zum Thema Mindestsicherung: Es ist heute schon sehr oft gesagt worden und ja, die beste Maßnahme, und das, was wir uns alle wünschen als sozialpolitisches Ziel, muss sein: Sozialer Friede in diesem Land und dass die Menschen in Wahrheit dieses Sozialsystem nicht brauchen. Unser Klubobmann hat so schön gesagt: „Moderne Sozialpolitik kann nicht allein positive Politik sein. Moderne Sozialpolitik heißt, die Menschen aus den Sozialsystemen herauszuführen in eine Arbeit, in eine Beschäftigung, von der sie auch leben können.“ Und das ist unser Bestreben und das ist unser Ziel. Es ist heute nicht erwähnt worden, deswegen hole ich es nach, es ist Ihnen aufgefallen, ich denke ja, wir hatten ja auch im Finanzausschuss ein Thema dazu, wir haben das Thema Arbeit und Beschäftigung um über 20 % erhöht. Das sollte in Zeiten wie diesen ein Signal sein, dass wir dieses Thema sehr ernst nehmen, dass wir gemeinsam mit dem AMS und dem zur Verfügung stehenden Budget, auch der Herr Klubobmann Lackner hat es angesprochen, 6.000 Menschen zumindest zeitweilig beschäftigen können am zweiten Arbeitsmarkt und von diesen 6.000 Menschen 3.000 Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt unterkommen. Die öffentliche Hand kann niemals Unternehmen ersetzen. Ich sage das immer wieder, weil ich davon überzeugt bin. Wir können aber für Unternehmen ein sehr verlässlicher Partner sein. Und diese Regierung zeigt, dass wir in dem Bereich Schaffung von Arbeitsplätzen ein sehr verlässlicher Partner sind und dafür von mir auch ein Danke an den Koalitionspartner - danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wir haben von Magna gehört. Ich möchte noch ein Thema erwähnen an beschäftigungspolitischen Maßnahmen, weil es mir wichtig ist - die überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Wir geben jungen Menschen in diesem Lande eine Chance. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt seit geraumer Zeit, und das ist gut und wichtig. An den Herrn Klubobmann Schönleitner: Die Situation ist nicht gut, und sie wird von mir auch nicht gut geredet. Sie ist aber auch nicht so schlecht, wie sie dargestellt wurde. Wir haben, nicht nur im Vergleich zum Vorjahr, eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit. Und an die Frau Klubobfrau Klimek-Weithaler: Wir haben auch immer, im Verhältnis zu Österreich, eine geringere Arbeitslosigkeit. Wie gesagt nichts, womit wir uns rühmen. Jeder Arbeitslose ist einer zu viel, und wir müssen alles tun, um die Menschen herauszuführen. Aber die

Steiermark, weil wir heute sehr oft vom Österreichschnitt gehört haben und wie die Steiermark da liegt. Wir liegen bei den Arbeitslosenzahlen deutlich besser als der Österreichschnitt, und das ist auch Verdienst der öffentlichen Hand, der Politik, die zeigt, dass es möglich ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch das sollten wir hier in die Debatte einbringen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ein klares Bekenntnis von mir: Arbeit und Beschäftigung ist das oberste Ziel. Ich habe es im Ausschuss gesagt und ich sage es auch hier im Landtag: Wir werden auch im Jahr 2017 ein deutliches Signal, ein noch stärkeres Signal in diese Richtung geben. Und trotzdem, das soziale Netz in der Steiermark, das hält. Wir verabschieden uns nicht und wir kürzen auch nicht, und ich weiß, das ist oft schwer zu verstehen, aber Sie brauchen nur die Budgetzahlen anschauen, wir kürzen nicht. Es werden im Sozialressort deutlich mehr Mittel in die Hand genommen, weil es die Menschen in diesem Land brauchen. Wir haben so viele Menschen wie noch nie, die Sozialunterstützung brauchen. Es sind die prekären Arbeitsverhältnisse angesprochen worden. Ja, wir haben Menschen, die von ihrem Einkommen nicht mehr leben können, und deswegen braucht es auch Löhne und Gehälter, und deswegen ist auch die Forderung der Gewerkschaft zu unterstützen. Deswegen macht es wenig Sinn zu sagen: „Je mehr Menschen die Sozialunterstützung brauchen, desto mehr müssen wir die Mindestsicherung kürzen.“ Ich habe, für die Abgeordneten von der FPÖ, Auswertungen hier, die vom Land Oberösterreich stammen. Das Land Oberösterreich hat ja bekanntlich ein Modell eingeführt, wo ich immer wieder sage, dem können wir keinesfalls nähertreten. Ich bin sehr dankbar, dass wir in der Steiermark ein anderes System gewählt haben. Das ist eine Auswertung des Landes Oberösterreich – Quelle. Vom November, sehr aktuell: Von 14.342 Beziehern potenziell, die für diese Kürzungsvariante in Frage kommen, hat das Land Oberösterreich bisher 15 Fälle im neuen System. Und von der geplanten Einsparung in der Höhe von 11,57 Millionen Euro hat sich das Land Oberösterreich bisher 18.000 Euro erspart. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Wir haben das niederösterreichische beantragt!“)* So viel zum Thema, dass wir sozusagen gewinnen oder budgetäre Maßnahmen setzen können, wenn wir den Ärmsten der Armen in diesem Lande was wegnehmen. Das werden wir nicht tun. Wir haben ein Modell in der Steiermark, das stärker auf Sachleistungen setzt. Wir haben - dieser Landtag hat im Februar ein Modell beschlossen, die Integrationshilfe, die jetzt österreichweit in der Sozialreferentenkonferenz in das Integrationskonzept aufgenommen wurde, und ich denke mir, das ist etwas, auf das wir stolz sein können. Wir haben gezeigt, dass auch ein anderer Weg möglich ist, und wir haben gezeigt, dass dieser steirische Weg in der

Integrationspolitik, der von Ihnen ja so kritisiert wird, einer ist, der österreichweit Beachtung findet und mit dem wir uns nicht zu verstecken brauchen, sondern wir werden diesen steirischen Weg ganz konsequent weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*.

Die Wohnunterstützung ist heute einige Male angesprochen worden. Wir werden noch die Gelegenheit haben, uns inhaltlich zu vertiefen. Ich möchte nur einen Punkt erwähnen: Das Sozialsystem in diesem Lande ist gut, es ist treffsicher und es hält. Es hält aber auch nur dann, wenn wir bereit sind, uns die unterschiedlichen Maßnahmen anzuschauen und sie in die Zukunft zu führen. Auch das ist moderne Sozialpolitik. Es darf auch im Sozialbereich keine Diskussionstabus geben. Und deswegen das neue System der Wohnunterstützung. Ich kann es nur wiederholen und ja, es stimmt. Es sind nur die vier Millionen Euro, es sind nur die vier Millionen. Und warum sind es nur die vier Millionen? Weil auch dieses System sehr viele Menschen brauchen. Denn die Wohnunterstützung, wie sie jetzt aufgestellt ist und wie wir sie heute noch diskutieren werden, ist gerechter, sie behandelt alle Menschen gleich. Es gibt nicht unterschiedliche Systeme, wie wir es im alten System hatten. Sie ist treffsicherer und sie passt sich jenen Gegebenheiten an, wie wir sie brauchen, dass nämlich Einkommen aus Arbeit gleich behandelt wird wie Einkommen aus Sozialleistung. Und zu dem stehe ich auch. Das ist nämlich auch moderne Sozialpolitik, dass es nicht unterschiedliche Formen von Einkommen gibt und Einkommen aus Leistung und Arbeit sozusagen bestraft wird. Und das war in der alten Wohnbeihilfe so, das haben wir jetzt geändert, das ist aus meiner Sicht der richtige Weg. Und deswegen freue mich ich schon auf die weiterführenden Diskussionen zu diesem Thema. Zum Schluss die Botschaft: Das soziale Netz, dank dieser Regierung und der guten Kooperation in der Steiermark, hält. Es wird mehr Geld denn je für das Soziale ausgegeben und nicht, weil es irgendwo landet, sondern weil es die Menschen in diesem Lande brauchen. Und trotzdem werden wir verstärkt Maßnahmen in dem Bereich „Schaffen von Arbeitsplätzen“ setzen, gemeinsam mit den Unternehmen in diesem Land. Wir werden zeigen, dass auch Hand in Hand Arbeit und Beschäftigung und Soziales möglich ist, und das ist die moderne Sozialpolitik, nach der Sie gefragt haben. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.35 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Andrea Michaela Schartel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTabg. Schartel – FPÖ (11.35 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung, werte Kollegen!

Ein Budget ist nicht nur eine Auflistung von den geplanten Einnahmen und Ausgaben, sondern ist vor allem auch ein Indikator, in welche Richtung die Verantwortlichen steuern werden. Gerade in der jetzigen wirtschaftlich angespannten Situation mit erhöhter Arbeitslosigkeit ist es ein Gebot der Stunde, neben Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, den Blick auf das Wesentliche nicht zu verlieren. Jedem von uns sollte bewusst sein, dass die Mittel, die hier eingesetzt werden, von den Steirern und Steirerinnen erarbeitet wurden und den Verantwortlichen vor allem in treuhänderischer Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Es ist absolut kein Spielraum für Selbstdarstellungsprojekte vorhanden. Natürlich ist mir bewusst, dass es in bestimmten Bereichen Pflichten zu erfüllen gibt und die vor allem von den Ressortverantwortlichen der Landesregierung budgetiert werden müssen. Eines dieser wesentlichen Bereiche ist sicherlich der gesamte Bereich, wo es um das Pflegemanagement geht. Und wenn man sich die Indikatoren und Wirkungsziele in diesem Globalbudget Gesundheit- und Pflegemanagement ansieht, dann kann man erkennen, dass der Herr Landesrat Drexler sehr wohl auf die künftigen Herausforderungen reagiert und natürlich versucht, mit dem Bedarfs- und Entwicklungsplan Pflege auch in Zukunft diese künftigen Aufgaben sicherstellen zu können. Aber es hält sich für mich schon die Frage, ob das Allheilmittel wirklich darin liegen kann, dass man vor allem im ländlichen Bereich die Pflegeheime schließt und sich nur mehr auf den urbanen Bereich konzentriert. Aber ich denke mir, als Grazer ist es natürlich sehr leicht diese Position einzunehmen, da, wenn ich das Privileg habe in Graz zu wohnen und eine sehr umfassende und sehr flächendeckende Pflegeversorgung habe, dass ich natürlich hinterfrage, ob im ländlichen Raum so eine flächendeckende Versorgung wirklich notwendig ist. Als Frauensprecherin meiner Fraktion möchte ich aber heute ein Lob aussprechen und zwar an den Herrn Landesrat Drexler, der leider jetzt nicht da ist, aber vielleicht hört er es, und zwar deshalb, weil für mich sehr erstaunlich zu erkennen ist, dass in seinem Ressort nämlich mehr Frauenpolitik stattfindet als bei der für diesen Bereich zuständigen Landesrätin Lackner. *(Beifall bei der FPÖ)* Frau Landesrätin Lackner, ich habe wirklich eine Frage, ob Sie mir erklären können, warum Sie sich von der Frauenpolitik losgesackt haben. Nämlich nicht nur, dass es nicht einmal mehr ein Globalbudget für Frauen gibt, ist es Ihnen anscheinend so unwichtig geworden, dass Sie nämlich das bestehende Budget in die zweite Detailbudgetebene nach unten hin verschoben haben. Diese Vorgehensweise wurde übrigens auch vom Landesrechnungshof in seiner

Stellungnahme zum Budget kritisiert und da möchte ich auch den Grünen gleich kundtun, dass wir selbstverständlich dem Antrag, dass es zu einem eigenen Globalbudget Frauen wieder kommen muss, gerne zustimmen. Aber, dass gerade Sie als sogenannte Feministin das Wirkungsziel, die Erhöhung von weiblichen Aufsichtsräten auf 20 % in landeseigenen Gesellschaften oder in Gesellschaften, wo das Land beteiligt ist, ersatzlos gestrichen haben, ist für mich ein weiteres Indiz, dass Sie die Frauenpolitik aufgegeben haben. Denn ich gehe nicht davon aus, dass Sie endlich die Erkenntnis gewonnen haben, dass Quotenregelungen, egal in welchen Lebensbereichen, niemals zum Ziel führen und dadurch sinnlos sind. *(Beifall bei der FPÖ)* Dass Sie Ihre Ressorts im öffentlichen Erscheinungsbild nur mehr als Gesellschaft und Bildung bezeichnen, ist für mich der Indikator schlechthin, dass Sie die Frauenpolitik aus Ihrer politischen Arbeit gestrichen haben. Frauenpolitik ist mehr als nur Binnen-I oder das Ausschütten von Förderungen an ideologisch behaftete Frauenvereine. Frauenpolitik sollte Lösungen anbieten, die allen Steirerinnen in allen Lebensumfeldern Hilfestellungen anbieten oder zur Verbesserung ihrer persönlichen Situation beitragen. Für mich aber vor allem ist es, dass es endlich zur Umsetzung kommt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. *(Beifall bei der FPÖ)* Und deshalb habe ich auch im vergangenen Jahr, nämlich am 08. März 2015, der übrigens der internationale Frauentag war, einen Antrag eingebracht, dass der Landtag eine Enquete genau zu diesem Thema abhalten möge, wo es um gleicher Lohn für gleiche Arbeit geht. Wie wichtig dieses Thema den anderen Fraktionen in diesem Haus ist kann man daran erkennen, dass nach über eineinhalb Jahren dieser Antrag noch immer unbehandelt im Arbeitsmarkt Unterausschuss ruht. Aber die größte Enttäuschung für mich jetzt als Frauenpolitikerin ist, dass eine zuständige Landesrätin, die behauptet, sie kümmert sich um die Frauen in der Steiermark, sich nicht dafür eingesetzt hat, dass diese Enquete endlich im Landtag stattfinden kann. Aber, wenn man ihre Prioritäten kennt, und die erkennt man sehr deutlich, wenn man das Budget von Ihnen anschaut, dann sieht man halt, dass Ihnen Frauen und die steirische Bevölkerung absolut nicht wichtig sind. Für mich erkennbar an einer Tatsache vor allem daran, dass Sie eben das Budget für Basisbildungskurse und Erwachsenenbildung auf über zehn Millionen Euro aufgestockt haben. Und vor allem diese wesentliche Erhöhung, also fast mehr als fünf Millionen Euro, dient natürlich in erster Linie Asylwerbern, die Sie alphabetisieren möchten und denen Sie zu einer Nachholung des Pflichtschulabschlusses verhelfen müssen. Das heißt, wenn man das umrechnet, das sind ca. 900 Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren, dann frage ich mich, warum sind die schon erwachsen und unsere Kinder sind da noch nicht erwachsen, wenn sie unter 18 Jahren sind –

ja -, wird es so in etwa 11.000 Euro pro Jahr bedeuten. Die 10.000 Euro, die die Eltern-Kind-Zentren z. B. angefordert haben als Basisförderung, die wurde ihnen verweigert und abgelehnt, weil hier angeblich keine Mittel im Budget für solche Dinge zur Verfügung stehen. Ich habe aber noch ein weiteres Beispiel für Ihren besonderen Einsatz Ihrer Politik für die Steirerinnen und Steirern, eine ganz aktuelles, und zwar: Wenn man heute die online Kleine-Zeitung aufschlägt dann kann man lesen, dass geplant wird, dass der Schulstandort Gleinstätten, die Landesberufsschule geschlossen wird. Das heißt, Sie leisten hier wieder einen ganz deutlichen Beitrag, dass es ja im ländlichen Raum zu einer Aushöhlung kommt. Und obwohl der Herr Schickhofer heute gesagt hat, wir müssen die Regionen stärken und wie wichtig und die Wirtschaftsstandorte, überlegen Sie sich eine kleine Gemeinde mit einem wesentlichen Wirtschaftsstandfaktor dahingehend wieder auszuhöhlen. Weil, wenn man daran denkt, dass man 60 Arbeitsplätze davon hat, rund 500 Euro werden von jedem Schüler, der diese Schule besucht, in dieser Region ausgegeben, das wären in etwa 87.000 Euro die der Gemeinde verloren geht. Natürlich, 87.000 Euro ist im Vergleich zum großen Budget des Landes nicht eine große Summe, aber für diese kleine Gemeinde Gleinstätten ist das sehr wohl eine sehr, sehr große Summe. Und dann ist das auch wieder für mich so ein Indiz, wo man eindeutig sieht, vor allem wenn man den Artikel ein bisschen genauer liest, dann kann man erkennen, dass wahrscheinlich die Überlegung diesen Schul-, Berufsschulstandort zu schließen, dem sozusagen zu schulden ist, dass eben die Sanierungskosten innerhalb von einem Jahr sich um 7,5 Millionen Euro erhöht haben. Wenn ich jetzt mitbekomme, dass da 7,5 Millionen Euro Erhöhung ist, Sie aber gerne Ihr Budget, nämlich für die Asylwerber und Flüchtlinge um fast den gleichen Betrag erhöhen, dann sieht man halt eindeutig wo die Prioritäten sind. Aber so lange man es politisch korrekt empfindet, dass der Tagsatz für die Betreuung eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings 95 Euro beträgt, der Tagsatz des Kinderbetreuungsgeldes in der Maximalvariante 14,53 Euro beträgt, (*Landesrätin Mag. Kampus: „Das stimmt nicht!“*) wird sich wahrscheinlich keiner mehr wundern, dass Sie Ihre Prioritäten halt nicht mehr im Sinne der steirischen Bevölkerung sehen. (*Beifall bei der FPÖ*) Es wäre doch viel sinnvoller, wenn finanzielle und personelle Ressourcen vorhanden sind, diese in Projekte zu investieren, wo alle Steirer und Steirerinnen etwas davon haben oder sich ihr Lebensumfeld verbessert. Und da wir kurz vor Weihnachten sind, es dauert ja fast nur mehr eine Woche, hätte ich zum Abschluss noch einen Wunsch, nicht an das Christkind, an Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin Lackner: Ich wünsche mir, dass im nächsten Budget

deutlich erkennbar ist, dass es eine Landesrätin in der Regierung gibt, die bewusst ernsthaft und gerne für uns Frauen Politik macht. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zum Abschluss möchte ich jetzt noch einen Entschließungsantrag einbringen, der, Herr Schwarz, wie Sie gleich vom Text her erkennen können, nicht die Kosten des Landes hinauftreibt oder zu neuer Verschuldung führt, sondern zu einer wesentlichen Einsparung beitragen wird.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, von der drastischen Erhöhung der im Landesbudget 2017 vorgesehenen Finanzmittel im Ausmaß von bis zu zehn Millionen Euro im Bereich der Erwachsenenbildung für Asylwerber bzw. Personen mit Migrationshintergrund abzusehen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 11.46 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet, Dr. Werner Murgg, bitte schön.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (11.46 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer - hätte ich jetzt fast gesagt, es ist nur mehr ein Zuhörer da -, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein paar Gedanken zum Budget. Ich habe wirklich aufmerksam allen Rednerinnen und Rednern zugehört. Das eine oder andere hat mir dabei gefehlt. Ich glaube, zuerst sollte man auch darüber reden, und da würde ich den Landesfinanzreferenten Michael Schickhofer auch bitten, dass er vielleicht das eine oder andere dazu noch sagen kann, das sind die Schulen. Wir reden immer, oder haben heute gehört von der FPÖ, alles vollkommen richtig, wie die Schulden eigentlich explodiert sind und dann hat irgendjemand auch gesagt, ich weiß nicht, war es der Kollege Schwarz oder waren Sie es, Herr Landeshauptmannstellvertreter, einen Budgetpfad bis 2020 – oder warst das du, Karl Lackner, richtig, jetzt wo ich dich im Blick habe, du bist das gewesen mit dem Budgetpfad bis 2020 – tun wir das dann irgendwie auf ein Nullbudget zurückführen, aber da werden die Schulden, die wir tatsächlich haben, diese fünf Milliarden, noch um keinen Cent weniger. Jetzt bin ich natürlich nicht jemand, das wissen Sie, der sagt, wir müssen da so und so viel, vielleicht sogar hunderte Millionen im Jahr einsparen, damit diese Schulden reduziert werden. Ich sage, wir müssen endlich einmal dazu kommen, offensiv zu sagen, diese Schulden wird in Wahrheit überhaupt niemand mehr zurückzahlen. Das geht gar nicht, außer dass wir die gesamte Steiermark finanziell infrastrukturmäßig etc. ruinieren. Das einzige, was Sie machen, Sie schauen, dass die

Schulden nicht zu sehr explodieren, damit wir kein schlechtes Rating bekommen und damit die Zinsen nicht zu hoch werden. Das ist aber ganz etwas anderes, als der Bevölkerung sozusagen trüben Wein einzuschenken und zu sagen, wir machen eine Politik, dass die Schulden einmal weniger werden. Die werden niemals weniger. Im Gegenteil, sie werden weiter steigen und - das gilt ja für die Republik noch viel mehr als für das Land, es gilt eigentlich europaweit – wir müssen uns einmal ernstlich den Kopf darüber zerbrechen, ob wir nicht sozusagen mit anderen Bundesländern, aber auch innerhalb der Europäischen Union, da ist Österreich halt nun einmal ein Mitglied, ernsthaft eine Schuldenkonferenz einberufen, wo man einmal darüber spricht, welche Schulden wie zu streichen wären. Das ist das eine. Das andere, was ich sagen will, allgemeiner Natur, das sind die Ausgaben und Einnahmen. Der Lambert Schönleitner hat uns heute wieder vorgeworfen, dass das Wort Sparen für uns ein Fremdwort ist und wir ja nur das Geld mit beiden Händen beim Fenster hinauswerfen wollen. So ist das nicht. Ich sage immer, und auch die Claudia hat es, vielleicht heute nicht, *expressis verbis*, aber auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder gesagt, natürlich muss man ein Budget auch, wenn man es in Ordnung bringen will, ausgabenseitig sanieren. Da gibt es Beispiele: Der Deutschmann, jetzt ist er nicht da, Kollege Deutschmann hat das Brüsseler Büro genannt. Da sind wir vollkommen *d'accord*, das kann man zusperren in Wahrheit. Da wäre das Landesbudget nicht saniert damit, aber es gibt andere Dinge. Der Ö-Ring, das haben Sie z. B. gesagt, dieser Vertrag, 1,4 Millionen Euro auf 77 Jahre. Mir fällt die Airpower ein, mir fallen diese ganzen Expertengutachten ein, die wir mit beiden Händen ausgegeben haben im Spitalswesen und mir fallen auch, heute auch schon gesagt worden, das Normkostenmodell ein, wo also wirklich weit über das, was die Pflegeheimbetreiber brauchen, um das Heim betreiben zu können, Geld ausgegeben wurde, weil die eben sich eine schöne, hätte ich fast gesagt, eine goldene Nase verdient haben. Noch andere Sachen fallen mir ein, aber das Wichtigste sind die Einnahmen. Und jetzt bin ich eigentlich bei dem Punkt, auf den ich mich konzentrieren will. Die wichtigsten Einnahmen des Landes, und das gilt für die Gemeinden genauso, sind die Ertragsanteile. Außer man hat - wir haben die Energie-Steiermark noch - man hat andere gute Betriebe, die eben etwas abwerfen, hat die Steiermark außer der Energie-Steiermark nicht, aber wir haben den Finanzausgleich und die Ertragsanteile. Herr Landeshauptmannstellvertreter, sind Sie mir nicht böse, aber wenn Sie diesen Finanzausgleich loben, dann möchte ich wissen, welchen Finanzausgleich oder welcher Finanzausgleich Ihrer Meinung nach ein katastrophaler wäre, also, wie der dann aussieht. 500 Millionen haben Sie mit solchen Muskeln gefordert bei irgendwelchen

Ausschüssen (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „300 haben wir bekommen.“) und 300 sind es geworden, und da kriegen aber die Gemeinden auch noch 105,8, habe ich gerade nachgeschaut. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Das wurde gemeinsam verhandelt.“) Natürlich habt ihr gemeinsam verhandelt, aber das ist ja gar nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist ja, ihr habt euch gleichzeitig einen Budgetpfad umhängen lassen für die Pflege und für die Gesundheit, und da steht, ich habe jetzt gerade noch nachgeschaut, dieses zwölfseitige Papier, wo am Schluss auch Ihre Unterschrift oben ist, was ganz eine gute Zusammenfassung dieses Finanzausgleichs darstellt, wo nämlich schon mit der Rute gearbeitet wird. Wenn wir diesen Budgetpfad nicht einhalten, dann gibt es sozusagen Miese auf einer anderen Seite für die Länder und Gemeinden. Jetzt komme ich aber zum Wichtigsten, und das haben Sie gesagt, Kollege Drexler ist leider nicht da, ich war, glaube ich, beim Kontrollausschuss, wo der Rechnungshof einmal da war, wo wir über den Finanzausgleich geredet haben, wo der Landesrat Drexler dann auch gesagt hat: „Das ist ja ungeheuerlich, dass die Länder, das Land Steiermark und die steirischen Gemeinden gegenüber Vorarlberg, Tirol, Wien, Salzburg so benachteiligt sind, dass sie ungefähr 20 % weniger für den Kopf eines Steirers, einer Steirerin bekommen, als die westlichen Bundesländer oder Wien“. Und da hat sich nichts geändert. Und ich sage Ihnen, wenn man das angleicht, dann sind die Gemeinden ihre Sorgen überhaupt los, die steirischen, das Land nicht. Das würde nicht reichen, aber die steirischen Gemeinden wären ihre Sorgen los oder viele oder die meisten, wenn wir diese Kopfquote hätten, die Salzburg, Vorarlberg, Tirol oder Wien hätte. Und ich muss es noch einmal sagen, da haben Sie vollkommen versagt und auch der Kollege Drexler hat versagt, denn er hat ja auch gesagt, wir, da hat er die ÖVP wahrscheinlich gemeint, werden da im Finanzausgleich bei den Verhandlungen hart bleiben und das geht nicht, dass die Steiermark nach wie vor so benachteiligt wird. Nichts ist daraus geworden. Jetzt noch ein paar kleine Bemerkungen, dann höre ich schon auf, vielleicht werde ich das nächste Mal länger reden, vielleicht kann ich wieder einmal eine Budgetrede halten, aber jetzt nur zum Kollegen Schwarz, aber auch er ist nicht hier: Transparenz, also ich weiß nicht, ganz daneben dürften wir nicht sein, denn selber in den eigenen Reihen habt ihr gesagt, da muss man nachbessern. Und natürlich will ich aus dem Budget die Zahlen haben und nicht mit sieben Aktenkoffern, die mir dann sozusagen der Budgetdienst dann übermittelt, nachhause gehen, das ist eh alles von uns gemacht worden, aber das Werk selbst ist, ich behaupte es, gegenüber früher intransparent – erste Bemerkung. Zweite Bemerkung, noch eine Frage an den Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, Sie haben gesagt, 10.000 neue

Jobs wurden geschaffen. Ich weiß nicht welche, wenn das Jobs sind, die Vollarbeitsplätze darstellen und ordentlich bezahlt werden, dann stehe ich hier nicht an und sage, eine gute Leistung, bravo. Aber ich glaube, so ist es nicht. Wir haben beim Wirtschaftsbericht des Landes oder ich habe beim Wirtschaftsbericht des Landes darüber gesprochen, dass diese ganze Beschäftigungsexplosion, wie wir von Landesrat Buchmann immer hören, sozusagen nur darauf zurückzuführen ist, dass Großteils die Geringfügigen und die Teilzeit steigt, und dass die Arbeitszeit, die geleisteten Arbeitsstunden gleich bleiben. Das heißt, in Wahrheit haben wir eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnverlust – so schaut es aus. Also, vielleicht können Sie noch etwas sagen, welche 10.000 Jobs das sind. Dann noch eine Bemerkung zur FPÖ: Jetzt ist er da, der Kollege Deutschmann, der Kollege Schwarz hat es schon gesagt, ich habe heute auch Ihre Presseaussendung in der Kleinen Zeitung gelesen. Viele Sachen, wie gesagt, gut kann man reden, Förderungen durchforsten, Spitalsverwaltung etc., und dann steht da tatsächlich eine Nulllohnrunde für das Spitalpersonal und für die Landesbediensteten. Ich habe mich wirklich gewundert, dass Sie nicht den Mumm gehabt haben, das heute hier zu sagen. Mich würde auch interessieren, was unsere Stenotypistinnen beispielsweise sagen und die vielen Pfleger und die Krankenschwestern, die alle nicht viel verdienen und die B- und C-Bediensteten. Über einen Hofrat kann man reden – kann man, sage ich. Ich sage nicht, dass ich das anreißer, aber man kann darüber reden. Wenn er 4.000 netto hat oder 4.500, aber nicht über die 80 % Landes- und KAGes-Bediensteten, die einen nicht, sage ich einmal, überbezahlten Lohn und Gehalt haben. Vielleicht können Sie da doch noch etwas sagen, vielleicht war es auch eine Zeitungssente. Zum Kollegen Schwarz, es freut mich, dass Sie gesagt haben, mit uns geht das nicht, aber ich muss Sie korrigieren. Es ist mit Ihnen gegangen und es ist auch mit der ÖVP gegangen, denn im Jahr 2011 haben wir die Nulllohnrunde gehabt, und nicht nur für die Landesbediensteten sondern auch für die Gemeindebediensteten. Die KPÖ hat damals dagegen gestimmt. Danke, ich bin genau in der Zeit. *(Beifall bei der KPÖ – 11.56 Uhr)*

Präsidentin Khom: Vielen Dank, Herr Dr. Murgg, für die Zeiteinhaltung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Anton Kogler. Bitte schön, Toni.

LTAbg. Kogler – FPÖ (11.56 Uhr): Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, liebe Zuseher, Zuhörer hier im Auditorium und via Livestream!

Geschätzte Damen und Herren, ich kann ja dem Kollegen Werner Murgg bei einigen Sachen vollkommen recht geben. Ich möchte das natürlich auch anmerken, speziell den Finanzausgleich. Das war ja wirklich auf dem Tisch und eigentlich eine Forderung, diesen abgestuften Bevölkerungsschlüssel wegzubringen. Das hast du ja gemeint damit, dass wirklich pro Kopf wieder gleich behandelt wird, wie in anderen Bundesländern. Karl Lackner, du hast uns eingeladen in das Boot. Ich würde das wirklich mit Vorsicht betreten, sage ich jetzt einmal. Man sollte da sehr vorsichtig sein und darum werden wir heute das Boot auch nicht betreten. *(Beifall bei der FPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren, liebe Kollegen, mir geht es heute um einen speziellen Teil auch wieder. Übrigens, ich bin einer dieser acht Anträge, aber einer, der heute eine Forderung in den Raum stellt. Auch Kollege Karl Lackner hat das schon gesagt, er hat es ja schon mit der Summe ausgestaltet, und zwar mit den rund 130.000. Ja, tatsächlich kann man das nicht so festhalten. Mir geht es konkret wieder um die Einführung der Weihnachtsbeihilfe. 2014 wurde ja diese Weihnachtsbeihilfe praktisch abgeschafft und dass waren die Daten von 2014 mit rund 6.500 Bezieher, rund 130.000 Euro wurden hier aufgewendet pro Haushalt oder pro Anspruchsberechtigten wurden 20 Euro gewährt. Wir haben, das wurde schon angesprochen, in weniger als zwei Wochen eigentlich wieder das Weihnachtsfest vor uns. Ich glaube, dass das für Jung und Alt, für Arm oder Reich doch ein entsprechender Anlass und ein entsprechendes Fest darstellt. Und darum geht auch unser Antrag in diese Richtung, dass man das wirklich wieder einführen sollte, diese Weihnachtsbeihilfe. Es ist wirklich ein geringer Teil. Die Frau Landesrätin hat ja gesagt, Sie will keine Sozialpolitik von Almosen, das ist schon richtig, aber, wenn man diese Bevölkerungsschicht da drinnen hat, glaube ich, sind wir auch gefordert, zusätzlich zu unterstützen. Das ist ja wirklich ein ganz, ganz kleiner Teil vom Budget. Das muss man ehrlich sagen. Wir reden da wirklich von rund 120.000, 130.000 Euro im Jahr. Ich glaube, das wäre ein schönes Zeichen vom gesamten Landtag Steiermark, wenn wir heute dem zustimmen könnten, dass man das im Budget, das natürlich auch vorsieht für 2017. Für heuer ist es ja nicht mehr möglich, es ist ja nicht budgetiert. Unsere Forderung geht auch klar in das Jahr 2017.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Weihnachtsbeihilfe des Landes für bedürftige Menschen österreichischer Staatsbürgerschaft wieder einzuführen und im Budget 2017 die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 12.00 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Erich Hafner, bitte schön.

LTabg. Hafner – FPÖ (12.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Regierungsmitglieder und Kollegen des Steiermärkischen Landtages, liebe Zuhörer im Zuschauerraum und via Livestream!

Bevor ich diesen, unseren Unselbstständigen Entschließungsantrag Ortsteilbürgermeister einsparen im Rahmen der heutigen Landtagssitzung einbringe, werde ich einige Daten und Fakten beleuchten und klarlegen. Im Zuge des Steiermärkischen Gemeindestrukturreformgesetzes, welches mit 01.01.2015 in Kraft getreten ist, wurde erstmals die Funktion eines Ortsteilbürgermeisters geschaffen und wurde in der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 im § 48 neu geregelt. Diesen Paragraphen kennen Sie sicher alle, trotzdem möchte ich eines dazu ausführen. Der Ortsteilbürgermeister soll den bisherigen Ortsvorsteher ersetzen und eine engere Verbindung der Bevölkerung zu den Organen der Gemeinde herstellen. Wenn das die Befugnisse eines Ortsteilbürgermeisters inklusive beratender Funktion sowie Vorschläge zu erstatten sind, ist der Bezug ein sehr hoher und im § 10 des Steiermärkischen Gemeindebezugesgesetzes geregelt. Es ist mit Beschluss des Gemeinderates aber auch möglich, dass der Ortsteilbürgermeister bis zu 55 % des Bürgermeistergehaltes beziehen kann. Nach einer Anfragebeantwortung durch den Landeshauptmann Schützenhöfer vom Mai 2016 sind in 23 Gemeinden 58 Ortsteilbürgermeister eingesetzt. Dies belastet den steirischen Haushalt massiv. Über die Höhe dieser Ausgaben hüllt sich die Landesregierung in Schweigen. Es wurde ebenfalls in dieser Anfragebeantwortung durch die Regierungsspitzen Landeshauptmann Schützenhöfer und Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer folgende Antwort gegeben – ich zitiere: „Wie bereits in der Beantwortung der schriftliche Anfrage Einl.Zahl 700/1 und zur Frage 22 ausgeführt, wird eine generelle Verständigungs- und Informationspflicht der Gemeinden als unverhältnismäßiger Eingriff in die Gemeindeautonomie nicht getragen. Mit Ausnahme der eingeräumten Prüfmöglichkeit der Rechnungshöfe steht nach den Bestimmungen der Bundesverfassung dem Landtag ein Kontrollrecht gegenüber Gemeinden nicht zu“.

Die vorliegende Regelung geht zu Lasten des Haushaltes und der tatsächliche Nutzen lässt sich nicht erkennen. Es ist augenscheinlich, dass SPÖ und ÖVP eine Ersatzfunktion für jene Bürgermeister gefunden haben, die von Gemeindezusammenlegungen betroffen waren. So wurde ein Titel ohne Mittel erfunden, um die eigenen Funktionäre zu befrieden. Jene

Gemeinden, die sich einen Ortsteilbürgermeister „leisten“, sollten in einem ersten Schritt bei anderen Landeszuwendungen einen um die Bezüge dieser Funktionäre verminderten Betrag erhalten und in einem zweiten sollte eine Abschaffung dieses Postens beschlossen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bezüge der Ortsteilbürgermeister mit anderen Zuwendungen des Landes Steiermark an die betreffenden Gemeinden gegenzurechnen und dem Landtag über die Einsparungen im Budgetvollzug 2017 zu berichten.

Ich bitte um Annahme. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.04 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Zuhörende!

Ich darf jetzt für meine Fraktion auch noch drei Entschließungsanträge einbringen zum Budget, möchte aber auch mir noch erlauben, auf das eine oder andere einzugehen, das jetzt vorweg in der Debatte gefallen ist. Lieber Kollege Lackner, geh jetzt bitte nicht weg, bitte bleib. Du weißt, dass ich dich sehr schätze und mit dir auch sehr gerne diskutiere, aber ich möchte jetzt wirklich noch einmal Stellung nehmen zu dem, was du über deine oder deiner Mutmaßung nach nicht vorhandene Intransparenz zu diesem Budget gesagt hast. Also ich weiß, dass du sehr wohl verstanden hast, was wir gemeint haben, darum finde ich das nicht in Ordnung, dass das hier so als Schönfärberei dargestellt wird. Der Kollege Murgg hat es eh schon erwähnt. Es geht ja nicht darum, dass es nicht möglich ist, alles nachzufragen, aber Entschuldigung, das ist doch eine Beschäftigungstherapie für die armen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Budgetdienst, wenn ich jeden einzelnen Posten extra nachfragen muss, damit ich die Zahl geliefert bekomme. Das ist genau das, was wir gemeint haben. Es hat früher Budgets gegeben, wo ich nachschauen konnte, Posten XY, aha das war die Zahl. Jetzt müsste ich theoretisch jeden einzelnen Posten nachfragen, und das halten wir für nicht in Ordnung. Und da finde ich auch die Kritik vom Kollegen Klubobmann Schwarz nicht gerechtfertigt, wenn er sagt: „Na ja, ihr habt ja nicht einmal die Zeit aufgebraucht“. Ja, hätten wir sollen den Finanzausschuss dazu nützen, dass wir einen Landesvoranschlag von 2014 hernehmen und Zeile für Zeile nachfragen und durchgehen? Ich glaube nicht, dass das der Sinn der Sache ist. Was wir uns wünschen ist generell, dass man eben dieses Budget

transparenter gestaltet. Es gibt ja z. B. auch, weil das immer verglichen wird mit: „Ja, im Bund wird es auch so gemacht!“, das stimmt nicht ganz. Im Bund gibt es verschiedene Begleithefte, die wir uns sehr genau angeschaut haben, die sehr wohl mehr Details liefern. Das haben wir jetzt auch in unserem Entschließungsantrag so formuliert, so etwas hätten wir zumindest gerne als ersten Schritt. Wie gesagt, der Michael Schickhofer hat es ja schon im Finanzausschuss gesagt, dass er durchaus bereit ist. Also erwarte ich mir auch, dass ihr diesen Entschließungsanträgen dann zustimmt. Weil wie gesagt, auch der Kollege Schwarz gemeint hat: „Ja, der Landtag muss das gemeinsam weiterentwickeln“. Noch einmal, wir haben dem ja nicht unsere Zustimmung gegeben, weil wir genau vor dieser Situation gewarnt haben. Und ich kann mich noch erinnern, da haben die Grünen noch gesagt und auch die FPÖ, dass das nicht so arg werden wird. Es ist so geworden, jetzt kritisieren es die Grünen und auch die FPÖ genauso wie wir. Und deswegen bin ich stolz darauf, dass wir da nicht zugestimmt haben, weil es in Wahrheit etwas ist, das die Arbeit im Landtag für uns Abgeordnete erschwert.

Nächster Punkt, ich möchte noch auf ein paar Sachen eingehen, die der Kollege Deutschmann gesagt hat: Mir gefällt das ja immer gut, weil sich ja die FPÖ immer so gerne darstellt, als „wir sind die Partei des kleinen Mannes, der kleinen Frau“, ab und zu, aber mich wundert es, warum dann von eurer Seite her niemals eine Forderung kommt, wenn es darum geht, wie sich das Steuersystem verändern soll. Das, was man von euch immer hört, und das hat der Kollege Deutschmann ja auch ausführlich in seiner Budgetrede dokumentiert: „Keine neuen Steuern“, das ist alles furchtbar grauslich. Aber es gibt ja unterschiedliche Steuern, wie wir wissen. Es gibt Massensteuern, dafür sind wir auch nicht, weil da gibt es unserer Meinung nach auch genug. Aber es gibt z. B. eine Vermögenssteuer und ich frage mich, wie kann das zusammengehen mit einer Partei, die sich immer hinstellt und sagt: „Wir sind für die kleinen Leute da“, aber ich habe noch nie eine Forderung von einer Vermögenssteuer von euch gehört. Eine Steuer, die riesige Gewinne und Vermögen besteuert, das wollt ihr nicht. Die traut ihr euch auch nicht angreifen. Oder Erbschaftssteuer, die habe ich vorher auch erwähnt, ist gesenkt worden. Unserer Meinung nach völlig unnötig. Wieso soll jemand, der etwas geschenkt bekommt, nicht einen Anteil dafür abliefern. Der muss ja nichts dafür zahlen. Gruppenbesteuerung, eines der größten Debakel, die in den letzten Jahren passiert sind, meiner Meinung nach. Große Konzerne und Unternehmen können sich da herumwinden, tun sich zusammen, werden als Gruppe besteuert und es entgeht dem Land ganz, ganz viel. Höre ich nie eine Forderung von euch. So viel zu dem. Der Kollege Murgg hat es eh schon gesagt, weil der Lambert Schönleitner gesagt hat: „Die Grünen sind anders als die KPÖ, weil die

KPÖ will nicht sparen“. Vielleicht sollten wir uns einmal den Begriff Sparen anschauen. Was heißt denn Sparen im eigentlichen und positiven Sinn? Ich tu mir in Zeiten, wo ich genug habe, etwas sozusagen auf die Seite, damit ich in schlechten Zeiten davon nehmen kann. Wir sind uns heute da alle einig gewesen, in guten Zeiten sind wir hier gerade nicht. 156.000 Armutsgefährdete in der Steiermark, 7,7 % ist die Arbeitslosenrate. Also, dann herzugehen und zu sagen: „Jetzt müssen wir sparen“, das ist völlig unsinnig. Ich bin aber durchaus dafür, und da gebe ich den Grünen recht, man muss sich natürlich gewisse Dinge durchaus anschauen. Und auch dazu hätten wir heute wieder einen Entschließungsantrag, wo ich schon gespannt bin auf Ihre Abstimmung, denn wir fordern die PolitikerInnengehälter zu senken. Sie wissen, die KPÖ macht es seit Jahrzehnten aus eigenem Antrieb heraus. Wir leben gut damit, wir sind keine armen Leute, wenn wir auf einen Teil von unserem Gehalt verzichten, und es wäre ein gutes und schönes Zeichen wenn das alle tun würden.

Zur ÖVP und zur SPÖ noch: Der Kollege Schwarz ist schon gegangen oder gerade beim Mittagessen, er wird es vermutlich hören oder man wird es ihm ausrichten, es ist schön, dass einmal jemand von der SPÖ sich herstellt und sagt: „Ja es stimmt, es braucht eine Umverteilung“. Das habe ich von euch schon lange nicht mehr gehört. Er sagt auch – das ist ja dann auch ein Eingeständnis dafür, dass das, was wir hier immer wieder trommeln, ja offensichtlich nicht ganz falsch sein kann. Der Vorwurf, „es reicht nicht, den Bundeskanzler Kern anzurufen“, ist eine Sache. Natürlich wird ein Anruf nicht reichen, aber wenn mir der Hannes Schwarz hier sagt, dass wir als Sozialdemokratie kämpfen müssen für die Umverteilung, dann muss die Gegenfrage erlaubt sein: Wo wird denn da gerade gekämpft? Ich sehe es nicht wirklich. Wo setzt sich denn die Sozialdemokratie dafür ein, dass es zu einer Wertschöpfungsabgabe kommt? Für einen Mindestlohn, für eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Personal- und Lohnausgleich? Ihr redet wirklich gleich wie die ÖVP von den tollen Jobs und keiner sagt, so wie der Kollege Murgg gesagt hat, welche Jobs das sind. Das enttäuscht mich ja von der Sozialdemokratie viel, viel mehr, weil von der ÖVP weiß ich das ja. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Ich habe es aber aufgezählt. 3000 Magna, 3000 Polizei und 2000 Bundesheer.“*) Das Nächste, und jetzt sind wir ja eh gerade an einem wichtigen Punkt. Ich denke mir immer so: Jedes Mal, wenn ich mich daher stelle und etwas über unsere Positionen und Forderungen sage und es wird dann laut im Raum und es mischen sich dann SPÖ und ÖVP ein und rufen herein und werden ganz furchtbar aufgeregt, dann steigt ja nicht nur mein Blutdruck, sondern offensichtlich Ihrer auch, und ich glaube immer, dann habe ich ganz sicher was richtig gemacht im Sinne der Menschen. Weil das

vorher so ein Thema war, ich tu da Wahlwerbung oder sonst etwas machen. Das ist eh ein guter Punkt, weil es wurde ja auch viel über den sozialen Wohnbau im Nachhinein debattiert. Ich darf da jetzt noch einmal darauf zurückkommen. Es ist immer interessant. Einerseits heißt es „Tut euch nicht mit eurem Wohnungsressort so wichtig machen in Graz“, auf der anderen Seite sagt ihr: „Es ist alles viel zu wenig“. Ich erinnere jetzt an Folgendes: Im Jahr 2004 hätten die Grazer Gemeindewohnungen verkauft werden sollen. Da war damals ein SPÖ-Finanzstadtrat Riedler dafür, da waren ein Herr Bürgermeister Nagl und ein Herr Vizebürgermeister Ferk dafür und man hat ernsthaft die Gemeindewohnungen in Graz verkaufen wollen. Hätten wir uns damals nicht eingesetzt mit Zähnen und Klauen, sage ich jetzt einmal, und nicht 2004 es geschafft, dass es eine Volksbefragung gegeben hat, wo natürlich die Leute gesagt haben ob ihr wahnsinnig seid, die verkaufen wir sicher nicht. Ich bin überzeugt davon, die gäbe es nicht mehr. Also, jetzt so zu tun und zu sagen: „Ja, ja, tut euch mit dem nicht so wichtig machen“, da tu ich mir wirklich schwer, weil, wie gesagt, das kann man alles nachlesen. (*Beifall bei der KPÖ*) Ihr wolltet das verkaufen, wir haben dagegen gekämpft und mittlerweile gibt es über 1.000 Gemeindewohnungen mehr. Und kein anderer Wohnungsstadtrat vor der KPÖ hat so viele Gemeindewohnungen mit so einem Minibudget bis jetzt gemacht wie der Ernst Kaltenegger und die Elke Kahr. Das kann man ruhig getrost einmal sagen.

Nächster Punkt, weil der liebe Karl Lackner gesagt hat: „Na ja, jetzt stellt sich die KPÖ so her und tut so, diesmal stimmen wir dem Budget nicht zu“. Ich bin sofort fertig, einen Satz noch. Stimmen wir eh nicht, weil wenn wir einem Budget zustimmen, dann muss das ein Budget sein, dass eine soziale Handschrift hat. Und in Erinnerung möchte ich auch noch rufen: Wir haben z. B. 2015/16 in Graz gemeinsam mit der ÖVP ein Budget ausverhandelt, das sehr wohl eine soziale Handschrift hatte und dem wir auch eine Zustimmung gegeben haben. Weil unter dem Strich war es besser für die Leute. Keine Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren, 500 neue Gemeindewohnungen, GVB-Jahreskarte um 228 Euro, keine Streichung von Sozialleistungen und, und, und. Solchen Budgets geben wir gerne unsere Zustimmung. Jetzt muss ich noch einmal kommen wegen den Entschließungsanträgen. (*Präsidentin Khom: „Ganz schnell!“*) Ja, ganz schnell.

Erster Entschließungsantrag: Einl.Zahl 1160/19

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Berechnung vorzulegen, wie sich die Reduzierung der Bezüge der steirischen PolitikerInnen um mindestens 30 % im kommenden Budget auswirken würde.

Zweiter Entschließungsantrag: Einl.Zahl 1160/16. Es geht um die Maßnahmen zur Transparenz künftiger Landesbudgets.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Vorbereitung des Budgets 2018 dafür Sorge zu tragen, dass

1. in Entsprechung des § 34 StLHG

verlässliche IST- und SOLL-Daten für die Indikatoren vorliegen, um die Überprüfbarkeit zu gewährleisten,

die vorgelegten Angaben die wesentlichen Problemstellungen abdecken, budgetrelevant sind und eine Abschätzung der Entwicklung zulassen,

Indikatoren gewählt werden, auf die das Land selbst Einfluss hat,

die Angaben zur Wirkungsorientierung über die Bereiche und Budgetebenen inhaltlich konsistent sind,

Ziele und Maßnahmen mit übergeordneten Zielsetzungen in einem logischen Zusammenhang stehen,

Wirkungsziele und Indikatoren gewählt werden, aus denen der konkrete öffentliche Handlungsbedarf und der angestrebte Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger klar hervorgeht;

2. dem Landtag und der Öffentlichkeit zumindest elektronisch zu weiteren wesentlichen Instrumenten

zur Detailanalyse des Budgets Zugang zu gewähren, namentlich zu Kosten- und Leistungsrechnung,

Verzeichnis veranschlagter Konten für sämtliche Detailbudgets bis auf Kontenebene, Detailbudgets 2. Ebene sofern vorhanden,

Beilagen mit Erläuterungen zu Teilbereichen des Budgets,

Erläuterungen zu Rücklagenentnahmen,

gesonderte Übersicht über Mittelaufbringung und Verwendung von besonderer Budget- und Steuerungsrelevanz.

Ich bitte um Annahme, ebenso wie des ersten.

Und der letzte Entschließungsantrag: Einl.Zahl 1160/17.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Weihnachtsbeihilfe des Landes für bedürftige Menschen wieder einzuführen und die Auszahlung insofern zu modifizieren, als die Beantragung in Zukunft schriftlich erfolgen und der Betrag auf das Konto des Anspruchsberechtigten oder der Anspruchsberechtigten überwiesen werden kann sowie im Budget 2017 die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Ich bitte um Annahme und danke, dass ich die Entschließungsanträge noch einbringen durfte.
(Beifall bei der KPÖ – 12.17 Uhr)

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Alexandra Pichler-Jessenko, bitte schön.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (12.17 Uhr): Darf die Begrüßung kurz machen. Geschätzte Anwesende, damit mir nicht das Mikro abgedreht wird. Dr. Murgg war schon draußen, ich hoffe, es war nicht als Drohung gesehen, „vielleicht werde ich auch wieder einmal eine Budgetrede halten“. Sie wissen, ich schätze Ihre Budgetreden sehr, aber auch die der Claudia, weil ich glaube, dass wir bei euch immer in einem sehr guten Diskurs treten können. Die Claudia hat es richtig gesagt, immer dann, wenn einem etwas berührt, und gewisse Dinge haben mich berührt, dann wird man lauter, aber ich glaube, diese Diskussion, die macht Sinn und die sollten wir hier in diesem Haus führen. So gesehen bin ich froh, dass wir uns heute wieder einmal Zeit dafür nehmen. So lange haben wir in diesem Jahr oder seit ich hier bin, nie diskutiert. Es gibt welche, die länger dabei sind, aber es wird heute sicher noch zwei, drei Stunden, nehme ich einmal an, wenn ich die Rednerliste sehe, dauern. Meine eigene Rede habe ich mittlerweile verworfen, ich möchte trotzdem auf die Vorredner eingehen und da auch dieses Thema Wirkungsorientierung. Es ist mir deswegen ein Anliegen, weil ich von Anfang an in diesem Projekt dabei war, dieses Projekt von Anfang an für gut geheißen habe und es auch weiterhin für ein gutes Projekt befinde. Ja, mit Verbesserungspotenzialen. Verwirrend bzw. auch in den Medien so dargestellt - ich weiß nicht was die Kleine-Zeitung geschrieben hat, ich habe es jetzt nicht im Kopf: „Die Abgeordneten haben nur ein Globalbudget bekommen“. Dieser Begriff war für mich von Anfang an deshalb irreführend, weil das Bereichsbudget, das eigentlich das Ressortbudget

heißen sollte, das oberste ist, das Sach- und das Globalbudget, die Ebene darunter. Und genau in diesem Globalbudget finden sich dann die einzelnen Bereiche der verschiedenen Landesräte. Hier hat der Rechnungshof Bezug genommen in seiner letzten Stellungnahme, auf diese Wirkungsziele. Und hier wurde sehr wohl festgestellt, dass die Formulierung der Wirkungsziele und der Strategien maßgeblich verbessert wurde. Aber, das kann man ruhig hier auch sagen, noch Verbesserungspotenziale bestehen. Und daran werden wir arbeiten müssen. Auch was der Lambert gesagt hat, ich glaube auch, dass wir möglichst schnell als zusätzliches Kontrollinstrumentarium, diese Kosten-Leistungs-Rechnung zur Verfügung haben sollten. Wenn ich jetzt hergehe in meiner sechsjährigen Erfahrung mittlerweile, ich durfte auch mit der Kameralistik arbeiten, für mich, ich habe es eh schon öfter gesagt, eine Auflistung von Projekten mit Beträgen. Was weiß ich, Projekt XY, Verein so und so, 3.500 Euro und, und, und. Die Frage ist aber, was wollen wir als Landtag erstens kontrollieren und was fordern wir von unseren Regierern, von den Landesräten? Es geht nicht darum, wie viel Geld gebe ich für ein Projekt aus, sondern mir geht es darum, was ist z. B. Wirtschaftsressort, die Zielrichtung des Landesrat Buchmann um die Steiermark mit einer funktionierenden Wirtschaftspolitik nach vorne zu bringen und den Hebel, sozusagen, anzusetzen, mit denen das gelingen kann. Und dazu möchte ich jetzt auf das Globalbudget Wirtschaft eingehen. Zugegebenermaßen kenne ich mich da am besten aus. Es mag jetzt andere Budgets geben, wo diese Wirkungsziele nicht so gut definiert sind. Und da sind wir gefordert, alle, auch bei den eigenen Landesräten, hinzuschauen und zu sagen: „Dieses Ziel gehört anders oder besser oder zukunftsweisender formuliert“. Ich nehme jetzt dieses Ziel heraus, „Forschung, Technologie, Innovation“ sind in den steirischen Unternehmen weit verbreitet. Das ist das Ziel und dann kommen sozusagen diese Maßnahmen, die Indikatoren, wie möchte der Herr Landesrat nun diese Ziele erreichen. Da ist das erste Ziel ein ganz Wesentliches, das Thema des COMET-Programms, mit den Kompetenzzentren. Hier wissen wir, dass wir als Steiermark federführend sind. Dann kommt als zweites Ziel, da steht dann genau drinnen wo waren wir bis 2014, wo waren wir 2015 und wo wollen wir mittelfristig 2017 hin. Dann haben wir das nächste Ziel: Ausgaben der steirischen Unternehmen. Wie hoch war das für Forschung und Entwicklung, wir wissen ja, dass zwei Drittel dieser Ausgaben rein aus den Unternehmen kommen. Wie viel haben wir da 2014 gehabt und was ist unser Ziel 2017. Und wenn ich mir jetzt 2017 anschau im Bericht diese 1,720.000.000 sind durch die Ausgaben der Unternehmen in der Steiermark nicht in Forschung und Entwicklung investiert worden, dann muss ich hergehen und zum Herrn Landesrat sagen: „Pass auf, da ist irgendetwas nicht richtig

gelaufen oder schief gegangen und bitte schaue, dass die Maßnahmen Kompetenzzentren, dass die Maßnahmen der Business Incubator“, fällt mir z. B. ein, mir fällt das neue ESA Center ein, „was ist dort falsch gelaufen oder warum waren diese Strategien nicht geeignet, um diese Zielgröße für 2017 zu erreichen“. Und so gesehen kann ich nur sagen, die Doppik ist nichts anderes als eine ungeschönte Ertragslage eines Landes. Ich kann eben nicht mehr verstecken. Erinnern Sie sich an diese Gebührenstellungen, wo man dann alles mögliche hineinverpackt hat, wo man das weitergeschoben hat. Ich habe nie in der GuV-Rechnung irgendetwas gesehen wo sind die Pensionen und, und, und. Dass dieses Werk natürlich im Detail zu lesen ist und sicher nicht in allen Bereichen noch gleich gut ist, das gebe ich zu. Aber eine Kameralistik, wo ich rein ein Projekt sehe und wie viel Geld habe ich dafür ausgegeben, ohne die Intension, was will ich eigentlich erreichen für die Steiermark und wo soll es besser werden, also da kann ich nur sagen, da ist mir die Doppik als Instrument, das transparent ist im Vergleichsweg allemal lieber. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Bezüglich - ganz kurz möchte ich auf die Zahlen chronologisch, das Budget betreffend, eingehen, weil ich ja einmal selber die Generalrede hier führend durfte, relativ am Anfang. 2015 waren wir ausgeglichen, 2016 haben wir eine Punktlandung gehabt und 2017 haben wir diesen Fehlbetrag von 306 Millionen. Aber, und das möchte ich hier noch einmal kurz sagen, das soll jetzt keine Entschuldigung sein, 2010 hatten wir noch eine Milliarde Neuverschuldung. Jetzt sind wir zumindest bei einem Drittel. Aber es stimmt, wir haben uns vorgenommen, ein Nulldefizit zu schaffen, das ist uns nicht gelungen und daran müssen wir arbeiten. Fazit ist, ist heute auch in anderen Reden angeklungen, das sind jene Investitionen, Investitionen sind in die Zukunft, die sich lohnen werden. Ich glaube, der Lambert hat gesagt, man muss schauen, oder ihr habt es gesagt, wo investiere ich und was kommt dann hinten heraus. Ich meine, deinvestieren wird nicht sehr sinnvoll sein. Oder wie der Landesrat Drexler z. B. immer auch nennt die KAGes als einen, ich glaube das ist der zweite – wie heißt das Wort – Hochbau-Bauherr in der Steiermark. Da wird Geld investiert, aber da bleibt ja den Steirerinnen und Steirern auch ein Wert. Natürlich kostet das zuerst Geld, das sind viele Projekte, mir fällt auch ein dieses ESA-Zentrum, dieses ESA-Incubator – so ähnlich heißt es – wo die Raumfahrtbehörde sich für die Steiermark sozusagen als Standort entschieden hat, wo 50 startups arbeiten werden in Zusammenarbeit mit den Universitäten und zwischen der Wirtschaft, wo es auch sozusagen als Ableger bzw. Produkte neben der Raumfahrt auch Produkte für den normalen Gebrauch geben wird. Arbeitsplätze ist gefallen: Wenn dort 50 startups entstehen und sich, sage ich einmal, aus drei dieser startups mittlere und größere

Unternehmer entwickeln, dann sind das auch Arbeitsplätze für die Zukunft. Natürlich nicht 2017, 2017 werden wir diese Arbeitsplätze nicht spüren, aber genau das wäre für mich ein langfristiges Denken. Dann ist noch gefallen von der KPÖ, auf das möchte ich noch kurz eingehen, dieses Thema, du hast es, glaube ich, gesagt, das hat mich dann so auf die Palme gebracht, man rollt den Investoren, den Konzernen den roten Teppich aus. (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „*Goldenen!*“) Goldenen ja, entschuldige. Ich würde dich wirklich gerne, Claudia - vielleicht schaffen wir es, ich war letzte Woche bei der Andritz AG, das ist eines der größten Unternehmen, wenn nicht das größte mit 25.000 Mitarbeitern, und ich war bei der AVL DITEST, das ist ein eher kleines Unternehmen mit hundert Mitarbeitern, Innovationssieger 2016. Ich würde dich wirklich einladen, ich meine das ganz ernst, gehen wir einmal gemeinsam zu einem Unternehmen, zu zwei anderen und sprechen wir mit Ihnen. Mir ist durchaus bewusst, du sprichst oft Investoren an, die schon irgendwo ..., ich bin auch dagegen, dass Google, Amazone, und, und, und, diese Steuern sozusagen nicht bei uns zahlen und da bin ich auch bei dir, da muss auch auf EU-Ebene massiv Druck gemacht werden, dass etwas passiert. (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler* – *unverständlicher Zwischenruf*) Ja, aber jetzt sage ich dir eines: Es ist mittlerweile so. War auch bei der VOEST, die VOEST plant dieses Werk in Kapfenberg, noch ist es nicht entschieden. Das wären wiederum um die, ich glaube, 2.000 Arbeitsplätze. Das entscheidet sich im zweiten Halbjahr 2017 und es wird daran liegen, wie ist die Stimmung bei uns, wie willkommen ist ein Investor? Mittlerweile ist das Wort Investor, Vermögen, Unternehmer, Gewinn, ist ja schon negativ belegt. Wer traut sich überhaupt noch zu sagen: „Ich habe einen Gewinn gemacht“. Na schon, weil Gewinn heißt immer gleich: „Hat er wohl genug Steuern gezahlt“. Ich habe ein ganz kleines Unternehmen mit 1 ½ Mitarbeitern. Das Weihnachtsgeld ist für mich auch hoch und wenn ich dann über 50 % Steuer, weiß nicht, zahle, ist es auch, ich glaube, für jeden ist das ein sehr großer Teil, den er hier leisten muss. Und deswegen glaube ich einfach, wenn wir jetzt hergehen und weiter diese Steuerdiskussion führen, dann wird es nicht einfacher werden. Ganz kurz, es blinkt schon, der Lambert hat es kurz gesagt, wir können darüber diskutieren Thema Nahverkehrsabgabe. Wie kann ich die aufstellen, aber ich kann nicht darüber diskutieren, wenn ich von vornherein sage, die hat der Dienstgeber zu zahlen. Ja vielleicht fällt uns auch was ein, wie man andere Verantwortliche, auch die Dienstnehmer, dort einbinden. Also, das wären so Fragen, die wir diskutieren könnten. Nur bitte, gehen wir einmal gemeinsam wohin und stellen dort Fragen. Ich gehe auch immer hin und frage: „Was passt euch nicht in der Steiermark, was können wir besser machen?“ Thema Bürokratie, Gesetzesflut und, und, und.

Ich höre jetzt auf, werde mich aber noch einmal melden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Zu Wort gemeldet hat sich nun Frau Landesrätin Ursula Lackner. Bitte schön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Lackner – ÖVP (12.28 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Abgeordnete!

Nicht von ungefähr heißt mein Ressort Bildung und Gesellschaft. Es findet sich so viel darin, von der Leseförderung, Erwachsenenbildung, Kinderkrippe, Kindergärten, Schulen, auch die Musikschulen, Familie, Frauen, all diese Sektoren bilden sich in diesem Ressort ab und sind ganz eng miteinander verwoben. Sie befruchten sich und es gibt unglaubliche Synergien, die daraus zu schöpfen sind. Ich möchte an dieser Stelle sagen, und es ist ein Plädoyer für dieses Ressort, nur vernetzt, also in starken Netzwerken, können wir diese Vielfalt an Zielgruppen, die sich in diesem Ressort abbilden, mit diesem erkennbar breiten Aktivitätsspektrum auch gut unterstützen. Bei all dem, was hier notwendig ist und was hier möglich ist. Diese Zielgruppe, die geht von den Kindern aller Altersstufen, über die Jugendlichen, derer Erwachsene, das sind Bezugspersonen, das sind die Eltern, das sind die KindergartenpädagogInnen, das sind die Lehrer und Lehrerinnen, alle die, die wichtig sind für Kinder und Jugendliche und natürlich auch die Akteure und Akteurinnen in der außerschulischen Jugendarbeit, denen ich auch ein besonderes Augenmerk schenke. Natürlich sind die Frauen ein wesentlicher Aspekt dabei und es geht darum in diesem Ressort, mit diesem Netzwerk, mit dem, was wir an Synergien zusammenbringen, bestmögliche Rahmenbedingungen, bestmögliche Unterstützungen auch bieten zu können für das Aufwachsen, für das Erwachsenwerden, unabhängig von der Gegend, von der Region und natürlich vom sozioökonomischen Status. Das ist es, worum es in diesem Ressort geht. Die Frau Abgeordnete Schartel, ich sehe Sie jetzt nicht im Raum, aber ich möchte trotzdem jetzt auf Sie Bezug nehmen. Ich gebe Ihnen recht, weil Sie den Rechnungshof zitiert haben, was die Darstellung des Frauenbudgets im Ressort betrifft, im Globalbudget. Es wurden Gründe angeführt vom Rechnungshof ein eigenes Globalbudget Bildung und Frauen zu machen. Ich bin bei einem Globalbudget geblieben, nämlich aus Gründen, die ich vorher erwähnt habe. Die Synergien und die Vernetzung all dieser Zielgruppen, all dieser Aktivitätsmöglichkeiten, all dieser Maßnahmen, die sich im Ressort finden, machen eigentlich das große Ganze aus.

Mit Verlaub gesagt, ob es jetzt ein Detailbudget in einer Ebene ist, das ist ein budgettechnischer Zugang, den man haben kann und der sich in den Ziffern natürlich auch wieder findet oder in den Zeilen, aber es haben ja auch alle feststellen können, dass dieses Detailbudget für Frauen eine Steigerung erfahren hat für das nächste Jahr, für 2017. Ich möchte das natürlich auch an dieser Stelle ausführen. Ich freue mich auch, weil ich die Abgeordnete Frau Schartel bei sehr vielen Veranstaltungen in letzter Zeit, wo ich selber auch war, getroffen haben, weil wir auch gute Eindrücke von diesen Veranstaltungen gehabt haben, beispielsweise 16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, und ich sie sehr schätze in meinem Ressort, auch in der Kritik, auf das Hinschauen, was kann man noch besser machen. Aber ich fühle mich natürlich auch bestärkt, in dem das Budget für Frauen erhöht worden ist für das nächste Jahr. Die oberste Priorität ist natürlich die Verbesserung des Zugangs von Frauen und Mädchen zu bedarfsgerechter Information und Beratung in allen Regionen. Und die Erhöhung des Budgets, die ich vorgenommen habe, die dient natürlich dazu, dieses Angebot auch auszubauen in den Regionen, wo wir noch zu wenig Angebote haben. Es dient aber auch dazu, die bisherigen Förderungen zu valorisieren, d. h. auch ein Stück weit in die Zukunft zu führen, und, was mir ein großes Anliegen ist, dass wir auch gemeinsam, d. h. der Bund, das Land und die Gemeinden, diese Aufgaben wahrnehmen, den Frauen dieses Angebot machen zu können in der gesamten Steiermark. Dieses wichtige Anliegen, das ich habe und das ich sehr wohl dokumentiere damit, dass wir das auch im Budget für 2017 vorfinden. Es geht auch noch um den Ausbau und um die Einbeziehung des Netzwerkes der Frauen- und Mädchenberatungsstellen, die mir ein ganz wichtiger Partner im Ressort sind. Was die Erhöhung der Repräsentanz von Frauen in Führungsebenen oder in Toppositionen betrifft, dieses Ziel ist nicht mehr als eigenes definiert, weil es genau eine Querschnittsmaterie ist, weil es nicht meine Aufgabe allein ist dafür zu sorgen. Weil dann wäre ich als Ruferin in der Wüste abgestempelt. Wir haben uns in der Regierung darauf geeinigt, das als Querschnittsmaterie zu sehen. Ich habe keine Aufsichtsräte und Aufsichtsrätinnen zu besetzen, ich in meinem Ressort, in meiner direkten Verantwortung, das sind andere, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich in meiner Abteilung zwei Fachabteilungen habe, die von zwei Frauen geführt werden. Das ist etwas, was man auch in der Verwaltung sichtbar machen kann, das Zusammenspiel von Männern und Frauen in der Führungsposition, in der Wahrnehmung von Führungsaufgaben, in der Verwaltung. Das zum einen, das andere ist sozusagen Ihre Wortmeldung zur Erwachsenenbildung oder zum „Lebenslanges Lernen“: In dieser Definition befinden sich alle Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind. Natürlich

sind es Einheimische genauso wie andere. Das ist auch ein technischer Begriff. Die Initiative Erwachsenenbildung, eine Bundesmaßnahme, bei der die Länder kofinanzieren und im Rahmen der Initiative Erwachsenenbildung, bildet sich das „Lebenslange Lernen“ mit seinen Maßnahmen ab. Sie haben angesprochen den Schwerpunkt „Zukunft Bildung Steiermark“, wo ab dem Ende des diesjährigen Jahres bereits ins nächste Jahr gehend, eine Maßnahme stattfindet, wo junge Menschen, die ihren Bildungsabschluss nicht gemacht haben, aus welchen Gründen auch immer, im Rahmen der Erwachsenenbildung „Lebenslanges Lernen“, Basisbildung, Alphabetisierung und letztlich auch bis zu einem Pflichtschulabschluss gebracht werden sollen. Es sind Menschen, die den Needs-Kriterien entsprechen, die keine Ausbildung haben und auch nicht in einer Bildungsmaßnahme oder Ausbildungsmaßnahme sind. Das sind natürlich auch Menschen mit Migrationshintergrund, die mit dieser Maßnahme unterstützt werden, die, wie Sie gesagt haben, eine Größenordnung von etwa 900 jugendlichen Männern und Frauen in der gesamten Steiermark betrifft und von der ich natürlich sage, ich erwarte mir davon, dass diese Menschen das erlangen, damit sie selber in Berufsorientierung gehen können, dass sie eine Lehre machen können, dass sie einen Beruf ergreifen können, dass sie sich weiterbilden können, um ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und um das zu leisten, was wir von Ihnen erwarten. Und deswegen diese Maßnahme. Erwachsenenbildung betrifft in dem Sinn alle, die nicht mehr im Pflichtschulalter sind.

Der letzte Punkt, den ich jetzt anbringen möchte, und ich hoffe, dass ich, weil Sie Ihre Enttäuschung formuliert haben, weil Sie manches nicht verstehen, im Bereich der Frauenmaßnahmen Sie jetzt ein bisschen zufriedenstellen konnte. Ich weiß nicht, wie weit mir das gelingt. Im Ranking der Bundesländer, weil die FrauenreferentInnen auch im November in der Steiermark waren, kann ich sagen, dass wir sehr gute Maßnahmen zeigen, aber der Investitionsbedarf, was die Berufsschule in Gleinstätten betrifft, den haben Sie sozusagen korreliert mit dem, was die Bildungsmaßnahme „Zukunft Bildung Steiermark“ betrifft. Das ist nicht deckungsgleich, weil die Investitionsmaßnahmen für die Berufsschulen habe nicht ich im Ressort, nur einen ganz kleinen Bereich, nämlich zwei Millionen Euro, der größere Bereich liegt in der EWG. Das ist nicht mein Zuständigkeitsbereich. Aus diesen Finanzmöglichkeiten schöpfe ich die Möglichkeit in den Berufsschulen auch zu investieren. Und was die Berufsschulthematik insgesamt betrifft ist es so, dass wir mit einem massiven Rückgang der Lehrlingszahlen zu tun haben, dass wir damit natürlich auch einen Rückgang der Schülerinnen und Schüler in den Berufsschulen verzeichnen müssen. Eine Größenordnung: Wir haben in den letzten drei Schuljahren, da ist das laufende jetzt nicht

mitberücksichtigt, um 14.022 Schüler und Schülerinnen weniger in den insgesamt 19 Berufsschulen. Allein vom vorletzten auf das letzte Jahr waren es 886, die weniger geworden sind. Wir haben in den letzten fünf Jahren um über 900 Ausbildungsbetriebe weniger, was Lehrlinge betrifft. (*Präsidentin Khom: „Frau Landesrätin, ich muss dich bitten zum Schluss zu kommen!“*) Ich komme zum Schluss, die Prognosen sind auch nicht rosig. Selbst in best case werden wir weniger Lehrlinge und damit weniger Schüler und Schülerinnen in den Berufsschulen haben und das bedeutet einfach ein Standortkonzept zu entwickeln und das mit den betroffenen Gemeinden. Die Entscheidung wird im Jänner, Februar des nächsten Jahres fallen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.39 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet, Herr Präsident Dr. Gerhard Kurzmann. Bitte schön, Gerhard.

Dritter Präsident LTAbsg. Dr. Kurzmann – FPÖ (12.39 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Kulturbudget wird im kommenden Jahr nicht gekürzt! Das ist erfreulich und es ist, wenn er auch nicht da ist, ein Erfolg des Kulturreferenten. Denn jeder, der heute Steigerungen im Kulturbudget fordert, ist unseriös meine Damen und Herren, das kann man gerade in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise nicht ernst nehmen und es wäre einfach unverantwortlich, hier große Steigerungen zu erwarten. Ob die Schwerpunktsetzung im Kulturbudget richtig ist oder nicht, darüber kann man aber sehr wohl geteilter Meinung sein. Die Hauptaufgabe verantwortlicher Kulturpolitik liegt, und das schlägt sich im Zahlenwerk auch sehr deutlich nieder, in der Erhaltung unserer steirischen Flaggschiffe, in der Erhaltung des Joanneums, der Oper, des Schauspielhauses, der Landesbibliothek, des Landesarchivs. Und gerade in einer Zeit, in der die „neuen Medien“ eine so kräftige Rolle spielen und eine wirkliche Konkurrenz darstellen, müssen diese Institutionen noch stärker im Bewusstsein der steirischen Bevölkerung verankert werden. Und damit bin ich schon beim ersten Punkt meiner Kritik, im Bereich der Werbung und auch im Bereich des Marketings wird zu wenig Geld eingesetzt. Mit einer zusätzlichen Stelle für den Verkauf von Tickets im Universalmuseum Joanneum allein wird es nicht gehen. Auch die beabsichtigte Gründung einer „Sales-Abteilung“ für die Bühnen wird nicht ausreichen, um den Besucherschwund im Opern- und im Schauspielhaus aufzuhalten. Dass die Verantwortlichen der Bühnen auch auf den Publikumsgeschmack Rücksicht nehmen müssen, das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Stücke im Stile der

veralteten Agit-Prop, die zum Beispiel als Verriss von Peter Rosegger aufgefasst werden, nützen dem Kulturstandort Steiermark wenig. Es wird auch nicht auf Dauer helfen, mit Hinweisen auf angebliche Datenschutzbestimmungen, die tatsächliche Benutzerzahl der Landesbibliothek zu verschleiern. Da hilft wirklich nur eines, Offenheit gegenüber den Problemen, mit denen der heutige Kulturbetrieb zu kämpfen hat. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist mit Sicherheit die abnehmende Zahl von Menschen, die heute überhaupt noch Bücher lesen. Es ist aber auch die Ablenkung, die Oper und Theater konkurrenzieren, und es ist auch die Werktreue bei der Aufführung klassischer Stücke und nicht die provokante Verfremdung durch Regisseure, die das geistige Eigentum anderer, nämlich Toter, sinnentleeren. Bei der Durchsicht der Wirkungsziele und auch der Indikatoren ist mir im Kulturbudget ganz besonders das Formalistische aufgefallen. Da heißt es: „Eine vielfältige steirische Freie Kulturszene ist gesichert“. Und dann folgt die Aufzählung, das sind 2014 144 mehrjährige Förderungsverträge, das ist 2015 dasselbe. Und das „Soll“ 2017, steht hier, 160 sein. Meine Damen und Herren, das klingt zwar schön, sagt aber überhaupt nichts über die Qualität aus. Das ist reine Statistik, reine Aufzählung, sagt aber auch nichts über die Akzeptanz des Gebotenen, nämlich bei den Veranstaltungen über die Reaktionen aus. Wie kommt diese Kunst, wie kommt diese Kultur beim Publikum an? Indikator 2, „Regionaler Anteil von Kulturförderungen“. Wenn man sich hier die Entwicklung anschaut, die Sie festschreiben, lag sie 2014 bei 30,4 %. Sie sinkt dann im Jahr 2015 auf 24,6 %. Also, von einem Ausbluten der Regionen kann man sicher nicht sprechen, aber das sind Indikatoren doch dafür, dass die Regionen vernachlässigt werden, auch was den Bereich der Kultur betrifft. Und das sollte man nicht kommentarlos hinnehmen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine Damen und Herren, somit komme ich zum Wirkungsziel 2, und das ist ein wichtiges Thema. „Universalmuseum Joanneum, die Theaterholding, aber auch der Steirische Herbst“ - schreiben Sie - „sind für die steirische Bevölkerung bedeutungsvoll“, na sicher. Wenn man sich die Zahlen anschaut, das Universalmuseum Joanneum hat nach Ihren Angaben im Jahr 2014 564.000 Besucher gehabt, diese ist dann 2015 auf 529.000 zurückgegangen. Also, wenn man in Kenntnis dieser Zahlen da nicht die Werbung steigert, da nicht das Marketingkonzept ändert, dann frage ich mich, wie sollen, wie in Ihrem Ziel ausgeführt, im Jahr 2017 570.000 Besucher angesprochen und in eine der zahlreichen Veranstaltungsorte gebracht werden? Oder nehmen wir den Steirischen Herbst, da war die Entwicklung ähnlich bedenklich. Der Steirische Herbst, der Ist-Zustand 75.964 Besucher, zurückgegangen im Jahr 2015 auf 52.200. Wenn man dann sagt, das Soll des Jahres 2017 ist etwa wieder die Ausgangssituation von

2014 zu erreichen, dann ist das wenig ambitioniert. Schauen wir uns den dritten Indikator an, das Wirkungsziel Nr. 3, Indikator Nr. 1, die Anzahl der geförderten KünstlerInnen im Bereich internationale Kultur. 2014 hat es da 81 Förderungen gegeben. Auch hier rückläufig, 2015 nur mehr 59. Das Soll, das Sie angeben, 80. Ich wiederhole auch die Rechnungshofkritik, die mehrfach angebracht ist: „Das ist ein reiner Massevergleich“, das sagt noch nichts über die Qualität und die Akzeptanz des Gebotenen in der Bevölkerung aus. Meine Damen und Herren, ich überlege ernsthaft, vielleicht sollte das Kulturforum Steiermark eine Umfrage in Auftrag geben, eine repräsentative Umfrage, die natürlich Kosten hervorrufen wird, wie zufrieden die Steuerzahler mit dem derzeitigen Kulturangebot wirklich sind und wie die Kulturinstitutionen angenommen werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zum Schluss komme ich noch zu einem Bereich, der nicht von allen sehr ernst genommen wird, der mir aber persönlich ein großes Anliegen ist, weil er auch eine Zukunftschance für unser Land ist. Das ist die Archäologie. Die fristet, wie wir alle wissen - die Diether Kramer, den letzten Landesarchäologen, persönlich noch gekannt haben - seit einiger Zeit ein eher bescheidenes Dasein. Ich sage ganz offen, es ist wirklich beeindruckend, was hier in einer Fachzeitung des Joanneums geboten wird. Das ist der „Schild von Steier“. Wer den noch nicht kennt und sich für diese Dinge interessiert, eine hoch interessante Zeitung von hoher Qualität. Aber meine Damen und Herren, das allein, die Produktion einer hochqualitativen Kulturdokumentation, ersetzt nicht die fehlenden Geldmittel, die wir in den nächsten Jahren im Bereich der Archäologie mit Sicherheit brauchen werden. Vor kurzem haben wir dazu eine Veranstaltung am „Red Bull Ring“ in Spielberg abgehalten, wo das Interesse der betroffenen Bevölkerung, nämlich der des Aichfelds, wirklich überwältigend war und es wäre hoch an der Zeit, meine Damen und Herren, diese vielen Initiativen, die sich dort der Diskussion gestellt haben, ihre Projekte vorgestellt haben, ernst zu nehmen und auch ihre ehrenamtliche Tätigkeit zu unterstützen. Da sind in Wirklichkeit in vielen Vereinen Idealisten vertreten, die ihre Freizeit und ihr Engagement dafür einsetzen für die Erforschung der Vergangenheit ihrer Heimat. Diese Arbeit anzuerkennen und zu würdigen, sollte auch dem Kulturreferat der Steiermark und dem Kulturreferenten ein besonderes Anliegen sein, denn meine Damen und Herren, die verdienen wirklich unseren Dank. *(Beifall bei der FPÖ - 12.49 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Peter Tschernko. Bitte schön, Peter.

LTabg. Tschernko, MSc. - ÖVP (12.49 Uhr): Sehr geschätzte Präsidentin, Herr Landesrat, Kollegen und Kolleginnen und Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Landtag und auch Zuhause via Livestream!

Wir haben die Debatte wieder begonnen mit Kritik, mit großer Kritik zum Budget. Ich möchte darauf hinweisen, dass jedes Jahr dieses Budget bestimmten Entwicklungen, gesellschaftlichen Entwicklungen auch entspricht oder seinen Niederschlag findet. Wenn wir daran denken, dass Millionen von Menschen auf der Flucht sind vor Hunger, Krieg, Terror, Unterdrückung und nach Europa, nach Österreich fliehen, in die Steiermark fliehen, dann stellt uns das schon vor großen Herausforderungen. Wie gesagt, in Zahlen wird das hier in unsrem Budget ganz deutlich und ganz klar auch sichtbar, wie abhängig wir von weltwirtschaftlichen, europäischen, auch der österreichischen Wirtschaftsentwicklung sind. Ist heute auch schon angesprochen worden. Die Arbeitslosenzahlen steigen, das ist Fakt und nachlesbar und dem wollen wir entgegenwirken. Mit diesem Budget machen wir das auch. Unser Klubobmann, der Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, hat heute auch zu diesem richtigen Schritt in die richtige Richtung gezeigt und aufgezeigt, dass wir hier zum Thema Arbeitsplatz, Wirtschaft und Beschäftigung investieren müssen und auch investieren werden. Und wenn wir unseren Sozialstaat aufrechterhalten wollen und aufrechterhalten können, dann brauchen wir einen gesunden Arbeitsmarkt, brauchen wir eine gesunde Wirtschaftsentwicklung. Die Kollegin Klubobfrau Klimt-Weithaler hat es heute schon angesprochen, mir vorweggenommen, zum Budget die Kritik der Opposition halt immer kommt, dass Sozialausgaben gekürzt werden. Von der anderen Seite kommt dann die Kritik, dass die Sozialausgaben zu hoch sind und ständig erhöht werden, manchmal und insbesondere die Kritik, dass die vorwiegend nur im Asylbereich erhöht werden. Aber ich kann Ihnen sagen, dass es nicht so stimmt und ich komme noch darauf zurück. Und auch in der Vergangenheit war es notwendig einhergehend mit den Reformschritten, dass wir hier in gewissen Bereichen auch Kürzungen vorgenommen haben. Ich erinnere uns alle noch einmal daran, dass wir in der Steiermark, in Österreich noch eines der besten und ausgewogensten Sozialsysteme haben. Das wird sich aber nur auf uns, auf unsere nächsten Generationen nur durchsetzen oder standhalten, wenn wir hier auch dieses Budget oder diese Mittel, die uns zur Verfügung stehen, auch nachhaltig sichern und erhalten. Und davon abhängig sind wieder die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Ich erinnere auch nochmals im Laufe der Debatte und vielleicht für den heutigen Tag noch, dass es auch unsere Pflicht ist, mit diesen unseren anvertrauten Steuermitteln auch sorgsam

umzugehen und gerade im Sozialbudget und Sozialbereich brauchen wir Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Heute sind schon einige Zahlen zum Sozialbudget genannt worden, mehr oder weniger Zahlen genannt worden. Ich möchte das auch nur überschlagsmäßig noch einmal sagen für das Sozialbudget. Das heißt, zu unserem Sozialbudget oder Ergebnisbudget 2017 von 448 Millionen hat sich dieses Budget um 64 Millionen erhöht. Hier lautet die Kritik, dass wir das Budget ständig und immer wieder kürzen. Also, ich verfolge das in den letzten Jahren, dass es hier ständig eine Erhöhung im Sozialbudget gegeben hat. Jetzt können wir uns auch berechtigt die Frage stellen, warum es wieder zu einer Erhöhung gekommen ist. Die Antworten sind ganz klar und aus dem Budget herauszulesen. Und zwar, gerade in den Bereichen der Grundversorgung, in Bereichen der Behindertenhilfe - hier sage ich, vier Millionen Erhöhung –, in der Kinder- und Jugendhilfe – auch hier in etwa die Erhöhung und beim Kostenersatz an die Sozialhilfeverbände vier Millionen Erhöhung und bei der Armutsbekämpfung, heute schon auch erwähnt, bis hin zum Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm, wo wir auch hier eine leichte Erhöhung haben. Und jetzt zum Thema Mindestsicherung, ist heute schon mit Entschließungsanträgen von der FPÖ eingebracht worden am Nachmittag oder zu einem späteren Zeitpunkt, haben wir noch einige Anträge zu diesem Kapitel „Mindestsicherung eindämmen“ usw., die noch eingebracht werden. Ich möchte hier nur erwähnen und darf das vorwegnehmen, weil ich dann nicht mehr hier sein werde, zur bedarfsorientierten Mindestsicherung, der Antrag, dass man hier die Kosten eindämmen sollte, möchte ich noch in Erinnerung rufen, insbesondere jetzt für die FPÖ, dass wir im Juli eine Novelle zum Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz gemacht haben und auch ein umfassendes Sozialpaket beschlossen haben. Und dort wurden zumindest einmal diese Schlupflöcher geschlossen, die auch vorher immer kritisiert oder zu recht kritisiert wurden, und da muss es Abstimmungen eben geben mit den Behörden, dem AMS, mit der Bezirkshauptmannschaft und das bedeutet Mahnverfahren bis hin zu Kürzungen, wenn es zu Fehlverhalten kommt. Es kann sogar Kürzungen bis zu 100 % geben. Also, dieses Thema haben wir mindestens zwölf Mal schon hier im Landtag bearbeitet und behandelt und ich hoffe, dass es hier einmal bei diesem Thema bleibt oder nicht mehr zu diesem Thema wird. Gleich zum zweiten Thema, das ist der Aufteilungsschlüssel der Sozialhilfe, also dieser Vorschlag von 70:30, den die FPÖ auch vorgeschlagen hat, diese Änderung vorzunehmen, aber es ist heute schon erwähnt worden, Ihre Anträge beinhalten eine Erhöhung von 132 Millionen, davon 56 Millionen genau für diesen Aufteilungsschlüssel für die Sozialhilfeverbände. So viel jetzt auch zum

pflichtbewussten und sorgsamem Umgang mit der Budgetgestaltung. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und drittens, dass das Budget wachsen wird, weiterhin wachsen wird im Sozialbereich, hat auch damit zu tun, dass wir Menschen ja immer, und Gott sei Dank, Dank des medizinischen Fortschrittes, immer älter werden und auch die demografische Entwicklung steigt. Das ist kein Geheimnis, meine Damen und Herren, darüber wird fast täglich berichtet und insbesondere in den Ausschüssen Gesundheit und Soziales. Und dass Menschen, die älter werden, auch chronisch krank werden und auch psychisch stärker erkranken, ist auch damit einhergehend und wird dann dem Behindertengesetz oder der Behindertenhilfe auch zugeschrieben und deshalb hier auch die Erhöhungen, die da notwendig sind. Und viertens, dass wir stark vom Arbeitsmarkt abhängig sind, das habe ich schon erwähnt bei der Beschäftigungssituation, und damit die Leute dann nicht in die Armut abgleiten oder abgleiten müssen oder von Armut bedroht sind, daher auch hier die Erhöhung im Beschäftigungsprogramm. Und eines ist mir ganz wichtig, die Kinder- und Jugendhilfe. Auch hier gibt es eine Erhöhung und ich klage nicht darüber, denn ich bin froh, denn mir geht es wirklich um unsere Kinder und unsere Jugendlichen, um unsere Zukunft, und hier benötigen eben viele Kinder eine bedarfsgerechte individuelle Unterstützung für ihre persönliche Entwicklung. Und für die sind auch im Landtag Steiermark hier Maßnahmen gesetzt worden, schon vor Jahren, ein neues Rahmenkonzept wurde erstellt und ist bisher in acht steirischen Bezirken umgesetzt. Die restlichen werden noch bis 2020 umgesetzt, dadurch gibt es auch hier immer wieder Erhöhungen. Jetzt der letzte Punkt und für mich der sechste Punkt ist, ist die Integration von geflüchteten Menschen. Dass es hier einen Anstieg gegeben hat auf Grund dieser Flüchtlingssituation aus dem vergangenen Jahr und ein wenig davor, ist logisch und wir verfolgen auch hier die Kosten. Unser Ziel hier im Budget oder im Sozialbereich ist, die Menschen von Anfang an zu integrieren, d. h. sie zu unterstützen. Das heißt, die Sprache Deutsch zu lernen, die Werte- und Orientierungskurse anzubieten, sie einzubinden in die Vereine bis hin zur ehrenamtlichen Mitarbeit usw., usw. Wir haben auch hier, ich kann es nur mehr kurz sagen, weil die Zeit schon zu Ende ist, ein Arbeitsprogramm Integration mit vielen Maßnahmen hier aufgelegt. Kommt erst in den Ausschuss, aber das wird noch einigermaßen zum Diskutieren sein. Und die Integrationshilfe, die die Frau Landesrätin heute schon angesprochen hat, also mit allen Konsequenzen, wenn es hier Verfehlungen geben sollte von Asylwerberinnen und Asylwerbern. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist auch im Budget erkennbar, dass die Frau Landesrätin hier die Schwerpunkte von den letzten Jahren und insbesondere von den letzten zwei Jahren fortschreibt und auch fortsetzt und dafür

möchte ich ihr auch danken. Das gibt aber wiederum bei betroffenen Menschen, die von der Behindertenhilfe, von der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Beschäftigten, Kontinuität in unsicheren Zeiten, wie auch jetzt Sicherheit. Mit diesem Budget setzen wir auch klare politische Ziele. Der Landtag für zigtausende beschäftigte Menschen und DienstnehmerInnen in unserem Land. Meine Damen und Herren, im Sinne einer Mitverantwortung und auch Ihrer Verantwortung, bitte ich um Zustimmung zu unserem Budget 2017. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.00 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der Fachschule Feistritz St. Martin unter der Leitung von Frau Dipl.-Päd. Marlen Gruber-Veit. Herzlich willkommen im Landtag Steiermark. *(Allgemeiner Beifall)*

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marco Triller.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (13.01 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr verehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren in den Zuseherrängen und vor den Bildschirmen!

Lieber Peter Tschernko, ich möchte kurz auf dich replizieren und darauf eingehen auf die Mindestsicherung. Ihr lässt halt nur weiterhin die Gemeinden bluten, ihr seid die Verursacher dieser Asyl- und Kostenkrise und wir sagen nein für weitere Zahlungen der Gemeinden. Die Gemeinden sollen nicht auf Grund eurer Untätigkeit noch mehr ausbluten. *(Beifall bei der FPÖ)* Der Klubobmann Schwarz ist jetzt nicht da, auch auf ihn möchte ich kurz eingehen. Er hat von unwürdiger Behandlung gesprochen und hat da auch die FPÖ in den Mund genommen. Ich sage, wenn man schon von Unwürdigkeiten spricht, ich finde es auch unwürdig, dass man unkontrolliert und gesetzeswidrig einen Zustrom von Wirtschaftsflüchtlings und Terroristen in unser Land lässt, maßlos diese Personen auch noch finanziert werden und die Österreicher einfach durch die Finger schauen, das ist meines Erachtens unwürdig. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Grundversorgung hat sich ja maßgeblich erhöht. 2015 waren es ja noch 50 Millionen Euro, 2016 schon 110 Millionen Euro und jetzt ist wiederum mit 110 Millionen Euro budgetiert, wobei ich nicht glaube, dass es bei diesen 110 Millionen bleiben wird. 110 Millionen ist viel Geld, das könnte man natürlich in anderen Bereichen einsetzen und wenn sich die ÖVP irgendwann einmal darüber trauen würde und das niederösterreichische Modell annehmen würde, dann würden uns auch einige Kosten erspart bleiben. Aber, ich glaube ja mittlerweile schon, dass die ÖVP, obwohl Sie den

Landeshauptmann in der Steiermark stellt, mittlerweile trotzdem der Juniorpartner der SPÖ ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Fakt ist, dass viele Bezieher der Mindestsicherung eben minderqualifizierte Personen auch sind, vorwiegend natürlich auch Flüchtlinge, und man muss sich in diesem Bereich noch etwas überlegen. Es ist nicht die Aufgabe des Sozialstaates Österreich, diese Personen so derartig zu unterstützen und die eigenen Staatsbürger zu vernachlässigen. Und deshalb hat die Schweiz ein sehr gutes Modell entwickelt, und zwar in dem Bereich, dass Asylantragstellern bei einer Überschreitung, einem Vermögen wie Bargeld oder Schmuck, Überschreitung von 1.000 Franken, dieses Vermögen abgenommen wird. Und das gleiche oder so ein ähnliches Modell gibt es auch in Dänemark, wo ein ähnliches Gesetz herrscht und das ebenfalls mehrheitlich im Parlament beschlossen wurde, weil die Dänen einfach sagen, wir müssen unser eigenes Land unattraktiv machen, damit die Flüchtlinge nicht in Dänemark bleiben oder damit Dänemark nicht so wird wie Schweden oder Österreich. *(Beifall bei der FPÖ)* Auch im Nachbarstaat, in der Bundesrepublik Deutschland bitte, gibt es ein ähnliches Modell, in Bayern z. B. kann man einen Selbstbehalt von 750 Euro konfiszieren, ebenfalls in Baden-Württemberg gibt es so ein Beispiel. Und der Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, der Aydan Özoğuz von der SPD u.a. sagte: „Wer bei uns einen Asylantrag stellt, muss vor der Hilfestellung grundsätzlich sein Einkommen und Vermögen aufbrauchen“. Ich würde mir schon auch wünschen, dass es auch von der steirischen SPÖ einmal so getätigt wird, weil ich glaube, in diesem Bereich kann man durchaus auch einsparen. Des Weiteren ... *(LTabg. Lercher: „Zahlt eh die Hypo zurück!“)* Ja, lieber Freund, ich wäre auch nervös, wenn ich dieses Budget zu verteidigen hätte, aber du kannst dich natürlich jederzeit zu Wort melden. Aber, um natürlich Kosten einzusparen, werde ich folgenden Entschließungsantrag stellen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Grundversorgung die Verwahrung aller Vermögenswerte von Asylwerbern über 1.000 Euro als Beteiligung an den Kosten des Asylverfahrens und der Grundversorgung (Schweizer Modell) vorzusehen, die bei Verlassen des Staatsgebiets innerhalb von sechs Monaten rückerstattet werden und ansonsten dem Staat zufallen, wobei über generierte Einsparungen im Budgetvollzug 2017 zu berichten ist.

Ich bitte auch diesen Antrag zu überdenken. Das ist ein ganz gutes Schweizer Modell. Wir sollten uns die Schweiz durchaus auch als Vorbild nehmen und bitte um Annahme. (*Beifall bei der FPÖ – 13.06 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Liane Moitzi.

LTabg. Moitzi – FPÖ (13.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kollegen und geschätzte Zuhörer!

Wie Sie wissen, gliedern sich die Förderungen des Landes Steiermark, was die Kinder- und Jugendarbeit betrifft, im Wesentlichen in zwei große Teile. Da haben wir auf der einen Seite die Arbeit der offenen Jugendarbeit und auf der anderen die der verbandlichen Jugendarbeit. Der Dachverband der offenen Jugendarbeit wird überwiegend von Institutionen und Organisationen getragen, die mit bezahltem Betreuungspersonal arbeiten. Für den Dachverband der offenen Jugendarbeit wurden im Jahr 2014 rund 1,4 Millionen Euro vergeben. Daneben wurden noch rund 4,6 Millionen Euro für die offene Jugendarbeit in den Regionen und Steiermark weit ausgeschüttet. Diese Zahlen haben sich im Jahr 2015, wie im aktuellen Förderungsbericht nachzulesen ist, nicht wesentlich verändert. Und wenn man sich noch anschaut was Vereine wie ISOP, die hauptsächlich vermeintliche Flüchtlinge betreuen, bekommen, dann ist von vornherein klar, dass dieses Konzept zum Scheitern verurteilt ist. In den Jahren 2013 bis 2016 hat es seitens der Abteilung 11, Soziales, Arbeit und Integration, für diese Organisationen ein hohes Maß an Förderungen gegeben. Die Organisation Zebra hat insgesamt rund 1,7 Millionen und die Organisation ISOP insgesamt rund 2,3 Millionen Euro erhalten. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Ein Skandal!“ – Beifall bei der FPÖ*) Bevor ich jetzt unseren Entschließungsantrag, der daraufhin abzielt, wesentliche Verbesserungen im Förderwesen zu lukrieren, einbringe, möchte ich mich noch kurz auf den Finanzausschuss von letzter Woche beziehen. Dort habe ich die Frau Landesrätin Lackner gefragt, welche Maßnahmen und Budgetmittel im Landesbudget 2017 vorgesehen sind, um die Abwanderung von Jugendlichen zu verhindern. Zum einen wurde seitens der Landesrätin darauf verwiesen, dass es den Familienpass gibt, der hier als Unterstützungsmodell dienen soll. Zum anderen wurden aber auch Jugendzentren genannt, welche sich im Bereich der offenen Jugendarbeit ansiedeln. Dass man Tätigkeiten der offenen Jugendarbeit als Maßnahmen verkauft, die gegen die Abwanderung im ländlichen Raum wirken sollen, finden wir doch etwas skurril. Und

zwar vor allem dann, wenn man bedenkt, wie viel in den Regionen in die offene Jugendarbeit investiert wird und wie wenig, zum Teil, dabei herauskommt. Nur wenn Organisationen der offenen Jugendarbeit in den Regionen verankert sind, heißt das noch lange nicht, dass hier seitens der Regierung etwas sinnvolles getan wird und dass es einen wesentlichen Beitrag gegen die Ausdünnung der ländlichen Regionen bietet. *(Beifall bei der FPÖ)* Um sinnvolle Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zu setzen und im Bereich des Förderwesens mehr Gerechtigkeit walten zu lassen, bringe ich noch folgenden Entschließungsantrag ein:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die massive Überfinanzierung der offenen Jugendarbeit im Rahmen des Budgetvollzugs 2017 zu reduzieren und die dadurch lukrierten Finanzmittel im erforderlichen Ausmaß der verbandlichen Jugendarbeit zukommen zu lassen sowie den Rest für Maßnahmen im Bereich der Budgetkonsolidierung zu verwenden.

Wir bitten um Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 13.11 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als nächster Redner zur Wort gemeldet ist der Abgeordnete Herbert Kober.

LTAbg. Kober – FPÖ (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen hier im Auditorium, werte Zuhörer und Zuhörerinnen hier bei uns im Landtag und Zuhause via Livestream!

Vieles wurde über das Budget 2017 schon gesprochen. Ein wahrlicher Erfolg ist es von meiner Sicht aus nicht. Immerhin muss man sagen, wir haben eine Neuverschuldung von über 300 Millionen Euro. Wenn wir, jeder von uns hat Familie, zuhause so unseren Haushalt führen würden, na dann gute Nacht, kann ich nur sagen. *(Beifall bei der FPÖ)* Bei meinem anschließenden Unselbstständigen Entschließungsantrag, der behandelt, was der Landeshauptmannstellvertreter schon angekündigt hat, die Durchforstung des Förderdschungels. Er hat ja das medienwirksam schon in seiner Periode da jetzt angekündigt, nur warten wir noch auf die Tat. Das Land Steiermark gibt jährlich rund eine Milliarde Euro an Förderungen aus. Das ist immerhin ein Fünftel unseres Jahresbudgets und eine nicht so geringe Summe. In den Jahren 2011 bis 2015 wurden rund fünf Milliarden Euro an Förderungen ausgeschüttet. Ich will nicht alle Förderungen verteufeln, es gibt auch gute

Förderungen im Bereich der Infrastruktur, der Verkehrs- und auch im heimischen Tourismusbereich. Aber es werden auch von der schwarz-roten Landesregierung zahlreiche Basis- und Projektförderungen ausgegeben. Einige wurden schon von meiner Kollegin Moitzi erwähnt. Zebra bzw. ISOP, auch zu diesen Förderungen oder Vereinen im Integrationsbereich zählen natürlich die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus und natürlich auch das Afro Asiatische Institut. In diesem Bereich wurden im Jahr 2015 vier Millionen Euro an Förderungen ausgeschüttet. Für uns ist hier ein Mehrwert für die Steiermark nicht ersichtlich. Insgesamt im Bereich der Integration wurden im vorigen Jahr rund sieben Millionen Euro ausgeschüttet. Auch hier ist ein Mehrwert für die Bevölkerung der Steiermark nicht ersichtlich. Man sollte doch, das wurde auch schon angesprochen, mit dem Geld der Steuerzahler verantwortlich, wirtschaftlich und sparsam umgehen. *(Beifall bei der FPÖ)* Darum hier ein Vorschlag seitens der FPÖ für die Durchforderung der Förderung oder des Förderwesens im Land Steiermark. *(Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer: „Frage einmal kurz was wir im Jahr 2015 ausgegeben haben und im Jahr 2016!“)* Unser Budgetsprecher Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann hat es ja am Anfang seiner Rede schon anklingen lassen, eine ABC-Analyse des Förderdschungels wäre von Vorteil. *(LTAvg. Schwarz: „Warum nicht ABCD?“)* Danke, Herr Schwarz. A: Notwendige sinnvolle Förderungen, deren Beibehaltung zwingend erforderlich ist. B: Förderung, die nicht unbedingt notwendig sind und über deren Förderung wird gekürzt oder temporär sie aussetzen können und C: Förderungen, die absolut sinnlos sind und sofort zu streichen sind, *(LTAvg. Schwarz: „Und D?“)* wie bei den vorangegangenen Vereinen. Wenn man die Förderungen im Land Steiermark auf dieser ABC-Regel - *(LTAvg. Schwarz: „Und D!“)* Danke, Herr Schwarz, dass Sie da mit mir diskutieren – durchforsten würde, könnte man ein Einsparungspotenzial von 80 Millionen im Jahr einsparen. Daher wird folgender Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sämtliche Förderungen und Subventionen des Landes der Steiermark auf Basis der in der Antragsbegründung aufgezeigten ABC-Analyse auf Einsparungspotenziale zu prüfen und diese im Budgetvollzugs 2017 entsprechend zu berücksichtigen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, machen Sie Ihre medienwirksame Kampagne Durchforstung des Förderdschungels wahr und treten Sie einfach zur Tat. Bitte um Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 13.15 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Sandra Krautwaschl, bitte schön.

LTabg. Krautwaschl – Grünen (13.15 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen!

Ich möchte kurz, bevor ich meine Wortmeldung zum Bereich Sozialbudget in erster Linie abgebe, noch kurz auf ein paar Dinge eingehen, die mir in den letzten Wortmeldungen aufgefallen sind. Grundsätzlich, der Zugang zum Budget, den verantwortlich zu gestalten, das ist natürlich hoffentlich unser aller Anliegen, aber wie das dann genau aussieht und was man eben stärker gewichtet haben möchte, das ist eben eine politische Verantwortung, die jeder etwas anders wahrnimmt. Und um auf den Herrn Abgeordneten Kober zu replizieren, zu sagen, es ist nicht im Sinne der steirischen Bevölkerung Integration auch zu fördern, das sehen wir eben halt einmal ganz anders, und da bin ich auch froh, dass wir das anders sehen und dass hier vertreten können. Kurz zum Klubobmann Lackner noch, weil gesagt wurde, wir wären Zaungäste, wenn wir jetzt nicht zustimmen. Das sehe ich auch ein bisschen anders. Ich sehe es eher so, wenn wir jetzt zustimmen einem Budget, wo wir eben keine grüne Handschrift erkennen können oder nicht in dem Maß, das wir uns vorstellen, und wenn wir zustimmen einem Budget, in das wir nicht eingebunden wurden, dass es so erstellt worden ist, wie es nun einmal ist, dann würde ich mich sehr viel stärker als Zaungast erleben. Aber ich würde jetzt ganz konkret gerne eben zum Bereich Soziales ein paar Dinge sagen, die mir eben fehlen oder wo ich eben eine andere Gestaltung vorziehen würde. Es wurde ja auch erwähnt, wir hatten die Möglichkeit, das stimmt und wir haben die auch genutzt, vom Budgetdienst unsere Fragen beantwortet zu bekommen. Und ich habe da zahlreiche Fragen auch geschickt und auch Antworten erhalten, aber die waren halt in vielen Bereichen, die mir wichtig erscheinen oder wo ich gedacht hätte, da gehört eine stärkere Gewichtung hin, eher unbefriedigend. Und sie waren teilweise so beantwortet, ich habe mir ein paar Bereiche aufgeschrieben, Erwachsenensozialarbeit, opferschutzzentrierte Täterarbeit, Inklusion besonders auch Umsetzungsmaßnahmen für One-Stop-Shop. Das ist übrigens ein einstimmiger Landtagsbeschluss, den wir getroffen haben. Da waren die sehr allgemeinen bzw. in großen Budgetposten inkludierte Dinge, wo nicht konkret darauf eingegangen worden ist, was steht da wirklich zur Verfügung. Ich habe eben schon die Bedenken, wenn etwas nicht irgendwo explizit vorkommt und ich komme dann bei unserem Entschließungsantrag auf das noch einmal zurück, dass es dann halt auch nicht in der entsprechenden Weise

vorkommen wird. Das ist zumindest einmal meine Sorge, auch wenn ich natürlich ein Bemühen in diese Richtung durchaus anerkenne, aber es ist halt, wenn es nicht dasteht und wenn es nicht sichtbar wird, immer ein bisschen schwierig, dann vor allem auch Einfluss zu nehmen als Oppositionspartei auf diese Bereiche. Warum mir Erwachsenensozialarbeit so wichtig ist: Wir haben da im Landtag vor ein bisschen mehr als einem Jahr eine Vorführung gehabt von der Gruppe InterAct, wo es genau um dieses Thema Altersarmut gegangen ist und wo eine ganz wichtige Forderung war, Erwachsenensozialarbeit als auch präventive Maßnahme wieder stärker zu gewichten. Und ich glaube, wenn wir immer darüber reden, und dass macht die Frau Landesrätin ja auch, das verstehe ich auch, das soziale Auffangnetz Mindestsicherung soll das letzte Netz sein, dann brauchen wir vorgeschaltete Maßnahmen und die müssen budgetär dann auch berücksichtigt sein, damit wir das letzte Netz nicht brauchen. Und da ist zum Beispiel, nur ein Beispiel der Erwachsenensozialarbeit, eben für mich ein ganz wichtiger Punkt, um Menschen, die jetzt in psychischen Ausnahmesituationen sind, in Arbeitslosigkeit sind, in Krankheit sind oder aus verschiedensten Gründen Verwahrlosung droht usw., die aufgefangen werden müssen, damit sie dann irgendwann wieder dem Arbeitsmarkt vielleicht zur Verfügung stehen, überhaupt können. Und da reicht eben für mich nicht Standortpolitik alleine aus. Da braucht es vorgeschaltete Maßnahmen, damit Menschen in Arbeit kommen können, weil sonst würden wir suggerieren, dass die alle freiwillig und aus Lustigkeit und Heiterkeit arbeitslos sind und das erlebe ich anders und das, glaube ich, ist auch anders. Also, dieser Bereich Erwachsenensozialarbeit, wurde mir eben geantwortet, ist im Bereich Armutsbekämpfung drinnen und es wurde da nicht genau explizit irgendetwas dargestellt, was es sein könnte, welcher Betrag oder welche Maßnahmen. Das finde ich einfach zu wenig als politisches Bekenntnis, vor allem, weil ich ja wirklich glaube, und da geht es ja auch wieder darum, was ist sparsame Politik, wenn wir rechtzeitig die richtigen Maßnahmen setzen, dann können wir anderswo dann letztlich Dinge einsparen, die wir uns alle nicht wünschen. Also sprich, Mindestsicherung kann weniger werden, wenn mehr Menschen vorher aufgefangen werden, wenn sie erst gar nicht in die Situation kommen. Da spielt natürlich Bildungspolitik eine große Rolle, gerechte Bildungspolitik. Und wenn sie ein Problem haben, dann eben auch entsprechend frühzeitige Hilfe erfahren. Insgesamt ist das Budget, so wie es sich jetzt darstellt, ich war vorher noch nicht im Landtag, ich habe das jetzt so auch nicht vorher gekannt wie es war, aber es ist halt sehr schwer nachvollziehbar für mich in vielen Bereichen. Es wurde eh schon mehrfach gesagt, ich habe auch wahrgenommen von Seiten der Regierungsparteien, dass es hier eine gewisse Möglichkeit gibt nachzujustieren.

Was mir noch z. B. sehr stark aufgefallen ist im Bereich Kinder- und Jugendhilfe. Das stimmt, da gibt es eine Steigerung des Betrages und das sehe ich auch grundsätzlich positiv, dass für den extrem wichtigen Bereich mehr Geld zur Verfügung steht, aber es ist halt trotzdem nicht nachvollziehbar und da ist auch für mich der Indikator so komisch: „Anzahl der Bezirke, die nach dem Rahmenkonzept Kinder- und Jugendhilfe umgestellt sind“. Nur weil sie umgestellt sind, heißt es ja noch nicht, dass es qualitativ besser ist. Also diesen Indikator würde ich schon sehr infrage stellen und würde mir auch wünschen, dass man da vielleicht auch durchaus gemeinsam hinschaut, wie kann man wirklich die Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe so verbessern, dass es effektiver dann wird in der Auswirkung und besser für die betroffenen Kinder- und Jugendlichen. Ja, und da komme ich schon zu einem Punkt, der eh heute schon mehrmals erwähnt wurde und zu dem wir jetzt auch einen Entschließungsantrag einbringen wollen und werden. Es geht darum für mich in einem Budget auch Dinge sichtbar zu machen, die man haben will. Und ein Bereich, der in dem Budget, das wurde auch schon erwähnt, und zwar betragsmäßig größer geworden ist, aber eigentlich noch weniger sichtbar. Ich habe es mir auch schon noch einmal angeschaut in der Presseunterlage, zur Präsentation des Budgets kommt das Wort Frauen nicht einmal vor. Also zumindest nicht bei der zuständigen Landesrätin. Und hier haben wir eben das Problem wie sehr oft, wenn etwas nicht explizit vorkommt, wird es auch in der Realität sehr oft vergessen. Und es ist dann alles irgendwie Querschnittsmaterie, aber es wird eben nicht entsprechend stark gewichtet und es geht dann trotzdem unter, und das ist angesichts dessen, wie eklatant in der Steiermark auch immer noch viele Unterschiede in der Realität zwischen Mann und Frau sind, wie ungerecht diese Verteilungen teilweise immer noch sind, und dass Frauen immer noch 35 % weniger verdienen als Männer, ist es einfach aus meiner Sicht dringend notwendig, hier, wie wir es im Entschließungsantrag eben auch drinnen haben und wie es auch der Rechnungshof schon voriges Jahr empfohlen hat, ein eigenes Globalbudget sichtbar zu machen und damit das Thema Frauen und Frauenförderung auf allen Ebenen sichtbar zu machen. Dann möchte ich noch ganz kurz ein Beispiel aus der Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming, wo leider die FPÖ meistens oder eigentlich nie dabei war, glaube ich, bis jetzt, aber wo es sehr interessante Dinge oft gibt, nämlich z. B. im Bereich Gender Medicine, wo Frauen einfach falsch behandelt werden, weil dieses Thema in der medizinischen Ausbildung die Unterschiedlichkeit in Krankheiten, in dem Fall ging es um Schlaganfälle, weil es einfach nicht vorkommt. Und deswegen ist es mir so wichtig, dass man das sichtbar macht und dass man auch hier ein entsprechendes Globalbudget dafür vorsieht, damit das

dann auch für gezielte Maßnahmen zur Förderung von allem was Frauen und Gleichstellungspolitik anlangt, zur Verfügung steht.

Ich komme jetzt schon zum Entschließungsantrag, und der lautet:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ab dem Landesbudget 2018 den Aufgabenbereich Gesellschaft und Frauen vom Globalbudget Bildung und Gesellschaft abzuspalten und in ein eigenes Globalbudget Gesellschaft und Frauen aufzunehmen.

Ich bitte um Annahme. (*Beifall bei den Grünen – 13.25 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ahrer, bitte schön.

LTAbg. Ahrer – SPÖ (13.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikum und via Livestream!

Ich erlaube mir zum Kapitel Verkehr einige Anmerkungen. Im strategischen Bereich der Gesamtverkehrsplanung sind die Erstellungsumsetzungsbegleitung und auch die Evaluierung des Gesamtverkehrsprogramms der Regionalverkehrskonzepte sowie thematische Strategiekonzepte die Hauptaufgaben. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs sind die Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Verkehrsinfrastrukturen, die Förderung von nicht motorisierten Verkehrsarten sowie das Beteiligungsmanagement die wesentlichen Aufgaben. Nun möchte ich auf die Erstellung der einzelnen Regionalverkehrspläne eingehen. Diese sind ja bereits in einigen Regionen sehr erfolgreich vorangeschritten. Hier sei auch besonders zu erwähnen, dass für jede Region der richtige individuelle Verkehrsweg, die Strategie gefunden werden soll. Der Start der S-Bahn in der Obersteiermark, der S 8 und S 9 am 11. Dezember 2016 ist ja sehr erfolgreich angelaufen und, wie man so schön sagt im Eisenbahnjargon, auf Schiene. Aber wir dürfen hier nicht vergessen speziell für die Seitentäler oder -orte auch hier spezielle Lösungen zu finden. Nehmen wir jetzt an St. Stefan bzw. das Liesingtal, hier gilt es durch Mikro-ÖV-Systeme die optimale Anbindung an das Hauptnetz bzw. einen verbesserten Ausbau der Strecke zu einem flächendeckenden Verkehrskonzept zu finden. Ergänzungen, wie z. B. Rufbus oder Ruftaxi können hier ein geeignetes Mittel sein. Den ständigen wachsenden Fahrgastzahlen wird also Rechnung getragen und die Investitionen in den letzten Jahren

belegen ganz klar, dass wir hier am richtigen Weg sind bzw. diesen eingeschlagen haben. Wichtig ist allerdings auch der Preis, denn es muss für jede Steirerin und jeden Steirer die Zone in der Steiermark, so wie es jetzt zurzeit ist, 2,20 Euro kosten und nicht so wie es in manchen Regionen ist, dass hier Spezialtarife angeboten werden. Sondern jede Zone, wie gesagt, 2,20 Euro. Investitionen auch im Busbereich, dichtere Vertaktung und Ausdehnung, vor allem in den Abendstunden, sind wichtige und richtige Schritte für die Zukunft. Hier wird ja auch in den Regionen an guten Lösungen gearbeitet. E-Mobilität ist ein wichtiger Baustein für umweltfreundliche Mobilität der Zukunft. Mit der neuen Landesstrategie E-Mobilität Steiermark 2030, gemeinsam mit der Graz Holding und der E-Mobilität Graz, hat hier das Land Steiermark eine Vorreiterrolle bereits eingenommen und hat bereits im Oktober d.J. den Schulterchluss gefasst. So kann erstmalig an Privatpersonen bis zu 5.000 Euro an Förderung pro neu gekauften oder geleasteten Elektrofahrzeug zur Verfügung gestellt werden. Der Bund zieht nach und es gibt auch hier Förderungen bis zu 4.000 Euro. Fahrradverkehrswegestrategie 2025. Es ist ja hinlänglich bekannt, dass bis zu fünf Kilometer im Durchschnitt mit dem Fahrrad bewältigt und gefahren werden. Umso erfreulicher ist es, dass hier sowohl für die Radfahrerinnen und Radfahrer, für die Zufahrt zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, als auch für den Freizeitbereich Geld in die Hand genommen wird und dieser Ausbau forciert wird. Für den Wirtschaftsstandort Steiermark sind der Ausbau- und die Sicherung hochrangiger Straßen- und Eisenbahnkorridore sowie die Stärkung des Flughafens Graz sichergestellt und von großer Bedeutung. Die hochrangigen steirischen Verkehrsinfrastrukturen sind Teile der nationalen/internationalen und der prioritären transeuropäischen Verkehrsnetze der Europäischen Union. Die Wirtschaftsstandorte der Steiermark sind an dieses Netz in Zukunft optimal angebunden durch den baltisch-adriatischen Korridor, Semmering-Tunnelbau, aber umso wichtiger ist es auch, den Südost-Nordwest-Korridor über die Pyhrn-Schober-Strecke und für die Tauernbahn, erforderlich. Die Tauernbahn soll hier in Zukunft eine Rolle für den Personenverkehr spielen und die Pyhrn-Schober-Achse für den Güterverkehr. Aber auch eine Anbindung Richtung Westungarn soll geschaffen werden, zusätzlich ein leistungsfähiger Flughafen mit weiteren attraktiven Destinationen. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass von Seiten des Verkehrsressorts alles daran gesetzt wird, die Erhaltung des steirischen Straßenzustandes zur Gewährung der Flüssigkeit, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs. Der Zustand unseres Landesstraßennetzes ist ja nach dem Straßenbericht 2015 hinlänglich bekannt. Hier gibt es ja eine Schulnote bzw. die Schulnote 5 nimmt hier bereits mehr als 42 % ein. Daher ist es umso wichtiger:

Zustandsaufnahme der Landesstraßen erfolgte alle vier Jahre durch die Abteilung der A16; Bauprogrammbesprechungen zweimal jährlich im Frühjahr und im Herbst, betreffend Frostschäden oder eventuelle Schäden durch Hitze, und vieles mehr wird hier aufgearbeitet, aufbereitet und je einer priorisierten Reihung unterzogen. Bauprogramme werden unter Berücksichtigung der allgemeinen strategischen Ziele unterschiedlich gelagerten regionalen Prioritäten bzw. örtlichen Gegebenheiten erstellt und abgearbeitet. Im Straßenerhaltungsdienst sind laufende Erhaltungsmaßnahmen am Straßennetz und der Winterdienst die Hauptaufgaben zur Gewährleistung einer ständigen und sicheren Benutzbarkeit des Straßennetzes. Hier darf man durchaus auch einmal ein sehr großes Lob an die Bediensteten in diesem Bereich aussprechen, die hier Tag täglich im Einsatz sind und hier hervorragende Arbeit bei jedem Wetter leisten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Auch bezüglich Verkehrssicherheit soll noch erwähnt werden, dass durch langfristige bewusstseinsbildende Maßnahmen, wie z. B. Schaltung von Verkehrssicherheitssspots insbesondere für Risikogruppen durch die Entschärfung von Unfallhäufigkeitsstellen die Todesopfer und die Unfallzahlen reduziert werden. Ohne Unterstützung durch den Bund und unter der Prämisse jetzt ist der Süden dran, wären viele Vorhaben nicht so rasch realisierbar. Daher gilt der Dank den Vorgängern, jedoch auch der jetzigen steirischen Achse zwischen der Steiermark, unserem Landesrat Anton Lang und dem Bund, dem Bundesminister Jörg Leichtfried, der diese Ziele konsequent verfolgt und ihren Einsatz auch auf EU-Ebene zur vollen Gänze stark aufzeigen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Investitionen in unsere Infrastruktur bedeuten sichere Arbeitsplätze, bedeuten Kaufkraft und es gibt Sicherheit für unsere Steirerinnen und Steirer und das ist gut so. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.34 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Dr. Dolesch, bitte schön.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (13.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Regierungsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Besucherinnen und Besucher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

In Hinblick auf den Bereich Bildung und Gesellschaft haben wir in diesem Landesbudget, denke ich, klare und deutliche Schwerpunkte, welche aus meiner persönlichen Sicht, unbestritten zukunftsweisend sind und deren positive Auswirkungen ich hier an dieser Stelle, zumindest inhaltlich in einigen Punkten noch einmal darlegen bzw. verstärken möchte. Im Kinderbildungs- und –betreuungsbereich sollen zum weiteren Ausbau der Krippen und auch der Kindergärten bis Ende 2017 grundsätzlich alle Fördergelder abgeholt werden, womit 23 weitere Krippen und 26 weitere Kindergärten mit insgesamt 59 Gruppen zusätzlich geschaffen werden. Darüber hinaus soll es, wie auch schon im heurigen Jahr angekündigt, ja auch zu einer Novellierung im Kinderbildungs- und –betreuungsbereich kommen, also ein Gesetz, wenngleich dafür, das muss man auch hier an dieser Stelle sagen, natürlich noch die Ergebnisse der weiteren Verhandlungen im Finanzausgleich mit dem Bund im aufgabenorientierten elementaren Kinderbildungs- und –betreuungsbereich abgewartet werden müssen, bevor wir hier zu einer weiteren Novellierung, zu einer weiteren Gesetzesänderung schreiten können. Denn schlussendlich, und auch das war schon x-mal in diesem Hohen Hause ein Thema, muss das ganze ja auch finanziert werden. Land und Gemeinden müssen diese Herausforderungen dann letztendlich auch gemeinsam meistern. Aber insgesamt geht es inhaltlich in die absolut richtige Richtung.

Weiters wird die Weiterführung der Sprech- und Sprachkompetenzen gefördert. Auch das finden wir entsprechend ausgewiesen und auch die Beratungsgespräche für den Kindergartenbesuch von Vierjährigen werden entsprechend weitergehen.

Im Bereich der Schulsozialarbeit, welche flächendeckend in allen Bildungsregionen in den Neuen Mittelschulen eben eingesetzt ist, gibt es eine Ausweitung um weitere drei Vollzeitäquivalente, in Summe damit 40 Vollzeitäquivalente, sodass hier an noch mehr Schulstandorten als bisher bzw. noch mehr Schülerinnen und Schüler als bisher auf diesem Gebiet betreut werden können. Darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann das mobile Unterstützungsteam MUT von den Schulleitungen ganz rasch, kostenlos und auch unbürokratisch zu allen Fragen hinzugezogen werden, wenn es eben insbesondere auch um Herausforderungen im Umgang mit Vielfalt gibt. Das multiprofessionell aufgestellte MUT-Team, meine sehr geehrten Damen und Herren, berät telefonisch, per E-Mail oder auch vor Ort und vermittelt natürlich auch die passenden Unterstützungsmöglichkeiten. Und auch das ist ganz wesentlich für ein gedeihliches Miteinander, wollen wir Fehlentwicklungen, wie wir sie auch in anderen Ländern durchaus kennen, entsprechend hintanhaltend.

Mit Digi.DaZ & Digi.MU kann in den entlegenen Regionen die Versorgung von Kursen für Deutsch als Zweitsprache bzw. für den muttersprachlichen Unterricht in Zukunft entsprechend gewährleistet werden. Die Lehrerin bzw. der Lehrer muss nicht zwingend vor Ort anwesend sein, sondern kann via Internet entsprechend zugeschaltet werden, und damit kann auch ein entsprechend individueller Unterricht gestaltet werden. Das Projekt selbst befindet sich in der Erprobung, kommt in die Pilotphase und wird bei Erfolg auch entsprechend ausgerollt.

Die regionalen Bildungs- und Berufsorientierungskordinatorinnen und –koordinatoren wurden, wie wir wissen, mittlerweile in allen Bildungsregionen an das jeweilige Regionalmanagement angeschlossen, arbeiten dort natürlich auch entsprechend strategisch und haben auch das Angebot der Bildungs- und Berufsorientierung der jeweiligen Region im Blick. Sie decken damit, wenn man so möchte, weiße Flecken auf, vernetzen natürlich auch die wichtigsten regionalen Partnerinnen und Partner und sorgen somit für ein, für die jeweilige Region abgestimmtes passendes Angebot bei gleichzeitiger Unterstützung der Landesziele.

Im Bereich der Bildungsmaßnahmen investieren wir vor allem in die Zukunft der Jugend, meine sehr geehrten Damen und Herren, und zwar in alle, das ist wesentlich, in alle, also alle Jugendlichen, die in der Steiermark leben, sich hier aufhalten und noch keinen Bildungsabschluss entsprechend haben. Für rund 1.000 junge Menschen sind dafür im Budget auch rund fünf Millionen Euro vorgesehen. Denn, wer keinen Bildungsabschluss aufweist oder einen solchen hat, der wird es, wie wir alle wissen, schwerer haben am Arbeitsmarkt. Hier gehört dann entsprechend entgegengesteuert, hier gehört entsprechend investiert, denn mit dem Nachholen von Bildungsabschlüssen ist der Wiedereinstieg oder der Einstieg in das Erwerbsleben entsprechend leichter möglich, verbunden auch mit einer entsprechend selbstbestimmten Lebensgestaltung. Es ist also wesentlich, die eigene Existenzgrundlage abzusichern und zwar unabhängig, meine sehr geehrten Damen und Herren, von Herkunft und Geschlecht. Das ist tendenziell auf diese Art und Weise entsprechend leichter. Wer Integration wirklich ernst nimmt, wer also hier möchte, dass wir junge Damen und Herren haben, die wir nicht als, wenn man so möchte, Belastungsfaktor im Sozialsystems eines Tages haben, sondern dass es genug Menschen gibt, die auch in unser bewährtes Sozialsystem einzahlen, der wird, denke ich, mit mir einer Meinung sein, dass alle jungen Menschen hier die entsprechend gleichberechtigte Chance verdient haben.

Im Bereich der Erwachsenenbildung gibt es darüber hinaus noch einen Schwerpunkt mit der Leseoffensive. Durch eine Stärkung der öffentlichen Bibliotheken, Stichworte regionale Bibliotheksbegleiterinnen und –begleiter, digitale Bibliothek Steiermark und natürlich auch die Bücherheldinnen und –helden.

Ja, ebenso wird die Lehre mit Matura weitergeführt. Auch das, denke ich, ist wesentlich. Der Anteil jener junger Menschen, jener Lehrlinge also, welche diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, soll zumindest gehalten werden, wobei wir hier natürlich auch beachten müssen, dass die Mittel dafür bzw. auch die Regeln für die Ausgestaltung für das Förderprogramm zur Gänze vom Bund stammen.

Im Bereich Familie geht es mit dem Projekt „Wir lassen kein Kind zurück“ mit und auch für die steirischen Gemeinden um die Vernetzung der bestehenden Angebote, von der Kinderbetreuung über die Schule bzw. Schulen bis hin zu ehrenamtlichen Organisationen, um Kindern und deren Eltern die bestmögliche Unterstützung auf dem Weg ins Erwachsenwerden angedeihen lassen zu können.

Ich denke, mit der Auflistung dieser, zumindest wichtigsten wesentlichen Punkte, wird klar, dass es hier couragierte Ansätze gibt, die es zu unterstützen gilt, die es zu befürworten gilt, und dass wir hier damit klar und deutlich sehen, dass es weitere positive Schritte in den einzelnen Bereichen gibt, und zwar für uns alle in der Steiermark. Es geht in die richtige Richtung. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.43 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Ing. Jungwirth, bitte schön.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (13.43 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Johann Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt: „Was immer du tun kannst oder träumst es zu tun, es tun zu können, fange damit an“. Ich finde das wäre ein schönes Motto für ein Budget, für eine Budgetgestaltung, wobei ich niemanden hier unterstellen möchte, dass nicht zu wollen. Ich glaube, es sind durchaus alle bemühte Dinge anzugehen, bloß es geht zu langsam in meinen Augen. Viele Dinge passieren so zäh, dass ich mir nicht sicher bin, ob wir in allen Bereichen, wo die Zeit mittlerweile sehr drängt, den Dreh noch hinkriegen werden zum richtigen Zeitpunkt.

Es gibt für mich zwei zentrale Herausforderungen, denen wir uns widmen sollten und da bin ich mir auch nicht so ganz sicher, ob das Budget das wirklich ausreichend abbildet. Ich denke, dass gerade im Klimaschutz und im Bereich der ökonomischen Absicherung, also im weitesten Sinn Armutsbekämpfung und im Bereich der Wohnungsnot und der Arbeitsmarktpolitik, wesentlich stärker noch Schwerpunkte gesetzt werden sollten, als das momentan der Fall ist, auch wenn natürlich hier Fortschritte zu erkennen sind. Aber gerade bei der Arbeitsmarktpolitik ist es schon so, dass ich denke, dass man das ganze immer eingebettet sehen muss in Entwicklungen, die in einem größeren Kontext zu betrachten sind, nämlich global zu betrachten sind. Die Zukunft der Arbeit ist ein Themenfeld, dem man schon ein besonderes Augenmerk widmen sollte, denn wir hören derzeit regelmäßig von Studienpräsentationen, wo uns präsentiert wird, dass es zwar nicht ganz klar ist wo die Reise hingehet, aber dass klar ist, dass Arbeitsplätze verloren gehen werden. Auch wenn wir in der Steiermark in einem leichten Aufwärtstrend sind, was den Vergleich zu den anderen Bundesländern anbelangt, und sich im Moment eben durch beispielsweise die gerade entstandenen Jobs bei Magna, eine Verbesserung darlegt, ist es trotzdem so, dass klar ist, dass wir sehr darauf achten müssen, wie wir in Zukunft Arbeit verteilen werden, wie wir den Menschen eine Chance geben werden an Arbeit teilzuhaben und wie wir eben eine Existenzsicherung ermöglichen können in unserem Land. Denn zu beobachten sind schon Entwicklungen, nämlich dass immer mehr Menschen Teilzeit arbeiten, dass immer mehr geringfügig beschäftigt gearbeitet wird, dass es immer mehr Jobs gibt, die auf jeden Fall nicht ausreichend bezahlt sind, um davon leben zu können, sei es, dass die Löhne zu niedrig sind, sei es, dass das Stundenausmaß zu niedrig ist. Die neuesten Entwicklungen, die es jetzt gibt, sind die sogenannten Give-Jobs. Wird auch dem einen oder anderen von Ihnen schon untergekommen sein. Also ich finde, das ist schon etwas, wo man sich fragen muss, wie man überhaupt auf die Idee kommt, Menschen so zu beschäftigen, nämlich mehr oder weniger über das Internet, auch Plattformen, immer mehr so stundenweise, wenn überhaupt, minutenweise Jobs zu machen. Übersetzungen sind so ein Klassiker in dem Feld, aber auch, ich weiß nicht, ob es jemand gesehen hat, vor einem Jahr ungefähr gab es eine Dokumentation im ORF über Jobs in Großbritannien, wo On Demand gearbeitet wird. Also, das werden Menschen beschäftigt auf Abruf, und bekommen für die Zeit, in der Sie auf Abruf bereitstehen, nicht einmal eine Entlohnung mehr, sondern nur mehr für die tatsächlich geleisteten Stunden. In der Systemgastronomie ist das mittlerweile in Großbritannien sehr beliebt. Also, ich mache mir da schon große Sorgen, wo die Reise hingehet. Auch wenn das

keine rein landespolitische Aufgabe ist, so ist es trotzdem so, dass alle Ebenen gemeinsam sich darüber den Kopf zerbrechen müssen, wo wir in Zukunft hinwollen. Nämlich, es geht tatsächlich um das Wollen. Das ist die Aufgabe der Politik festzulegen, was ist die Welt, die wir für die Bevölkerung schaffen möchten, alle gemeinsam, und wie soll das ausschauen und wie können wir hier Gerechtigkeit schaffen. Die Digitalisierung ist ein wesentlicher Faktor in diesen Entwicklungen. Es gab vor zirka einem Monat, glaube ich, eine Präsentation einer Studie im österreichischen Raum,, klingt nicht sehr österreichisch, ist aber eine Wiener Firma, hat eine Studie verfasst, wo von einem Verlust von ca. 44 % der Jobs die Rede war, bis 2030. Das ist gar nicht mehr lange und nicht weit weg. 44 % der Jobs, da ist schon ein großer Teil davon in der Produktion angesiedelt, aber das betrifft natürlich auch viele andere. Und was für mich eine relativ erschreckende Erkenntnis in dem Zusammenhang war, war die Tatsache, dass es hier nicht mehr um die einfachen Tätigkeiten alleine geht, denn dass all diejenigen, die jetzt sehr einfache Tätigkeiten machen, durch Automatisierung gefährdet sind, das wissen wir schon lange, sondern dass es sehr wohl auch die gut ausgebildeten betrifft, denn teilweise werden diese ersetzt durch künstliche Intelligenz. Hier gibt es ja auch massive Fortschritte, und der zweite Faktor, der hier schlagend ist, dass natürlich internationale Konzerne hergehen und sich anschauen, wo ich die günstigste Schnittmenge zwischen den am besten motivierten und den billigsten Arbeitskräften. Und wenn man das verschneidet, dann trifft sich das logischerweise hier nicht bei uns, sondern das trifft sich irgendwo in Asien oder möglicherweise in Afrika, wo eben Wissensdienstleistungen über kurz oder lang wahrscheinlich billiger zu haben sind, als bei uns. Und wie gesagt, dort die Bevölkerung, die scharrt so richtig in den Startlöchern. Man sieht das eh schon. Also sehr vieles ist ja mittlerweile beispielsweise ausgelagert nach Indien oder auch in Osteuropa zum Teil noch, aber jedenfalls nicht mehr hier bei uns. Und das, was wir lange Zeit geglaubt haben, nämlich dass Österreich das Land ist, wo wissensbasierten Dienstleistungen der große Erfolgsfaktor sein werden, da müssen wir uns anstrengen, dass das so ist, denn wir verlieren hier. Und gerade der Bildungsbereich ist hier auch massiv gefordert. Das heißt, diese Veränderungen, die wir sehen, die verlangen dass wir schon drastisch anfangen nachzudenken über Gesamtveränderungen in der Systematik unseres Landes. Und da geht es dann schon darum, dass wir einerseits eben die faire Verteilung von Arbeit herstellen müssen, damit alle teilhaben können, an dem, was für unsere Gesellschaft noch immer ein sehr wesentliches Element ist und wo wir hier in Mitteleuropa auch den Wert des Menschen nach wie vor sehr stark festmachen. Das ist natürlich auch etwas, was man hinterfragen kann. Da kann es auch

einen Kulturwechsel geben, und den muss man auch langsam einleiten. Denn wenn immer weniger Arbeit für alle vorhanden ist, dann muss man auch diese Entkoppelung langsam zustande bringen, nämlich dass wir uns nicht mehr ausschließlich über Arbeit definieren in unserem Wert als Menschen und in Identifikation mit uns selbst. Das heißt, hier gilt es anzusetzen, es gilt gleichzeitig anzusetzen dabei, dass was vorhanden ist, ordentlich zu verteilen und darauf zu schauen, dass aber vor allem es nicht ausreichend ist, hier eine Existenzsicherung herzustellen, es noch andere Systeme geben muss, die eine faire Verteilung und eine faire Basisabsicherung herstellen. Denn eines ist schon klar, wenn in einer Welt, diejenigen am meisten profitieren, die durch die Automatisierung, die Gewinne machen, das heißt, die Menschen hinausdrängen aus der Arbeitswelt und das ersetzt wird durch Roboter, durch Maschinen, durch Automatisierung, durch digitale Prozesse, dann gilt es auch darauf zu schauen, dass hier auch ein Beitrag geleistet wird, dass diejenigen, die rausgefallen sind, eine Absicherung bekommen. Natürlich gibt es unterschiedliche Zugänge, wie man das herstellen kann, aber was klar ist ist, dass das warum es einigen gelingt hier so großen Erfolg zu haben, eine Leistung der gesamten Gesellschaft ist. Nicht heute, nicht hier und jetzt, aber über viele Jahrzehnte entstanden ist. Und das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, darauf zu achten, dass hier wieder etwas zurückfließt an all diejenigen, die ihren Beitrag geleistet haben. Also, Digitalisierung, Automatisierung sind Leistungen, die durch Technologie, die durch Innovation, die durch Wissenschaft passiert sind, und das ist ja von Menschen erarbeitet worden und ist auch von der Gesamtbevölkerung finanziert worden. Deswegen ist es ein Recht von uns allen, dass das dann auch wieder umverteilt wird, das an Gewinnen gemacht wird, aus dem was hier entstanden ist. Und das heißt, wir müssen uns das wirklich anschauen, wie wir Gerechtigkeit herstellen können. Die Finanzierung von dem, was dann notwendig ist, ist natürlich auch noch ein Faktor, den man sich genau anschauen muss und was nicht so ganz auf die Schnelle und ganz einfach lösbar sein wird. Denn wir haben dazu eine ganze Reihe an Systemumstellungen vorzunehmen hier in unserem Land. Da gilt es auf der einen Seite immer noch sehr viele Effizienzmaßnahmen zu setzen, gerade in der Verwaltung. In unserer Bundesstaatsstruktur ist eine Menge möglich, also da glaube ich, dass wir eine Menge noch heben können, wenngleich hier natürlich auch wieder Jobs verankert sind. Also das hat immer ein Wechselspiel, das ist schon klar, aber dennoch, hier gilt es hinzuschauen. Strukturreformen im großen Maßstab, also die Gesundheitsreform, ich bin schon gespannt, was hier noch an finanziellen Möglichkeiten entstehen wird, denn ich denke schon, dass man einiges hier noch bewegen kann. Was ich ein bisschen vermisse in der Diskussion, die wir in

dem Zusammenhang momentan führen ist, dass es ja bereits, meines Wissens nach, in der letzten Periode von der damaligen Landesrätin Edlinger-Ploder eine Unterschrift gegeben hat, noch ein Papier, wo man sich darauf geeinigt hat, die Gesundheitsagenden stärker auf Bundesebene zu heben und hier passiert sehr, sehr wenig. Ich möchte daran erinnern, dass es da einmal was gegeben hat, vielleicht erinnert sich der eine oder die andere, und da könnte man wieder ansetzen und wahrscheinlich auch einiges an finanziellen Möglichkeiten schaffen. Jedenfalls denke ich, dass wir, wenn wir all diese Möglichkeiten heben, einen wesentlichen Beitrag leisten können, um mehr Gerechtigkeit hier im Land herzustellen, um mehr soziale Sicherheit herzustellen und soziale Sicherheit sichert den sozialen Frieden und damit wäre so mancher rechter Politik der Boden genommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 13.54 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zenz, bitte schön.

LTAbg. Zenz – SPÖ (13.54 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und die uns via Livestream hoffentlich noch verfolgen!

Mit dem Dichturfürsten Goethe kann ich jetzt leider nicht aufwarten, obwohl Sie wissen, Goethe war ja auch in einem Parlament. Damals vielleicht nicht so gewählt wie heutzutage, aber er war auch Politiker. Worüber ich mit Ihnen reden will, gerne reden würde, ist natürlich völlig überraschend für Sie. Über das Sozialbudget. Ich glaube, dass nämlich dieses Sozialbudget ein wichtiger entscheidender Punkt in dieser Budgetdebatte zu sein hat. Nicht nur, weil wir mit knapp 450 Millionen Euro ein Sozialbudget haben, das so groß ist wie noch nie, den Kollegen der FPÖ wird es zu viel sein, den Kolleginnen und Kollegen der KPÖ oder der Grünen wird es zu wenig sein,. Vielleicht drückt das schon einiges aus, dass man hier die richtige Struktur gefunden hat, aber natürlich vor allen Dingen, weil wir als Land Steiermark, wie alle Länder, eine sehr hohe Zuständigkeit im Bereich Soziales haben und damit auch selbstverständlich eine hohe Verantwortung. Was ich Ihnen sagen kann, dass ich absolut davon überzeugt bin, dass diese Landesregierung mit der Ressort zuständigen Landesrätin Kampus, diese Verantwortung nicht nur sehr ernst nimmt, sondern dahingehend im Budget die richtigen Maßnahmen ergriffen hat, und ich bedanke mich für diese Entscheidung. *(Beifall*

bei der SPÖ und ÖVP) Wir führen in diesem Haus sehr viel zum Thema Soziales wichtige und auch notwendige Gespräche, und nun erlauben Sie mir nur ein paar inhaltliche Eckpunkte anzuführen. Wir reden über die Verantwortung, über die Kinder- und Jugendhilfe. Da gibt es heute noch einige Anträge. Das geht von Unterstützung für unsere Jugend, unsere Kinder, von stationärer Versorgung bis hin auch zu der absolut notwendigen Offenen Jugendarbeit und wir haben dafür sehr, sehr viele wichtige Leistungen und auch Gelder vorgesehen. Wir reden über die Verantwortung im Bereich von Menschen mit Behinderung, und ich werde in diesem Haus nie müde werden zu sagen, wir reden über das beste Gesetz für Menschen mit Behinderung in Österreich, das das Land Steiermark hier im Jahr 2004, übrigens ein gemeinsamer Beschluss von uns allen, auch beschlossen hat. Es geht jetzt auch darum, zwölf Jahre später dieses Gesetz auch, wie heißt das so schön, in Zahlen zu gießen. Auch dafür ist vorgesorgt. Ich würde mir ab und zu wünschen, dass vielleicht gewisse Fraktionen, ich schaue da jetzt nicht mit Absicht zu den Grünen, weil ab und zu einmal Ihre Kolleginnen und Kollegen, die in Tirol und Salzburg Gesetze in diesem Bereich machen, vielleicht sollten Sie uns ein bisschen nachfolgen und solche Themen wie Rechtsanspruch für Menschen mit Behinderung, Ansprüche, Leistungen und z. B. auch die Menschen, die dort arbeiten, die Beschäftigten, darüber zu diskutieren, ob die eine Gehalterhöhung im nächsten Jahr bekommen, ob Tagsätze valorisiert werden. Es ist immer wieder etwas Besonderes, wenn in diesem Haus darüber gesprochen wird, was die Steiermark nicht alles machen sollte. Wenn ich in andere Bundesländer schaue, und vor allen Dingen, in die Bundesländer, wo die Grünen auch sehr massiv in der Regierung sitzen, sehe ich genau das Gegenteil. Nämlich null Valorisierungen, keine Rechtsansprüche, vielleicht kehrt man dann ein bisschen, schaut einmal vor der eigenen Haustür, was man dort macht. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Es geht um ein, glaube ich, auch ehr, sehr wichtiges Thema, das Thema Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, Erkrankungen. Ein Thema, das uns, davon bin ich überzeugt, in den nächsten Jahren auch ganz massiv hier beschäftigen wird. Hier gibt es eine klare Entscheidung des Landes, auch hier gemeinsam in einer Gesetzgebung das zu tun. Es wird hier noch viel zu tun sein, in allen Bereichen, aber auch hier eine klare Linie des Landes Steiermark, hier mit gesetzlichen Ansprüchen auch diesen Menschen in dieser schwierigen Situation zu helfen. Das Thema Integration, schon viel angesprochen, aber nicht nur auf einer Geldleistung her, sondern auch von der Ausübung, wie kann Integration vor sich gehen. Ist es uns ein Anliegen, wenn Menschen hier sind, sie auch wirklich in die Gesellschaft zu integrieren. Auch das ist in diesem Ressort vorhanden und ich denke, hier wird gute Arbeit

geleistet. Allen voran das Thema Arbeit. Unser Herr Landeshauptmannstellvertreter hat das auch eindeutig als Nummer 1 Thema bezeichnet. Es ist das wichtigste Thema, das wir haben und natürlich ist das Land Steiermark nur ein Mitspieler in diesem Thema. Das Land Steiermark, auch mit diesem Budget, wird jede mögliche Form hier unterstützend tätig zu sein, wahrnehmen und vor allen in diesem Ressort wird es nicht nur darum gehen, Leistungen zu unterstützen, es wird auch darum gehen, in schwierigen Situationen Menschen zu unterstützen, die z. B. von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Und es geht nicht nur um die Magna-Stiftung, die heute mit allen Rechten in Vordergrund hier hergestellt wurde. Ich erinnere an die vielen Stiftungen, wo wir im letzten Jahr Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen worden sind, unterstützt haben mit Stiftungen. Auch das ist in diesem Budget vorgesehen. Ich bedanke mich für die jetzigen Leistungen schon, aber es ist auch klar, dass wir in solchen Situationen den Menschen, den Beschäftigten vor Ort unterstützen und ihnen auch die notwendige soziale Absicherung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und jetzt sind wir schon bei dem Begriff „Soziale Absicherung“. Eine bedarfsorientierte Mindestsicherung, das aus meiner Sicht zweitbeste Instrument und Mittel, um den Steirerinnen und Steirern, vor allem vor der Armut, zu helfen. Ich sage deshalb zweitbeste, weil das allerbeste, ist natürlich Beschäftigung. Darüber brauchen wir gar nicht diskutieren. Aber trotzdem ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung, wir haben das in diesem Haus ausführlich und lang diskutiert, wir haben ein neues Gesetz beschlossen, ein sehr, sehr gutes Gesetz und wir werden an diesem Gesetz auch nicht rütteln, damit kann ich schon einige Entschließungsanträge der FPÖ beantworten, weil wir davon überzeugt sind, dass das ein gutes Instrument ist und ein wichtiges Instrument ist. Und wir werden auch daran nichts ändern. Wir haben ein gutes Gesetz beschlossen und ich kenne diese anderen Modelle und zum Thema Armut werden sie nur in solche führen. Das muss uns klipp und klar sein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ. Natürlich gehört der Bereich Wohnen mit dazu. Lassen Sie mich noch einen kurzen Schwenk machen, weil die Kollegin Klimt-Weithaler da und weil wir ja eigentlich im Landtag sitzen. *(LTAvg. Klimt-Weithaler: „.....)* Ja, bist eh da. Und weil wir zum Thema Wahlkampf nichts sagen: Natürlich ist der Bereich Wohnen und Beschäftigung ein zentrales Thema. Aber wenn Sie da herausgehen und meinen, dass 661 Gemeindewohnungen, die Sie plakatieren, ich glaube, es sind 591, bei 175.000 Wohnungen in Graz, für eine Partei, die seit 18 Jahren für das Wohnen in Graz zuständig ist, ein Vorzeigeprojekt ist, dann nenne ich es wohl eine kommunistische Dialektik. Weil was ist mit all den anderen? Ich freue mich über 591 Gemeindewohnungen, aber was ist den

restlichen 175.000? Da sollte man schon ein bisschen nachdenken. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Zu diesem Budget, die Redezeit ist leider sehr kurz, aber ich werde Sie nicht überschreiten, Herr Präsident. In diesem Budget wurde Verantwortung dafür übernommen, dort Unterstützung zukommen zu lassen, wo es um die Existenz der Steirerinnen und Steirer geht. Hier wurde Verantwortung übernommen um sicherzustellen, dass diese Mittel an die richtige Stelle kommen. Hier wurde auch Solidarität eingefordert von Menschen, die aus Sicht des Landes nicht unter diese Förderungen fallen. Dies wurde allerdings mit Augenmaß gemacht. Und hier wurde vor allem auf einen Wert gelegt: Menschen in schwierigen Situationen wieder die Chance zu geben, ihr Leben selbstbestimmt und in Würde zu führen. Daher kann ich Sie nur auffordern, diesem Budget Ihre Zustimmung zu geben. Ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP -14.03 Uhr)*

LTAbg. Schnitzer - ÖVP (14.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Dritter Landtagspräsident, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus!

Jetzt ist Frau Kollegin Moitzi leider nicht anwesend. Wir haben vor zwei Wochen hier in diesem Hause einen Jugendlandtag abgehalten, woran über 60 junge Steirerinnen und Steirer teilgenommen haben und über ihre Zukunft in unserem Heimatbundesland diskutiert haben. Frau Kollegin Moitzi hat bei allen ihren Wortmeldungen betont, wie wichtig es ist, dass man junge Menschen in den Regionen mit einbindet, wie wichtig es ist, dass man junge Menschen beteiligt und wie wichtig es ist, jungen Menschen zuzuhören. Insofern verwundert es mich schon sehr, dass Sie heute wieder mit einem Entschließungsantrag Folgendes einbringen, nämlich das zu erreichen, was irgendwie scheinbar das Grundmotto der Freiheitlichen Politik zu sein scheint, nämlich die Gesellschaft irgendwie zu spalten. Das Gleiche wollen Sie auch wieder in der Jugendarbeit erreichen. Sie haben es voriges Jahr bei den verbandlichen Jugendorganisationen probiert, wo Sie hergegangen sind und probiert haben, die politischen Jugendorganisationen gegen die anderen Jugendorganisationen auszuspielen. Das Gleiche probieren Sie auch heute wieder, indem Sie die gesamte verbandliche Jugendarbeit gegen die gesamte offene Jugendarbeit ausspielen wollen. Ich glaube, dass jemand, der aus der verbandlichen Jugendarbeit kommt, weiß, dass beide Bereiche notwendig und wichtig für eine gut funktionierende Jugendpolitik und für eine gut funktionierende Jugendarbeit in unserem Heimatbundesland sind. Ich glaube, wir können darauf massiv stolz sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Geschätzter Herr Klubobmann, Ihre Jugendsprecherin ist leider nicht

anwesend, aber ich würde es Ihnen empfehlen oder den Referenten, die ihre Redeunterlagen vorbereiten, genau zu schauen, wie sich die Zahlenentwicklungen darstellen. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: Unverständlicher Zwischenruf*) Für die verbandliche Jugendarbeit wurden im Jahr 2016 – ja, Herr Deutschmann, Sie müssten es besser lesen ... für die verbandliche Jugendarbeit wurden 2016 500.000 Euro budgetiert. Fakt ist: Für das nächste Jahr im Budget sind 800.000 Euro für die verbandliche Jugendarbeit budgetiert. Das heißt, das ist ein Mehr von 300.000 Euro, das ist nicht nichts, das ist viel. Ich bin positiv gestimmt, als jemand, der aus der verbandlichen Jugendarbeit kommt, dass der verbandlichen Jugendarbeit so ein Stellenwert hier in der Steiermark zugemessen wird. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Insofern hätte ich mich gefreut, wenn Frau Kollegin Moitzi zugehört hätte, dann hätte sie lernen können, dass die verbandliche Jugendarbeit in diesem Budget mehr bekommt, dass die Tendenz erfreulich ist und dass die Tendenz eine positive für die verbandliche Jugendarbeit in der Steiermark ist. Alles Gute. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.07 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ederer. Bitte schön.

LTAbg. Ederer - ÖVP (14.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Budgetlandtag ist immer etwas Besonderes, weil damit ja auch ein Stück Zukunft beschlossen wird, und Budgets zu erstellen, die dem vielfältigen Belangen Rechnung tragen, ist nicht so einfach, außer man hat einen Goldesel wie im Märchen, der über unendliche Ressourcen verfügt. Aber wenn man das Budget jetzt neutral betrachtet, dann kann man mit Recht und Fug sagen: Es ist wieder etwas gelungen auf die Beine zu stellen, welches das Leben der Menschen verbessert und nicht zur Armut führt. Unser Klubobmann Karl Lackner hat es auf den Punkt gebracht: „Die Steiermark nach vorne bringen, wie durch mutige Investitionen die Verantwortung zu übernehmen“, diese Reformpartnerschaft, diese Zukunftspartnerschaft hat diese Verantwortung übernommen. So viele Reformen, wie in den letzten Jahren gemacht wurden, das war wirklich mutig und hier wurde wirklich die Steiermark nach vorne gebracht. Investitionen, die die Wirtschaft stärken, führen logischerweise auch zur Absicherung von Sozialeinnahmen bzw. genug Arbeitsplätze verhindern von vornherein, dass die Notwendigkeit, von Sozialhilfen abhängig zu sein, nicht eintritt, und das wollen wir alle nicht. Trotzdem, das Thema Arbeitsmarkt, man muss es

natürlich genau beobachten. Meine Kollegin Pichler-Jessenko hat sie auch genau dargestellt, die Wirkungsziele, gerade was jetzt den Bereich auch Wirtschaft, Wirtschaftsförderung betrifft, sind genau definiert. Wir haben die Wirtschaftsstrategie hier sogar einstimmig damals im Landtag beschlossen. Forschung und Entwicklung: Hier sind wir der Leader, der Führer der österreichischen Bundesländer. Aber weil immer wieder auch von der Opposition Kritik kommt, dass das Soziale irgendwie zurückgedrängt wird: Auch der zweite Arbeitsmarkt ist notwendig. In welcher Form, in welchem Umfang? Es gibt eben Gruppen wie z. B. Behinderte, Lernschwache mit Migrationshintergrund, das sind neue Herausforderungen, das kostet Geld. Und es wurde heute Goethe zitiert, den kann ich nicht zitieren, aber einen Präsidenten der USA, J.F. Kennedy, der gesagt hat: „Was ist teurer als Bildung? Nämlich keine Bildung.“ Die Ausbildungspflicht für Jugendliche ist auch neu und wird dementsprechend auch Chancen bringen. Aber auch Kranke, Krankheit im Alter – und ich meine hier vor allem auch die Älteren am Arbeitsmarkt der 60- bis 65-jährigen, denn bis 60 müssen wir ohnehin schauen, dass alle im Arbeitsmarkt gut integriert sind. Aber hier bedarf es eben der Prävention, der Vorsorge, der Gesundheit am Arbeitsplatz. Mit dem Gesundheitsplan 2035 wurde hier auch einiges erklärt und dargestellt. Vor etwas mehr als 100 Jahren sind die Steirerinnen und Steirer im Durchschnitt 48 Jahre alt geworden, hatten keine längere Lebenserwartung. Heute sind wir bei über 80 Jahre. Wie stellt sich das natürlich im Budget dar? Was heißt das fürs Budget? Aber gerade für diese Posten ist sehr wohl auch vorgesorgt und auch das wurde genau beobachtet. Auch ein Projektfonds, der die Aufgabe hat, dass die ehrenamtliche Arbeit unterstützt wird, ist vorhanden und man soll diese ehrenamtliche Arbeit auch nicht außer Acht lassen. Zusammengefasst: Das Bündel an Maßnahmen, das den Ausgleich schafft zwischen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, diesen zu stärken, bzw. Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorsieht, ist in diesem Budget ausreichend vorhanden. Der Vorwurf der Opposition, dass immer nur gespart und gekürzt wird, wie wir heute auch in zahlreichen Wortmeldungen gehört haben, stimmt so nicht. Nehmen wir den Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen her: Hier wurde tatsächlich ein massiver Ausbau in den letzten Jahren geschaffen. Die Schaffung vieler neuer zusätzlicher Plätze wurde erreicht, das war ein großes Stück Arbeit, aber ich gebe auch jenen Recht, die sagen: „Jetzt müssen wir die Rahmenbedingungen noch verbessern“, und es wird daran gearbeitet, dass eben das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz in der Steiermark auch eines der besten bleibt, dass die Überarbeitung der bestehenden Gesetze auch dementsprechend erfolgt. Nämlich die zahlreichen Novellierungen, die durchgeführt worden sind, dass man die

noch einmal evaluiert, natürlich auch, was die LeiterInnen und deren zusätzliche Zeitfreistellung betrifft, dass man sich dem annimmt, auch bezüglich der Vorbereitungszeiten, aber auch, was die Personaloffensive betrifft, z. B. eben Gehälterstruktur. Ja, das muss man sich anschauen, das ist jetzt ein Prozess, der in den nächsten Jahren eingeleitet wird, auch was die Abrechnungen mit den Trägern betrifft, aber hier muss man den Bund eben auch mehr in die Pflicht nehmen, dass eben die Mitteln auch über das Jahr 2017 für den weiteren Ausbau hinaus sichergestellt sind, bzw. dass eben hier auch noch zusätzliche Mittel für eine Qualitätsoffensive kommen, weil das Land Steiermark das alleine nicht alles stemmen kann.

Als Sprecher für Sport in meiner Fraktion möchte ich auch diesen Bereich ansprechen, weil der heute, glaube ich, noch zu kurz gekommen ist. Der Sport erfüllt gleich mehrere wichtige Aufgaben: Neben Freude und Spaß für die Menschen und einer sinnvollen Freizeitgestaltung ist es auch die Förderung der Gemeinschaft. Hier passiert ehrenamtliche Sozialarbeit. Aber auch die Gesundheitsförderung, die Vorsorge passiert in diesem Umfang und hier ersparen wir uns später dann sehr, sehr viel Geld und können dementsprechend das in den Budgets auch anders einsetzen. Hier einen Ausgleich zu schaffen zwischen Spitzensport und Breitensport, ich glaube, dass dieses Budget auch hier die Ansätze so gesetzt hat – nämlich, wir brauchen den Spitzensport, wir brauchen den Breitensport. Spitzensport ist auch Vorbild, animiert, und die Mittel für die Umsetzung „mehr Erfolge im Spitzensport“ sind dementsprechend gegeben, bzw. heißt natürlich auch mehr Erfolge im Spitzensport Werbung für unser Land. Aber darüber hinaus auch die Vereine so gut zu unterstützen und vor allem mit dem „Bewegungsland Steiermark“, wo die drei Dachverbände gemeinsam mit dem Land Steiermark das umsetzen, fünf Jahre gibt es jetzt das „Bewegungsland Steiermark“. Heuer hat es dazu auch dementsprechend dann die Zahlen gegeben: Über 30.000 Schülerinnen und Schüler sind hier dabei, 60 % der steirischen Volksschulen nehmen an diesem Projekt schon teil und die täglichen Bewegungseinheiten, denen kommt man dadurch immer näher. Das Projekt „Bewegungsland“ ist eines der besten Programme des Landes Steiermark, das es auch in den letzten Jahren gegeben hat. Auch hier findet statt Integration, nämlich von Ausländern, aber auch für Behinderte. Und die Special Olympics im kommenden Jahr tragen dazu auch bei. Der Spitzensport, wie der Breitensport, haben noch eines gemeinsam: Einen wesentlichen, wirtschaftlichen Faktor. Die Investitionen, die da passieren, sichern viele Arbeitsplätze. Hier wurde mit der Sportstrategie 2025, aber auch mit dem Landessportgesetz, das wir letztes Jahr beschlossen haben, etwas eingeleitet, was jetzt in diesem Budget auch in Umsetzung geht. Und immer wieder heißt es auch von der Opposition heute: „Keine Ideen, es

sind keine Anreize im Budget“, das stimmt jedoch nicht. Es sind diese Anreize, wie gefordert, drinnen. Investitionen, die ausgelöst werden und dadurch auch Steuereinnahmen und Sozialabgaben, die dadurch erreicht werden können. Und weil es heute auch angesprochen wurde und weil wir beim Sport sind: Immer wieder diese Kritik an Großevents – die Alpine Ski-WM wurde angesprochen, der Österreichring wurde angesprochen – wir müssen uns weiterhin dazu bekennen, weil genau das auch Investitionen auslöst und wir hier dementsprechend über Umwege auch Einnahmen lukrieren können.

In diesem Sinne sehen wir uns als Fraktion der Steirischen Volkspartei eigentlich oder das Budget sehen wir so: Es ist eine vernünftige Arbeitsgrundlage und ich oder wir ersuchen die Opposition mit ihrer Raunzerei und mit ihrer Nein-Sagerei ... – es ist ja auf Gemeindeebene das Gleiche: Wie oft stimmt irgendwer von den Oppositionsparteien, die auch hier im Landtag vertreten sind, dem Budget nicht zu? Nur nein sagen und raunzen, so geht es nicht. Daher, stimmen Sie diesem Budget zu. Es ist ein Gutes und wir führen es auch auf einen weiterhin guten Weg. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.17 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Hartleb. Bitte schön.

LTabg. Hartleb - ÖVP (14.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landesrat, meine Herren Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte kurz über die Regionen und über die Landentwicklung Steiermark sprechen, die ja auch Teil des positiven Budgets 2017 sind. Was in der Periode 2005 bis 2006 mit Regionext, den Kleinregionen und den sieben Großregionen begann, nennt sich heute und in Zukunft „Regionalentwicklung Steiermark“ unter dem Motto „Kräfte bündeln und Regionen stärken“. Mit dem Begriff „Regionalentwicklung“ werden sämtliche Maßnahmen bezeichnet, die die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen unterstützen. Aufgrund des demografischen Wandels, den Herausforderungen der Globalisierung und des gewachsenen Gefälles zwischen ländlichen Regionen und Ballungszentren wird es immer wichtiger, die ländlichen Regionen zu stärken und den urbanen Raum zu entlasten. Ziel einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist es, die Regionen als attraktiven Lebensraum für alle Generationen und auch als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu positionieren, der fit für die Zukunft ist. Mit Hilfe von Förderprogrammen, die Themen wie Raumplanung, Standortentwicklung, Naherholung, Verkehr und Umwelt wie auch Bildung und Sport und Soziales beinhalten, werden gezielt

nachhaltige Projekte für die Regionen umgesetzt. Dabei werden sämtliche Ressourcen und kreative wie wirtschaftliche Potentiale, die die Regionen zu bieten haben, genutzt. Die Koppelung von Wirtschafts- und Bildungseinrichtung bei der Umsetzung von Projektideen, die Förderung der Jugend im Zuge des Jugendmanagements, wie auch die gezielte Förderung von nachhaltigen Projekten sollten Arbeitsplätze für die Regionen schaffen und für Menschen und Unternehmen attraktiv machen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bin 17 Jahre Bürgermeister und kenne auch die positive Arbeit in der Großregion und im Regionalmanagement. Die Leitbilder und das regionale Entwicklungsprogramm in der Förderperiode 2014 – 2020 sind dafür die wichtigsten Grundlagen. Die Großregionen, glaube ich nach meinem Empfinden, bekommen regional immer mehr Bedeutung, die Entscheidungskraft im Regionalmanagement wird immer wichtiger. Und für die Zukunft wird es von Bedeutung sein, dass wir ein eigenes Regionalentwicklungsgesetz haben mit einem eigenen Budget und noch mehr Eigenverantwortung in den Regionen bekommen. Ich möchte ein Beispiel sagen: Meine Kollegin Gabi Kolar – sie ist Vorsitzende und ich Stellvertreter – wir haben in der Großregion Obersteiermark-West 34 Gemeinden, wir haben einen Masterplan erstellen lassen, was Breitband betrifft, da braucht es für 34 Gemeinden einen Beschluss. Wenn wir ein eigenes Gesetz mit einem eigenen Budget hätten, glaube ich, würde ein Vorstandsbeschluss reichen. Ich bin auch Obmann der Landentwicklung Steiermark, ich besuche in dieser Funktion alle Regionen in der Steiermark. Was das Positive dabei war: Es hat überall Gespräche gegeben, Regionalmanagement, LEADER-Aktionsgemeinschaften und mit der Landentwicklung, die wir vor Ort arbeiten, es herrscht hier überall sehr gute Zusammenarbeit, die bestens funktioniert.

Aber nun möchte ich Ihnen noch ein paar Fakten zur Landentwicklung Steiermark sagen, die seit beinahe 20 Jahren verlässlicher Partner für die steirischen Gemeinden sind. Die Landentwicklung Steiermark hat in den letzten 19 Jahren die lokale Agenda 21 in unserem Land aufgebaut. Damit hat der Verein die Steiermark zu einem Vorzeigeland der Bürgerbeteiligung in ganz Österreich entwickelt. Die steirischen Gemeinden haben in diesem Jahr über 35 Projekte über die Landentwicklung abgewickelt, oder sie setzen sie noch um, und es wird 2017 fertiggestellt. Das zeigt, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dem Verein enormes Vertrauen entgegen bringen. Eine besondere Stärke der Landentwicklung Steiermark liegt im Aufgreifen von aktuellen Bedürfnissen in die Gemeinden und Regionen. Die stetige Weiterentwicklung von Strategien und Modulen zeichnen die hohe Qualität der Beteiligungsprozesse aus. Bürgerbeteiligung muss heute

kompakt und in höchstem Maß umsetzungs- und lösungsorientiert sein und folgt ganz klar nach themenspezifischen Fragestellungen. Die allerwichtigste Voraussetzung für eine positive Entwicklung ist die Beteiligung aktiver Bürgerinnen und Bürger. Menschen, die in einer Gemeinde die Chance bekommen mitzureden und mitzugestalten, identifizieren sich sicher stärker mit ihrem Heimatort. Die Software Bürgerbeteiligung hat für eine Gemeinde einen genauso hohen Stellenwert wie die Hardware Infrastruktur. Die Landentwicklung bietet in ihrem neuen Angebotsprogramm 2017 Aktionstage zu Schwerpunktthemen wie Ortskernbelebung und Mobilität an. Ideen und Visionen von Bürgerinnen und Bürgern werden an einem Tag entwickelt und fließen in einen Leitfaden mit Umsetzungsempfehlungen ein. Der Aufbau von Kinder- und JugendgemeinderätInnen, das Zusammenfinden von Ortsteilen in Fusionsgemeinden und die Projektentwicklung mit der Bevölkerung sind nur einige der Beispiele aus dem umfassenden Begleitprogramm der Landentwicklung. Ein Denk- und Umsetzungsprozess in der Bürgerbeteiligung beinhaltet vier wesentliche Elemente: Zeit, Strukturen, Motivation und Vertrauen. Umso wichtiger ist es, dass Gemeinden und Städte im ländlichen Raum einen verlässlichen Partner für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen in der Steiermark finden, und umso wichtiger ist es, dass die Landentwicklung Steiermark als erfahrener Netzwerker zwischen Land und Gemeinden auch in Zukunft agieren kann. Durch das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Gemeindeverantwortlichen und den Regionalbetreuern, die sonst von keiner Organisation in diesem Maße erfüllt wird, geht die Unterstützung weit über den Beteiligungsprozess hinaus. Durch die enge Zusammenarbeit mit Experten aus den verschiedensten Fachbereichen wie Mobilität, Raumplanung, Energie und Architektur werden konkrete Lösungen für Gemeinden sichergestellt und wichtige Vernetzungen geschaffen. Letztendlich soll die Bürgerbeteiligung ein dauerhaftes Instrument für moderne Gemeindepolitik sein. Die Landentwicklung Steiermark steht als starke organisatorische Einheit für qualitativ höchstwertige Beteiligung nach den Grundsätzen der lokalen Agenda 21 in den steirischen Gemeinden und Regionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steiermärkische Landentwicklung feiert 2017 ihr 20-jähriges Bestehen. Ich möchte mich bei allen Unterstützern und Befürwortern des Landes Steiermark, aber vor allem bei unserem Landeshauptmann, Hermann Schützenhöfer, für die Unterstützung der Landentwicklung Steiermark, und dass sie als Verein weiterbestehen kann, herzlich bedanken. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.25 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Sehr geehrte Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüße ich den ehemaligen Ersten Präsidenten des Landtages Steiermark, Franz Majcen, sehr herzlich bei uns. *(Allgemeiner Beifall)*

Als nächste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Hedwig Staller zu Wort gemeldet. Bitte schön.

LTabg. Dipl.-Ing. Staller - FPÖ (14.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Eine kurze Replik auf Karl Lackner. Sie sagen: „Die FPÖ hat den Ehrenschatz übernommen über die Regionalkonferenzen.“ Das finde ich wirklich lieb, weil wenn Sie den Schluss daraus ziehen, dass wir, weil wir teilgenommen haben und ich das sehr interessiert verfolgt habe, dann könnten Sie den Schluss ziehen, dass wir auch den Ehrenschatz über das heutige Budget übernehmen. Aber da muss ich Sie leider enttäuschen, wir hören zwar interessiert zu, debattieren mit, aber für den Ehrenschatz wird es leider nicht reichen. *(Beifall bei der FPÖ)*

„Wer sich in Sicherheit wiegt, wird oft nur verschaukelt.“ Erinnern Sie sich? Der Kollege Wieser grinst vielleicht schon, er hat dieses Wort vor einem Jahr geschätzte hundertmal – gefühlte hundertmal – in den Mund genommen, nachdem ich es in meiner Wortmeldung zum Budget als Überschrift verwendet habe: „Wer sich in Sicherheit wiegt, wird oft nur verschaukelt.“ Diese Aussage hat nichts an Aktualität verloren. Im Vorjahr ging es noch um die beiden Standorte Voitsberg und Deutschlandsberg. Heute meine ich damit die Reform der Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Leider ist Herr Landesrat Mag. Drexler nicht da, ich hätte ihn gerne direkt angesprochen. Er hat sich ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt. Er will, dass die Steirer länger leben und gesünder sind als der Rest der Welt. Sie können mir glauben, nach zwei Dialogtagen und insgesamt sieben Regionalkonferenzen verfolgt mich dieser Satz fast bis in den Schlaf. Es hat mir keine Ruhe gelassen und ich habe mich auf die Suche gemacht, wo ich dieses Ziel im Budgetentwurf für das Jahr 2017 finde. Es wäre ja das perfekte Wirkungsziel für ein Budget, formuliert in einfacher Sprache, kein Juristendeutsch, jeder Mensch versteht sofort, was gemeint ist. Auch die infrage kommenden Maßnahmen, um das Ziel zu erreichen, liegen auf der Hand. Es sind die Eckpunkte des Gesundheitsplanes 2035. Ich setze voraus, dass diese bekannt sind. Es fehlen noch die Indikatoren, anhand derer beurteilt werden kann, ob das Ziel erreicht wurde oder nicht. Spontan fällt mir dazu ein: Anzahl und Dauer der stationären Aufenthalte im Krankenhaus. Wir wissen spätestens seit den Regionalkonferenzen, dass 28 % der Österreicher einmal jährlich stationär im

Krankenhaus sind - mehr als ein Viertel. Ein weiterer möglicher Indikator: Anzahl der Besuche im Facharztzentrum bzw. in der Ambulanz, Anzahl der Besuche im Gesundheitszentrum oder beim Haus- oder Landarzt, Anzahl der Kontakte mit dem Telefonarzt. Es gäbe eine Vielzahl von messbaren Indikatoren, die dieses Ziel und diese Maßnahmen abbilden würden. Ich habe das vorliegende Budget intensiv studiert und war wirklich enttäuscht. Ich fühle mich verschaukelt. Das seit Wochen die Steiermark dominierende Thema, der Steirische Gesundheitsplan 2035, ist im vorliegenden Budget nicht dargestellt. Sie mögen da jetzt entgegenhalten, dass es völlig unmöglich sei, das große Werk „Gesundheitsplan 2035“ im Budget für das Jahr 2017 abzubilden. Ich gebe Ihnen teilweise Recht, es ist tatsächlich unrealistisch, die Veränderungen in der Gesundheitsversorgung, die sich über die nächsten 20 Jahre hin erstrecken, im Budget eines einzigen Jahres, und noch dazu des ersten Jahres am Beginn des Reformprozesses, darzustellen. Und so unbescheiden bin ich ja gar nicht, ich würde mich ja schon damit zufrieden geben, wenn man im Budget etwas über die bereits umgesetzten oder geplanten Neuerungen erfahren würde. Nehmen wir z. B. das Gesundheitszentrum Mariazell – vielzitiertes Pilotprojekt, gestartet am 01. Oktober 2016: Dieser erste Versuch, die Primärversorgung im ländlichen Bereich auf neue Beine zu stellen, wird ohnehin lückenlos evaluiert, da hätte man den einen oder anderen Wert doch auch gleich als Indikator ins Budget aufnehmen können. Stattdessen gibt es einen einzigen Punkt, in dem es um die Anzahl der Krankenanstalten bzw. um die Anzahl der Betten in diesen Krankenanstalten geht. Das kann es doch nicht gewesen sein. *(Beifall bei der FPÖ)* Vielleicht gibt es ja doch noch eine andere Möglichkeit, zu den gewünschten Informationen zu kommen. Im Zuge der Regionalkonferenzen wurde als großes Schlagwort – als ein großes Schlagwort – für die Umsetzung des Steirischen Gesundheitsplanes 2035 definiert „Mehr Beteiligung“. Gemeint ist mehr Beteiligung der Bevölkerung durch Information, aktive Einbindung am Gesundheitsprozess. An den Regionalkonferenzen haben leider vorwiegend politische Mandatäre, Fachleute und Medienvertreter teilgenommen. Personen aus der Bevölkerung sind viel zu selten zu Wort gekommen. Es waren knapp 100 Wortmeldungen im Zuge der Podiumsdiskussionen und gezählte drei Personen, die weder Bürgermeister, Primararzt, ärztlicher Leiter, Bezirkshauptmann, was auch immer, waren – also drei Personen aus der Bevölkerung. Das ist ein ziemlich schlechter Wert. *(LTabg. Schwarz: „Das ist ja alles entsetzlich. Das stimmt ja nicht!“ – LTabg. Lackner: „Zwei waren in Liezen!“)* Zwei waren in Liezen, die Obersteirer ticken, glaube ich, anders, muss ich dazu sagen. Also informiert sich der findige Bürger über das Internet. *(LTabg. Schwarz: „Das stimmt ja nicht.*

Falschinformation Ihrerseits!“) Ich habe einen Versuch gestartet - der von mir gewählte Begriff in Google lautetet „Gesundheitszentren Steiermark“. Bereits der erste Treffer führt auf die Seite des Gesundheitsfonds Steiermark und da gibt es sehr Interessantes zu lesen. Ich zitiere: „Gesundheitszentren Steiermark, regionale Angebote, Menschen im Mittelpunkt. Mit den Gesundheitszentren in den Pilotregionen Bruck-Mürzzuschlag, Bad Aussee, Murau, Hartberg-Fürstenfeld und Mariazell, wurden in der Steiermark fünf Anlaufstellen für Fragen rund um das Thema Gesundheit installiert. Für die Steirerinnen und Steirer wird durch diesen Kompass mehr Orientierung zu den Angeboten von Gesundheit, Soziales und Pflege sowie Gesundheitsförderung geboten. Die Aufgaben der Gesundheitszentren liegen in der Information und Koordination von Angeboten rund um das Thema Gesundheitsversorgung, Pflege und Soziales und Gesundheitsförderung, sowie Prävention.“ Und unter Vorteile für Bürger und Patienten findet sich im dritten Absatz der Text: „Das Gesundheitszentrum bietet aber keine medizinischen oder pflegerischen Leistungen an, sondern vernetzt die vorhandenen Anbieter im Gesundheitssystem besser.“ Dann findet man noch weiterführende Links zu den einzelnen Standorten, nämlich Bad Aussee, Bruck-Mürzzuschlag, Stolzalpe, Hartberg-Fürstenfeld und Mariazell. Und interessanterweise, die ersten vier Standorte sind tatsächlich so beschaffen, wie auf der Homepage beschrieben: Nämlich reine Informations- und Koordinationseinrichtungen. *(LTAbg. Schwarz: „Was? Mariazell ist eine Informationseinrichtung?“)* Sie haben im dem neu etablierten Gesundheitszentrum in Mariazell und allen zukünftigen Gesundheitszentren leider eines gemeinsam: Die Bezeichnung „Gesundheitszentrum“. Also, wenn der Herr Landesrat die Steirer in die Irre führen wollte, so ist ihm das trefflich gelungen. Ich fordere Sie auf: Finden Sie schleunigst eine andere Bezeichnung für diese Informationsstellen zur Gesundheitsversorgung. *(Beifall bei der FPÖ)*

Abschließend kann gesagt werden: Was wir Freiheitliche von Anfang an befürchtet haben, dass nämlich der vielbeschworene Dialog mit allen Verantwortungsträgern den Dialog mit der Bevölkerung kaum ermöglicht, zieht sich bis in das Budget hinein. Es gibt keine klaren Aussagen: Was, wo, wie, wann, wie teuer? Und so muss ich leider schließen: Wir fühlen uns verschaukelt. *(Beifall bei der FPÖ – 14.35 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Franz Fartek von der ÖVP.

LTabg. Fartek - ÖVP (14.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Vertreter der Landesregierung, liebe Kollegen hier im Hohen Haus und sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Ich möchte kurz den ländlichen Wegebau beleuchten, aber zuvor möchte ich noch kurz zum Entschließungsantrag der FPÖ ein paar Worte verlieren. „Ortsteilbürgermeister einsparen“ – ich selbst bin Vizebürgermeister der neuen Stadtgemeinde Fehring und Ortsteilbürgermeister der ehemaligen Gemeinde Johnsdorf-Brunn. Deswegen ist das ein Thema, das mich natürlich schon betrifft, aber auch berührt.

Zu dir, lieber Herr Kollege Hafner: Deine Wortmeldung verwundert mich ein bisschen. Man muss schon hinterfragen, wie sehr du dich mit diesem Thema Ortsteilbürgermeister beschäftigt hast, obwohl du ja selbst Gemeindegassier bist und einen Ortsteilbürgermeister in deiner Gemeinde hast. Enttäuscht bin ich, wie du diese Funktion abwertest und dass du da Kosten darstellst, ohne den Gegenwert auch zu nennen und zu erkennen. Ich finde das einseitig und auch ein bisschen unfair. Für uns in der Südoststeiermark, wir haben eine ganz gute Strukturreform hinter uns, gut abgearbeitet, das können wir mit Fug und Recht behaupten, und bei uns hat der Ortsteilbürgermeister eine wichtige Bedeutung und wird auch wertgeschätzt für seine Tätigkeit, für seine Arbeit. Was tut ein Ortsteilbürgermeister bei uns in der Südoststeiermark? Nur einige Punkte ganz kurz: Er ist Ansprechpartner für die Bevölkerung, für die Vereine in seinem Ortsteil; er ist Ansprechpartner für die Bürgerinnen im Ortsteil in allen Angelegenheiten und auch der Vermittler zur Gemeindeführung; er ist Bindeglied zwischen Bürgermeister und Bürger; Kontaktperson zu den verschiedenen Institutionen; Bindeglied zur Regionsgemeinde; Informationsfluss in beiden Richtungen von der Regionsgemeinde zur Ortsgemeinde und von der Ortsgemeinde zur Regionsgemeinde; Einbindung in die verschiedenen Ausschüsse, sofern die Gemeindeordnung das zulässt; Weitergabe von Informationen, z. B. irgendwelche Schäden in der Ortsgemeinde, Beleuchtung oder was immer das auch ist, vieles, vieles mehr; Begleitung delegierter Tätigkeiten; – hör mir nur zu, Herr Hafner, es wird noch genauer – Mitwirkung und Vorschlagsrecht für Investitionen in den jeweiligen Ortsgemeinden, insbesondere im Wegebau, laufende Instandhaltungsarbeiten. Wenn ich ein Beispiel nennen darf: Die Gemeinde Gnas, die fusioniert hat, zehn Gemeinden kommen zu einer neuen Gemeinde zusammen und waren diese zehn Gemeinden sehr gut organisiert und auch gut aufgestellt. Teilweise waren das kleine Gemeinden, die im Büro Teilzeitarbeitskräfte gehabt haben, aber draußen keine Mitarbeiter, da haben vieles die Bürgermeister und Vizebürgermeister erledigt,

organisiert und auch umgesetzt, und jene sind jetzt auch Ortsteilbürgermeister. Die haben ein enormes Wissen und Können, das sie auch jetzt umsetzen und einbringen können in die neue Gemeinde. Vor allem ist es auch wichtig, wenn es um das Erhaltungsmanagement geht, dass man gerade dieses Wissen und Können auch einbringt und wertschätzt. Gerade in den ersten Jahren der Fusion ist es eine wichtige Aufgabe und es ist wichtig auch für jede Entwicklung einer neuen Gemeinde. Und es wäre schon auch schön, diese Arbeit zu erkennen und auch wertzuschätzen – das nur so zum Ortsteilbürgermeister und zu eurem Entschließungsantrag.

Nun zu meinem Bereich ländlicher Wegebau, der natürlich auch wichtig ist für uns alle, draußen in den Regionen und vor allem, der auch mit vielen Herausforderungen verbunden ist. Der ländliche Wegebau ist wichtig für die Entwicklung der Regionen und auch wichtig für unsere Gemeinden draußen. Nach der Strukturreform ist sicherlich der ländliche Wegebau auch einer der größeren Herausforderungen, der Ausbau bzw. die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes. Wenn ich wieder auf meine Gemeinde schaue, wir sind auch eine zusammengeführte Gemeinde, 7.500 Einwohner, 85 km² und 400 km Gemeindewegenetz, das braucht schon ein gutes Management, wenn es um die Erhaltung und Betreuung dieser Straßen geht. Was sind nun die wesentlichen Aufgaben des Landes? Das Straßennetz im ländlichen Raum – das sind die Gemeindestraße, öffentliche Interessentenwege und auch Privatwege – ist fachlich und technisch zu betreuen, d.h. Förderung und Begleitung von Webauprojekten. Aber auch bei Katastrophenfällen und Katastrophenschäden im Bereich der Gemeinde, des ländlichen Straßennetzes, wird der Sachverständigendienst durchgeführt und die Auszahlung der Zuschüsse hier abgewickelt. Zu den Zahlen und zur Finanzierung: Im Globalbudget ländlicher Wegebau 2017 gibt es keine Kürzungen. Es sind folgende Mittel ausgewiesen im Budget 2017: 4,6 Millionen - im Vergleich zu 2015 und 2016, hier war der Betrag 4,2 Millionen. Die hier dargestellte Erhöhung für 2017 ergibt sich durch eine Umschichtung von 450.000 Euro aus dem Globalbudget Bedarfszuweisungen und Schulbaufonds, Beiträge an Gemeinden für den ländlichen Wegebau, EU-Programm, österreichisches Programm für ländliche Entwicklung 2014 bis 2020, und Maßnahmen in der ländlichen Verkehrsinfrastruktur. Das Land Steiermark hat mit 26.000 km das größte ländliche Wegenetz Österreichs. Die Erhaltung und Sanierung ist eine besondere Herausforderung, ist aber auch Voraussetzung für einen starken ländlichen Raum, die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen sicherzustellen, und daher das ländliche Wegenetz in bestehender Form und Qualität aufrechtzuerhalten bzw. auch zu verbessern, ist unsere Aufgabe. Dazu kommt jetzt auch noch, dass bei zukünftigen

Straßensanierungen und Ausbauten durch Synergieeffekte auch Breitbandinfrastruktur mitgedacht und auch mitgeschaffen werden soll. Geschätzte Damen und Herren, neben dem Budgetansatz für den ländlichen Wegebau werden da und dort auch Budgetmittel notwendig sein, um all diese Herausforderungen zu meistern.

Ich danke aber vor allem auch der Fachabteilung für die wirklich gute Arbeit, die ich auch selbst auf Gemeindeebene erfahren kann, aber auch dem politischen Verantwortlichen, unserem Herrn Landeshauptmann, für den sorgsamem Umgang mit dieser Thematik. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche uns alles Gute. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.41 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Anton Gangl von der ÖVP.

LTAbg. Gangl - ÖVP (14.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn wir heute die Debatte verfolgen, so gibt es für mich zwei Ansätze, Betrachtungswinkel zum Budget. Die einen, die sagen: „Das Budget gibt im Groben vor, was sich die Politik wünscht und lässt den Akteuren einen gewissen Spielraum, um das umzusetzen.“ Dann gibt es die anderen, die sagen: „Es muss alles bis auf Punkt und Beistrich im Budget niedergeschrieben sein, um sozusagen jenen den Stempel der Politik aufzudrücken.“ Ich, ehrlich gesagt, bin kein Verfechter dieses zweiten Modells, sondern eher ein Verfechter der ersten Linie, weil ich glaube, dass das Budget einen Rahmen vorgibt und unter diesen Rahmen müssen Menschen arbeiten, und ich weiß, dass die Steirerinnen und Steirer äußerst kreativ sind, dass sie viel können. Und wenn wir die Außenbetrachtung der Steiermark anschauen, wie wir gesehen werden, dann ist in den letzten Jahren eine gute Politik gemacht worden, ich glaube, da brauchen wir uns nicht dafür zu schämen. In vielen Bereichen ist die Steiermark Vorbild. Dass das möglich war, hatte bis jetzt auch immer einen budgetären Hintergrund. Daher halte ich nichts davon, so eng zu fassen. Wir sehen das ja auch bei den Gesetzen: Desto enger sie sind, desto schwerer reagieren wir dann darauf, wenn es notwendig ist, wenn es Veränderungen in der Gesellschaft gibt oder wo auch immer ganz einfach neue Maßnahmen zu setzen sind. Und ich möchte über einen kleinen Bereich sprechen, der vielleicht für manche nicht so wichtig ist, aber für mich doch wichtig ist, das ist die Volkskultur, wo mit einem durchaus kleinen Budget von knapp vier Millionen Euro – nicht mit genauen Vorgaben – Gewaltiges geleistet wird, an der Spitze mit der Frau Dr. Monika

Primas und vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich glaube, auch das ist wichtig, dass Menschen motiviert sind und dass sie mit Freude ihre Arbeit machen. Wenn wir uns die Volkskultur anschauen – und wenn ich nur meinen Bezirk Südoststeiermark, das Steirische Vulkanland, mit 42 Musikkapellen, mit 100 Chören und Singkreisen hernehme – so ist das ein wesentlicher Teil unserer Lebenskultur vor Ort und die Leute und die Menschen mögen das auch. Sie engagieren sich freiwillig und machen mit. Was will ich damit sagen? Budget muss begeistern und Budget muss sozusagen den Anstoß geben, dass sich viele an der Umsetzung von dem, was wir mit dem Budget zum Ausdruck bringen wollen, beteiligen. Eine Beteiligung, eine Bürgerbeteiligung in all unseren gesellschaftlichen Fragen ist aus meiner Sicht etwas Wichtiges. Wir sprechen hier nur immer von Zahlen, wir müssen aber wissen, dass das irgendjemand ja auch umsetzen und abarbeiten muss. Da sind die Menschen vor Ort und die sollten wir aus meiner Sicht auch dementsprechend motivieren, und ich denke, dass dieses Budget, das die Steiermark heute hier vorgelegt hat und das wir intensiv diskutiert haben, diese Motivation zulässt. Ich denke, wir haben genug Verantwortliche in den Abteilungen und draußen in den Gemeinden, die, wenn wir es ihnen zutrauen und sie motivieren, dieses Budget auch sehr gut abarbeiten können und auch abarbeiten werden.

Ich möchte vielleicht noch zwei Punkte ansprechen, die mir wichtig sind. Auch ein kleines Budget – 0,9 Millionen Euro – die Unterstützung von Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern, die Europa kennenlernen wollen, die nach Brüssel fahren und wo einfach diese Reisen dementsprechend unterstützt werden. Ich denke, auch das ist wichtig, denn wir diskutieren hier so oft über Europa und wie wenig wissen vor allem die jungen Menschen, wenn sie sich nicht vor Ort ein Bild machen können. Ich sehe das auch als äußerst wichtigen Bildungsansatz, dass wir hier Schulklassen unterstützen, um einfach hineinschnuppern zu können, damit nicht vorgefertigte Meinungen sozusagen ihr Bild prägen, sondern dass sie sich selber ein Bild möchten können.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Entwicklungszusammenarbeit, für die ich auch zuständig bin. Ich danke hier Herrn Landesrat Christian Buchmann, dass wir hier sozusagen eine Umstellung in der Förderung vornehmen, nämlich dass solche Projekte mehrjährig unterstützt werden sollen. Ich bin auch in der Entwicklungsarbeit ein bisschen tätig und ich kenne das und weiß daher, wie wichtig es ist, dass wir hier Kontinuität brauchen, dass wir hier Mehrjährigkeit brauchen, um Projekte implementieren zu können. Denn Geld hinschicken und zu hoffen, dass etwas passiert, kann kein Ansatz sein. Es müssen auch dort die Menschen bewegt werden dazuzulernen und nach ihren Möglichkeiten sich das Leben zu

gestalten und Wirtschaft aufzubauen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) In diesem Sinne denke ich: Wir haben ein sehr gutes Budget und es ist schade, dass die Oppositionsparteien nicht mitgehen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.47 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Renate Bauer von der SPÖ.

LTAbg. Bauer - SPÖ (14.47 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerin und werter Zuhörer!

Ich möchte kurz zum Bereich – ist, glaube ich, auch wenig überraschend – Frauenbudget Stellung nehmen, auch wenn dieser Bereich einen kleinen Anteil des Budgets ausmacht, so ist es umso wichtiger, dass wir darüber sprechen und es wurde heute auch schon zu diesem Thema diskutiert, darüber freue ich mich. Ein großer Teil des Frauenbudgets geht in die steirischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen. Oberste Priorität dabei: Eine weitere Verbesserung beim Zugang von Frauen und Mädchen zu bedarfsgerechter Information und Beratung. Unsere Landesrätin hat es bereits angesprochen: Neben einer Valorisierung der Basisförderung ist weiters geplant, die Beratungsstunden gerade dort auszubauen, wo wir noch nicht so gut versorgte Regionen haben wie z. B. in Liezen, im Mur- oder im Mürztal. Dazu soll es auch niederschwellige Informationsschienen geben, sei es durch Veranstaltungsformate, neue Infoveranstaltungen, oder auch die Möglichkeit, verstärkt Online-Beratungen in Kauf zu nehmen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch anmerken bzw. auch aufrufen, ein Aufruf an alle Bürgermeister, alle Bürgermeisterinnen, denn ich denke, das Frauenbudget ist nicht nur auf Landesebene wichtig, sondern auch auf Gemeindeebene, auf Bundesebene, und natürlich auch wir als Abgeordnete in den Regionen sind gefordert. Es passiert ganz schnell, denke ich mir, und vielleicht auch unbewusst, aber wenn es um Budgetstellungen in den Gemeinden geht und es müssen Budgets gekürzt werden, passiert es leider sehr oft, dass halt auch die Frauenförderung auf der Strecke bleibt. Daher mein Aufruf: Das Land hat das Frauenbudget erhöht, aber es kann das Land natürlich nicht alles ausgleichen. Wir haben bei der letzten Landtagssitzung erst zum Tagesordnungsthema „Landflucht“, auch zum Thema bzw. über die Auswirkungen unter dem Slogan „Gehen die Frauen, stirbt das Land“ diskutiert und auch da haben wir gesehen und darum noch einmal meine Betonung: Es muss eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Land und Gemeinden geben Einrichtungen und Angebote zu stärken, die sich bedarfsgerecht um die Anliegen und Probleme von Frauen und Mädchen kümmert und so dazu beitragen, dass diese auch in den

Regionen selbstbestimmt leben und arbeiten können. Natürlich ein weiterer Schwerpunkt des Frauenbudgets, wie auch in den letzten Jahren, die Aktion „16 Tagen gegen Gewalt“ ist ja erst jetzt am 10. Dezember mit dem Tag der Menschenrechte zu Ende gegangen, auch 2017 wieder vorgesehen ein großer Schwerpunkt rund um das Thema „Prävention gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“. Regionale Veranstaltungen sind genauso geplant, wie wieder eine große Fachtagung im Herbst. Im Beratungsbereich wird das Angebot für Frauen und Mädchen, die von Gewalt im Namen der Ehre betroffen sind, ausgeweitet werden, d.h. es wird auch in der Obersteiermark entsprechende Beratung dazu geben. Und ein weiteres großes Thema, auch die Frau Landesrätin hat es heute kurz erwähnt, natürlich die Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen und Entscheidungsgremien und dabei ist mir wichtig – ich habe es auch in der letzten Sitzung erwähnt – es gilt Maßnahmen zu setzen und alles daran zu setzen, um mehr Frauen in die Politik zu bringen. Es gibt ja auch einen eigens dafür eingerichteten Unterausschuss, der Anfang nächsten Jahres aktiv zusammentreffen wird. Ich möchte aber an dieser Stelle schon auch festhalten, dass es nicht in der alleinigen Verantwortung des Frauenressorts bzw. von Landesrätin Lackner sein kann, wenn es darum geht, mehr Frauen in Führungsfunktionen zu bringen. Da ist ganz sicher vor allem einmal das Wirtschaftsressort gefordert, aber ich würde sagen, wie wir es heute auch gehört haben, eine Querschnittsmaterie, alle Ressorts, alle Regierungsmitglieder sind da gefordert.

Zum Schluss noch kurz, wie bereits erwähnt: Alle frauenpolitischen und gleichstellungsbedingten Maßnahmen sind eine Querschnittsmaterie. Ich weiß, wir haben es schon so oft gehört, aber ich denke, wir können es auch nicht oft genug erwähnen. Diesbezüglich vielleicht noch kurz eine Anmerkung zum Entschließungsantrag der Grünen – die Sandra ist jetzt leider nicht da. Ich gebe der Sandra zu 100 % Recht, wenn sie sagt: „Wir müssen die Frauen sichtbar machen“, oder so, wie sie sagt: „Wir müssen das Frauenbudget sichtbar machen.“ Wenn wir frauenpolitisch weiterkommen wollen, müssen wir die Frauen sichtbar machen, aber ich sehe jetzt keinen Grund oder kein ... ich verstehe es nicht ganz, was uns weiterbringen sollte, wenn wir jetzt ein eigenes Globalbudget für Frauen, oder wenn das Budget nicht auf zweiter oder auf erster Ebene angesiedelt ist - meiner Meinung nach technische Maßnahmen, die uns keinen Schritt weiterbringen. Ich bin der Meinung, weil das Budget ... – okay, mit dem arbeiten wir als Abgeordnete, wir sind gefordert, die Regierungsmitglieder immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Es bringt nicht mehr Geld, ich denke, alle Ressorts sind gefordert, so z. B. auch ein gutes Beispiel: Im Ressort von Landesrätin Doris Kampus gibt es z. B. im Bereich Arbeit tolle Projekte, die auch

Frauenförderung darstellen, so z. B. im steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm gibt es einen eigenen Schwerpunkt unter dem Fokus „Verbesserung von Beschäftigungschancen für spezifische Zielgruppen“. Unter diesem Schwerpunkt sind auch für das nächste Jahr wieder Maßnahmen im Rahmen der ZAM-Zentren für Ausbildungsmanagement, aber auch über die regionalen Kompetenzzentren für Bildung und Lernen geplant. Neben all den unbedingt notwendigen Maßnahmen – so, wie es Frau Landesrätin Kampus heute schon erwähnt hat: „Wir müssen die Menschen in Beschäftigung bringen“ – ist im Frauenbereich sicher ein wichtiger weiterer Schritt Frauen, die zwar eine Beschäftigung haben, aber sehr niedrig qualifiziert sind, die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben. Denn ich denke, Aus- und Weiterbildung ist sicher ein wesentlicher Schritt in die Richtung, dass Frauen von einem Job gut und selbstbestimmt leben können, und die auch im Alter eine Pension erhalten, mit der sie gut ihr Auskommen finden. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.55 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Barbara Riener von der ÖVP.

LTabg. Riener - ÖVP (14.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal bzw. via Livestream!

Ich möchte über meine Ausführungen einen Satz voranstellen: Einen guten Weg konsequent fortsetzen, um die Steiermark nach vorne zu bringen. Und ich glaube, das trifft auch zu und Sie werden es anhand meiner Ausführungen auch - wenn man will - wahrnehmen können. Wir übernehmen Verantwortung und wir sind in Reformprozessen, die teilweise schon abgeschlossen sind – es war in der letzten Legislaturperiode, und teilweise sind wir noch auf dem Weg.

Ich komme zur Pflege und zur Gesundheit und da sind wir noch auf dem Weg. Und einige Vorrednerinnen und Vorredner haben das auch schon gesagt: Wir haben noch einiges zu tun. Aber wenn man sich nie auf den Weg macht und ein Ziel ins Auge fasst, dann weiß man, man kann ihn zwar gehen, aber man weiß nicht, wo es einen hinführt. Zumindest das Ziel ist gut definiert, liebe Hedwig, ich glaube, das ist gut, wenn wir sagen, wir wollen die Steirerinnen und Steirer gesünder machen als den Rest der Welt, und dass sie länger leben als der Rest der Welt. Das ist ein tolles Ziel, aber es ist natürlich eines, das man Schritt für Schritt gehen kann und muss. Im Gesundheitsbereich ist es auch wichtig, die Investitionen, die getätigt wurden,

und zwar über die Vereinbarung mit dem Bund, LKH 2020, konsequent weiterzugehen, weil wir sonst die Bundesanteile nicht bekommen würden und das wäre verantwortungslose Politik und das wollen wir nicht.

Wir wollen das Geld, das uns für die Steirerinnen und Steirer zur Verfügung steht, gut abholen und gut weiterinvestieren, deswegen müssen wir auch unseren Anteil leisten und das ist in diesem Budget auch eingepreist, nämlich mit dem Investitionszuschuss für die KAGes von 130 Millionen Euro und für die Landespflegezentren mit zehn Millionen Euro. Einmalig im Budget ist auch der Anteil der Kick-Anleihen ausgewiesen, das ist die Rückzahlung der zweiten Tranche mit 500 Millionen Euro. Das ist ein Einmalbetrag, der sich dann weiter nicht fortsetzen wird. Für die KAGes ist ein Gesellschafter-Zuschuss, der sich erhöht hat, von 490 Millionen im Budget ausgewiesen, da sind auch schon die Landespflegezentren mit den Betriebskosten inkludiert, weil, wie Sie alle wissen, sind die Landespflegezentren der KAGes in eine Tochtergesellschaft angegliedert worden. Wir haben im Dezember 2014 ein Ärztezeitgesetz beschlossen bzw. damit verbunden auch ein neues Gehaltsschema für die Ärzte. Das setzt sich natürlich Jahr für Jahr fort und das müssen wir auch im Gesellschafterzuschuss praktisch berücksichtigen. Aber für 2017 ist auch zum ersten Mal – und der Herr Landesrat hat da schon öfters darauf hingewiesen – für die Pflege ein neues Pflegeschema, das dann ab 01.07.2017 gelten wird – das kriegen wir dann nächstes Jahr ins Haus –, aber es ist budgetär schon vorgesorgt, dass auch die ein neues Schema bekommen werden. Insofern darf ich gleich darauf kommen, was im Finanzausschuss auch gefragt wurde bzw. wir haben einen Tagesordnungspunkt später dann betreffend die Imagekampagne für die KAGes. Da ist ein Teil für die Imagekampagne für die KAGes im Budget enthalten, Werbung zu machen und natürlich inkludiert das auch, dass man entsprechend der Leistung entsprechendes Budget zur Verfügung stellt, dass uns Ärzte nicht nach Deutschland abwandern oder in andere Bundesländer, und dass es funktioniert hat, soweit es möglich ist aufgrund der Ausbildungen, haben auch schon die zusätzlichen Dienstposten gezeigt.

Bei den Pflegedienstposten wird es gleich bleiben. Beim Pflegedienst wird es ähnlich kommen, also d.h. in der Anfragebeantwortung über den Budgetdienst, den die FPÖ gefragt hat, ist das auch ausgewiesen, dass nicht mehr „nicht medizinisches Personal“ beinhaltet ist. Bei der Pflege möchte ich darauf hinweisen, dass wir entlang des Bedarfs- und Entwicklungsplanes 2025 das Budget fortsetzen. So sind für die 24-Stunden-Betreuung 12,8 Millionen Euro vorgesehen, für den Aufbau von Case-and-Care-Management, das sich etwas verzögert hat, aber fürs kommende Jahr wiederum 1,45 Millionen vorgesehen. Es ist

auch die Gesundheitsförderung – und da möchte ich ganz besonders Styria Vitalis, was extra über den Landesrechnungshof auch positiv dargestellt wurde, hervorheben, die umfangreiche Gesundheitsförderungen machen und denen auch danken, dass sie das umsetzen, was wir über die Gesundheitsziele auch planen.

Es ist für die geschlossene Sozialhilfe, das sind unsere Pflegeheime, 220 Millionen veranschlagt. Da möchte ich gleich darauf hinweisen, das ist eine leichte Erhöhung, aber es ist dem geschuldet, dass die Regierung bereits im März 2016 vollzogen hat, was wir bereits in diesem Haus immer wieder auch gefordert haben, den Personalschlüssel im Pflegeheimbereich zu erhöhen – so, wie in anderen Bundesländern. Dem wurde Rechnung getragen und das ist hier auch ausgewiesen und dem wird Rechnung getragen.

Zur Aussage von Kollegin Klimt-Weithaler, es kommt immer wieder, egal, um was es geht, aber wenn es um Pflegeheime geht, heißt es immer wieder – ach, da sitzt du, Claudia – immer wieder: „Ja, die gewinnorientierten Pflegeheime, usw. ...“ Ja, dieses Normkostenmodell, das kritisiert wurde, das jetzt mühsam verhandelt wird mit dem Pflegeheimbetreiber, dass man es verbessert, da stehe ich auch dazu. Aber wenn du sagst, dass da ein Gewinn entsteht, entsteht er für jeden Pflegeheimbetreiber, ob das jetzt ein gemeinnütziger ist, oder ob das jetzt ein gewinnorientierter ist, so wie ihr es meint. Der Gemeinnützigere darf es nur nicht als Gewinn sehen, sondern er kann es dann für etwas anderes verwenden. Ob das aber der Sinn der Sache ist, möchte ich auch bezweifeln. Also insofern, wenn du kritisierst: „Immer nur die gewinnorientierten Pflegeheime ...“, muss ich sagen: Das Geld über das Normkostenmodell kriegt jedes Heim, ob Sozialhilfeheim, ob gemeinnützige Pflegeheime oder eben die privaten. Kollegin Andrea Schartel hat die Pflegebetten angesprochen, dass draußen in den Regionen Pflegeheime zugesperrt werden usw., also wozu wir uns entschlossen haben – und das wurde auch mehrmals schon in diesem Haus gesagt – ist, dass kein Pflegebett dazukommt, weil im Bedarfs- und Entwicklungsplan Pflege ausgewiesen ist, hochgerechnet bis 2025, dass wir eigentlich ausreichend Pflegebetten haben, sogar ein bisschen mehr als wir benötigen. Aber diese werden wir umbauen in Kurzzeitpflege wo wir Rückmeldungen bekommen, dass das bereits schon öfters gemacht wird zur Entlastung der Angehörigen in der Pflege. Und ich weiß, dass du dich mit dem sehr beschäftigst, und ich glaube, das ist auch ein guter Weg, aber es wird keines zugesperrt, d.h. es werden nicht in diesem Sinne Pflegebetten zurückgefahren. Wenn es zu einer Verlagerung in den Regionen kommt – dass man sagt: Dort ist schon ausreichend Bedarf abgedeckt und woanders haben wir noch eine Lücke –, kann sein, dass es zu einer Verschiebung kommt, aber es wird nicht reduziert.

Die 24-Stunden-Betreuung wird sehr gut angenommen, die wird auch weiter im Budget die Bedeutung haben wie bisher. Bei der Hauskrankenpflege, da hoffen wir, dass wir nächstes Jahr wirklich mit einem ausgewogenen Tarifmodell zum Fahren kommen. Diese zehn Millionen Plus vom vorigen Jahr bleiben weiter eingestellt, d.h. wir haben Vorsorge getroffen im Budget.

Die Gesundheitsreform, die angesprochen wurde, Gesundheitszentren, die beschrieben wurden im Internet: Ja, okay, das sind die alten Gesundheitszentren, die werden aber weiter entwickelt. Und wenn du zugehört hast, liebe Hedwig, hat unser Landesrat bei den Regionalkonferenzen immer gesagt, die Steiermark hat sich entschlossen, den bereits gebräuchlichen Ausdruck „Gesundheitszentren“ weiterzuführen, um die Bevölkerung nicht zu verwirren. Und bitte, dass ihr das mittragt. Es ist eine Weiterentwicklung und jetzt nicht wieder Unsicherheit streuen, das ist nicht fair. Du hast dabei zugehört. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Weil die Redezeit schon fast am Ende ist, möchte ich noch kurz zur Kollegin Jungwirth kommen. Mit der Aufforderung seinerzeit hat die frühere Landesrätin ... *(Präsidentin Dr. Vollath: „Nicht fast zu Ende, sondern schon überschritten. Also bitte zum letzten Satz kommen!“)* ... es blinkt erst ... *(Präsidentin Dr. Vollath: „Ja, aber das heißt, dass es aus ist!“)* ... okay, danke. Dann darf ich den Satz noch zu Ende sagen: In der Bundeszielsteuerung bzw. in der 15-a-Vereinbarung-Finanzierung ist es genau so gedacht, dass wir gemeinsam mit dem Bund diese Vereinbarungen treffen, um die Gesundheitsziele voranzutreiben in einer Kooperation Bund – Sozialversicherungen – Land. Und deswegen, das wird weiter fortgesetzt, morgen streiken die Ärzte deswegen, also insofern: Du siehst, es ist eine Kooperation, es ist ein weiter Weg, aber da ich nicht fertig geworden bin, werden Sie mich später noch einmal hören. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.06 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Gabi Kolar von der SPÖ.

LTAbg. Kolar - SPÖ (15.06 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat!

Ich darf ganz kurz zum Thema „Klimaschutz, Maßnahmen der Steiermark“ sprechen und im Speziellen auf den Entschließungsantrag der Grünen eingehen, der da heißt „Erhöhung der Mittel für Klimaschutzmaßnahmen“. Frau Kollegin Jungwirth hat ja eingangs schon darüber gesprochen, dass alles zu langsam geht, zu wenig schnell – wir könnten ein bisschen mehr

Gas geben sozusagen. Ich gebe dir auch in vielen Teilen Recht, was du da sagst, mir würde es auch schon längst lieber sein, wenn es viel, viel schneller ginge, was den Klimaschutz anlangt. Nur denke ich mir, wir haben sehr, sehr viele Euro in den Klimaschutz in den letzten Jahren hineingesteckt und das, was uns ganz, ganz wichtig ist – und ich denke auch dir, liebe Frau Kollegin –, ist einfach die Prävention, sprich auch die Aufklärung, daher können wir wesentlich mehr noch mit geringen Geldmitteln arbeiten. Jetzt ganz kurz zu dem, was du sicher schon weißt, aber was ich noch einmal in Erinnerung rufen möchte, was wir im Bereich Klimaschutz mit unserem Landesrat Anton Lang bereits umgesetzt haben und wo wir auf einem guten Weg sind mit unseren Strategien. Die Steiermark setzt seit Jahren zahlreiche Umsetzungsaktivitäten zum Klimaschutz und damit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Seit Juli 2011 ist der Klimaschutzplan Steiermark in der Umsetzung. Laut Klimaschutzbericht Steiermark 2014 sind wir auf einem guten Weg, das EU-Klimaziel für das Jahr 2020, nämlich die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 16 % zu erreichen. Aktuell liegen die steirischen Gesamtemissionen bei 12,5 Millionen Tonnen CO₂ – nicht Euro – CO₂, dies bedeutet ein Minus von 17,8 % gegenüber dem Basisjahr 2005. Als besonders positiv ist dabei die Entwicklung im Gebäudesektor hervorzuheben. Die Emissionen in diesem Sektor sind von 2,05 Millionen Tonnen im Jahr 2005 auf 1,16 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2013 zurückgegangen. Dies entspricht einer Reduktion um 43 %. Der Ausbau von Fernwärmenetzen auf Basis alternativer und nachhaltiger erneuerbarer Energieträger stellt in der Klima- und Energiestrategie des Landes Steiermark einen besonderen Schwerpunkt dar. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die wirtschaftliche und nachhaltige Nutzung von industrieller Abwärme gelegt – wie wir auch bei uns in der Region sehen, was die Abwärme der Pölser Papierfabrik anlangt –, und es wurde ein entsprechender Abwärmekataster erstellt. Im Bereich Solarwärme und Biomasse, Einzelfeuerungen wurden durch Förderprogramme und Bewusstseinsbildung ebenfalls enorme Steigerungsraten erzielt. Pro Jahr wurden in den letzten Jahren bis zu 4.000 thermische Solaranlagen und 1.500 Biomasseheizungen gefördert. Zur weiteren Aktivierung wurden im Jänner 2016 die Förderrichtlinien grundlegend neu ausgerichtet. So wurde die Förderung für Solarwärme verdoppelt und die Förderung für Biomasse um 25 % erhöht. Erstmals gibt es auch Förderungen für hocheffiziente Wärmepumpen. Im Immobilitätsbereich – Frau Abgeordnete und Kollegin Helga Ahrer hat es ja heute schon auch besprochen – ist es ganz, ganz wichtig hier noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir Förderungen in E-Car-Sharing-Projekte für Gemeinden und Betriebe erreichten, wie insgesamt 58 Gemeinden und 18 Betriebe. Mit einem Fördervolumen von

insgesamt 2,1 Millionen Euro werden 78 E-Autos angeschafft, die der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. 146 E-Ladestationen werden aus diesen Projekten heraus errichtet. Also die E-Mobilität in Steiermark 2030 ist eine wichtige, zukunftsweisende Technologie für die Steiermark und für Österreich, wie wir auch von den Förderrichtlinien des Bundeslandes sehen können. In allen Bereichen des Klimaschutzes spielen – und das habe ich eingangs bereits gesagt – vor allem Information, Beratung und Bewusstseinsbildung eine zentrale Rolle. So konnten in den letzten Jahren auch über ein breit angelegtes Klimabildungsprogramm tausende steirische Schülerinnen über die Auswirkungen des Klimawandels wie auch zu Klimaschutzmaßnahmen informiert werden. Die 2012 gestartete Klima- und Energieinitiative des Landes Steiermark „Ich tu's für unsere Zukunft“ hat mit gezielten Angeboten für die Bevölkerung Tausende SteirerInnen erreicht und zum Mittun aktivieren können. Besonders hervorzuheben sind dabei die Energieberatungsangebote des Landes Steiermark, so wurden im Jahr 2014 rund 6.000 Energieberatungen durchgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind auf einem sehr guten Weg, vieles muss noch getan werden, wie Frau Abgeordnete Jungwirth heute schon gesagt hat. Möchte vielleicht noch einige Zahlen nennen, die wir für den Klimaschutz in den vergangenen Jahren ausgegeben haben, derzeit für bestehende Ökoförderungen, Solarwärmeanlagen zur Warmwasseraufbereitung 2016: 500 Anlagen um 700.000 Euro; Photovoltaikanlagen mit Stromspeicher zur Eigenstromversorgung: 1.700 Anlagen, 2,1 Millionen Euro; Biomasseheizungen: 1.000 Anlagen, 1,6 Millionen Euro; hocheffiziente Wärmepumpen: 20 Anlagen, 50.000 Euro. Dann komme ich zur Elektromobilität: Ankauf von Privat-PKW und Ladestationen 2016, innerhalb von 3 Monaten, wo dieses Förderangebot gilt, gab es 300 Ansuchen, das ist ein Betrag von 1,5 Millionen Euro an Fördersumme; E-Car-Sharing für Gemeinden und Betriebe: 58 Gemeinden und 18 Betriebe mit einem Fördervolumen von 2,1 Millionen wurden 78 E-Autos angeschafft, die der Bevölkerung zur Verfügung stehen; dann die E-Taxis und Hybrid-Taxis: 40 Fahrzeuge, 200.000 Euro. Und dann komme ich noch zum Nah- und Fernwärmenetz: In den letzten Jahren wurden rund 27 Millionen an Projektförderungen gewährt.

Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, aber wir können noch weiterhin Gas geben. Sie haben mich auf Ihrer Seite, geschätzte Frau Abgeordnete Jungwirth, und auch Herrn Landesrat Anton Lang, das weiß ich. Wir müssen noch viel, viel um jeden einzelnen Schritt und um jeden Euro kämpfen und vor allem um die Bewusstseinsbildung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.15 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Frau Dr. Sandra Holasek von der ÖVP.

LTAbg. Dr. Holasek - ÖVP (15.15 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsmitglieder, geschätzte Kollegen, geschätztes Forum dieses Hohen Landtages!

Ich darf zum Budget und zur Wirkkraft von Wissenschaft, Forschung und Kultur kurz Stellung nehmen. Wissenschaft und Forschung möchte ich einleitend mit einem Zitat von Einstein einleiten: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Deshalb brauchen wir die Wissenschaft, deshalb setzt die Steiermark als Forschungsland Nummer eins mit einer F&E-Quote von 4,87 % weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und investiert gerade hier in starke Kooperationsprojekte. Das Ziel ist genau unsere Forschungsquote auf fünf Prozent zu erhöhen und damit vor allem qualitätsvolle Arbeitsplätze in unserem Land weiterzubringen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Es gibt einen dringend notwendigen Kulturwandel im Dialog zwischen Wissenschaft und Forschung und der Gesellschaft. Und da ist in den letzten drei Jahren bundesweit Gott sei Dank viel passiert. Unser Leben ist zentral über die Wissenschaft beeinflusst, aber in der Bevölkerung wird das leider nicht so wahrgenommen. Die Relevanz wird nicht gesehen. Mehr als 52 % von uns sehen sich laut Eurobarometer 401 weder über Wissenschaft informiert, noch besteht Interesse daran. Das ist beschämend, wenn wir uns da in dieser Situation im untersten Drittel dieser Befragung im EU-Raum befinden. Da ist viel zu tun, d.h. aber, dass es nicht nur um neues Denken geht, sondern auch um neues Handeln, das man in Konzepten zusammenbringen muss. Und damit meine ich das Zusammenspiel von Spitzenleistungen, sowohl in den Lehrberufen und Facharbeitsbereichen, in anwendungswissenschaftlichen FH's und Pädagogischen Hochschulen, und in der Ausbildung von Forschern und Forscherinnen für die Zukunft an unseren Universitäten, das gehört weiterhin gestärkt. Die Zukunft der Hochschulen hier in der Steiermark ist – das wissen wir – gut aufgestellt über die Hochschulkonferenz, ein interagierendes Netzwerk aller Hochschulen im Land. Im Budget haben wir jetzt eine stabile, konsequente Fortsetzung der Arbeit, vor allem von drei wichtigen Wirkzielen: Das ist die Bündelung von Call-Systemen, um hier den Übergang von Kleinprojekten auf größere Projektgrößen zu erleichtern und die Interdisziplinarität mit einer Riesenchance zur weiteren Vernetzung auch aufzugreifen. Damit schaffen wir kritische Größen und ergänzen die bereits erfolgreich angefangenen Vernetzungsaktivitäten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, wie eben die

Kompetenzzentren, schon mehrmals genannt. Wir sind hier mit 25 von 44 K-Zentren in der Steiermark die Nummer eins bundesweit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und das dritte Wirkungsziel, ganz wichtig: Die Förderung der Jugend, die Förderung der jungen Forscherinnen und Forscher. Für Forscher und Forscherinnen ist es extrem schwierig, am Beginn ihrer Karriere international und auch national in Ausschreibungen zu rezipieren. Hier gilt es, diese Lücke aufzugreifen und die Jugend hier zu unterstützen, und Hebelwirkungen zu schaffen, die die Leute dann und die Persönlichkeiten auf ihrem wissenschaftlichen Karriereweg bringen. Für 2017 sind hier 500 Forscherinnen und 500 Forscher vorgesehen und haben hier einen guten Start in die Zukunft.

Zur Kultur: Es hat hier Gott sei Dank in den letzten Jahren einen sehr positiven Kulturwandel gegeben. Es gibt ein Interagieren, einen Austausch und eine starke Auseinandersetzung mit Kultur in unserer Gesellschaft. Gab es früher nur einige wenige Einzelpersonen, die sich künstlerisch betätigen konnten und mehr oder weniger erfolgreich waren, so ist die Kunst heute in der Gesellschaft angekommen, und zu einem der wichtigsten und auch sehr anerkannten Arbeitgeber und auch Sinnstifter geworden. Kultur- und Kunstpflege ist jetzt natürlich ein ganz starker Auftrag, der sich hier mit dem Budget 2017 auch weiterhin ergibt. Wir werden die Angelegenheiten der Landesbeteiligungen aufzugreifen haben, Universalmuseum Joanneum, Theaterholding und Steirischer Herbst, aber auch die Unterstützung der Stipendien sichern, Atelierprogramme weiterführen und somit die Maßgabe auch über die Förderungen, über das steirische Kultur- und Kunstförderungsgesetz aufgreifen. Fünf Wirkziele sind hier entscheidend und mein Vorredner, Kollege Kurzmann, hat das ja auch schon kurz angesprochen. Ich möchte da hier auch noch einmal darauf eingehen. Es geht ganz entscheidend um die Vielfältigkeit des Kulturangebotes im Land und dabei geht es um mehrjährige Planungssicherheit, das entscheidend wichtig ist für die Persönlichkeiten, die hier agieren. Und wir haben hier diese 160 Projekte, die wir wieder in die Planung nehmen, das sind Projekte, die mit hoher Fachexpertise geprüft werden und nicht zufällig eine Förderung bekommen, also das sind ausgewiesene Projekte und daher ist es schön, dass wir auch im nächsten Jahr die Stabilität sichern. Regionale Anteile, die Regionen, der Regionsschwerpunkt wird ja in der Kultur stark gelebt. Wir haben hier mit 25 % in diesem Jahr eine starke Regionsthematik, die wir im nächsten Jahr halten wollen und auch darüber hinaus entwickeln wollen, also keineswegs Einschränkung, sondern ganz im Gegenteil: Eine Weiterentwicklung der kulturellen Förderung in den Regionen.

Die Landesbeteiligungen – entscheidend ist dabei, das ist uns allen offenbar, dass es hier um weitere Stärkung der Kundenbildung und –bindung geht, und Vermittlungsmaßnahmen in allen Gesellschaften notwendig sind. Dabei werden ganz starke Themen, neue Themen aufgegriffen werden, wie beispielsweise die langgehegte Vision einer Lichtbionnale. Dann ist es die Vernetzung der Künstler, die wir wieder sichern können, und zwar stabil zu diesem Jahr werden wieder 80 Projekte hier laufen. Die Steirische Landesbibliothek wird mit dem Schwerpunkt von dem Jubiläum von Peter Rosegger hier die Medienaufarbeitung verstärken und aufgreifen und dafür wird auch die Finanzierung gestellt sein.

Gender- und Diversitätsprojekte sind ein wichtiges Thema für die Öffentlichkeit, Gott sei Dank, und auch hier gibt es geförderte Initiativen, die wir seit 2015 konstant halten und die auch im nächsten Jahr in dieser Zahl veranschlagt sind.

Am Ende glaube ich, Werbung und Marketing gerade im Bereich Kunst geht nur über Qualität, es geht um neue Ideen – über neue Ideen, die wir gemeinsam gestalten. Die Möglichkeit kreativen Wirkens, sowohl in der Wirtschaft und Wissenschaft als auch in der Kultur, ist in unserem Land besonders breit gefächert und wird in dieser wichtigen gesellschaftsformenden Funktion weiterhin hochgehalten werden. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.24 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Mag. Ursula Lackner, bitte.

Landesrätin Mag. Lackner - SPÖ (15.24 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Kollege auf der Regierungsbank, geschätzte Abgeordnete und Gäste.

Einige Ressortbereiche meines sehr vielfältigen und breit gefächerten inhaltlichen Spektrums habe ich in der geforderten Kürze in meiner ersten Wortmeldung bereits dargestellt. Renate Bauer und Wolfgang Dolesch haben in ihrer Funktion als BereichssprecherInnen auch schon einiges erläutert, was mein Ressort skizziert. An Wolfgang Dolesch anknüpfend, der sich auch dem Schul- und dem Elementarbildungsbereich gewidmet hat, habe ich nun noch einige Eckpfeiler, die ich auch wieder in der gebotenen Kürze natürlich in der Budgetdebatte hier darstellen und vorstellen möchte.

Aus dem Bereich der Erwachsenenbildung ist es mir ein besonders Anliegen, auch die öffentlichen Bibliotheken zu erwähnen. Und es gibt seit heuer im Herbst erstmals regionale Bibliotheksbegleiterinnen und Bibliotheksbegleiter für 200 öffentliche Bibliotheken in der Steiermark. Nicht flächendeckend können die tätig sein, sondern in vier Regionen sehen sich

diese MitarbeiterInnen als Service, als Begleitung und als Vernetzung für vor allem ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bibliotheken zum Zweck, dass Bibliothek mehr wird als Lesen, nämlich ein Ort der Bildung, der informellen Bildung. Und Bibliotheken - das weiß ich und das kann ich Ihnen auch sagen - können viel mehr, als Bücher zu entleihen. Meine Leseoffensive, aber auch die Möglichkeit Bücher und Bestände digital entleihen zu können, sollen dazu beitragen, dass die Steiermark das Leseland Nummer eins wird. Einen Aspekt, der auch schon gefallen ist, den möchte ich hier in diesem Zusammenhang noch erwähnen, was die Regionalität und die Unterstützung der Regionen in einer Lebendigkeit betrifft: Sowohl diese regionalen Bibliotheksbegleiterinnen und –begleiter als auch die in den Regionalmanagements angesiedelten Bildungs- und Berufsorientierungs-Koordinatorinnen und –koordinatoren sind so etwas wie Community Education. Ich nenne diesen Begriff, weil er vom Bund her auch als Leitmotto für die Initiative Erwachsenenbildung definiert ist, die mit 2017 in eine neue Periode geht und diese Institutionen bilden für mich auch einen Teil dieser informellen, aber sehr regionalen Bildungsmöglichkeit.

Ein zweiter Bereich sind die Musikschulen, die eine Erwähnung unbedingt brauchen. Ich will mit den Gemeinden ein neues Fördersystem für die Musikschulen entwickeln, erarbeiten. Wir haben 49 Musikschulen, 21.000 Schüler und Schülerinnen, 900 Lehrer und Lehrerinnen in der gesamten Steiermark. Und mit einem neuen Fördersystem, das sowohl pädagogische, als auch wirtschaftliche Parameter tragen wird, sollen Entwicklungen für die steirischen Musikschulen ermöglicht werden. Eine Weiterentwicklung hat bereits das Licht der Welt erblickt: Nämlich vor kurzem wurde das Jugendsymphonieorchester ins Leben gerufen, das eine wichtige Funktion haben wird zwischen dem Konservatorium und allen Musikschulen, aber auch mit den Musikvereinen vor Ort, damit Kinder und Jugendliche auch die Möglichkeit haben, ein Podium zu bekommen, Fertigkeiten zu erfahren, in einem Orchester zu spielen, ja und diese Fähigkeiten dann auch weiterzutragen.

Der dritte Bereich, der von mir angesprochen werden will, das ist die außerschulische Jugendarbeit, die sehr viel kann. Die außerschulische Jugendarbeit hat neben der Bildung und der Erziehung in der Familie als allererste Adresse in der Kinderkrippe, im Kindergarten, in der Schule, einen entscheidenden Part inne in der Begleitung unserer Kinder und Jugendlichen auf dem Weg des Erwachsenwerdens hin zu einem vollwertigen Mitglied unserer Gesellschaft. Und es gibt ein Sprichwort, das ich auch hier zitieren möchte, das sehr gut zu diesem Bereich meines Ressorts passt: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu

erziehen!“ Die außerschulische Jugendarbeit spielt da eine bedeutende Rolle. Neben der Familie ist die Kommune die nächstgrößere Einheit, in der Kinder und Jugendliche sich orientieren und diese außerschulische Jugendarbeit spielt sich vor allem in der Kommune ab, in diesem Umkreis, in diesen Beziehungsfeldern. Ich möchte als Jugendlandesrätin für alle Akteure und Akteurinnen eine verlässliche Partnerin sein im Weiterentwickeln von Maßnahmen, damit wir dieses Angebot auch zeitgemäß in die Zukunft tragen können, dass wir den Herausforderungen, die wir allerorts in der Gesellschaft natürlich auch sehen, bewältigen können. Kurz umrissen: Es sind 20 Fachstellen mit 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, es sind 51 Einrichtungen der offenen Jugendarbeit mit auch 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 20 geförderte steirische Jugendverbände, 15.300 – es ist eine sehr genaue Zahl – ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für 140.000 Mitglieder, die viele Veranstaltungen in der Steiermark landesweit aber auch bezirkswelt und regional durchführen, also eine unglaubliche Anzahl von Aktivitäten und Vielfalt. Und um diese Struktur aufrecht erhalten zu können, braucht es natürlich die Unterstützung des Landes und der Gemeinden, bei denen ich mich auch an dieser Stelle dafür bedanke, dass Prävention als wichtige Norm gesehen wird und nicht erst die Reparatur, die an anderer Stelle getan werden müsste.

Meine Maßnahmen für das Jahr 2017, um den Vorausblick auch zu machen: Es geht um die Weiterentwicklung des Personalkosten-Kofinanzierungsmodelles, das mit den Organisationen entwickelt wird; es geht um neue Fördermodelle der ehrenamtlichen, verbandlichen Jugendarbeit, auch mit den Organisationen; es geht um Aus- und Weiterbildung für die jeweils in den Einrichtungen tätigen Kollegen und Kolleginnen; es geht auch darum, dass die Fachstellenlandschaft in allen wesentlichen Bereichen unserer Gesellschaft das Ihre dazu beiträgt, damit Kinder und Jugendliche und Familien sich gut entwickeln können; natürlich geht es um Jugendschutz, Schwerpunkt das Thema Rauchen und Alkohol bzw. Nichtraucher und nicht Alkohol; und es geht auch um die Weiterentwicklung von anderen Handlungsfeldern, die wir als wichtig erachten, immer in Zusammenarbeit mit den Organisationen, die einfach ihr Know-how einbringen und damit einfach die Steiermark um vieles reicher machen, als andere Institutionen es in der Hauptamtlichkeit auch tun könnten.

Zum Abschluss möchte ich mich natürlich bei all den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren und Akteurinnen in den kleinen und in den großen Organisationen bedanken, bedanken bei den Städten und Gemeinden für ihr Engagement und für die gute Partnerschaft, die ich in meinem Ressort feststellen kann, immer alles für die Menschen in unserem Land,

für die gute Kooperation, die all überall festzustellen ist und auch – last but not least – für den großartigen Einsatz der Kollegen und Kolleginnen in der Abteilung, allen voran bei den Führungskräften, da darf ich Hofrat Dr. Eigner nennen, Hofrätin Mag. Nagl, Hofrätin Mag. Fluch, Mag. Schober und bei ihren Teams, und natürlich bedanke ich mich auch bei Ihnen für die angeregten und für die konstruktiven Diskussionen, alles im Sinne meines Ressorts, das immer die Menschen betrifft und erreicht. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.34 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Karl Petinger von der SPÖ.

LTAbg. Petinger - SPÖ (15.34 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen, wertere Kollegen!

Es ist wieder gelungen, ein Budget vorzulegen, das keine Zustimmung bei der Opposition findet. Stellen Sie sich einmal vor: Wir legen ein Budget vor und alle hier im Hause stimmen dem zu. Was wäre das für ein Budget? Das wäre wirklich für die Demokratie ein Armutszeugnis und letztendlich müssten wir uns als Reformzukunftspartnerschaft überlegen, ob wir nicht etwas falsch gemacht haben. *(LTAbg. Schönleitner: „ Das stimmt nicht!“)* Das stimmt nicht - nicht ganz? Wenn ich mir das so angehört habe heute, durchaus. Aber nichts desto trotz glaube ich, ist es gelungen, im Rahmen der Möglichkeiten des Haushaltes, des steiermärkischen Landeshaushaltes ein Budget aufzustellen, das den Spagat eigentlich wieder durchaus vernünftig darstellt, und zwar auf der einen Seite Investitionen, auf der anderen Seite Eindämmung von Ausgaben, um nicht das Wort „sparen“ zu verwenden, weil das stimmt in vielen Bereichen nicht, sondern Angleichung der sozialpolitischen Gegebenheiten an die heutigen Tatsachen. 700 Millionen Euro Fördervolumen, das meiste davon löst ja noch zusätzlich Investitionsvolumen aus, weil die Investitionen durch diese Förderungen ja erst möglich werden und um ein Vielfaches sich darstellen werden, was wiederum – und das haben wir heute schon ein paar Mal auch gehört – zu Absicherung von Arbeitsplätzen, zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führt und letztendlich dann Wertschöpfung in der Region bleibt, in den Regionen, in der Steiermark eine Kaufkraftsteigerung darstellt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und mitverbunden natürlich das notwendige Wirtschaftswachstum. Also ein guter Weg, ein vernünftiger Weg, trotzdem dass es dann zu rd. 300 Millionen Überschreitungen, Neuverschuldung des steirischen Haushaltes kommt. Auf der anderen Seite Reformen über Jahre hinweg, ob es die Gemeindestrukturreform war,

die Bildungsreform, die jetzige laufende Gesundheitsreform, die Verwaltungsreform und viele andere gesetzliche Maßnahmen, die dazu geführt haben – und ich habe das vorher schon betont –, dass dem gesellschaftspolitischen Wandel alle diese Förderungen und diese Sozialleistungen, die notwendig sind, zu denen wir absolut stehen, angeglichen wurden. Es hat natürlich da und dort auch zu Verschlechterungen geführt, das wollen wir ja gar nicht abstreiten, aber wer Systeme verändert und anpasst, kann nie davon ausgehen, dass es hier eine generelle, absolute Verbesserung gibt. Aber ich glaube, dass diese Systeme gerechter geworden sind, dass diese Systeme auch zukünftig finanzierbar bleiben und dementsprechend auch die soziale Absicherung in unserem Bundesland in einem hohen Ausmaß weiter erhalten bleibt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Also ein gutes Budget, auf der einen Seite Wachstum, auf der anderen Seite Stabilisierung der Ausgaben, und somit können wir faktisch nur gratulieren, dass dieser Budgetvorschlag heute hier diskutiert wird und letztendlich auch mit den Stimmen der beiden Parteien ÖVP und SPÖ beschlossen wird.

Vielleicht einige kurze Anmerkungen, bevor ich noch ein wenig zu den Regionen komme. Mich verwundert, wenn ich mich an die Debatte über das Haushaltsrecht erinnere in diesem Haus, außer natürlich – ist schon angeklungen – die kommunistische Fraktion, dass alle dementsprechend geschwärmt haben davon, wenn man von der Kameralistik auf die Doppik umsteigt. Langsam bekomme ich das Gefühl, dass keiner gewusst hat, worum es da geht, weil Kameralistik ist ganz klar gewesen: Das ist eine reine Zahlenaufstellung der Budgetzahlen, der Budgetzahlen des vorigen Jahres und des Haushaltsabschlusses des davor gehenden. Dann hat man die Zahlen hinüber verglichen und wenn irgendwo eine Spitze war, hat man gesagt: „Warum ist diese Spitze da?“ Wirkungsziele sind nie hinterfragt worden, haben wir heute schon gehört, das ist ein genereller Bruch des alten Systems und da gibt es eben das neue. Da muss man sich halt jetzt auch für die einzelnen Wirkungsziele interessieren, da muss man sich halt besser und mehr über die einzelnen Punkte informieren und interessieren. Das ist nicht mehr ein Zahlen-Reihen-Vergleich, der immer relativ einfach war und natürlich auch für jeden Einzelnen durchaus übersichtlich. Aber es verlangt auch von der Opposition mehr Qualität in der Betrachtung dieser Wirkungsziele, in der Betrachtung der Kennzahlen und in der Betrachtung der Indikatoren. Man kann – und da bin ich durchaus dafür – durch eine Kosten-Leistungs-Darstellung das da und dort auch mit Zahlen hinterlegen, aber es wird nie mehr dieses Rechenwerk werden, wie es in der Kameralistik war. Davon haben wir uns und fast alle Fraktionen in diesem Haus vor ein paar Jahren verabschiedet. Das soll man endlich akzeptieren, qualitätsmäßig soll man immer daran arbeiten.

Ich danke der Claudia, dass sie dieses Ranking aus der Kleinen Zeitung dargestellt hat, wo Österreich an der zehnten Stelle ist, und zwar hat dieses Ranking, wenn man es genauer gelesen hat, natürlich nicht nur monetäre Werte dargestellt, sondern hauptsächlich die Lebensqualität in den verschiedenen Staaten, in den europäischen Staaten, und da sind natürlich andere Werte, gesellschaftspolitische Werte, Bildungsfaktoren usw. eingeflossen, und da können wir uns – und das hat sie selber gesagt, bzw. sagt die Zeitung in ihrer Konsequenz, dass in Österreich noch immer und Gott sei Dank eine hohe Lebensqualität vorhanden ist. Das erlaubt die Frage dann: Ja, wer hat denn die geschaffen? Warum ist sie da? Denn Schluss mag jeder selber ziehen. Ich weiß es genau, es sind natürlich die Entwicklungen der beiden noch Großparteien der letzten Jahrzehnte, damit wir diese Lebensqualität erreicht haben mit allen Standards, die wir haben. Also du hast das damit bestätigt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Werte darstellen der SPÖ, Umverteilung, Wertschöpfungsabgabe – na, selbstverständlich stehen wir zu diesen Werten und wir haben es auch ganz groß gesagt, und selbstverständlich brauchen wir eine Änderung unseres Steuersystems in ein ökologisches und in eine Wertschöpfungsabgabe. Nicht als zusätzliches Steuerinstrument, sondern als anderes Steuerinstrument, wenn man dann andere Steuern abschaffen muss und möchte, um nicht eine höhere Steuerquote zu erreichen, die brauchen wir nicht, das wissen wir auch. Aber wir müssen auf unser System schauen, ob das noch zeitgerecht ist, ob wir damit in die Zukunft gehen wollen oder nicht. Da bin ich dafür, dass wir ganz klar sagen, Wertschöpfungsabgabe ja, aber nicht als zusätzliches Instrument, sondern anstelle des jetzigen Steuersystems – natürlich mit einem hohen ökologischen Faktor, ganz klar, ohne den wird es in Zukunft auch nicht gehen. Vakant müssen die Ziele sein und wir stehen dazu, wir stehen aber ... da sitzt die KPÖ in einem großen Glashaus und schmeißt natürlich leicht mit großen Steinen, weil sie nie in Gelegenheit oder in Gefahr laufen wird, etwas, was sie fordert, auch umsetzen zu müssen. Deswegen müssen wir konsequent daran arbeiten, deswegen muss man gemeinsam versuchen, einen neuen Weg, den wir sicherlich brauchen, zu gehen und wir stehen 100%-ig dazu, da brauchen wir auch nicht daran erinnert werden.

Vielleicht ein bisschen zu den Regionen noch. Ich glaube, die Regionen haben durch die Schaffung dieses Ressorts einen hohen Stellenwert, einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen, der sich auch jetzt wieder natürlich ..., wenn ein Ressort geschaffen wird, muss auch ein dementsprechendes Budgetziel her und müssen auch dementsprechende Indikatoren gesetzt werden. Das alleine ist eine Aufwertung der Regionen.

Wir wissen alle, was in diesen Regionen passiert, wer praktisch damit arbeitet, seien es Projekte, ob es EU-Projekte sind, LEADER, F-way oder verschiedene Projekte, die in unseren Regionen sehr gut funktionieren und wo sehr viel Strukturarbeit geleistet wird. Aber regionale Entwicklung ist ein Querschnittsthema, wir haben dort natürlich den Verkehr zu beachten, wir haben die Anbindung zu beachten. Und wenn ich davon ausgehe, dass im öffentlichen Verkehr bei den S-Bahnen in der Steiermark wesentliche Fortschritte und ein Riesenschritt passiert ist, dann muss man auch sagen, dass das auch Regionalpolitik ist, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Weiterqualifizierung in den Regionen, Lehrwerkstätten in den Regionen, höhere Qualifizierung und viele verschiedene Dinge, die da hineinspielen, und das, glaube ich, ist ganz wichtig. Wir sind da auf einem richtigen und guten Weg und haben noch sehr viel zu tun.

Nur ein kleines Beispiel noch und dann bin ich schon fertig, was dieses Ressort bewirkt und da darf ich aus meinem Heimatbezirk was vorbringen. Und zwar die ÖDK-Grundstücke: Sofort, wie es darum gegangen ist, alle verfahrensrechtlichen Dinge auf einen Weg zu bringen, ist eine Arbeitsgruppe im Land Steiermark gegründet worden, die alle notwendigen Verfahren zusammengeführt hat und dementsprechend dort organisiert hat. Das hat sehr gut funktioniert und ohne dieses Ressort wäre das nicht gelungen. So stelle ich mir wirklich regionale Entwicklungsarbeit vor. Es blinkt schon. Ich glaube, dass dieses Budget im Rahmen der Möglichkeiten ein gutes Budget ist. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.44 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Stefan Hofer von der SPÖ.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer - SPÖ (15.45 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Frau Landesrätin, werte Landesräte, geschätzte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Budgetdebatte ist schon etwas weiter fortgeschritten, trotzdem möchte ich ein paar Minuten über die Sportpolitik und über das Sportbudget in der Steiermark sprechen. Primäres Ziel der steirischen Sportpolitik ist es ja, mehr Menschen zum Sport zu bringen und auch mehr steirische Erfolge im Sport zu erzielen. Die Sportstrategie 2025 und auch das neue Landessportgesetz in der Steiermark sind wichtige Säulen zum Erreichen dieser Ziele.

Im Sport zählt nicht nur der Sieg oder die Niederlage, Sport ist eine klassische Querschnittsmaterie und wirkt sich auch auf andere Bereiche, wie beispielsweise Gesundheit, Bildung, Soziales, oder auch Wirtschaft und Tourismus positiv aus. Auch bei der Finanzierung, insbesondere auch bei der Sportinfrastruktur gilt dies zu berücksichtigen. Zudem fördert der Sport vor allem in Zeiten, wo der Alltagsstress immer mehr steigt, eine optimale Work-Life-Balance und damit das persönliche Wohlbefinden. Polysportive Tätigkeiten sind deshalb nicht nur bereits im Kleinkindalter wichtig - das Bewegungsland Steiermark, wurde heute bereits erwähnt, leistet hier eine sehr, sehr wichtige und positive Arbeit. Sport vermittelt aber auch zentrale, gesellschaftspolitische Werte, wie Fairness, wie Toleranz, wie Solidarität oder wie Teamgeist. Im Sport zählt eben nicht die Herkunft, sondern ausschließlich die Leistung. Leistungs- und Breitensport sind im gleichen Maße notwendig – mehr noch: Leistungs- und Breitensport profitieren gegenseitig voneinander. Die duale Ausbildung ist insbesondere für die SPÖ ein zentrales Anliegen. Daher bin ich beispielsweise auch sehr stolz auf die Erfolge, die das NAZ Eisenerz diesbezüglich bereits erzielen konnte. Ich bin auch sehr froh und bedanke mich ausdrücklich dafür beim zuständigen Landesrat Toni Lang und beim Landesfinanzreferenten Michael Schickhofer, dass trotz knapper Budgets das Sportbudget in der Steiermark unverändert bleibt und nicht gekürzt wurde. Rund 5,8 Millionen Euro stehen 2017 für den Sport in der Steiermark zur Verfügung, dazu kommen zwei Millionen Euro für Special Olympics, die 2017 ja in unserem Bundesland stattfinden werden. Positiv hervorstreichen sind insbesondere die Erhöhung der Mannschaft-Spitzensportförderung, hier wurde vor allem der Frauenanteil kräftig erhöht, die erhöhte Förderung für einige Landesleistungszentren und die tägliche Sport- und Bewegungseinheit, die 2017/2018 als Pilotprojekt und im Schuljahr 2018/2019 in den Regelbetrieb in den steirischen Schulen eingeführt wird. Sport, meine sehr verehrten Damen und Herren, in all seinen Facetten soll ein lebenslang begleitendes Element für alle Steirerinnen und Steirer unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer oder kultureller Herkunft, oder körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung sein. Ich bedanke mich bei allen Sportlerinnen und Sportlern, bei unseren Funktionären in unseren 55 steirischen Fachverbänden und 3 Dachverbänden, bei den Fans und natürlich beim zuständigen Sportlandesrat Lang und seinem Team für das bisher Erreichte und wünsche auch für die zukünftigen Vorhaben alles Gute. Und weil heute von Kollegin Jungwirth bereits Goethe zitiert wurde, fällt mir zum Budget ein anderer Deutscher bzw. ein Zitat eines anderen Deutschen ein, der mir ideologisch näher steht, nämlich von

Willy Brand. Der hat einmal gemeint: „Der beste Weg die Zukunft vorauszusagen ist, sie zu gestalten!“ Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Hubert Lang ist jetzt zu Wort gemeldet von der ÖVP.

LTabg. Lang - ÖVP (15.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute das Landesbudget schon sehr breit diskutiert in vielen Bereichen, in Einzelfragen, aber ein Thema ist noch nicht angesprochen worden, außer in der Generalrede unserer Klubobmannes, ein Thema, das wir tagtäglich brauchen. Das ist jetzt keine Quizfrage, sondern das Thema „Nahrungsmittel, Lebensmittel“ ist tatsächlich ein Thema, das wir tagtäglich brauchen, weil wir Steirerinnen und Steirer uns mit Sicherheit jeden Tag gesund ernähren wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir eine Umfrage in der Bevölkerung machen, welche Erwartungshaltung unsere Steirerinnen und Steirer an die Lebensmittelproduktion, an unsere Bäuerinnen und Bauern haben, dann ist es in einer Form, wie es unser Klubobmann Karl Lackner heute schon präzisiert hat, in etwa in Bildform in drei Gesamtbildern zu sehen. Zum einen die Lebensmittelproduktion, zum Zweiten eine Landschaft, eine Kulturlandschaft und zum Dritten als Rohstoffproduzent, als Produzent von nachhaltiger Energie, aber auch das Thema Holz als Rohstofflieferant auch als Baustoff. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Lebensmittelproduktion ist die Erwartungshaltung der Steirerinnen und Steirer durchaus berechtigt, heimische Lebensmittel unabhängig davon zu produzieren, dass wir nicht vom Import, vom Ausland abhängig sind, sondern eine generelle Versorgung der Bevölkerung sicherstellen können, aber nicht nur eine Versorgung sicherzustellen, sondern auch Lebensmittel gesund in höchster Qualität bereitzustellen; die Erwartungshaltung, dass mit der Lebensmittelproduktion auch das Thema Tierschutz einen hohen Stellenwert hat; ebenfalls die Erwartungshaltung, wenn es darum geht, die Pflanzenschutzmaßnahmen mitzutragen, mitzugestalten, d.h. frische, regionale Produktion in höchster Qualität, mit den höchsten Anforderungen und das auch noch leistbar – wenn ich es überspitzt sagen würde, preisgünstig, wenn man die Aktionen immer wieder am Lebensmittelsektor sieht, die zu hinterfragen ist.

Der zweite Bereich Landschaftspflege, Kulturlandschaftspflege, eine Selbstverständlichkeit, aber es ist keine Selbstverständlichkeit, dass die Landschaft derartig gepflegt ist als Grundlage für die Tourismusentwicklung, als Grundlage für unser wunderschönes Land Steiermark, die Erwartungshaltung, auch den Naturschutz zu betrachten. Und wenn ein neues Naturschutzgesetz intensiv in den Fachabteilungen bearbeitet wird, dann trägt es die Landwirtschaft auch mit. Wir müssen wissen, dass an die 70 % der Flächen in der Steiermark von Naturschutzmaßnahmen betroffen sind und ich behaupte – und Sie werden mir Recht geben – dass unsere Landwirte, die Bäuerinnen und Bauern die aktivsten Naturschützer in der Steiermark sind. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wenn es darum geht Energie bereitzustellen, das ist ein großer und wichtiger Bereich, nachhaltige Rohstoffe sicherzustellen, ob für Wärme, aber auch für Stromerzeugung, als Rohstoff oder als Baustoff, als Rohstoff für die Papierindustrie usw. Meine Damen und Herren, *(LTabg. Cramer: „Budget bitte!“)* die Landwirtschaft ... danke für den Hinweis, lieber Herr Kollege, wir kommen auch zu den Budgetzahlen. Wir erwarten aber auch ein klares Bekenntnis dieser Landesregierung und auch von diesem Hohen Haus, Kolleginnen und Kollegen, ein klares Ja zur landwirtschaftlichen Produktion, ein klares Ja zu den Rahmenbedingungen, dass eine Produktion gesichert werden kann, dass das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern gesichert ist, aber auch, dass mit dem Einkommen ein Auskommen möglich ist. Wenn wir das alles sicherstellen können und die Chancengleichheit nicht nur in der Steiermark, in Österreich, aber vor allem in der EU gewährleistet ist, dann ist natürlich auch ein Budget notwendig, ein Budget, das auch sicherstellt, dass die Nachfolge in der landwirtschaftlichen Produktion gesichert wird, wenn es darum geht, unsere Jugendlichen auszubilden. Unser zuständiger Landesrat Hans Seitinger setzt dafür 46 Millionen Euro ein in Ausbildung für unsere Jugendlichen, damit wir die Produktion, die Landschaftspflege, die Energiebereitstellung auch über die nächsten Generationen sicherstellen können. Das wird in 25 Schulstandorten abgesichert, an die 2.500 Schülerinnen und Schüler werden hier intensivst ausgebildet – intensiv ausgebildet in den Schwerpunkten der landwirtschaftlichen Schulen, wo speziell der Bezug zu Grund und Boden, und wenn man die Mutter Erde hernimmt, der Bezug zu Grund und Boden, die Kraft, die von der Erde ausgeht, dann bedeutet das den Umgang in der Grünlandwirtschaft, wie man Ackerbau betreibt, nachhaltigen Ackerbau betreibt, auch eine Ausbildung in Wein- und Obstbau sicherzustellen, eine Ausbildung Gartenbau. Ein sehr großes Thema, sind auch sehr viele Arbeitsplätze hier abgesichert, eine umfangreiche Ausbildung in Theorie und Praxis, ob das Buchführung, Kostenführung, Betriebswirtschaft, Sachkunde, Tiergesundheit,

Naturschutz ist. Meine Damen und Herren, mit dieser Ausbildung kann man die Produktion, die Vermarktung von Lebensmittel sicherstellen, aber auch die Grundlage der kulinarischen Vielfalt für den Tourismus sicherstellen. (*LTA*bg. Cramer: „Budget!“) Diese Ausbildung, Herr Kollege, hilft uns auch im Zusammenleben, wenn es darum geht, Jugendliche auszubilden, damit das Zusammenleben in den Familien, in den Generationen, aber auch das Zusammenleben, wenn es darum geht, ältere Generationen mit zu begleiten auf ihrem Lebensweg, sicherzustellen. Diese Ausbildung ist Grundlage, diese Millionen, die unser Herr Landesrat einsetzt, ist Grundlage dafür, dass unsere Jugend den landwirtschaftlichen Facharbeiter, einen Nachweis für die Qualifikation erreichen kann, den forstwirtschaftlichen Facharbeiter, ebenfalls den Nachweis in der Weiterbildung, in der Meisterausbildung, aber auch die Möglichkeit, über die drei Jahre hinaus eine höherwertige Ausbildung mit einem Maturaabschluss zu erzielen. Mit dieser Ausbildung sichern wir für die nächste Generation das Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen für Mensch, für Tier, für Umwelt, das Selbstbewusstsein, das Selbstwertgefühl, die Selbständigkeit, aber auch die Eigenverantwortung und die Leistungsbereitschaft unserer Jugendlichen. Meine Damen und Herren, diese gut ausgebildete Jugend in unseren landwirtschaftlichen Fachschulen gibt uns die Sicherheit dafür, dass wir in Zukunft hochwertigste Lebensmittel genießen können in regionaler Produktion, eine gepflegte Kulturlandschaft als Fundament für den Tourismus und eine Produktion in der nachhaltigen Rohstoffgewinnung haben. Meine Damen und Herren, und wenn wir heute schon einmal gehört haben, die Lebenserwartung in der Steiermark steigt, wir leben länger, wir haben die beste Gesundheitsvorsorge im Land, wir haben aber auch die höchste Lebensmittelqualität im Land. Dieser Grund in der Ernährung, aber auch in der Gesundheitsvorsorge ist der Grund, damit wir länger leben als der Rest der Welt und gesünder leben als der Rest der Welt. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.59 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Hermann Hartleb von der ÖVP, bitte die nächste Wortmeldung.

LTAbg. Hartleb - ÖVP (*16.00 Uhr*): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrat, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Karl Lackner hat in seiner Budgetrede heute schon gesagt, was den Tourismus betrifft: „Die Steiermark ist ein wunderschönes Land und es ist sehr gut aufgestellt.“ Ich kann das nur bestätigen, da sind sehr gute Leute am Werk, in der Gastronomie, in der Beherbergung, in

allen Tourismusbetrieben, aber auch in der Fachabteilung des Landes Steiermark oder was den Steiermark-Tourismus betrifft. Die Zusammenarbeit funktioniert hier bestens, unterstützt auch von unserem Tourismus- und Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann. Geschätzte Damen und Herren, die Steiermark liegt im Trend und Tourismus ist in der Steiermark eine Erfolgsgeschichte und das schon seit etlichen Jahren. In einem Zeitraum von zehn Jahren konnte der Tourismus in der Steiermark eine Steigerung von 23 % verzeichnen. Wir haben das heute auch schon gehört, aber das muss man öfter sagen, weil es wirklich Gewicht hat. Fast vier Millionen Gäste besuchten 2015 die Steiermark mit über zwölf Millionen Nächtigungen. Auch für das Jahr 2016 versucht Steiermark-Tourismus konsequent seine Tourismusstrategie mit den Erlebnisfeldern „Natur und Bewegung“, „Kultur in Stadt und Land“, „Essen und Trinken“ und „Regeneration und Wellness“ erfolgreich umzusetzen. Mit diesen Erlebnisfeldern wurden Leitprodukte entwickelt, die auch im internationalen Tourismussegment wettbewerbsfähig sind und auch dafür 2017 eine starke Strahlkraft haben. Weitere Beispiele sind die „Wanderroute vom Gletscher zum Wein“, die „Weinlandradtour“ oder der „Kulturgenuss im Grünen“. Für die „Wanderroute vom Gletscher zum Wein“ konnten im ersten Jahr bereits drei Millionen Online-Zugriffe verzeichnet werden. Weiters wird die Qualitätsoffensive für kleine und mittlere Schibetriebe und Langlaufgebiete mit den Investitionen in der Erhöhung der Schneesicherheit und zur Verbesserung der Anlagen – das haben wir heute schon gehört – mit einer Million Euro unterstützt. Ich sage da aus diesem Grund zwei Beispiele aus meinem Bezirk: Da gibt es drei so kleine Schigebiete, zwei hätten schon zusperren müssen, Obdach oder die Gaal würde es nicht mehr geben, wenn es diese Unterstützung nicht gibt. Auch Investitionen der Betriebe in Barrierefreiheit werden weiterhin unterstützt. Dies ist gesellschaftspolitisch von großer Wichtigkeit: Nicht nur vorschreiben, sondern auch unterstützen. Nächstes Jahr wird Steiermark-Tourismus das neue Leitprojekt zur „Regeneration und Wellness“ vorstellen, Grünkraft Steiermark, und es steht wiederum eine große Publikumsveranstaltung in München am Programm. Weiters arbeitet Steiermark-Tourismus an einen Relaunch des Steiermark-Internetportals, der im Jänner 2017 erfolgen soll. Sämtlichen touristischen Partnern steht damit ein Portal zur Verfügung, das fit für die digitale Zukunft ist. Auch für das Jahr 2016 ist für die ersten drei Quartale bereits ein Nächtigungsplus verzeichnet worden. Besonders erfreulich ist, dass der Steiermark-Tourismus dieser Tage den Austria-Event-Award in Gold für den 20. Steiermark-Frühling verliehen bekam. Ein wesentlicher Baustein in der steirischen Tourismus-Erfolgsgeschichte ist auch das Projekt Spielberg mit seinem Red-Bull-Ring. Der Red-Bull-Ring am Spielberg ist

mittlerweile zum Motorsportzentrum geworden. Keine andere Region in Mitteleuropa weist eine derart hohe Dichte an internationalen Großveranstaltungen im Rennsport auf. Alle Topveranstaltungen des internationalen Motorsports werden auch in Spielberg 2017 absolviert, sei es die Deutsche Tourenwagenmeisterschaft, die Formel I – die findet heuer am ersten Ferienwochenende statt, oder wieder die Motor-GP, die überhaupt im heurigen Jahr zum besten Rennen der Saison gewählt wurde. Aber nicht nur Motorsport zieht Menschen ins Murtal, der Ring in Spielberg ist auch zur Konzertbühne avanciert. Eines der alljährlichen Highlights ist das Spielberger Musikfestival, bei dem sich die mittlere und osteuropäische alternative Volksmusikszene ein Stelldichein gibt. Dieses Festival erfreut sich weit über die Region hinaus ihrer Beliebtheit. Damit ist Spielberg auch zu einem wichtigen Träger echter Volksmusikultur geworden. In Summe werden in Spielberg über zehn Top-Veranstaltungen in nur einem Veranstaltungsjahr geboten. Und Spielberg kann sich auch in einem sehr intensiven Wettbewerbsumfeld gut behaupten. Neben den über zehn Top-Veranstaltungen ist der Ring das ganze Jahr über ausgelastet mit verschiedensten Veranstaltungen im Rennsport, in Fahrtechnik und Eventbereich. Die Großveranstaltungen sehen aber nicht nur einen Motor für die Murtaler Tourismus- und Freizeitwirtschaft, sie sorgen auch für eine Steigerung der Wertschöpfung und für Arbeitsplätze in der gesamten Steiermark. Dietrich Mateschitz hat mit seinen Investitionen in der Region für nachhaltige Impulse, was den Ausbau touristischer Infrastruktur betrifft, gesorgt. Zu diesen Impulsen zählen über 70 Einzelprojekte am Ring und in der touristischen Infrastruktur im ganzen Bezirk. Das Murtal verfügt seither z. B. über einige wunderschön renovierte Schlösser, die jetzt als Hotels der gehobenen Kategorie fungieren. Weiters wird das Radwegenetz um den Red-Bull-Ring ausgebaut, mit Beteiligung von Red Bull fast bis zu einem Drittel der Gesamtkosten. Mit diesen und vielen anderen Initiativen ist es gelungen, auch abseits der Großveranstaltungen Menschen für das Murtal zu interessieren. Mittlerweile gibt es viele Familienurlaube, die die touristischen Angebote der Region Murtal und Murau nutzen. Und für die Saison 2015/2016 wartet die Statistik mit einer positiven Überraschung auf: Erstmals waren im Sommerhalbjahr mehr Nächtigungen zu verzeichnen als im Winterhalbjahr. Mit insgesamt 1,4 Millionen Nächtigungen in der gesamten Saison ist der Tourismus ein wesentlicher Faktor für die Region Murtal und Murau. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* In einer von Landesrat Christian Buchmann in Auftrag gegebenen Studie des Economics-Instituts für angewandte Wirtschaft und Sozialwissenschaften wird festgehalten: „Während große Veranstaltungs-Highlights für markante Spitzen bei den Besucherzahlen sorgen, ziehen die zahlreichen Tourismus- und

Freizeitangebote rund um den Red-Bull-Ring auch abseits der Großveranstaltungen von Jahr zu Jahr mehr Gäste in die Region. Im Murtal konnten in den vergangenen zehn Jahren eine Steigerung von 50 % im Tourismussegment verzeichnet werden.“ Bei dieser Steigerung ist auch das Projekt Spielberg. Laut der Studie von Economics ist die Wertschöpfung für die gesamte Steiermark alleine durch das Projekt Spielberg und die dadurch initiierten Wirtschaftsimpulse um rd. 150 % gestiegen. Tourismus, Freizeitwirtschaft, Handel und viele steirische Unternehmen im Vor- und Zulieferbereich profitieren von den Investitionen rund um Spielberg. Diese Investitionen haben Multiplikatorenwirkung. Die einheimische Wirtschaft wird in den unterschiedlichsten Bereichen gestärkt, Arbeitsplätze werden geschaffen und gesichert, rund um das Projekt Spielberg sind rund 400 Arbeitsplätze über das Jahr in Vollzeitäquivalenten entstanden. In Tourismus, Freizeit-, Vor- und Zulieferbereichen sind ebenfalls positive Auswirkungen auf den regionalen Murtal-Arbeitsmarkt zu verzeichnen. In den vergangenen Jahren sind für das Projekt Spielberg rund 400 Millionen in die Region geflossen, Baufirmen haben Arbeit, Gäste kaufen in der Region und das von Dietrich Mateschitz gegründete Projekt „Werkberg“, das innovative Firmengründer fördert, wirkt sich laut Wirtschaftskammer auch positiv auf die Gründerstatistik aus. Wir haben im Bezirk Steiermark weite Spitzenwerte, auch die Wirtschaftskraft ist dadurch gestiegen. Die Studie von Economics stellt auch fest, dass durch das zu erwartende Produktions- und Beschäftigungswachstum und durch die Zunahme der Einkommen und Konsumausgaben auch die Steuereinnahmen für den Staat Österreich steigen. Die Kleine Zeitung titelte am 26. August 2016: „Eine Region hebt ab“ und meint damit das Murtal. Fünf Jahre nach der Eröffnung des Red-Bull-Ringes spürt man das Engagement von Dietrich Mateschitz im gesamten Murtal und die Region hat viel daraus gemacht. Die Bilanz ist sehr, sehr positiv. Positiv ist aber auch, dass im Budget 2017 für die Österreichring GmbH 2,1 Millionen Euro Fördermittel vorgesehen sind und die Landesregierung und vor allem unser Tourismus- und Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann voll hinter dem Red-Bull-Ring stehen und dem Projekt Spielberg positiv weiter gegenüber stehen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.10 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich darf jetzt ein Begrüßung vornehmen, und zwar die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Klusemannstraße unter der Leitung des Direktors, Herrn MMag. Klaus Tasch. Herzlich willkommen im Landhaus. *(Allgemeiner Beifall)*

Die nächste Wortmeldung ist jetzt von Erwin Dirnberger von der ÖVP.

LTabg. Dirnberger - ÖVP (16.10 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesrätin, Herr Landesrat, geschätzte junge Zuhörerinnen und Zuhörer, geschätzte Damen und Herren auf den Zuhörrängen, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesdienstes! Landesbudget, immer sehr interessant, man kann vorher in etwa schon abschätzen, was so rauskommt. Der KPÖ „zu wenig sozial“; bei den Freiheitlichen „sparen“ – ja aber nicht dort, wo es die Regierung vorgeschlagen hat, viel zu wenig weit gleichzeitig, wie es der Klubobmann gesagt hat, Anträge einbringen, die wieder viel Geld kosten. Ein bisschen populistisch würde ich das bezeichnen. Und die Grünen „zu wenig ökologisch in Richtung Energie“, auch bei der Landwirtschaft „zu wenig Bioprodukte“ usw. – forcieren. Kann ich voll mitgehen, es hat zwar der Hubert Lang schon sehr ausführlich das auch dargelegt, nur muss man bei der ganzen Bioproduktion, die ja vorbildlich in der Steiermark funktioniert, auch, glaube ich, die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, damit die Bereitschaft besteht, diese Produkte auch zu kaufen, weil sie ja doch etwas höherpreisig sind und weil die Wertschöpfung dadurch höher ist u.dgl.. Und zur KPÖ – natürlich, verstehe ich, nur eines ist schon klar, das ist auch angesprochen worden: In diesen Ländern, in denen eure Grundlehre gelebt wurde, hat es nicht gerade zum Erfolg geführt. Aus meinen Gemeindezahlen kann ich ableiten, dass wir in keinster Weise einsparen. Ich habe festgestellt, dass das Sozialhilfebudget – und bekanntlich ist das der Sozialbereich – von 2010 bis 2015/2016 um 48 % gestiegen ist und die Ertragsanteile, sprich die Steuereinnahmen, um 19 %. Also, wir haben diesen Bereich wesentlich ausgeweitet und darunter stöhnen natürlich die Gemeinden und sagen: „So kann der Weg nicht weitergehen.“ Jetzt kann man natürlich darüber diskutieren, ob die Treffsicherheit stimmt, da kann man nachjustieren, sind wir auch angehalten, dass wir das immer wieder tun. Ich bin bei gewissen Punkten auch bei euch, dass man eigentlich schon drüber nachdenken sollte, wie man vor allem spekulatives Kapital stärker besteuert. Das können wir im Landtag in keinster Weise, das kann Österreich nicht, da müssten wir wenigstens in Europa eine Kraft zusammenbringen, und das ist leider in dieser EU nicht möglich und schon gar nicht mit den USA. Da gebe ich euch vollkommen Recht, wäre ich auch zu haben. Wenn man die Spekulationsgewinne um ein halbes Prozent besteuern würde, würden das Hunderte Millionen, ja Aberhunderte Millionen Euro sein - nur so viel zur Gesamtsituation. Wir als Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben eine Gesamtverantwortung

und können natürlich uns nicht dem Populismus in diese oder jene Richtung hingeben, und, so sage ich, ich bin gar nicht euphorisch über das Budget. Ich glaube, unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist das ein sehr vernünftiges Budget; zum einen mit Investitionen, zum Zweiten aber auch mit gewissen Einsparungen. Und dass die Basis eines jeden Budgets natürlich auch der Finanzausgleich ist – der neu verhandelt wurde, der wurde schon angesprochen –, wissen wir auch. Auch da bin ich nicht euphorisch, obwohl ich weiß, wie schwierig die Rahmenbedingungen waren und ich mich auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter und Landesfinanzreferenten für seinen Einsatz bedanke, so ist es aus meiner Sicht ein erster richtiger, aber doch nicht allzu großer Schritt in die richtige Richtung.

Aber ich darf einige Zahlen aus diesem Finanzausgleich, was doch gelungen ist, zitieren, der Finanzreferent hat es schon angesprochen: Es gibt vom Bund jährlich 300 Millionen Euro mehr, davon bekommen die Gemeinden 112,9 Millionen und hier wiederum werden 52,9 Millionen nach der Bevölkerungsanzahl auf alle Gemeinden verteilt. Und, was wir als Gemeindebund ganz massiv gefordert haben, dass auch ein Strukturfonds eingerichtet wird, damit diese Ungleichheiten zwischen den unterschiedlichen Bundesländern – wir wissen ja, dass Wien im Verhältnis wesentlich mehr bekommt, als die Stadt Graz, aber auch die westlichen Bundesländer im Vergleich zur Steiermark wesentlich mehr pro Kopf bekommen –, ausgeglichen werden. Natürlich hätten wir den Wunsch gehabt, dass dieser Topf nicht nur mit 60 Millionen, sondern 180, 240 Millionen wären wünschenswert, aber es ist ein Erfolg, dass er eingerichtet wird. Uns hindert niemand und dieser Finanzausgleich ist zwar taktiert, muss zu guter Letzt jetzt erst endgültig beschlossen werden, aber man kann, und wir werden darauf pochen, dass hier auch noch nachjustiert wird im Laufe der Zeit. Was erfreulich ist, dass es für Migration und Integration einen gewissen Topf gibt und davon bekommen die Gemeinden 37,5 Millionen. Also, alle Gemeinden, die Asylwerbern Quartier gegeben haben, bekommen einen gewissen Anteil. Die Weiterführung des Pflegefonds ist sehr erfreulich und wichtig für Land und Gemeinden, und dass dieser Pflorgetopf auch valorisiert wird mit 4,5 %. Sehr wichtig auch die Siedlungswasserwirtschaft und dass es eine gewisse Abgeltung der Kosten für die Eisenbahnkreuzungsverordnung gibt. Hier bin ich noch nicht zufrieden, aber es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Man hat eine Vereinfachung bei der Mittelzuteilung vorgenommen und wie immer, wenn man was so einfach macht, muss es nicht immer genau das Richtige sein. Man hat viele Punkte der Verteilungsmechanismen verändert, und das hat dazu geführt, dass die § 11-Mittel jetzt mit den Ertragsanteilen

mitausbezahlt werden und man dadurch die finanzstärkeren Gemeinden sogar gestärkt hat und die schwächeren nicht. Also, im Gegenzug muss man hier wieder Ausgleichsmechanismen einführen, die in der Form auch stattfinden, dass die § 21-Mittel, die auch für finanzschwächere Gemeinden sind, jetzt dem Bedarfszuweisungstopf zugewiesen werden, und aus diesem Topf jetzt auch die Landesregierung direkt gewisse Ausgleichszahlungen schon jährlich zusagt. Das heißt, hier muss man sehr wachsam sein. Wenn man beim Finanzausgleich an einem Rädchen dreht, kommt es sehr rasch zu Verwerfungen, die eigentlich nicht im Sinne des Erfinders sind. Erfreulich ist auch, dass eine Mindestdynamik eingeführt wird bezüglich Schlechterstellung, also dass eine Gemeinde nicht mehr als 50 % verliert. Diese Mittel müssen jetzt wieder wo herkommen und da ist es ganz wichtig, dass diese Beschlüsse, die jetzt mittels Abänderungsantrag im Nationalrat eingebracht werden, auch tatsächlich beschlossen werden. Erfreulich ist die Mittelverteilung des Strukturfonds, diese 60 Millionen, wie gesagt, sollen ja dazu dienen, um die Unterschiede unter den Bundesländern auszugleichen, und hier konnten wir uns – und da war für die Verteilungsvorschlag der Gemeindebund zuständig, der österreichische – mit den anderen Bundesländern darauf einigen, dass wir aus diesem Topf 15,7 Millionen Euro bekommen. Das sind 26 % dieser Mittel. Bei einem Bevölkerungsanteil von 14 % ist das durchaus sehr erfreulich, und davon profitieren immerhin 188 Gemeinden in der Steiermark - wie gesagt, sofern dieser Abänderungsantrag in den nächsten Tagen im Nationalrat beschlossen wird. Wie gesagt, keine Euphorie, aber ein positiver Abschluss des Finanzausgleiches in die richtige Richtung und daran müssen wir weiterarbeiten. Dass wir auch bei den BZ-Kriterien noch nachjustieren müssen, ist, glaube ich, aus meiner Sicht auch klar, aber daran wird gearbeitet.

Ich darf auch ganz kurz auf diesen Entschließungsantrag der Freiheitlichen bezüglich Abschaffung dieser Ortsteilbürgermeister eingehen. Kollege Fartek hat es schon gut erklärt, für was die Funktion ist u.dgl.; zum einen, Herr Kollege Hafner, alles korrekt, was drinnen steht, nur das stimmt nicht. „Dies belastet den steirischen Landeshaushalt massiv, insbesondere sind diese Ausgaben nicht planbar“, das ist, schlicht gesagt, falsch, das belastet nicht den Landeshaushalt, das belastet ausschließlich das Gemeindebudget. Also das bitte exakter dann auch einzubringen und noch so viel. Ich habe mir das Beispiel vom Kollegen Fartek angeschaut in Fehring: Fünf Gemeinden fusioniert, jetzt sind 7.450 Einwohner, es gibt einen Gemeindevorstand, es gibt zwei Ortsteilbürgermeister, monatliche Kosten 11.820 Euro. Ohne Gemeindestrukturreform – und gegen die ward ihr, weil ihr habt ja immer nur gesagt: „Freiwillig“, und freiwillig wäre da wenig passiert. Wenn nicht von Haus aus die

Landesregierung dementsprechend dahinter gewesen wäre, würde es fünf Gemeinden geben, 28.368 Euro, d.h. eine Ersparnis monatlich von 16.548, fast 60 %. Und wenn man jetzt die beiden Ortsteilbürgermeister aufrechnet auf die Jahreskosten, so entstehen 22.064 Euro an Kosten, das ist bei einem Gesamtbudget der Gemeinde Fehring von 13 Millionen ein Anteil von 0,16 %. Freunde, nicht mit so einfachen Geschichten populistisch agieren, diese Ortsteilbürgermeister sind bei Großfusionen ganz wichtig als Ansprechpersonen, die werden sich selbst dann nach ein paar Jahren erledigen. Aber wenn es in der Gemeinde gewünscht wird, dann soll es in der Gemeindeautonomie bleiben und wir vom Landtag hier sollten nicht hineinregieren. Es blinkt, ich melde mich später noch zu Wort. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Ing. Sabine Jungwirth von den Grünen.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (16.22 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Stunden später setze ich fort, aber man muss nur mit ein bisschen Humor an die Sache herangehen. *(LTabg. Lercher: „Sage ich auch immer!“)* Ja? Gibst du mir Recht, Max? Ja, ich hab mich in meiner ersten Wortmeldung auf den Bereich Arbeitsmarkt im weitesten Sinne konzentriert und habe schon anklingen lassen, dass das Zweite, was ich für wesentlich erachte und wo wir uns doch sehr intensiv widmen sollten, der Bereich Klimaschutz, Klimawandel ist. Wir haben dazu auch einen Entschließungsantrag formuliert, wobei ich vorweg noch auf die Wortmeldung von dir, Gabi Kolar, eingehen möchte. Du hast gesagt: „Wir haben in den letzten Jahren viel hineingesteckt im Klimabereich, Klimaschutzbereich. Prävention und Aufklärung ist viel billiger als alle anderen Maßnahmen.“ Das stimmt schon, dass das eine sehr günstige Maßnahme ist. Aber wie das mit der Prävention und der Aufklärung ist, das sehen wir in vielen Politikfeldern: Ein sehr zähes Ringen, ein langsamer Weg, es dauert wirklich lang. Schauen wir uns den Frauenbereich an, weil der heute auch schon angesprochen worden ist, wo du, Renate Bauer, gemeint hast, du verstehst nicht ganz, wozu es da ein eigenes Globalbudget geben soll. Da ist es das Gleiche: Auch hier geht es schon ewig um Bewusstseinsbildung und vielleicht so irgendeinen Wandel vorantreiben, und es passiert nichts. Genau das Gleiche ist im Klimaschutz das Problem, Bewusstseinswandel ist gut und schön, aber das sind halt Generationenprojekte. So viel Zeit haben wir im Klimaschutz nicht mehr. Ich habe es, ich glaube, in der letzten oder vorletzten Sitzung schon

erzählt, dass Helga Kromp-Kolb bei einer Veranstaltung gesagt hat: „Wenn wir so weitermachen, ist in 14 Jahren endgültig Schluss, dann dürfen wir gar nichts mehr emittieren an CO₂.“ Also, 14 Jahre sind nicht lang, das ist keine Generation und deswegen können wir nicht bei der Bewusstseinsbildung weitermachen. Das ist zu wenig. Deswegen glaube ich schon, dass es wesentlich ist, beim Klimaschutz intensiv zu investieren und diesen voranzutreiben. Und ein wesentlicher Bereich ist da nun einmal auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, wo ich auf die Wortmeldung des Herrn Klubobmann Schwarz noch eingehen möchte. Er hat ganz am Anfang schon Kritik geübt an uns, dass wir gegen jedes Projekt wären, das im erneuerbaren Energiebereich einen Ausbau bringen würde. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass das Sachprogramm „Windenergie“ in seiner Entstehungsgeschichte auf einen Antrag zurückzuführen ist, den ich eingebracht habe, wo es darum gegangen ist, genau diesen Rahmen abzustecken, wo Windparks errichtet werden sollen und wo nicht. Wir haben uns gegen kein einziges Projekt gestellt, das im Rahmen dieser genehmigten Flächen dann in der Folge umgesetzt wurde – kein einziges! (*Beifall bei den Grünen*) Und man hätte im Detail mit Sicherheit etwas finden können, wenn man es gewollt hätte. Wir haben aber gesagt: „Nein, wir stehen dazu.“ Es war eine Initiative, die wir für sinnvoll erachtet haben und deswegen haben wir uns dann auch hinter dieses Ergebnis gestellt. Ich möchte noch dazu erinnern, dass es bei einem Projekt, das aber ein Ausfluss dieses Sachprogramms war, nämlich den Windpark am Kraubatheck, dann Schwierigkeiten gegeben hat, wo die Regierung ihr eigenes Sachprogramm dann wieder konterkariert hat und aufgeknüpft hat, das Paket, weil aus den Reihen einiger Großgrundbesitzer, die dort in der Nachbarschaft angesiedelt waren und die dort ihre Jagdgründe hatten, Kritik gekommen ist. So läuft es nämlich im Lande Österreich, hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Auch bei der Wasserkraft ist es so, dass wir uns im Einzelnen die Projekte oft sehr genau anschauen, das stimmt. Es gibt auch welche, wo wir massiv Kritik geübt haben und noch immer tun, weil wir davon überzeugt sind, dass sie Zonen betreffen, die aus dem Naturschutz heraus sehr wesentlich sind, diese zu erhalten, weil sie wichtig sind für die Natur und für die Biodiversität in unserem Land. Aber im Großen und Ganzen waren wir diejenigen, die den No-Go-Area-Katalog in der Wasserkraft immer – immer – eingefordert haben, immer forciert haben, diese Klarstellungen verlangt haben, dass sie kommen. Das Problem ist nur, dass bei uns hier im Lande nicht die Landesregierung die Energiepolitik in Abstimmung mit dem Landtag macht, sondern dass die Energiepolitik von den Energieversorgern gemacht wird. Auch bei der Wasserkraft war es so, bei diesem No-Go-Area-Katalog, dass im Vorfeld eine Studie –

Potentialstudie nämlich – von den Energieversorgern gemacht worden ist, und auf Basis dieser Potentialstudie dann die Zonen ausgewiesen wurden. Also das ist das eigentliche Problem, das wir im Land haben, hier geht immer das Interesse der Versorger vor gegenüber dem Naturschutz, und das ist verkehrt, so werden wir die Welt zugrunde richten.

Ich bringe jetzt einen Entschließungsantrag ein, der sich genau mit dem Thema der erneuerbaren Energien befasst, und zwar: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Vollzug des Landesbudgets 2017 zusätzliche Finanzmittel für Klimaschutzmaßnahmen bereitzustellen, insbesondere, um den Umstieg auf Erneuerbare Energien und den Ausstieg aus Kohle, Gas und Öl zu forcieren.

Und noch ein zweiter Antrag, der sich auch mit dem Thema Klimawandel im weiteren Sinne befasst, und zwar geht es da um die Anhebung der Sanierungsrate, ein ganz, ganz wichtiger Bereich. Wohnbauförderung, der Gebäudesektor ist sehr relevant, was den Klimaschutz angeht, ist heute auch schon angeklungen, dass hier zwar einiges schon erreicht wurde, aber längst nicht das, was wir wollen. Wir dümpeln immer noch bei einer einprozentigen Sanierungsrate herum und sollten aber drei bis vier Prozent erreichen. Der Gebäudebestand in der Steiermark ist nach wie vor auf einem Niveau, das äußerst sanierungsbedürftig ist und gerade die Wärmeenergie ist hier in unserem Lande oftmals wirklich ..., wird oft aus völlig falschen Quellen bezogen. Strom wird hier verheizt, und zwar teilweise im großen Maßstab und das ist Verschwendung. Strom als Heizmittel zu verwenden ist tatsächlich das Verwenden der falschen Energieform, denn hier wird in der Entstehung der Energie so viel eingesetzt, dass das, was dann am Ende wieder als Output herauskommt, viel zu dürftig ist. Eine Sanierung ist im Übrigen auch eine wunderbare Arbeitsmarktmaßnahme, denn dazu gibt es ausreichend Studien, die das belegen, vom WIFO schon vor über zehn Jahren nachgewiesen. Auch das Lebensministerium hat darauf aufgesetzt in verschiedenen Papieren und dargestellt, dass Wohnhaussanierung wesentlich mehr Arbeitsplätze schafft, als Kraftwerke zu bauen. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal anmerken. Im Übrigen: Wasserkraftwerke, weil das hier auch grade immer wieder so hochgejubelt wird, schaffen zwar in der Bauphase Arbeitsplätze, aber hinterher ist genau gar nichts los, da sitzen dann ein, zwei Menschen in den Bedienungskabinen bzw. läuft es auch immer mehr schon nur mehr über das Internet und übers Handy bei kleineren Kraftwerken. Das heißt, hier sind zwar punktuell und für eine kurze Frist Arbeitsplätze da, aber auf lange Frist bringt das genau gar nichts, da gibt es bessere Maßnahmen.

Ich bringe jetzt meinen Entschließungsantrag zur Sanierungsrate ein, der lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, beim Vollzug des Landesbudgets 2017 zusätzliche Finanzmittel zur Sanierung des Gebäudebestandes bereitzustellen, sodass die Sanierungsrate signifikant erhöht werden kann. Ich ersuche um Annahme.

Dann gibt es noch einen Entschließungsantrag, der vom Vormittag noch offen ist, und zwar Bezug nehmend auf den Redebeitrag unseres Klubobmannes Lambert Schönleitner zur Kosten- und Leistungsrechnung, die in das Budget implementiert und die Durchführung einer Aufgabenkritik. Kollege Petinger, du hast gesagt: „Man muss sich ein bisschen besser interessieren für die Wirkungsziele“, aber man soll das mit Kosten- und Leistungszahlen hinterlegen. Das mit „ein bisschen besser interessieren“ finde ich auch eine interessante Anregung, denn mit dem Interessieren ist man bei diesen Budgets, die hier vorliegen, relativ schnell fertig. Also, da braucht es schon noch einiges mehr an Arbeit, die hineingesteckt werden muss und es ist nicht unbedingt Sinn und Zweck, diese Form der Budgetdarstellung, als das zu einem „Regenwürmer-aus-der-Nase-Ziehen“ für die Opposition zu machen. Man kann auch da tiefer gehende Darstellungen wählen. Also, ich halte das schon für verbesserungsfähig, zumal die Wirkungsziele oft ziemlich alles Larifari sind und ich mich bei manchen schon frage, was sie tatsächlich mit dem Budget zu tun haben? Aber das vielleicht an anderer Stelle im Detail, weil meine Redezeit ist bald um, deswegen bringe ich den Entschließungsantrag ein, der lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ab dem Landesbudget 2018 eine Kosten- und Leistungsrechnung zu implementieren, und
2. die Wirkungsorientierung bzw. die jeweiligen Zielsetzungen für eine Evaluierung der Aufgaben zu nutzen, um Entscheidungsgrundlagen für eine Aufgaben- und Verwaltungsreform zu schaffen.

Und einen habe ich noch, da geht es um die Integrationspolitik, die ebenso wie die Frauenpolitik mehr oder weniger „verramscht“ wurde und als Querschnittsmaterie dargestellt wird, und damit kein eigenes Globalbudget ausgewiesen wird, was Kritik des Rechnungshofs zur Folge hat. Denn auch er ist wie wir der Meinung, dass so wesentliche Bereich sehr wohl ein eigenes Globalbudget verdienen.

Deswegen bringe ich auch hier einen Entschließungsantrag ein, der lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ab dem Landesbudget 2018 den Aufgabenbereich „Integration“ vom Globalbudget „Soziales, Arbeit und Integration“ abzuspalten und ein eigenes Globalbudget Integration einzurichten.

Und zu guter Letzt ganz am Ende zwei Sätze noch. Eine kleine Anmerkung zu den Zwischenrufen, die vonseiten der FPÖ, insbesondere vom Herrn Kollegen Cramer gekommen ist, als Kollege Hubert Lang hier heraußen stand und über Landwirtschaft gesprochen hat, was Ihnen offensichtlich nicht gefallen hat, weil Sie sind ja der zuständige Bereichssprecher bei der FPÖ. Sie haben da reingerufen: „Budget!“ Und ich habe es halt auch schon deutlich gemacht, Budget heißt eben – so wie die Claudia es auch gesagt hat, Claudia Klimt-Weithaler –, das ist in Zahlen gegossene Politik. Deswegen spricht man hier nicht nur über die Zahlen, die im Budget drinnen stehen, sondern über die Ziele, die damit verbunden sind und allgemein über politische Ziele. *(LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Ja, ja!“)* Und ja, so ist es. *(Beifall bei den Grünen)* Und ich traue mich wetten, wenn wir hier heraußen stehen und nur über die Zahlen sprechen, dann sind Sie der Erste, der da hinten sitzt und schnarcht. Ich habe Sie dabei nämlich schon öfters gesehen. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten - Beifall bei den Grünen – 16.33 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ein möchte ein bisschen mehr Disziplin einfordern bei dieser Sitzung. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Liane Moitzi. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTAbg. Moitzi - FPÖ (16.33 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrter Herr Landesrat!

Ich glaube, ich muss mich in Zukunft noch öfter hier im Landtag zu Wort melden, weil mir ist eines aufgefallen: Lieber Lukas, du meldest dich immer nur dann zu Wort, wenn zuvor ich gesprochen habe. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ – Beifall bei der FPÖ)* Es scheint so, als wäre es deine einzige Motivation hier im Landtag zu sprechen, wenn zuvor ich gesprochen habe. Aber weißt du, Lukas, ich bin ganz froh, dass das so ist, denn du meldest dich zumindest zu Wort, auch wenn es erst immer nach mir ist. Deine Zukunftspartnerin, die Michi Grubesa, von der hört man ja außer nichts sowieso gar nichts. *(Beifall bei der FPÖ)* Was ich in diesem Zusammenhang ... *(LTAbg. Schwarz: „Für so etwas*

muss man sich zu Wort melden?“) ... Sie können sich gerne später zu Wort melden. (LTAbg. Schwarz: „Nein, brauche ich nicht!“) Dann halt nicht, passt auch ganz gut. Was ich schon auch noch sagen möchte, meine Kollegen Jugendsprecherin und Herr Jugendsprecher, danke, dass du nach vor kommst, liebe Michi, Lukas, vielleicht kommst du auch noch nach vor. Tut wenigstens so, als ob euch die Debatten interessieren würden. Ich kann dir, lieber Lukas, noch mit auf den Weg geben, dass ich mich bemühen werde, dass du in Zukunft noch öfter zu Wort kommst und das war es schon von meiner Seite. Das war jetzt zwar nicht budgetrelevant, aber dafür kurz. Danke. (Beifall bei der FPÖ – 16.35 Uhr)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Barbara Riener. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTAbg. Riener – ÖVP (16.35 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesräte!

(Präsidentin Khom: „Können wir bitte die Aufmerksamkeit auf die Rednerin richten? Vielen Dank. Bitte, Frau Kollegin!“) Danke, Frau Präsidentin. Kollegin Michaela Moitzi hat jetzt uns ... (Heiterkeit unter den Abgeordneten) ... hat uns da jetzt vorgestellt – Liane Moitzi hat uns jetzt vorgestellt, wie in der Praxis die Wechselrede aussieht. Ja, okay.

Ich darf – und zwar wie Ing. Sabine Jungwirth vorher gesagt hat – Stunden später die zweite Hälfte meiner Rede sozusagen abwickeln, denn ich bin bei der Gesundheitsreform 2035, also für die Perspektive 2035, stehen geblieben. Habe schon einen Punkt bezüglich der „Gesundheitszentren“ auf Kollegin Hedwig Staller repliziert, dass ganz bewusst dieser Name weitergeführt wird, eben um nicht neue Termini einzustellen und für die Bevölkerung zu haben. Aber ich möchte auch festhalten, dass alle Fraktionen, zwar nicht mit Sitz und Stimme aber alle Fraktionen, in der Gesundheitsplattform sitzen, um auch mitzuwirken und Kenntnis zu haben über den steirischen Weg, wie Gesundheit in der Steiermark gestaltet wird. Das ist die Form, die wir im Landtag hier beschlossen haben über die Zielsteuerung, über die Übernahme der 15-a-Vereinbarungen bezüglich Zielsteuerung Finanzierung. Finanzierung aus einer Hand wird immer gewünscht, *(LTAbg. Karl Lackner: „Mehr Aufmerksamkeit, bitte!“)* d.h. wir steuern über einen Punkt. Und das ist dann der Gesundheitsfonds, der im Auftrag von Sozialversicherung, Bund und Land diese Steuerung übernimmt. Da sitzen alle Fraktionen drinnen. Da ist auch bei der letzten Sitzung – und du warst selber anwesend – ganz klar berichtet worden, dass eine Million Euro für diesen neuen Weg, für diese Gesundheitszentren

eingestellt wird, um eben diese Lücken, die zur Zeit in dem System da sind, auch zu schließen, und zwar in zweierlei Form: Das eine ist das Gesundheitszentrum, wo sich Ärzte zusammenschließen mit allen oder wichtigen Playern der Gesundheitsberufe, je nachdem, was dort vor Ort notwendig ist, ein Pilotprojekt Mariazell und es gibt die zweite Form. Und weil du ja überall dabei warst, warst du auch in der Oststeiermark dabei, wo ein neuer Weg gesucht wurde, nämlich über das Styriamed.net, zu Beginn jetzt einmal über ein Netzwerk das auszuprobieren. Das heißt, die Steiermark geht wirklich einen einmaligen Weg – einen einmaligen Weg, indem sie mit allen Playern diskutiert, mit der Bevölkerung diskutiert, das machen keine anderen Bundesländer in dieser Form so. Deswegen recht herzlichen Dank an den Herrn Landesrat, dass er diesen Weg gewählt hat. Es ist natürlich ein Gehen, Schritt für Schritt für Schritt. Man kann nicht alles von Beginn an wissen und offenlegen, aber es ist ein guter Prozess der Partizipation, der immer eingefordert wird und ich bin davon überzeugt, dass das auch von der Bevölkerung goutiert wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Kurz zitiert an dieser Stelle, weil wir auch junge Zuhörerinnen und Zuhörer hier haben im Raum: Die Gesundheitsreform 2035 soll so gestaltet sein, dass wir die Schlagwörter, die wir schon öfters gesagt haben – „ambulant und mobil vor stationär“ – umsetzen. Das heißt, dass wir in den Regionen den Hausarzt stärken, indem wir ihm ein Team auch zur Verfügung stellen, aber indem wir auch Erleichterungen bieten im Sinne von „sie können zusammenarbeiten“. Es ist teilweise so, dass Hausärzte oder Allgemeinmediziner nicht mehr sagen: „Ich möchte jetzt ein Rund-um-die-Uhr-Arzt sein so wie es früher üblich war, aber ich möchte mich in einem Team einbringen.“ Das wird jetzt möglich sein. Es wird auch, weil eben diese Randzeiten nicht gut momentan für die Bevölkerung als Angebot funktionieren, dass ein Arzt erreichbar ist, dieses Gesundheitstelefon geben, d.h. ich kann anrufen bei einer Nummer – 141 wird das sein, in Salzburg gibt es diese Nummer schon, da werden auch die Arztdienste über 141 gespielt. Das heißt, ich kann anrufen, dort ist ein Arzt am Telefon. Nach einem ganz klaren Schema wird der sozusagen dann feststellen, ob das ein Notfall ist, dass ich einen Notarzt brauche, oder ob ich die Rettung brauche, um in die Ambulanz geführt zu werden, *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Das schaue ich mir an!“)* oder dass es auch eine *(LTAvg. Kunasek: „Wahnsinn! Telefondiagnose! Wahnsinn!“)* Möglichkeit ist zu sagen: „Am nächsten Tag bitte eine Ordination aufsuchen!“ Ich kenne sehr viele Praktiker, die das bei ihren Patientinnen und Patienten machen. *(Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der FPÖ)* Und wir haben bei einer der Diskussionen gehört, dass das jetzt nicht bezahlt wird und eigentlich nicht rechtens ist. Ich bin davon überzeugt, dass es gut wäre, wenn wir das auf rechtlich gute Beine

stellen. (LTabg. Amesbauer, BA: „Deswegen wird es dann besser werden?“) Ja, und das wird dann besser werden, auf jeden Fall. Wichtig ist – und da möchte ich vor allem die FPÖ einladen – wirklich auch dieses Schritt-für-Schritt-Mitgehen kritisch, wie unser Herr Landesrat immer sagt, mitdenken und mitgehen, aber nicht von vorne herein immer alles negativ sehen. (LTabg. Amesbauer, BA: „Stimmt ja nicht!“) Macht uns aufmerksam, wenn wir vielleicht gedanklich einen Irrtum haben, aber redet nicht alles schlecht. Ich glaube, dass das wichtiger ist, dass wir für die Bevölkerung etwas Gutes aufbauen. Es wird dann auch diese Facharztzentren geben zur Ergänzung zu den Fachärzten, die bereits bestehen, und das ist mir wichtig: Immer als Ergänzung und vor allem, es werden die Gesundheitsberufe in den Regionen mit den Allgemeinmedizinerinnen zusammengefasst, die die Bevölkerung unterstützen. Wir wissen – und ich komme selber aus einem Gesundheitsberuf als Psychotherapeutin, ich war noch dabei, wie bei Beschlüssen im Nationalrat die Ärzte immer dagegen waren, wenn irgendjemand anderer was machen sollte. Das ist in der Steiermark nicht mehr so. Bei der zweiten Gesundheitskonferenz in der Stadthalle hat der Ärztekammerpräsident eindeutig gesagt: „Wir wollen mittun mit allen Mitgliedern aus anderen Gesundheitsberufen“, und das ist ein Novum, das muss man auch hören, dann haben wir im Gesundheitssystem eine Chance. Bitte darum, auch das zu sehen und wahrzunehmen, das ist ganz wichtig. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ)

Ganz kurz eines, was mir persönlich auch ein Anliegen ist als Personalvertreterin: Ich habe heute von Klubobmann Schwarz gehört, dass gestern bei der Pressekonferenz Kollege Deutschmann gesagt hat: „Eine Null-Lohnrunde für Landesbedienstete wäre angebracht.“ Ich verwehre mich dagegen, und zwar – danke, Hannes Schwarz, dass du das auch schon gesagt hast –, die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst leisten wirklich tolle Arbeit unter Bedingungen, wo ständig auch Personal eingespart wird, wo wir bei uns nicht wirklich Gesetze insofern verändern, wo wir sagen: „Wir nehmen Gesetze“, ein paar ja, aber die hat keiner mehr administriert, aber wir geben immer wieder dazu. Und es ist nicht fair, wenn da sich eine starke Fraktion herstellt und sagt: „Denen gebührt das nicht!“, vor allem nicht, wenn alle anderen in Österreich diese 1,3 % Lohnerhöhung bekommen und die Steirerinnen und Steirer sollten das nicht bekommen in der Landesverwaltung und damit auch in der Gemeinde? Das ist nicht fair! Wer war denn derjenige, der beim Regress gesagt hat: „Die SteirerInnen sollen nicht als Einzige anders sein“? Bitte denkt, was ihr vor zwei Jahren gesagt habt. Bei den Landesbediensteten und bei den Gemeindebediensteten, die sind gleich viel

wert wie andere österreichische Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, deswegen gebühren ihnen auch die 1,3 %. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Und gerade als gelernte Sozialarbeiterin möchte ich auch zu einer Bemerkung etwas sagen: Wenn hier kritisiert wird – man kann immer über Effizienzen nachdenken, Gleichbehandlung, Antidiskriminierungsstelle usw., aber ich möchte nicht, dass alles in einen Topf geworfen wird. Vor allem, wir kämpfen seit Jahren um Prävention, um Geld für Prävention, so, wie bei der ARGE gegen Rassismus und Gewalt. Und Gewalt sollte für uns alle ein Thema sein. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Jaja, die brauchen wir, die ganzen Kasperlvereine!“)* In der Gewaltprävention müssen wir viel tun und ich bitte Sie, das nicht einfach nur so wegzuschieben, lieber Herr Amesbauer. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir müssen dort wirklich auch Geld in die Hand nehmen. Nämlich unser Auftrag ist: Hilfe zur Selbsthilfe, rechtzeitig anfangen bei den richtigen Gruppen und gut investiert in die Steiermark – hat unser Herr Klubobmann heute schon gesagt. Wir wollen gut investieren in die Steiermark, weil so viele Steirerinnen und Steirer ihre Leistung erbringen. Das soll belohnt werden. Jene, die wirklich auch Hilfe brauchen, sollen den Ausgleich haben. Wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, aber dafür brauchen wir auch Hoffnung und Zuversicht, denn dann wird investiert in die Steiermark und das bringt uns alle weiter. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.46 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Lukas Schnitzer. Bitte sehr, Herr Kollege.

LTAbg. Schnitzer – ÖVP (16.46 Uhr): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Frau Kollegin Moitzi ist wie immer nicht im Raum, aber ich bedanke mich für ihre Wortmeldung. Wenn ich jetzt böse wäre, würde ich sagen, Sie hat einen leichten Verfolgungswahn. Wenn ich es besser sehen würde, sage ich, es war ein versteckter Heiratsantrag, Sie kriegt gerne meine Nummer, *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)* Sie kann sich dann gerne für einen Kaffee melden. Danke. Es war wie immer und so oft, wenn Wortmeldungen vonseiten der FPÖ sind, eine Wortmeldung ohne jegliche Substanz, aber das sind wir heute ja mittlerweile schon gewöhnt *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Die ÖVP ist eine Partei ohne Substanz.“)* Herr Kollege Amesbauer, beruhigen Sie sich wieder und schauen

Sie, dass Frau Kollegin Moitzi wieder einmal im Raum ist. Insofern möchte ich zum Inhalt kommen und auf die Budgetdebatte zurückgehen.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben heute schon viel vom Herrn Kollegen Wolfgang Dolesch über den Bildungsbereich gehört, wie vielfältig und wie vielseitig auch die steirische Bildungslandschaft ist. Wenn man bedenkt, dass über 141.000 steirische Schülerinnen und Schüler in über 800 steirischen Schulen hier ein Angebot vorfinden, so zeigt es, wie breit unser Bildungsangebot in der Steiermark ist, und es zeigt, wie breit das Aufgabengebiet hier seitens des Ressorts ist, wenn man an die allgemeinen Pflichtschulen denkt, an die berufsbildenden Schulen hin von der Kinderbetreuung und Kindereinrichtungen bis zu den Musikschulen. All diese Einrichtungen haben eines zum Ziel, nämlich in der Steiermark alles zu ermöglichen, dass alle Steirerinnen und Steirer einen gleichen Bildungszugang haben und somit Bildungschancen eröffnet werden. Kollege Dolesch hat es schon angesprochen, den Schwerpunkt Lesen an den steirischen Schulen, der auch seitens des Landesschulrates massiv mitunterstützt wird, um eben die Grundkompetenz Lesen zu stärken. Genauso ein zweiter Schwerpunkt, der entscheidend ist, die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schülern in den Volksschulen und in der Unterstufe näher zu bringen, damit man es schafft, dass mehr Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft berufsbildende Schulen besuchen und einen Lehrberuf erlernen, damit es uns gelingen kann, weiterhin gut ausgebildete Fachkräfte in der Steiermark zu haben.

Der dritte Bereich, der mir schon wesentlich ist, ist der Bereich der Begabten- und Begabungsförderung. Ich glaube, es ist entscheidend in einer Gesellschaft, dass man jungen Menschen ermöglicht, ihre Talente zu fordern und auch zu fördern. Und das zeigt, dass die steirische Landesregierung mit Landesrätin Lackner an der Spitze alles daran setzt, einen erfolgreichen Bildungsweg für die Steirerinnen und Steirer zu ermöglichen, weil letztlich Bildung der Garant für einen Zukunftsweg in der Steiermark ist, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Und ganz kurz möchte ich noch zum Entschließungsantrag der FPÖ (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „*Wenn du uns nicht hättest.*“) betreffend der Millionenausgaben für Freiwillige eingehen ..., ja, Herr Amesbauer, irgendwer muss ja Ihren Blödsinn auch richtig stellen, tut mir leid. Geschätzte Damen und Herren, ja, diese Landesregierung investiert in die Bildung in der Steiermark und in die Bildung aller Menschen in unserem Heimatbundesland. Und ich glaube, Investitionen in Bildung können niemals ein Fehler sein – auch wenn Ihre Partei das scheinbar jedes Mal behauptet, dass Bildung eine falsche Investition ist. Wir sind davon

überzeugt, dass jeder Euro, der in die Bildung investiert wird, ein guter Euro ist, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ja, Sie lehnen in Ihrem Entschließungsantrag es wieder ab, dass man im Bereich von Menschen, die jetzt zu uns gekommen sind, hier einen positiven Asylbescheid haben, Maßnahmen setzt, die alles ermöglichen, dass sie einen Pflichtschulabschluss nachholen können. Und ich glaube, dass das nichts Negatives ist, weil es ein Punkt ist, der es uns ermöglicht in Zukunft ein gelebtes Miteinander in der Steiermark zu garantieren und kein offenes Gegeneinander, wie Sie scheinbar immer und immer wieder wollen. Weil, wenn man die FPÖ oder ihren Bundesparteiobmann, den noch Bundesparteiobmann und den vielleicht baldigen Bundesparteiobmann, Norbert Hofer, hört, dann betonen die in jeder Rede, wie wichtig Integration ist. Ja, würden Sie sich selbst ernst nehmen, müssten Sie bei Maßnahmen dabei sein, die daran gehen, Integration zu ermöglichen. Das Gegenteil ist der Fall und das zeigt, wie widersprüchlich die Freiheitliche Partei hier agiert. Ihnen geht es nicht um Integration, sondern Ihnen geht es darum, eine Gesellschaft zu spalten, *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* und insofern ist dies, Frau Kollegin Moitzi, ein inhaltlicher Beitrag, auch wenn deiner keiner war, dazu, dass die steirische Landesregierung gute Maßnahmen setzt, um eines zu garantieren, allen Steirerinnen und Steirern faire Bildungschancen zu ermöglichen, damit sie eine gute Zukunft hier in unserer wunderschönen Steiermark haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.52 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger. Bitteschön, Herr Präsident.

LTabg. Dirnberger – ÖVP (16.52 Uhr): Geschätzte Damen und Herren, werte Regierungsmitglieder, Entschuldigung, Frau Präsidentin, werte Damen und Herren!

Ich darf, wie angekündigt, fortsetzen und über die Wirkungsziele – ich bin auch ein Zahlenmensch, Kollege Cramer, und mir sind Zahlen lieber als beschriebene Ziele, weil man halt viel leichter was anfangen kann, wenn man drinnen stehen hat 500.000 und dann hat man 490.000 verbraucht, sind 10.000 übergeblieben, super gearbeitet, oder vielleicht hat man 510.000 verbraucht, dann hat man es überschritten. Im Prinzip hatten wir in den alten Budgets auch Wirkungsziele gehabt, nur nicht beschriebene. Jetzt sind sie definiert und ist natürlich eine gewisse Herausforderung für uns alle, auch für mich. Und es blüht uns ja auch in den Gemeinden eine VRV-neu, wo wir auch in Richtung Doppik weiter marschieren und dort

werden wir aber bestmöglich vermeiden, dass auch Wirkungsziele definiert werden, weil ich weiß aus eigener Erfahrung, wenn wir das auch in den Gemeinden so beschreiben müssten, wäre das schon eine besondere Herausforderung. Was ich aber noch vorher erwähnen habe wollen, zum Kollege der FPÖ. Unser Klubobmann hat es angesprochen, und Barbara Riener hat es eigentlich auf den Punkt gebracht. Was bei euch das Problem ist, einmal sind wir dort, einmal da. Wie es genau passt. Wo es populistisch besser ist. Einmal fordern wir voll für die Bediensteten das gleiche Recht, heute sind wir anderer Meinung. Und wenn ich den Tagesordnungspunkt neun der nachfolgenden Tagesordnung anschau, super populistisch 70:30 für die Gemeinden. Muss ich „Hurra“ schreien. Gleichzeitig aber zu wissen, dass wir es jetzt nicht zusammenbringen, dass wir eine Neuverschuldung brauchen. 50 Millionen Mehrkosten für das Landesbudget und wenn man ein bisserl über den Zaun rüber schauen würde, und das wisst ihr genau, (*unverständlicher Zwischenruf von LTAbg. Amesbauer, BA*) in anderen Bundesländern schaut es so aus, dass es 50:50 ist und dass die Gemeinden bei der Gesundheitsfinanzierung gleich viel mitfinanzieren müssen wie beim Sozialhilfeverband und deswegen ist für uns 60 zu 40 akzeptabel. Wir brauchen eine steirische Gemeinde bei der Gesundheitsfinanzierung nicht mitfinanzieren. Ich weiß, dass das toll wäre euer Vorschlag, und ihr müsst ein bisserl aufpassen, früher oder später sitzt ihr auch in der Regierung und dann werden euch diese populistischen Forderungen einholen und ihr werdet alles das, was ihr jetzt fordert, nicht umsetzen können. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das werden wir sehen.“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das garantiere ich heute schon. Einen Satz möchte ich noch verlieren, was heute, glaube ich, noch nie gefallen ist – Landesrechnungshof, Bundesrechnungshof. Ich darf ein Danke sagen auch den Verantwortlichen im Landesrechnungshof für ihre Tätigkeit Richtung Land, aber auch die Gemeinden werden kontrolliert und mein Zugang ist zeitgerecht begleitende Kontrolle, Beratung ist wichtig, um nicht hinterher dann Verfehlungen aufarbeiten zu müssen, und wenn Verfehlungen in den Kommunen passiert sind, dann sind sie meistens sehr teuer, nicht mit Landesgeld saniert, sondern mit dem Geld anderer Gemeinden. Deswegen bin ich für eine begleitende Kontrolle. Ein Danke auch den Bediensteten oder den Mitarbeitern des Landesrechnungshofes. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Ein paar Sätze noch, es steht eine Raumordnungsnovelle bevor, das wird von allen eigentlich gefordert, der Zugang ist natürlich ganz unterschiedlich. Jeder hat einen anderen Blickwinkel. Zersiedelung, die einen meinen, alles was wir in unseren ländlichen Gemeinden machen, ist sowieso Zersiedelung pur. Gleichzeitig wollen wir aber den ländlichen Raum stärken,

gleichzeitig soll die Abwanderung eigentlich abgewendet oder zumindest gebremst werden und der Zuzug nicht so stark vor sich gehen, weil natürlich Abwanderung die Folge hat, dass die Infrastruktur in der Gemeinde teurer wird und gleichzeitig bei den Zuzugsgemeinden auch wieder Kosten anfallen durch neue Infrastruktur und das Schlüsselzauberwort ist natürlich Arbeitsplätze in die Regionen zu bringen, nicht in die einzelne Gemeinde, sondern in die Regionen. Daran wird gearbeitet, Karl Petinger und andere haben das schon erwähnt und es muss nicht automatisch draußen, wenn eine Baulandentwicklung in den Landgemeinden ist, das Zersiedlung bedeuten, und es muss nicht automatisch das, was im städtischen Bereich bezüglich Baulandentwicklung stattfindet, Verdichtung bedeuten. Wir reden von Verdichtung und die Uni Professorin Dr. Weber hat ganz deutlich gesagt, Verdichtung kann auch im ländlichen Raum sein, wenn Infrastruktur schon dort liegt, wenn schon alles aufgeschlossen ist, wenn es schon ein Bauland gibt und ich dazwischen Lücken fülle oder daran andocke, dann ist das auch Verdichtung. Das möchte ich ganz klar da festhalten, also hier werden wir noch spannende Diskussionen haben. Für mich wäre wichtig, und da bin ich mit dem Vorsitzenden des Raumordnungsausschusses im Einklang, dass wir versuchen, eher die Verwaltung zurückzunehmen. Mein Zugang wäre, das ÖEK noch zu stärken und innerhalb des ÖEK's, dass sich die Gemeinden in der Flächenwidmung noch stärker selbst weiter bewegen können und dass natürlich sorgsam mit den Gemeinden bezüglich Beamtschaft und so weiter umgegangen wird. Das führt immer wieder zu Kritikpunkten, dass wir hier noch keinen vernünftigen Weg gefunden haben, dass die Gemeinden sich partnerschaftlich behandelt fühlen. Daran müssen wir arbeiten, aber das wird uns sicher gelingen. Regionsgesetz wurde angesprochen, ist wichtig und richtig, nur dann brauche ich aber ein Gesetz, wenn wir das schaffen, dass man dort auch eine dementsprechende Finanzierung zustandebringen. Mein Zugang war immer, dass wir fünf Euro pro Einwohner aus dem Gemeindetopf nehmen und fünf Euro pro Einwohner aus dem Landestopf, dann hat man zehn Euro pro Einwohner im Regionsbudget und dafür sind die Regionsverantwortlichen dann zuständig, sprich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit den jeweiligen Abgeordneten. In diesem Sinne darf ich mich bedanken für die Aufmerksamkeit und ich bin schon gespannt auf die Diskussionen bezüglich Raumordnungsnovelle. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.58 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Pichler-Jessenko. Bitteschön.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (16.59 Uhr): Also zuerst einmal danke für die beiden letzten Wortmeldungen. Sie sind aus meiner Fraktion gekommen. Ich glaube, das war eine Fachfrau zu einem wesentlichen Thema und wirklich auch ein Fachmann, wie der Erwin, zu den Gemeinden. Danke, ich glaube, das war, für mich zumindest ... auch ich konnte etwas davon lernen.

So, und jetzt noch zu meiner zweiten Wortmeldung zum Thema – Innovation war die erste Wortmeldung – Innovation in der Wirtschaftspolitik, damit das Wirtschaftsbudget sozusagen mehr wird in den nächsten Jahren. Ein zweites wesentliches Thema ist die Internationalisierung. Seitens der FPÖ ist heute wieder mehrmals Kritik zu dem EU Gang gekommen, vom Brüssel Büro, von den Reisen der Schüler und so weiter war die Rede, ich habe mir auch sehr genau eine Anfrage an den Budgetdienst von Ihrer Fraktion angeschaut, die da lautet: „Wie wird sichergestellt, dass aus der kritischen Sicht der Mehrheit der Österreicher auf die EU Rechnung getragen wird, anstatt den Schülern der Steiermark ein EU Jubelbild zu vermitteln?“ Die Antwort des Budgetdienstes war, nana, was wird sie gewesen sein, es wird Information weiter gegeben, es wird weder ein Jubelbild noch ein – was Sie gerne hätten – ein nicht nur kritisches Bild, sondern sozusagen ein Horrorszenario hier gezeichnet. Und an dieser Stelle möchte ich Sie jetzt schon erinnern, Sie, die Sie gerade immer von Wirtschaftskompetenz sprechen, vielleicht habt ihr vergessen, wie die steirische Wirtschaft aufgestellt ist. Ich muss das jetzt noch einmal wiederholen, auch wenn es alle hier schon, ich weiß nicht, wahrscheinlich Tausendmal gehört haben, steirische Unternehmen, jeder zweite Euro wird im Export verdient und jeder zweite Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Und dann verstehe ich diese Anfrage aber wirklich in keinster Weise, wenn ihr davon spricht, die EU nicht positiv zu verkaufen, sondern möglichst, sage ich einmal, missbilligend anzumerken. Ja, du reibst dir den oder greifst dir an den Kopf, aber was soll diese Anfrage? Warum stelle ich eine Anfrage, die so lautet? Das kann es nicht sein und dass eure EU Feindlichkeit so weit geht, na, du schüttelst wieder den Kopf. Ihr würdet, ich habe es eh schon einmal gesagt, vom Tauschhandel in der Herrengasse werden wir in einem Land, wo Innovation und Internationalisierung ganz oben steht, nicht leben können und auch nicht, wenn ihr glaubt, wir können uns als Nationalstab hier wieder einigeln. Das wird so nicht funktionieren (*LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Bei euch funktioniert auch nichts.“*)

Das zweite Thema ist das Thema Integration. Da haben wir das Gleiche. Der Lukas Schnitzer hat es auch schon wunderbar auf den Punkt gebracht. Welche Ausgaben werden wieder kritisiert? Das sind genau jene Ausgaben, die dazu dienen, Menschen, die bereits hier sind,

die ISOP zieht ja nicht Flüchtlinge an und sagt: „Bitte kommt in Scharen und lasst euch bei uns Deutsch lernen.“ Ja, Frau Schartel, ich kann mir nicht vorstellen, ich meine, ich kann mir nicht vorstellen, dass das die Aufgabe der ISOP ist, und das wissen Sie auch. In der ISOP werden Menschen, die bereits hier sind, ausgebildet und das ist sinnvoll, nämlich genau für unser Zusammenleben. Das sind Asylberechtigte und die werden Sie nicht wieder außer Landes schicken. Gott sei Dank sind wir noch nicht so weit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Die ISOP ist dazu da und arbeitet dafür, dass die Menschen sozusagen Deutsch lernen und in Arbeit kommen. Ich wollte es mir eigentlich heute sparen, aber ich muss Ihnen wieder weiter die Geschichte erzählen. Vielleicht erinnert sich wer an den Weihnachtslandtag, ich glaube, es war vor zwei Jahren, ich betreue nach wie vor einen mittlerweile Asylberechtigten aus Syrien, ich betreue aber auch – nur zu Ihrer Beruhigung – ein österreichisches Lehrlingsmädchen, also es ist nicht so, dass ich nur die Ausländer sozusagen jetzt da bevorteile. Dieser junge Mann ist vor eineinhalb Jahren gekommen, spricht mittlerweile sehr gut Deutsch, ist auch integriert, hat seinen Asylbescheid bekommen und wird ab März die externe Hauptschule der ISOP besuchen, weil die witziger Weise Ausbildung auch anbieten. Die ISOP holt diesen Hauptschulabschluss nach. Und morgen wird seine Familie kommen. Das ist seine Mutter, weil sein Vater wurde von Assad 2011 im Gefängnis ermordet, zu Tode gefoltert. Nur, dass wir das da auch einmal so festhalten. Die kommen auch nicht da her, weil es so lustig ist. Wissen Sie, wie es derzeit in Aleppo zugeht? Ich meine, die Nachrichten werden Sie alle schauen. Na, ich will es Ihnen nur sagen, Herr Kogler, oh ja, das müssen Sie sich jetzt anhören. Dort fallen die Bomben, die verstecken sich, die Familie hat sich seit vier Tagen in einem Keller versteckt, die haben nichts zu essen. *(LTAvg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Das ist irrelevant.“)* Das ist mir „wurscht“, ob das jetzt irrelevant ist, die haben nichts zum Trinken und dort wird geruchloses Giftgas mittlerweile von den Assad-Truppen verbreitet. Einige von Ihnen haben wahrscheinlich Kinder, oder? Sie noch nicht Herr Amesbauer. Aber einige haben Kinder. *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Was hat das mit dem Budget zu tun?“)* Ich möchte wissen, wie es Ihnen geht, wenn Ihre Kinder in einem Keller spielen müssen, ohne Essen, ohne Trinken und wenn ein geruchloses Gas dann ihr Kind tötet. Na, wissen Sie, es stehen Menschen dahinter. Und jetzt komme ich aber wieder zurück. Dieser junge Mann ist mittlerweile hier integriert. Er ist jetzt 17. Er besucht die Hauptschule und wissen Sie, was er gesagt hat. Er freut sich morgen seine Mutter mit drei Schwestern abzuholen. Die werden nach Graz kommen. Die werden auch hier bleiben. Und wissen Sie, was sein größtes Ansinnen ist. Na, Sie hören mir jetzt zu, selbstständig zu werden in diesem Land, eine Lehre

zu absolvieren und mit seinem eigenen Geld – wortwörtlich – seine Familie zu unterstützen und nicht von unseren Almosen abhängig zu sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und ja, es gibt auch die Schmarotzer, die gibt es, und keiner von uns hat dem jemals widersprochen. Und es gibt die Wirtschaftsflüchtlinge, aber es gibt auch einen guten Teil, die deswegen dort weggehen, weil es dort wirklich brutalst zugeht und die, die hier sind und bleiben werden und das ist unsere Pflicht und auch Ihre, die bestmöglichst zu integrieren, weil sonst schaden Sie auch unserer Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Bestmöglich zu integrieren heißt eben, dass ich am Beginn des Asylverfahrens die Qualifikation gescheit erhebe, dass ich dann Nachschulungen oder Schulungen in Deutsch mache und dass ich dann diese Vermittlung an einen Arbeitsplatz beschleunige, weil dann hat er selber sein Geld und ist nicht mehr von unseren Leistungen abhängig. Das sollte auch bitte Ihr Ansinnen sein. Die, die da sind und die haben das Asyl und die Syrer werden es auch kriegen im nächsten Jahr und die Afghanen auch zu einem Großteil, und da können wir nicht wegschauen und so tun, ja um Gottes Willen. Wo wollen Sie sie hinschicken? Herr Kogler, Sie halte ich ja für einen Vernünftigen in dieser Runde. *(Heiterkeit bei den Abgeordneten)* Ja, ich kann es nicht anders sagen. Es tut mir leid. Und nun zu guter Letzt, und nun zu guter Letzt noch, na, ich wollte mich zuerst zurückhalten, aber es geht nicht. Weil Sie Oberösterreich wieder so vor den Vorhang gestellt haben und wie super dort alles ist, und dann ist mir ein Bericht untergekommen und jetzt werden einige von Ihnen gleich aufhorchen, von dem FPÖ Arbeitnehmerverband Oberösterreich, hat irgendwer schon davon gehört, von dieser tollen Aktion, die da wieder gestartet wurde? Niemand noch – Sie sicher Herr Amesbauer. Es gibt eine Umfrage des FPÖ Arbeitnehmerverbandes Oberösterreich, ja Sie lächeln, Sie finden das sicher witzig, auf Facebook. Und wissen Sie, wie diese Umfrage lautet oder wie sie einmal beginnt. Das muss ich nämlich vorlesen: Bald ist Weihnachten und jetzt kommt es: „Sind Sie dafür...“, es wurden die Arbeitnehmer des FPÖ Arbeitnehmerverbandes Oberösterreich ernsthaft dazu befragt über Facebook. Sie kennen es auch noch nicht, weil Sie jetzt so ruhig sind, gell: „Sind Sie dafür, dass nicht christliche Arbeitnehmer, insbesondere Muslime, das Weihnachtsgeld nicht mehr ausbezahlt bekommen?“ Wortwörtlich, dass nicht christliche Arbeitnehmer..., wissen Sie, wer da alles dazu gehört oder gibt es nur das Christentum? Alle, die auch ausgetreten sind, sind Sie dafür, noch einmal, dass nicht christliche Arbeitnehmer, natürlich insbesondere Muslime das Weihnachtsgeld nicht mehr ausbezahlt bekommen, weil – dann kommt noch ein Nachsatz – weil die sind ja gegen unsere Bräuche. *(LTAvg. Amesbauer, BA: „Das haben wir nicht beantragt.“)* Erstens einmal hat das Weihnachtsgeld nichts mit der

Geburt Jesus zu tun, sondern das ist ein Jahresentgelt. Das hat damit zu tun, warum wir Integration leben müssen und nicht wie Sie irgendwelche wahnwitzigen Forderungen zu stellen. Wissen Sie überhaupt, was Sie da fordern? Arbeitnehmern mit einer anderen Religion wollen Sie das kollektivvertraglich zugesicherte 14te Monatsgehalt streichen. Und da sage ich Ihnen jetzt eines: Und da sollen die Menschen keine Angst bekommen? Ja, Entschuldigung, wir sind in einem Rechtsstaat, wir haben einen Kollektivvertrag, jetzt gehen wir so weit, dass wir sagen, wer nicht Christ ist, dem streich ich sein 14tes Gehalt. Na, Hallo. Lassen Sie mich fertig reden, ich hab nicht mehr lang. Und auch diese Angst ist ernst zu nehmen. Wirklich. Mehr denn je, weil es immer heißt, nur Sie haben Ängste oder ihre Wähler haben Ängste. Auch ich habe Angst, wenn ich das lese. Und dann genau gefällt mir der Satz von unserem Bundesparteiobmann, und hier genau ist die Abgrenzung, nicht Ausgrenzung der ÖVP zu Ihnen. Und das ist wichtig. Nämlich im Gegensatz zu Ihnen, bewegt sich die ÖVP auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit. Danke. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist aber jetzt ein schwerer Vorwurf.“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.09 Uhr)*

Präsidentin Khom: Nach der langen Debatte zum Budget, die natürlich viele verschiedene Blickwinkel hat, weil es viele verschiedene Zugänge gibt und jeder seinen Teil dazu beigetragen hat, um am Ende des Tages ein gutes Ergebnis zu erreichen, komme ich nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1160/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit Stimmen von ÖVP und SPÖ mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 1160/5 betreffend „Weihnachtsbeihilfe für bedürftige Österreicher und -innen wieder einführen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der FPÖ abgelehnt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/7, betreffend „Einbehaltung von Vermögenswerten über 1.000 Euro bei Asylwerbern als Beitrag zur Finanzierung des Asylsystems“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/8, betreffend „Kosten der Mindestsicherung eindämmen – Reform nach niederösterreichischem Vorbild“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/9, betreffend „Zusammenführung der Antidiskriminierungsstelle Steiermark mit dem Büro des Landes-Gleichbehandlungsbeauftragten“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/10, betreffend „Massive Überfinanzierung der Offenen Jugendarbeit einschränken“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/11 betreffend „Durchforstung des Förderdschungels“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/12, betreffend „Millionenausgaben für Asylwerber im Bildungsbereich reformieren!“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1160/13, betreffend „Ortsteilbürgermeister einsparen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1160/6, betreffend „Kosten- und Leistungsrechnung in das Budget implementieren und Durchführung einer Aufgabenkritik“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1160/14, betreffend „Aufwertung der Frauenpolitik mit einem eigenen Globalbudget“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1160/15, betreffend „Aufwertung der Integrationspolitik mit einem eigenen Globalbudget“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1160/18, betreffend „Anhebung der Sanierungsrate“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1160/20, betreffend „Erhöhung der Mittel für Klimaschutzmaßnahmen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1160/16, betreffend „Maßnahmen zur Transparenz künftiger Landesbudgets“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1160/17, betreffend „Weihnachtsbeihilfe wieder einführen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1160/19, betreffend „PolitikerInnenbezüge senken“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 und 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Einstimmigkeit, ah, gegen die Stimmen der KPÖ mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen über den Antrag, Einl.Zahl 338/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Nahverkehrsabgabe.

Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen über den Antrag, Einl.Zahl 339/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Naturnutzungsabgabe.

Zu Wort gemeldet hat sich

Dann kommen wir zur Abstimmung. Gut. Mit Verwunderung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 338/6, TOP 2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen?

Dieser Antrag hat mit SPÖ, ÖVP und der FPÖ die erforderliche Mehrheit gefunden. Danke Herr Direktor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 339/6, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen von KPÖ und den Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen über den Antrag, Einl.Zahl 1219/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Erhöhung des Verkehrsbudgets um jährlich 50 Millionen Euro zur Erhaltung der steirischen Landesstraßen.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erich Hafner. Bitteschön.

LTAbg. Hafner – FPÖ (17.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Landesräte, Frau Landesräte, liebe Kollegen hier im Landtag!

Ja, wie heute schon im Budget gesagt worden ist, wir fordern wieder Geld vom Budget für diese Maßnahmen. Herr Landesrat Lang ist mit Sicherheit darüber erfreut, wenn er das Geld bekommen würde, aber die freiheitliche Fraktion im Landtag Steiermark bringt nämlich diesen Antrag ein „Erhöhung des Verkehrsbudgets um jährlich 50 Millionen Euro zur Erhaltung der steirischen Landesstraßen“. Diese Budgeterhöhung wäre ein wichtiges Signal gegen die seit Jahren veranstaltete Ausdünnung des ländlichen Raumes. Beinahe jeder Steirer ist auf die heimischen Landesstraßen angewiesen. Mit einer Länge von über 5.000 Kilometer bilden sie das Rückgrat der steirischen Verkehrsinfrastruktur. Laut einer Landesstraßenzustandsauswertung aus dem Jahre 2010 sind 33 Prozent der Landesstraßen mit der Note fünf – der schlechtesten Bewertung – klassifiziert, und das ist bei Weitem in den letzten fünf Jahren nicht viel, viel besser geworden. Darüber hinaus besteht bei rund 50 Prozent der Landesstraßen Sanierungsbedarf. Angesichts des dramatischen Zustandes der steirischen Landesstraßen ist es notwendig in die Verbesserung der steirischen Landesinfrastruktur zu investieren. Auch der Landesrechnungshof hat in seinem zusammenfassenden Prüfbericht „Erhaltungsmanagement an steirischen Landesstraßen“ seine Bedenken geäußert. Daraus einige wichtige Erkenntnisse: Strategien gegen weitere Verschlechterung entwickeln; benötigte Ressourcen an den tatsächlichen Bedarf annähern; dringende Sanierungserfordernisse erneuern und beurteilen. Es wäre relativ einfach, ohne die Neuverschuldung dadurch in unserem Land noch weiter voranzutreiben. Die Gesamteinnahmen aus dem Straßenverkehr in Österreich betragen zirka 11,5 Milliarden Euro im Jahr. Davon belaufen sich die Einnahmen aus der Mineralölsteuer auf zirka 4,2 Milliarden Euro im Jahr. Also die MÖSt Zweckbindung wurde – wie Sie alle wissen – 1988 aufgehoben, in die Instandhaltung bzw. Instandsetzung von Landesstraßen zu investieren. Bevor ich den Antrag verlese, möchte ich zum Problemlösen noch etwas beitragen. So ist es unser aller Pflicht, statt etwas Schlimmes vorauszusagen, Straßenzustand der Landesstraßen, uns einzusetzen für jene Dinge, die die Zukunft besser machen können, Erhöhung des Verkehrsbudgets durch MÖSt Zweckbindung.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die budgetären Mittel zur Sanierung der Landesstraßen werden für die Jahre 2017 und 2018 um jährlich 50 Millionen Euro aufgestockt in Form einer MÖSt Zweckbindung.

Danke und bitte um die Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 17.21 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1219/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP, Entschuldigung, und den Grünen angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 1056/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Keine Erhöhung der „GIS-Gebühren“ und Abschaffung der Landesrundfunkabgabe“.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Christian Cramer. Bitteschön.

LTabg. Cramer – FPÖ (17.22 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kollegen!

Sie erlauben mir, nachdem heute ja so vieles nicht dem Punkt entsprechend gesagt wurde, dass ich vorweg noch in eigener Sache etwas reklamiere. Ich habe 2009, Kollegin Jungwirth, ich bin nicht Agrarsprecher der freiheitlichen Fraktion, sondern ich bin Behindertensprecher. Ich bin das aus dem Grund, weil ich 2009 einen Verkehrsunfall gehabt habe, den ich nicht verschuldet habe, bei einer Botenfahrt einen Arbeitsunfall, wo ich einen offenen Trümmerbruch am rechten Bein gehabt habe, und dieser Fuß wäre eigentlich abgenommen worden und man hat mir die Wahl gestellt, entweder man hat eben einen Fuß, ein Holzbein, oder man lebt mit Schmerzen weiter und muss sich damit abfinden, dass man Tabletten dafür braucht, dass man einigermaßen schmerzfrei leben kann. Naja, jetzt ist es so, dass diese Schmerzmittel natürlich eine Wirkung haben, man gewöhnt sich einerseits so daran, dass sie schlecht wirken und andererseits haben sie auch die Eigenschaft, dass wenn sie wirken, auch eine einschläfernde Wirkung haben. Ich muss auch sagen, die eine oder andere Rede hat noch mehr einschläfernde Wirkung gehabt, wie manche Schmerzmittel. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich

könnte jetzt beleidigt sein, weil Sie mich da persönlich angreifen, als Behinderten, aber ich will jetzt nicht wehleidig sein, könnte auch sagen: „Was kümmert es die stolze Eiche, wenn sich ein Borstenvieh an ihr reibt.“ Das wäre ungefähr ein bisschen, würden Sie sagen, ja das ist klar, ein Richter würd so einen Spruch sagen. Ich habe das jetzt gesagt und will das damit also praktisch auch schon aus der Welt schaffen.

Komme jetzt zum Eigentlichen. Im heurigen Sommer war, wie wir ja alle via Medien verfolgen konnten, die Wahl des Generaldirektors des ORF. Es war ja eine spannende Geschichte, wird es Wrabetz jetzt noch einmal oder kommt doch wer anderer? Fakt ist, wie Alexander Wrabetz dann gewählt wurde, hat es einen großen Pressebericht gegeben und auch im Raum von der Presse, dass eine bevorstehende Erhöhung geplant ist, gleich einmal von 10,5 Prozent ist gesprochen worden. Sind wir jetzt bei einer Talkshow oder tun wir reden. (*LTA*bg. Lercher: „Wir reden eh.“) Jetzt rede ich einmal und dann redest du. (*Präsidentin Khom*: „Können wir zum normalen Tonfall und zum Thema zurückkommen. Dankeschön.“) Bei diesem Pressebericht wurde auch erwähnt, dass es unter anderem neben der GIS-Gebühr eine Landesrundfunkgebühr gibt, die in der Steiermark satte 27 Millionen Euro ausmacht. Diese Landesrundfunkgebühr, die fällig ist für alle Haushalte, die ein feststehendes Rundfunkgerät betreiben. Ja, davon werden laut Presse eben 50 Prozent für Kulturförderung herangezogen und vier Prozent für Sportförderung. Da fehlt aber noch ein bisserl was auf hundert. Das sind so knappe zwölfteinhalf Millionen Körbergeld, die eben für – ich weiß nicht was – verwendet wird, aber hoffentlich und sicher für was Gutes. (*Landesrat Dr. Buchmann*: „Landeshaushalt.“) Ja, okay. Diese Rundfunkgebühr ist in der Steiermark oder die Landesrundfunkgebühr ist in der Steiermark eine der höchsten. Es gibt Bundesländer wie Vorarlberg und Oberösterreich, die heben gar keine ein. Allein die Landesrundfunkgebühr belastet den Steirer und die Steirerin mit 65 Euro jährlich. Jetzt steht im Raum, dass die im Sommer schon angekündigte Erhöhung der GIS-Gebühr also tatsächlich kommen wird, es soll angeblich am 12. dieses Monats beschlossen werden, mit siebeneinhalb Prozent. Jetzt ist das wiederum eine Belastung für die Steirer und Steirerinnen noch einmal mit monatlich ein Euro 37 dazu. Da kommt eine ganz schön satte Summe zusammen. Wir fordern daher eine Abschaffung der Landesrundfunkgebühr.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich gegen die Erhöhung der ORF-Gebühren auszusprechen und an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, gegen die Erhöhung ebenjener vorzugehen sowie
2. die Landesrundfunkabgabe ersatzlos abzuschaffen und die mit der Abschaffung entstandenen finanziellen Einschnitte im Bereich der Sportförderung, Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen von Museen, Kultureinrichtungen des Landes sowie des Landesarchivs auf Basis einer rigorosen Durchforstung des steirischen Förderungsdschungels sowie der Umschichtung finanzieller Mittel heranzuziehen ist.

Ich bitte um Annahme. Bitteschön. *(Beifall bei der FPÖ – 17.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Werner Murgg. Bitteschön Herr Abgeordneter.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (17.28 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ein paar Worte auch von unserer Seite zu diesem Tagesordnungspunkt, dieser fußt ja auf einem ursprünglichen FPÖ Antrag. Wir haben auch einen eigenen Entschließungsantrag dazu eingebracht. Den möchte ich Ihnen dann vorstellen. Punkt eins, da sind wir mit der FPÖ vollkommen d'accord, auch wir sprechen uns gegen eine Erhöhung der GIS-Gebühren aus, vor allem wenn man es beispielsweise mit Deutschland vergleicht, also da sind einerseits die österreichischen Rundfunkgebühren deutlich höher und andererseits ist die Werbung, aus der sich ja der ORF auch finanziert, in einem viel größeren Ausmaß im ORF vorhanden als in vielen deutschen Programmen – auch ZDF und ARD. Wenn Sie da ein bisschen herumschalten, werden Sie feststellen, wenn Sie zum ORF kommen, wenn Sie ein Pech haben, sind Sie bei der Werbung, und wenn Sie beim MDR sind oder Bayrischen Rundfunk oder ARD, sind Sie bei einer Sendung. Ich erinnere mich noch, wie ich Schüler war oder junger Student, da war noch die Verpflichtung – damals haben wir nur zwei Fernsehprogramme gehabt – aber das zweite Programm, ORF Zwei, musste werbefrei sein. Wenn der ORF sich wieder dazu bekennen würde beispielsweise den ORF Zwei werbefrei zu halten, hätte ich nichts dagegen, wenn man die Rundfunkgebühr meinetwegen erhöht. Aber jetzt komme ich zu Punkt zwei. Da sind wir nicht ganz der Meinung der FPÖ, deswegen haben wir auch einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht. Es ist richtig, was mein Vorredner, Kollege Cramer, gesagt

hat, die sogenannte Landesrundfunkabgabe, also der Landesrundfunkschilling oder jetzt Euro, ist in der Steiermark sehr hoch, ich glaube, er ist sogar am höchsten, und er ist aber nur, Sie haben es richtig gesagt, Herr Kollege Cramer, zu 54 Prozent tatsächlich zweckgewidmet, 49 Prozent Kultur und vier oder fünf Prozent, prügeln Sie mich jetzt nicht, Sport. Und der Rest geht ins normale Budget. Und wir könnten uns vorstellen, dass man sozusagen diesen Kulturschilling oder diesen Kultureuro auf einen Durchschnittswert der Bundesländer senkt. Wir haben uns das angeschaut, das würde doch um zwei Euro im Monat weniger sein ungefähr, und dass man dieses Geld dann aber tatsächlich, wie jetzt bei uns eben nur drei oder 54 Prozent zweckwidmet. Und deswegen stellen wir folgenden Dringlichkeitsantrag. (*LTA*bg. Schwarz: „Entschließungsantrag.“)

Der Landtag wolle beschließen – ah Entschließungsantrag. Danke. Du bist noch nicht eingeschlüpfert sozusagen und schläfst noch nicht. Du passt genau auf. Danke.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich gegen eine Erhöhung der ORF-Gebühren auszusprechen, haben wir gehabt und
2. und jetzt kommt es, das ist die Änderung zum FPÖ-Antrag in Vorbereitung des kommenden Budgets eine Novelle zum Steiermärkischen Rundfunkabgabegesetz in den Landtag einzubringen, wonach die Höhe der Abgabe auf den österreichweiten Durchschnittswert gesenkt und dieser gesamte Abgabenertrag für Kunst und Kultur zweckgewidmet wird.

Danke. (*Beifall bei der KPÖ – 17.31 Uhr*)

Präsidentin Khom: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marco Triller. Bitteschön Marco.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (*17.32 Uhr*): Danke, Frau Präsidentin!

Beantrage punktuelle Abstimmung zu diesem Entschließer von der KPÖ. Danke. (*17.31 Uhr*)

Präsidentin Khom: Nachdem mir keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1056/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen von KPÖ und FPÖ mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1056/6, betreffend „Keine Erhöhung der GIS-Gebühr“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der FPÖ keine erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1056/7, betreffend „Senkung der Landesrundfunkabgabe und vollständige Zweckwidmung“ nach Antrag punktuell ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand, nämlich zum Punkt eins sich gegen eine Erhöhung der ORF-Gebühren auszusprechen. Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Zum Punkt zwei bitte ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über den Antrag, Einl.Zahl 1280/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Imagekampagne für die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft.

Zu Wort gemeldet ist Frau Dipl.-Ing. Hedwig Staller. Bitteschön, Hedwig.

LTAbg. Dipl.-Ing. Staller – FPÖ (17.34 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Zu Ihrer Information beginne ich mit einigen Zahlen. Im Jahr 2014 haben in Österreich 1.346 Personen ihr Medizinstudium abgeschlossen. Davon haben sich nur 835 Personen in Österreich als Ärzte eintragen lassen. 714 Absolventen haben einen sogenannten

Ausbildungsnachweis beantragt, den benötigt man, um in einem anderen EU Land ihren Beruf als Arzt ausüben zu dürfen. 835 Personen von 1.346, das sind nur knapp 60 Prozent der Jungmediziner, die sich dafür entscheiden, in Österreich zu bleiben. Warum gehen so viele Jungärzte ins Ausland? Die Antwort gibt der Obmann der Bundessektion Turnusärzte, Dr. Karlheinz Kornhäusl, und sie ist einigermaßen überraschend. Punkt eins: die Wunschstelle wird im Ausland schneller erhalten, die Wunschstelle, in welche Fachrichtung ich mich weiter entwickle. Am zweiten Platz: Die Qualität der Ausbildung wird im Ausland geschätzt. Es gibt mehr Operationsmöglichkeiten bereits als auszubildender Facharzt, weniger Dokumentationspflichten und so weiter. Und erst an dritter Stelle findet sich die Bezahlung. Andere Bundesländer haben darauf reagiert. Am 29. April 2016 fand in Wien eine hochinteressante Veranstaltung statt. Die Bundeskurie Angestellte Ärzte der österreichischen Ärztekammer lud zur Infusion. Infusion unter dem Titel „Attraktivierung der Spitalsstandorte Österreichs“ und im Zuge dieser Veranstaltung hat Dr. Gerald Fleisch, Geschäftsführer der Vorarlberger Krankenhausbetriebsgesellschaft, das ist vergleichbar mit der KAGes in der Steiermark, vergleichbar in Vorarlberg, er hat erläutert, wie das Land Vorarlberg reagiert hat und ich nenne die wichtigsten Schlagworte seines Referates: Eine attraktive Infrastruktur, ein umfassendes Maßnahmenpaket bezüglich Personalmanagement, familienfreundliche Rahmenbedingungen, Schärfung alter Berufsbilder, Schaffung neuer Berufsbilder, altersadäquate Arbeitsbedingungen und so weiter. Und das ist der Punkt, die Vorarlberger haben all diese Maßnahme erfolgreich kommuniziert. Dadurch ist es in Vorarlberg gelungen, und das muss man dazusagen, obwohl es in diesem Bundesland keine eigene Medizinuniversität gibt, es ist ihnen gelungen, wieder mehr Ärzte für die Arbeit in den fünf Vorarlberger Landeskrankenhäusern zu gewinnen. Die Steiermark hat auf die Österreichflucht der Jungärzte offensichtlich auch reagiert. Landesrat Drexler hat uns ja vergangene Woche im Ausschuss erklärt, dass eine entsprechende Imagekampagne bereits im Jahr 2014 umgesetzt wurde. Was ich mich frage, warum bei der vorher zitierten Veranstaltung in Wien nicht ein Teilnehmer aus der Steiermark über diese Imagekampagne referiert hat. Es wäre nämlich wirklich ein hoch interessanter Teilnehmer aus der Steiermark vor Ort gewesen. Professor Tscheliessnigg war am Podium, er hat über die Imagekampagne jedoch kein Wort verloren. Das wurde den Vorarlbergern überlassen. Vielleicht war ja die steirische Imagekampagne doch nicht so erfolgreich, wie von unserem Landesrat dargestellt? (LTAbg. Karl Lackner: „Gut abgesprochen war es und so gehört es auch.“) Aus einem Pressegespräch mit Vizekanzler Reinhold Mitterlehner zum Thema „Stärkung des Medizinstandortes“ – hoch

aktuell, am 06. Oktober 2016 erfährt man die Zahlen für Österreich. Für das Jahr 2015 absolvierten das Medizinstudium 1.255; Eintragungen als Ärzte 885. Das ist ja jetzt schon besser als 2014. Es besteht aber nach wie vor Handlungsbedarf. Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hält dazu fest: Die Ärzteausbildung in Österreich ist attraktiv und hat einen sehr guten Ruf. Der Medizinarbeitsplatz Österreich ist jedoch nicht ausreichend attraktiv. Auch Krankenanstaltenträger und Länder als unmittelbare Arbeitgeber müssen Schritte setzen. Auf genau diese Aussage begründet sich unser Antrag, eine Imagekampagne für die KAGes zu entwickeln. Landesrat Drexler war, wie zu erwarten, von der Idee begeistert. In anderen Worten, er hat uns gleich einmal argumentativ „abgewatscht“. Er hat uns erklärt, dass sowieso schon alles passiert ist. Es hat sowieso schon alles gegeben. Und er argumentiert dann, Auslandserfahrung ist für unsere Mediziner prinzipiell nicht schlecht, wir müssen nur dafür sorgen, dass sie wieder zurückkommen. Also brauchen wir keine „Wir brauchen dich in unserem Land“-Kampagne, sondern eine „Come back to Styria“-Initiative“ oder wie? Für mich klingt das so, als ob wir das Problem in die Zukunft schieben und hoffen, dass es die nachfolgende Generation lösen wird. Aus meinem persönlichen Umfeld weiß ich, dass Akademiker jedweder Ausbildung – nicht nur Ärzte, aber speziell diese – einen einmal eingeschlagenen Karriereweg im Ausland kaum aufgeben. Es geht hier ja nicht um einen Auslandsaufenthalt à la Erasmus, wo man für ein/maximal zwei Semester im Ausland ist und der beschränkt ist. Es geht darum, dass sich ein in Graz, auf unsere Kosten, ausgebildeter Jungmediziner, aus dem Einzugsbereich Steiermark, Kärnten, Oberösterreich und zu knapp 20 Prozent auch aus Deutschland, dass dieser sich bewusst dazu entscheidet, seinen Lebensmittelpunkt nicht hier in der Steiermark zu setzen, sondern Beruf, Karriere, Beziehung, Familie, persönliches Umfeld, seine ganze Zukunft im Ausland sieht. Herr Landesrat Drexler, ich weiß nicht, ob das wirklich so eine gute Idee ist, alle mit Freuden ziehen zu lassen, um Auslandserfahrungen zu machen. Mein Hausverstand sagt „nein“ und der ist ja bekanntlich weiblich. *(Beifall bei der FPÖ – 17.41 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Barbara Riener. Bitteschön.

LTAbg. Riener – ÖVP (17.41 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und via Livestream!

Ja, in meiner Budgetrede zum Thema Gesundheit habe ich schon kurz angesprochen, dass eine Anfrage von der FPÖ über den Budgetdienst an den Herrn Landesrat gestellt wurde, wo eben gefragt wurde, inwieweit budgetäre Mittel im Vergleich zum Vorjahr für 2017 eine Anwerbekampagne bzw. Anwerbeaktion neuer Mitarbeiter eingeplant ist. Ich habe kurz darauf hingewiesen, dass bereits eben im Zuge vom Ärztezeitgesetz und vom neuen Dienstrecht, wo auch u. a. die budgetären Ansätze verändert wurden, reagiert wurde. Diese Reaktion hat für das Jahr 2015 im Gegensatz zu anderen Bundesländern bewirkt, dass wir freie Dienstposten in der KAGes besser nachbesetzen konnten als alle anderen Bundesländer. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir waren nämlich vorher mit unserem Gehaltsschema im unteren Drittel Österreichs und sind da in das Mittelfeld gewandert und somit konnten wir das ein bisschen ausgleichen. Ich bin aber bei dir, Budget und Gehalt ist nicht alles. Es sind auch die Arbeitsbedingungen. Und was bzgl. Vorarlberg zitiert wurde, das ist keine Imagekampagne, sondern sind Arbeitsbedingungen, und da hat auch die KAGes einiges im Sinne von Aufgaben, Zuordnungen, Turnusärzte verändert, auch gewisse Aufgabenklärung was Turnusärzte machen dürfen, was sie nicht machen dürfen. Im Zuge des neuen GuKG – Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes – wurde das noch einmal mit verändert, das ist heuer im Sommer beschlossen worden, also kurz vorm Sommer im Nationalrat beschlossen. Das heißt, es wurde einiges auch wieder diesbezüglich verändert, auch für die Pflege. Das heißt auch, es muss umgestaltet werden. Aber warum? Eigentlich hast du schon einen der Gründe geliefert, warum Ärztinnen und Ärzte nach ihrer Ausbildung ins Ausland gehen, vor allem sehr stark nach Deutschland. 20 Prozent, hast du gesagt, sind Deutsche, die bei uns Medizin studieren. Warum? Nicht nur Deutsche sondern auch andere. Aber Deutschland hat einen Numerus clausus und wir haben keine Studiengebühren und im Rahmen der EU müssen wir auch für EU Studentinnen und Studenten unsere Universitäten zur Verfügung stellen und müssen wir das bezahlen. Wir haben zwar ein Kontingent verhandelt. Gott sei Dank hält das jetzt so, wie es aussieht, aber das ist eigentlich das Grundlegende, dass wir nicht in der EU nur für uns ausbilden, für unseren Bedarf, sondern dass wir EU-weit ausbilden und da bin ich schon bei unserem Herrn Landesrat Christopher Drexler. Auch anderswo Erfahrungen sammeln ist ganz, ganz wichtig. Gerade bei dem rasanten Fortschritt, den die Medizin liefert, wo es Spezialisten und Spezialzentren gibt, wo wir in Österreich gar nicht dieses Wissen zur Verfügung stellen können, glaube ich schon, dass es wichtig ist. Umsonst sind es auch nicht in anderen Bereichen Studierende, die immer wieder gerne Auslandssemester machen, um eben diese Erfahrung hereinzuholen. Aber was wir machen müssen, ist, dass wir die

Rahmenbedingungen schaffen und das ist auch wieder ein Teil dieser Gesundheitsreform 2035, indem wir gute Spitalsstandorte hinstellen, nämlich wo auch verschiedene Spezialbereiche angeboten werden, wo im Team multiprofessionell die Ärzte auch arbeiten können. Genau das ist auch unsere Antwort und ich bitte das nicht nur einseitig zu sehen, sondern dass man es im Gesamten sieht. Eine Imagekampagne für die Ärzte ist auch dann nur sinnvoll, wenn es nicht gerade so wie jetzt und morgen immer wieder zu Streitereien kommt. Das heißt, wir müssen einmal die Basis aufstellen. Es muss jetzt wieder einmal Ruhe einkehren und ich glaube, die Bevölkerung weiß schon, was sie an den Ärzten haben. Und wir wissen es auch, weil wenn wir krank sind, braucht jeder einen Arzt und ist froh, wenn er ihn hat. Bezüglich der Rahmenbedingungen ist die KAGes permanent gefordert, und deshalb ist auch beim Gesellschafterzuschuss mehr Geld vorgesehen, um die Strukturen für die Bediensteten zu verbessern. Letztendlich, nur wenn die Bediensteten gute Strukturen haben und sich wohl fühlen in der Arbeit, werden sich auch die Patientinnen und Patienten wohlfühlen. Das ist ein ganz klarer Schluss und insofern bitte ich, das immer in der Komplexität der Sache zu sehen und nicht nur einseitig. Es ist im Budget verankert und es wird auch permanent von der KAGes eine Kampagne geführt werden, wenn man so sagen will, dass der Arbeitsplatz ein attraktiver ist. Und da möchte ich das nicht nur auf die Ärzte beziehen, sondern auch für die Pflege, ganz dringend notwendig für die Pflege, wir haben halt weniger Jugend und die können Gott sei Dank aus einem Füllhorn von Angeboten ihre Ausbildungen wählen. Deswegen bitte nicht immer nur schlechtreden, sondern auch das Positive sehen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.47 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 1280/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag fand gegen die Stimmen der FPÖ die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 7 und 8 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig. Danke.

Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 1293/1, der Abgeordneten Johannes Schwarz und Barbara Riener betreffend Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes.

Punkt

8. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 1294/1, der Abgeordneten Barbara Riener und Johannes Schwarz betreffend Novelle des Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes (SHG).

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Marco Triller. Bitteschön, Marco.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (17.49 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Frau Landesrätin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher!

Also der Ablauf des oder der gesamten Wohnunterstützung, aber auch jetzt dieser Novellierung ist bezeichnend für die SPÖ und für die ÖVP, gerade für Sie, Frau Landesrätin, was Sie ja immer predigen: „Ja, arbeiten Sie mit mir gemeinsam daran“, aber Sie machen genau das Gegenteil, Sie arbeiten nämlich nicht mit der Opposition, wie Sie es eigentlich versprochen hätten. Und wir sind eben der Meinung, dass wir darüber länger diskutieren hätten sollen, wirklich einen Diskurs auch finden, eine Diskussionskultur, wo man sagen kann, wir können stolz darauf sein, ein gescheites Wohnunterstützungsgesetz auch zu haben. Aber das Gegenteil ist der Fall, Sie grenzen die Opposition absolut aus, jede Oppositionspartei hier herinnen, man hat einfach schnell einen Unterausschuss einberufen, danach den Ausschuss und hat das einfach durchgesprochen dieses Thema und auch diese Novellierung wollen Sie heute beschließen. Und das Groteske an dieser Novellierung ist eigentlich, dass nicht wirklich irgendwas drinnen steht, außer dass die Landesregierung per

Verordnung dann entscheiden kann, wie es weiter geht, oder wie beispielsweise auch Förderungen oder Wohnunterstützung an die jeweiligen Personen ausgeschöpft wird. Interessant daran ist, wir haben darum gebeten, wir haben das beantragt, dass man Personen, Experten in den Unterausschuss, aber auch in den Ausschuss einlädt, es wäre auch sinnvoll gewesen, wenn man das natürlich in einem Begutachtungsverfahren ausgehandelt hätte und ich verstehe absolut nicht und vor allem die SPÖ nicht, dass man Vertreter der Caritas oder der Vinzigenenschaft nicht einlädt, aber ganz besonders verstehe ich nicht, warum heute der Chefverhandler dieser Wohnunterstützung nicht hier ist, Herr Stadtrat Ehmman. Ich sehe ihn nicht im Zuschauerraum. Eigentlich müsste er ja statt Ihnen auf der Regierungsbank sitzen, Frau Landesrätin, weil er ist ja der Chefverhandler und er hat ja groß angekündigt, und das ist auch heute auf Facebook: „Ich habe Verbesserungen bei der Wohnunterstützung erkämpft, diese werden heute im Landtag Steiermark beschlossen. Es bleibt noch viel zu tun.“ Das heißt, er hat das eigentlich gemacht und nicht Sie, Frau Landesrätin, und das ganz Interessante daran ist, das dürfte anscheinend diese ominöse Verordnung sein, die Sie der Opposition vorenthalten haben. Und ich verstehe nicht, was Sie als Regierungsmitglied veranlasst, der Oppositionspartei oder den Oppositionsparteien diese Verordnung nicht zu zeigen und zu sagen, was da überhaupt drinnen steht. Und das ist einfach nicht der korrekte Weg und da können wir einfach nicht mitgehen, Frau Landesrätin. *(Beifall bei der FPÖ und KPÖ)*. Ich mache mir diesbezüglich schon ein wenig Sorgen, weil, die Wohnunterstützung ist ja nicht irgendetwas. Die Wohnunterstützung soll eben bedürftigen Menschen helfen, ja. Aber wenn dann der Herr Stadtrat, ein Externer, involviert wird, aber die Internen, die Oppositionen nicht involviert werden, dann brauchen Sie auch nicht auf unsere Zusammenarbeit rechnen, Frau Landesrätin, wie Sie das eigentlich von uns eingefordert haben, mit Ihrem „Unterstützen Sie mich auf diesem Weg“. Und das Durchpeitschen von Gesetzen auf Kosten von Bedürftigen und das wirklich nur am Rücken der Bedürftigen, das ist politische Kleingeldmacherei auf wirklich derbster Ebene und das ist absolut zu verurteilen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und nur weil die SPÖ Graz sich jetzt im Wahlkampf befindet – und man sieht das ja anhand dieses Sujets, wo der Herr Stadtrat Ehmman sich groß rühmt, als Chefverhandler, als Durchpeitscher dieses Wohnunterstützungsgesetzes. Da können wir einfach nur sagen, das ist nicht in Ordnung und ich hoffe, dass Sie sich ändern, weil wir wollen ja mitarbeiten, aber Sie anscheinend nicht mit uns, Frau Landesrätin. Und zum Entschließer der Grünen, ist natürlich auch sehr interessant, was Sie da eingebracht haben, weil, dieser Entschließungsantrag ist mir relativ bekannt vorgekommen. Und zwar, wir haben ebenfalls schon die Familienbeihilfe und Alimente aus

nicht Einkommenszählung bei der Wohnunterstützung gefordert. Damals im September habt ihr unseren Antrag abgelehnt, wo wir das Gleiche eigentlich gestellt haben. Aber wir werden natürlich eurem Antrag zustimmen. Es ist ein nettes grünes Plagiat. Eine gewisse Scheinheiligkeit ist da schon auch dahinter, aber natürlich befinden sich die Grünen auch im Wahlkampfmodus und wollen ebenfalls noch vor der Grazer Gemeinderatswahl irgendwie ein bisschen einen Zuspruch finden. *(Beifall bei der FPÖ)* Also, Frau Landesrätin, ich würde mir schon wünschen, dass Sie in Zukunft, wie Sie es angekündigt haben, wirklich mit uns zusammenarbeiten. Ich hoffe, dass nach der Grazer Gemeinderatswahl ihr Sessel nicht gerückt wird, nachdem ja der Herr Chefverhandler Stadtrat Ehmann schon Ihr Ressort mehr oder weniger in Teilbereichen übernommen hat, und hoffe auch nicht, dass es eine weitere Novellierung diesbezüglich gibt, sondern das Wohnunterstützungsgesetz muss wirklich ganz neu aufgestellt werden und diesbezüglich möchte ich schon einen Entschließungsantrag auch einbringen, und zwar:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Regierungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, die die völlige Neuaufsetzung der Wohnbeihilfe zum Inhalt hat, wobei es auf der einen Seite keine Verschlechterungen für österreichische Staatsbürger im Vergleich zur 2016 abgeschafften Wohnbeihilfe geben darf und auf der anderen Seite sind Leistungen an Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige, die keinen Beitrag zum Sozialsystem geleistet haben, zu überdenken bzw. so weit als möglich einzuschränken.

Bitte um Annahme dieses Antrages und ich bitte wirklich und fordere auch von den Regierungsparteien ein, dass Sie das Wohnunterstützungsgesetz wirklich noch einmal neu überdenken, ein Begutachtungsverfahren einführen, Experten auch aus den verschiedensten Bereichen einladen, und ich bin davon überzeugt, dass dann mit einem gemeinsamen Miteinander auch wirklich ein gescheites Wohnunterstützungsgesetz geschaffen wird. Danke.
(Beifall bei der FPÖ – 17.56 Uhr)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klaus Zenz. Bitteschön, Klaus.

LTAbg. Zenz – SPÖ (17.56 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nach elf Jahren im Landtag weiß man, wann Wahlkampf ist und natürlich ist es absolut legitim, diese Anträge zu stellen, aber über das Wohnunterstützungsgesetz in diesem Hohen Haus hätten wir sehr umfangreich und mit allen Einwüfen und an allen Zugängen gesprochen, aber erlauben Sie mir eines, wir wissen, dass Wahlkampf ist, wir wissen, dass dieses Thema, eine Debatte ist, natürlich wissen wir das, aber erlauben Sie mir zu diesem Selbstständigen Antrag, den ich sehr gerne eingebracht habe, eines zu sagen, also gemeinsam freuen wir uns, dass diese Neugestaltung dieses Pensionsrechts, das der Bund beschlossen hat, ich bedanke mich in der Hinsicht an den Bund, nämlich diese 1.000 Euro als Mindestpensionsrichtlinie zu machen, eine wichtige und richtige Entscheidung war. Darüber wird wohl in diesem Haus niemand debattieren wollen oder wollen wir auf der alten Grundlage bleiben? Der Bund hat sich dafür entschlossen und der steirischen Landesregierung fällt kein Zacken aus der Krone, nämlich diese neuen Richtlinien auch mit einer Novelle dieses Gesetzes zu übernehmen. Selbstverständlich werden wir das tun. Weil, was würde das sonst bedeuten? Dass Mindestpensionistinnen und –pensionisten aufgrund dieser neuen Gesetzgebung, die für sie Vorteile bringt, an einer steirischen Gesetzgebung wieder gestrichen werden, das heißt, nach unten geht. Und selbstverständlich werden wir diese Richtsätze übernehmen. Selbstverständlich werden wir diesbezüglich dieses Gesetz Ihnen zur Beschlusslage vorgeben und selbstverständlich stehe ich nicht an als Abgeordneter, dieses auch mit einem Antrag Ihnen heute zur Beschlussfassung vorzulegen. Wenn Sie meinen, dass es eine Lösung ist oder Ihre Antwort, diesem hier nicht zuzustimmen, dann ist es Ihre Entscheidung, auch der anderen Fraktionen. Wenn Sie meinen, dass es Ihnen ein vorliegendes Anliegen ist, das zu einem Wahlkampfthema – den einen hätten wir schon vorbei den Wahlkampf, den anderen hätten wir in Graz vor uns – zu machen, dann sagen Sie es. (LTAbg. Amesbauer, BA: „Das hat Herr Ehmman zum Thema gemacht.“) Es ist Ihre Entscheidung. Eindeutig und klar ist, wir legen hier eine Novelle vor, die genau diese Richtlinien in dieses Gesetz einbringt und ich erlaube mir in diesem Zusammenhang an die Vergangenheit zu erinnern, es war nämlich die KPÖ, die ständig die Evaluierung der alten Wohnbeihilfe eingefordert hat, jahrelang, bin schon eine längere Zeit da herinnen und ständig davon gesagt hat, wenn es in ihrem Interesse ist zu novellieren, das ist auch für uns auch kein Problem, wir machen das, und deshalb werden wir entsprechend der Vorlage des Bundes selbstverständlich im Sinne der Mindestpensionistinnen und –pensionisten diese Novelle einbringen und wenn Sie dagegen stimmen, dann tun Sie das. Wir machen das sicher nicht,

weil es eine wesentliche Verbesserung für diese Gruppe ist. Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.00 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Kollegin Claudia Klimt-Weithaler. Bitteschön, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (18.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Wir sprechen also wieder einmal über die Wohnunterstützung. Das tun wir hier ja jetzt schon sehr oft, weil eben am 05. Juli dieses Jahres der Landtag Steiermark mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP dieses Gesetz beschlossen hat, ohne Begutachtung. Ich möchte es an dieser Stelle noch einmal erwähnen, weil das nicht üblich ist, dass man Gesetze ohne Begutachtung beschließt, und es ist, wie es sich ja jetzt offensichtlich für alle mittlerweile herausgestellt hat, auch nicht sehr sinnvoll, dass man Gesetze ohne Begutachtung beschließt. Sie haben aber nicht nur dieses Gesetz ohne Begutachtung beschlossen, Sie haben es auch beschlossen in einer Form, die eigentlich sehr unüblich ist. Im Normalfall ist es so, dass in einem Gesetz die wichtigsten Dinge drinnen sind und die Details mit der Verordnung geregelt werden. Bei dem Gesetz ist es genau umgekehrt. Da stehen ein paar Sachen im Gesetz und der große Teil, der für die Umsetzung notwendig ist, wird mit der Verordnung geregelt. Auch das haben wir von Anfang an kritisiert. Und wir haben diese Vorgehensweise auch nicht nur deshalb kritisiert, weil wir uns da schwer tun, Kollege Triller hat es jetzt auch noch einmal aufgezeigt, wenn ich keine Verordnung kenne, kann ich schwer darüber befinden, ob ich das gut oder schlecht finde. Wichtig ist ja auch folgende Tatsache, eine Verordnung kann jederzeit geändert werden, die muss nicht durch den Landtag. Und ich möchte es an dieser Stelle vor allem an die Abgeordneten noch einmal richten, da geht es nicht darum, dass wir hier irgendwie ja oder nein sagen, sondern da geht es darum, dass dem Landtag in Wahrheit Kompetenzen genommen werden, ja. Man kann jederzeit diese Verordnung, die kann heute so ausschauen und übermorgen kann man sie ändern, und der Landtag kriegt nichts mit und deshalb ist das nicht in Ordnung. Die KPÖ hat dieses Wohnunterstützungsgesetz bereits im Juli als „Husch-Pfusch-Gesetz“ bezeichnet. Das haben wir nicht leichtfertig getan, aber es war damals schon klar, dass, wenn das jetzt durchgepeitscht wird, trotz aller Warnungen von Kritikern, Kritikerinnen, Oppositionsparteien, dann werden wir damit ein Problem bekommen und das

haben wir schon gesehen, bevor Ende August dann die Durchführungsverordnung gekommen ist, die ja dann offensichtlich auch gezeigt hat, dass mehr Probleme aufgetaucht sind, als wir vorher geglaubt haben, dass da sein werden. Dann ist kurze Zeit später ein Härtefonds installiert worden, also Sie nennen es Überbrückungsbeihilfe, ich sage weiterhin Härtefonds, weil es geht letztendlich darum, dass man den Menschen, die mehr als 40 Euro verlieren durch die neue Regelung, die Hälfte vom Verlust jetzt ausbezahlt. Ja, was ist denn das? Das ist ein Härtefonds. Man federt den großen Verlust ab. Das ist ein Eingeständnis, muss ich ganz ehrlich sagen. Wenn ich ein Gesetz im Juli beschließe, und einen Monat später hergehe und sage, da braucht es jetzt eine Überbrückungshilfe, dann habe ich irgendetwas falsch gemacht, ja. Wir haben immer kritisiert, dass das Verschlechterungen sind, die mit dem neuen Gesetz kommen, und uns ist dann vorgeworfen worden, liebe Frau Landesrätin, das hast du mehrmals gesagt, sowohl im Juli als auch im September, also einmal beim Beschluss, einmal bei unserer Dringlichen Anfrage: Die letzten Wochen waren geprägt von Panikmache der KPÖ, von Unterstellungen und Gerüchten, wortwörtlich hast du das hier am 20. September gesagt. Und was haben wir kritisiert, ich darf es noch einmal zusammenfassen. Wir haben kritisiert, dass das keine Verwaltungsvereinfachung ist, schon gar nicht mit Einsatz dann des Härtefonds, weil da haben dann die BeamtInnen ja zusätzlich auch noch den Leuten ausrechnen müssen, kriegen sie jetzt mehr oder weniger? Verlieren sie mehr oder weniger wie 40 Euro? Haben sie Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe? Die Menschen haben selber noch einmal diese Ansuchen stellen müssen, haben noch einmal sagen müssen: „Ja, ich brauch das bitte.“ Also Verwaltungsvereinfachung ganz sicher nicht, und über die Gerechtigkeit haben wir auch schon mehrmals debattiert. Ich sehe keine Gerechtigkeit in diesem neuen Gesetz. Absolut nicht, denn die Einkommensgrenzen sind zu niedrig angesetzt gewesen in der ersten Variante, das Vermögen musste offen gelegt werden, die Obergrenze war bei 1.189 Euro, eine Katastrophe. Der ergänzende Wohnungsaufwand bei der Mindestsicherung ist völlig gestrichen worden, das darf man auch nicht vergessen in diesem Zusammenhang, der ist nämlich in der Wohnunterstützung nicht kompensiert worden. Bei den Studierenden ist das Einkommen der Eltern einbezogen worden und Familienbeihilfe und Alimente sind auch zum Haushaltseinkommen dazugerechnet worden. Das sind die Punkte, die wir von Anfang an kritisiert haben. Wir haben dann Beispiele gebracht, um aufzuzeigen, was das in der Realität heißt, und auch da ist uns gesagt worden, obwohl wir das mit dem Landes-Wohnunterstützungsrechner gerechnet haben, ist uns gesagt worden: „Wir müssen in unseren Berechnungen feststellen, dass eure Zahlen nicht stimmen.“ Jetzt haben wir Dezember und es

kommt zur ersten Reparatur dieses Gesetzes. Das ist insofern bemerkenswert, weil ja noch im Juli behauptet worden ist, da ist so viel Herzblut drinnen, da ist so viel Know-how drinnen, das ist so viel Wissen drinnen, und, Frau Landesrätin, du hast im Juli noch zu mir gesagt: „Ich lasse mir nicht sagen, das sei nicht durchdacht, das sei überhastet, das sei ein Schnellschuss und wir haben uns sehr viel überlegt, sehr gut überlegt, wir haben jetzt ein Modell präsentiert, das ganz sicher die Steiermark nach vorne bringen wird, nämlich, es ist ein System, das sozial treffsicher ist, das jene Menschen unterstützt, die es dringend brauchen.“ Das waren deine Worte zu diesem Gesetz, das wie gesagt, jetzt der ersten Reparatur unterliegt. Wenn das jetzt aber alles stimmt, dass wir da nur furchtbare Panikmache betrieben haben, dass wir da Gerüchte in die Welt gesetzt haben, dass wir Fehlinformationen gemacht haben und dass das alles so gerecht und treffsicher ist, wie du gesagt hast, wie die Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP hier immer gesagt haben, dann frage ich mich, wozu brauchen wir denn jetzt eine Novellierung? Offensichtlich passt ja doch irgendetwas nicht. (*LTA*bg. Schwarz: „*Weil die Mindestpension auf Bundesebene erhöht worden ist.*“) Genau, und das ist jetzt der Punkt. Die SPÖ und die ÖVP im Land sagen, das müssen wir jetzt machen, hat auch der Kollege Zenz gesagt. (*LTA*bg. Zenz: „*Das ist relativ einfach.*“) Übrigens Valorisierung und Evaluierung, Klaus Zenz, ist nicht das Gleiche. (*LTA*bg. Zenz: „*Na, habe ich auch nicht gesagt.*“) Was wir immer gefordert haben bei der Wohnbeihilfe, früher noch war eine Valorisierung, also eine Erhöhung, gell. Also der Klaus Zenz sagt und die SPÖ und die ÖVP im Landtag sagen, das müssen wir jetzt machen, weil wir die Bundesrichtlinien da jetzt haben und deswegen ändern wir das. Kollege Ehmman sagt allerdings, Herr Triller hat es schon erwähnt, das machen wir jetzt, weil er das erkämpft hat für uns. Das weiß ich nicht so genau. Ist es jetzt wegen dieser Bundesregelung oder ist es jetzt, weil Herr Ehmman so ein toller Kämpfer ist. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, mir ist es „wurscht“, solange es eine Verbesserung ist (*LTA*bg. Lercher: „*Das glaube ich dir nicht.*“) für die Leute. (*LTA*bg. Schwarz: „*Das glaubt dir keiner.*“) Noch einmal zuhören, mir ist es wurscht, warum ihr es verbessert, ob ihr es wegen dem Herrn Ehmman verbessert, weil der so toll kämpft oder ... – na, Max, ich weiß schon, damit hast du das allergrößte Problem, aber wahrscheinlich nicht mehr lang. Noch einmal, mir ist es egal, mir ist es egal, warum Sie es verbessern, wenn Sie es denn verbessern, weil da sind wir beim nächsten Punkt. Das hat Kollege Triller auch schon gesagt, wir sitzen in einem Unterausschuss, wo uns wieder was präsentiert wird, wo uns gesagt wird: „Wir ändern jetzt dieses, wir ändern jetzt jenes, wir ändern jetzt das, nur die Verordnung zeigen wir euch leider nicht, wo das alles drinnen steht.“ Ich muss ganz ehrlich

sagen, das ist etwas, das habe ich in all den Jahren hier in dem Haus noch nicht erlebt und ich halte das für eine ganz eine schlimme Entwicklung. Ich möchte das vor allem jetzt auch dir, Frau Landesrätin, noch einmal sagen: Man kann nicht hergehen und den Landtag mit einer Gesetzesnovellierung befassen und ihm dann aber mehr oder weniger was hinschmeißen, aber nicht sagen, wie man das dann gedenkt in einer Verordnung zu regeln oder zumindest der Opposition nicht zu zeigen. Ich habe Kollegin Riener im Unterausschuss gefragt, kennst du die Verordnung? Du hast weder ja noch nein gesagt. Du hast gesagt, wir haben darüber gesprochen. Nachdem aber offensichtlich Herr Ehmann sie kennt, kennen sie viele (*LTAbg. Schwarz: „Nur die Claudia nicht.“*) und so geht man nicht um. Na, lieber Hannes Schwarz, weißt was, (*LTAbg. Schwarz: „Das wirst du nicht entscheiden.“*) wir können gerne auf einem hohen Niveau diskutieren, aber das was du da machst, ist in Wahrheit eines Klubobmannes nicht würdig (*Beifall bei der KPÖ und FPÖ – LTAbg. Schwarz: „Das habe ich schon oft erklärt. Du nimmst es nicht zur Kenntnis und das ist einer Klubobfrau nicht würdig. Das ist so. Das ist wahrer Populismus.“*) Das musst dem Herrn Ehmann ausrichten. (*LTAbg. Zenz: „Der Herr Ehmann macht das nicht.“*) Ha, der Herr Ehmann, na, wurscht. (*LTAbg. Schwarz: „Steht der Herr Ehmann da herinnen?“*) Nein, aber ist Herr Ehmann Abgeordneter des Landtages Steiermark? Siehst du, genau und aus diesem Grund darf ich auch sagen, was mir hier beliebt, wenn ich niemanden beleidige und ich glaube nicht, Frau Präsidentin, dass ich irgendetwas gesagt habe, wo man mir das Wort verbieten muss. Man kann sich auch melden, würde mich ohnehin interessieren, was du dazu zu sagen hast. Aber kommen wir zurück zum Eigentlichen. Herr SPÖ-Altbürgermeister Stingl hat zum Beispiel gesagt, das neue Gesetz ist unhaltbar, es muss etwas geschehen und er wünscht sich – genauso wie wir, wir haben es von Anfang an gesagt – ausdrücklich, dass die Familienbeihilfe nicht in das Einkommen eingerechnet wird. So, ist der jetzt auch populistisch, der Herr Stingl? (*Präsidentin Khom: „Frau Klubobfrau, bitte um Zeitdisziplin.“*) Na, ich bin Hauptrednerin, ich habe 20 Minuten (*LTAbg. Schwarz: „Zehn Minuten Hauptredezeit. Das müsste eine Klubobfrau aber eh wissen.“*) Gut, dann werde ich mich noch zweimal melden und herausgehen, wie alle anderen bei der Budgetdebatte. Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Solange Sie die Familienbeihilfe und die Alimente nicht aus dieser Regelung herausnehmen, können wir dem keine Zustimmung geben. Warum nicht? Wir wissen nicht, was sich ändert mit Ihrer Verbesserung, weil wir die Verordnung nicht kennen. Wir gehen jetzt einmal davon aus, dass das, was Herr Ehmann auf Facebook schreibt, kommen wird, das mit der Vermögensgrenze, dass das geregelt wird, dass das erhöht wird, aber das wissen wir alle

nicht, weil wir die Verordnung nicht kennen. Wir haben aber sehr wohl (*Präsidentin Khom: „Frau Klubobmann, bitte, zum Schlusssatz.“*) mit sehr vielen Menschen geredet und haben seit September, da war noch keine Rede vom Wahlkampf, Unterschriften gesammelt. Frau Landesrätin, ich darf dir diese jetzt übergeben. Es sind inzwischen 9.614 Unterschriften aus der ganzen Steiermark von Leuten gesammelt worden, die dieses Gesetz so nicht haben wollen. (*Präsidentin Khom: „Frau Klubobmann, bitte den Schlusssatz.“*) Ich bitte dich, sie anzunehmen und hoffe, dass darüber nachgedacht wird, wie man das zukünftig besser angehen kann, weil ich möchte nicht in einem halben Jahr wieder hier stehen und die nächste Novellierung anhören müssen. Dankeschön. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 18.13 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Dr. Werner Murgg. Bitteschön.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (18.14 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen, vor allem Frau Landesrätin Kampus, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Kollegin Klimt-Weithaler hat jetzt, glaube ich, das Wesentliche gesagt, warum wir heute dieser Novelle des Wohnunterstützungsgesetzes nicht zustimmen können, mit guten Gründen, weil wir eben nicht neuerlich einen Blindflug wahren wollen. Aber ich möchte jetzt noch zwei Dinge sagen und die möchte ich Ihnen ganz persönlich sagen. Weil ich habe das sehr genau beobachtet, was über all die Monate, muss man sagen, es waren ja September, Oktober, November, drei Sitzungen, die sich mit der Wohnbeihilfe beschäftigt haben und wo Sie auch, vor allem gegenüber der Claudia Klimt-Weithaler, aber gegenüber auch der ganzen gesamten KPÖ Vorwürfe erhoben haben. Ich möchte zuerst damit anfangen, wie dieses ganze Gesetz oder was dieses neue Wohnunterstützungsgesetz ausgelöst hat. (*LTabg. Zenz: „Schon wieder.“*) Im Juli haben wir das beschlossen und jetzt ist Dezember und im Jänner kommt möglicherweise die Verordnung. Also ich sage einmal, ein halbes Jahr, wo Sie, Frau Landesrätin, die in erster Linie die Betroffenen, aber auch die gesamte Bevölkerung, denn da gibt es Angehörige, und vor allem auch die Bediensteten des Landes, die nämlich dieses Sachen ausrechnen müssen, in Unruhe versetzt haben. Ein halbes Jahr lang. Was ist das gewesen? Ab September hat es die neue Wohnunterstützung gegeben. Viele haben schon im Juli und im August für die Wohnbeihilfe angesucht, weil das läuft immer nur ein Jahr, bei

denen es halt im September ausgelaufen wäre, jetzt haben sie im September neu ansuchen müssen, weil natürlich die Wohnunterstützung kommt. Kurze Zeit später haben sie erfahren, dass es einen Härtefonds gibt, haben angerufen, wie das ist, wie man ansuchen kann. Haben sie ein drittes Mal angesucht. Und jetzt muten Sie ihnen zu, dass sie natürlich ein viertes Mal ansuchen müssen, weil jetzt wird möglicherweise der, der eine negative Stellungnahme bekommen hat, nach der Wohnunterstützung, wie sie bisher war mit der Verordnung, weil die Einkommensgrenzen angehoben worden sind, etwas bekommen, jetzt sucht er wieder an. Also innerhalb von sechs Monaten werden die Leute verpflichtet zumindest drei Mal anzusuchen, und Sie wissen jetzt noch nicht, ob das was im Jänner dann tatsächlich sein wird, so ist, dass es à la longue, ich sage einmal, zumindest für die nächsten Jahre halten wird. Und es wird auch die Familienbeihilfe, die Einrechnung der Familienbeihilfe noch rauskommen, das verspreche ich Ihnen, so viel Druck wird noch entwickelt werden, und dann sind wir genau dort, was die Leistungen betrifft, wo wir vor einem halben Jahr gewesen sind, und wir hätten uns diesen ganzen Zirkus sparen können, Frau Landesrätin, und ich sage Ihnen, wer so etwas macht, ist in Wahrheit rücktrittsreif. So kann man nicht die Bevölkerung, die Betroffenen und auch mit den Beschäftigten der Wohnbeihilfenstelle umgehen. Und ich sage Ihnen jetzt noch etwas und das ist mir ein besonderes Anliegen und bitte hören Sie mir zu. *(LTAbg. Karl Lackner: Herr Kollege, ein bisserl mäßigen.“)* Na, ich mäßige mich nicht, weil ich jetzt nämlich dazu, komme warum ich mich nicht mäßigen muss, weil mir das nämlich besonders am Herzen liegt. Ich werde Ihnen jetzt im Staccato sagen, Frau Landesrätin, was Sie stichwortartig zur KPÖ bzw. zur Claudia-Klimt-Weithaler gesagt haben. Im September haben Sie gesagt: Unterstellungen, Gerüchte, Fehlinformationen, Polemik, Populismus pur. Im Oktober haben Sie gesagt: Panikmache, Angstmache, Spiegelfechten, Stimmungsmache der KPÖ wird künstlich erzeugt. Und im November haben Sie noch einmal gesagt: Populismus und skandalisieren und dann lese ich im November, heute haben wir dankenswerterweise auch vom Kollegen Triller und von der Claudia Klimt-Weithaler gehört, *(LTAbg. Schwarz: „Schließen Sie mit der FPÖ eine Koalition.“)* dass der Stadtrat von Graz, Michael Ehmman, eigentlich nichts anderes gesagt hat, er hat nämlich auch gesagt, dass Menschen zu ihm kommen, und ihm von den Problemen erzählen und dass das so nicht weitergeht, dass die Wohnbeihilfe nachjustiert gehört. Jetzt weiß ich natürlich nicht, was der Michael Ehmman in der SPÖ für ein Standing hat, interessiert mich auch nicht, aber eines weiß ich, der Altbürgermeister Stingl hat ein gutes Standing. Er ist so etwas wie ein Elder Statesman zumindest der KPÖ Graz, zu recht, sage ich. Und was ... *(LTAbg. Schwarz: Wer?*

Wer? Er?“) ... Alfred Stingl, (LTAbg. Schwarz: „Der ist ein Elder Statesman der KPÖ?) ... der SPÖ Graz, haben Sie nicht aufgepasst? Aber geh, tun's die Ohren ausspritzen und was sagt der Altbürgermeister Stingl? Auch das haben wir heute schon gehört, aber ich muss es Ihnen wirklich vorlesen. Er sagt: Die Betroffenen rennen ihm die Tür ein, ich bin stark gefordert, ich bekomme elendslange Telefonlisten in dieser Aktion von Mensch zu Mensch, er erlebt einen Ansturm von verzweifelte Betroffenen. Ja, nichts anderes hat die Claudia Ihnen drei Mal gesagt, dass es verzweifelte Menschen gibt, die am Telefon zu weinen anfangen, weil Sie ihnen die Wohnbeihilfe streichen, weil sie nichts mehr kriegen. Der Stingl sagt nichts anderes. Bei uns ist es Populismus, Panikmache, künstliche Stimmung etc., Frau Landesrätin, so kann man nicht mit einer Opposition umgehen. Das geht einfach nicht. Wir haben uns schon einige Gefechte geliefert, das werden wir in Zukunft auch noch machen, aber es würde Ihnen gut anstehen, wenn Sie sich bei Klubobfrau Klimt-Weithaler entschuldigen. (LTAbg. Schwarz: „Wofür? Wofür?“) Danke. (Beifall bei der KPÖ – 18.20 Uhr Uhr)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitteschön.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (18.20 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich hoffe, meine Stimme hält noch durch. Ich finde es ganz wichtig, in so einem Moment, wo die Stimmung schon wieder sehr aufgeheizt ist, noch einmal meine Position, die ich von Anfang an vertreten habe, möglichst sachlich darzulegen. Ich verstehe natürlich auch eine gewisse Aufregung, weil ich schon nachvollziehen kann, dass manche Argumente, die in dieser ganzen Debatte auch vonseiten der KPÖ gebracht wurden, letztlich von den eigenen Leuten dann der SPÖ wieder gebracht werden, dort akzeptiert werden und vorher stark kritisiert worden sind. Ich finde insgesamt in dieser Debatte bisher sehr unbefriedigend, dass der Opposition da immer Populismus vorgeworfen wird, wo zumindest von meiner Seite her von Anfang an schon ein großes Interesse dagewesen wäre, von dem, was Sie so genannt haben – Gießkannenprinzip und so weiter. Irgendwie möchte ich das anschauen, naja, das war ja in der Debatte oft der Grund, für die Veränderung, die zuerst als Verwaltungsreform dargestellt wurde, dann wollte man weg vom Gießkannenprinzip und wollte treffsicherer sein und dann ist man draufgekommen, man hat mit der Treffsicherheit nicht so wirklich die Leute erwischt, die man eigentlich mit dieser Wohnungsunterstützung treffen müsste. Aus unserer Sicht jedenfalls fehlt da jetzt einiges was vorher da war. Die Historie der ganzen Geschichte

war, wir haben auch von Anfang an gefordert, eine Begutachtung der ursprünglichen Veränderung und haben das jetzt wieder gefordert, auch im Unterausschuss. Es wurde auch diese Begutachtung wieder abgelehnt, und es wurde damit oder wird zum wiederholten Male über diesen Weg auch über Verordnung und nicht Begutachtung einer Verordnung ein Verfassungsbruch begangen, (*LTabg. Schwarz: „Bitte was?“*) der konsequenzlos bleibt. Ja, genau. (*LTabg. Schwarz: „Das ist kein Verfassungsbruch, Frau Kollegin.“*) Es muss eine Verordnung auch begutachtet werden eigentlich, und dieses Begutachtungsverfahren ist umgangen worden. Es wird dann immer so getan, als wollte man möglichst schnell das Gute fürs Volk machen, aber eigentlich will man sich Kritik vom Leib halten und das verstehe ich nicht ganz. Ich glaube, dass, wenn es eine Begutachtung gegeben hätte, wenn es Kostenfolgeabschätzung gegeben hätte, dann hätte man in diesem Falle vielleicht vieles, was kritisch gekommen wäre, von vornherein berücksichtigen und einarbeiten können und sich das, was jetzt notwendig ist, nämlich die Novelle und zuerst den Härtefonds, wie die Claudia schon gesagt hat, erspart und vielleicht ein besseres Gesetz gehabt und man hätte dann vielleicht ein besseres Gesetz gehabt, dass tatsächlich den Menschen dient, denen es dienen soll, nämlich Menschen, die es nicht so gut getroffen haben und diese Unterstützung wirklich brauchen. Zu unserem Entschließungsantrag, den haben wir selber nämlich schon einmal fast ganz gleich eingebracht, weil der wäre für uns, wenn er angenommen worden wäre, und ich vernehme, er wird nicht angenommen werden, ich werde ihn dann trotzdem einbringen, wäre das für uns eine Möglichkeit gewesen, auch dem Rest zuzustimmen, weil wir sehen in dieser Gruppe auch eine sehr schützenswerte Gruppe, nämlich alleinerziehende Menschen, die hier, zumindest melden sie sich bei uns und offensichtlich auch bei Menschen, die zumindest einmal bei der SPÖ aktiv waren, dass die auch große Verluste haben, durch das was jetzt beschlossen worden ist. Und es wird durch diese Novelle nichts verändert. Es wird eine Gruppe, die Sie jetzt im Moment als besonders beschützenswert erachten, und wo Herr Ehmman offensichtlich einen speziellen Bezug dazu auch herstellen kann und will, in seiner Situation, zum Anlass genommen, da was zu verändern, aber andere fallen komplett durch und bekommen einfach deutlich weniger. Gerade jetzt in den letzten Tagen hat sich ein junger Mann an mich gewandt, die haben schon Angst davor im März das neu zu beantragen, weil sie eigentlich so gut wie nichts mehr kriegen werden, also seine Mutter und er. Also es gibt diese Fälle, ich weiß nicht, ob Sie es nicht selber auch kennen und da frage ich mich halt, warum man nicht jetzt den Schritt gegangen ist, für eine Überarbeitung, die offensichtlich notwendig ist, alles noch einmal zurück an den Start zu stellen, Begutachtung durchzuführen,

zu schauen, was kommen für Stellungnahmen, wer hat kritisch was einzubringen und wie kann man wirklich dort hinkommen, den Menschen zu helfen, die die Unterstützung brauchen? Und das sind nicht nur die Mindestpensionistinnen und –pensionisten, die sind es auch, ja. Aber ich stehe jederzeit zur Verfügung, zurück an den Start, begutachten, sich anschauen, wer braucht was? Stellungnahmen einholen und neu überarbeiten. Aber für sozusagen diese Husch-Pfusch Veränderung vom eigenen Gesetz, das nicht passt, stehe ich nicht zur Verfügung. Warum auch? Es fehlen uns da entscheidende Gruppen und von der Claudia wurde auch schon gesagt, wir sind halt leider nicht in den Informationsfluss eingebunden. Ich habe auch gefordert oder im Unterausschuss gebeten, dass man wenigstens uns einmal einen Entwurf dieser Verordnung, die geplant sein könnte, zeigen möge. Das passiert nicht. Und wenn das nicht passiert, dann finde ich es einfach total seltsam eigentlich zu erwarten, dass wir blanko was zustimmen, wo wir ja, ... bitte, wir haben dieses Gesetz auch nicht so erzeugt. Wir haben ja von Anfang an gesagt, das hätte besser ausgearbeitet gehört und begutachtet. Also ist es, glaube ich, wenig verwunderlich, dass auch wir heute dieser Novelle, der Novelle oder wer weiß wie viele Novellen dann noch notwendig sind, dass wir da so nicht zustimmen können, solange nicht das passiert, was auch wirklich notwendig wäre, damit es eine qualitätsvolle Gesetzgebung in diesem Bereich ist. Und legitim ist es schon diesen Initiativantrag einzubringen und damit das Gesetz möglichst schnell zu verändern, aber es ist halt unbedingt ein Mittel, wo dann Menschen, die das kritisch sehen von der Opposition, die auch ständig sehen, was für Auswirkungen dieses Gesetz jetzt schon gehabt hat, da mitzunehmen und zu sagen, wir beschließen jetzt auch eine Verbesserung vom eigenen Pfuschgesetz. (LTabg. Lercher: „Das dürfen Sie nicht sagen.“) Das haben wir nicht zu verantworten. Bitte? (LTabg. Lercher: „Das dürfen Sie nicht sagen.“) Pfusch darf man nicht sagen? Entschuldigung. Darf man Pfusch sagen? Ich habe mir letztens da fast einen Ordnungsruf eingehandelt. Na, also ganz einfach aus diesem Grund werden wir nicht zustimmen. Ich möchte einfach noch einmal sagen, (LTabg. Zenz: „Das wissen wir ja eh.“) ja, aber ich möchte noch einmal sagen, dass wir diese Veränderung oder eine Veränderung dieses Gesetzes eben für eine bestimmte Gruppe ganz wichtig sehen würden. Ich bringe damit auch den Entschließungsantrag ein. Es handelt sich eben um Alleinerziehende und es geht darum, dass Alimente und Familienbeihilfe eben eingerechnet werden, jetzt mit der neuen Regelung und dass wir das für sehr unfair halten, weil genau damit wieder Kinder und Jugendliche getroffen werden und wir alle wissen, dass diese Beträge meistens nicht für ein

gutes Leben für Kinder und Jugendliche ausreichen oder sehr oft, wenn sie eben in alleinerziehenden Familien aufwachsen müssen. Daher unser Antrag:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, Geldleistungen, die allein dem Wohl des Kindes dienen (insbesondere Alimente und Familienbeihilfe), nicht als Einkommen bei der Berechnung der Leistungen aus dem Wohnunterstützungsgesetz einzuberechnen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 18.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Barbara Riener. Bitteschön.

LTAbg. Riener – ÖVP (18.28 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream! Es sind anscheinend nur mehr die am Computer übrig.

Ja, ich möchte – wir haben ja zwei Tagesordnungspunkte, die zurzeit verhandelt werden, die wir debattieren – mich zuerst jenem widmen, der das Sozialhilfegesetz novelliert. Es geht hier, und da bedanke ich mich ausdrücklich im Ausschuss für die Zustimmung aller Parteien, um die Anhebung der Kostenersätze von drei auf fünf Jahre bzw. der Ersatzansprüche von drei auf fünf Jahre. Das heißt, nur als Beispiel für Sie: Wir haben zurzeit, wenn eine Wohnung übergeben wird innerhalb von drei Jahren und ich eine Hilfe nach dem Sozialhilfegesetz, sprich zum Beispiel eine Unterbringung in einem Pflegeheim benötige, wo Sozialhilfeunterstützung gewährt wird, die gesetzliche Grundlage, dass von der Sozialhilfe auf diese Wohnung oder dieses Haus zurückgegriffen wird, innerhalb von drei Jahren. Andere Bundesländer haben bereits höhere Fristen bis zu zehn Jahren und deswegen hat sich die Steiermark oder hat sich die Regierung und wir uns als Regierungsparteien dazu entschlossen, da auch auf fünf Jahre zu gehen. Das ist eine moderate Anhebung. Aber mit einer Übergangsfrist, sodass all jene, die jetzt sozusagen Wohnungen übergeben haben, nicht überfallsartig sagen: „Und was ist jetzt mit mir?“, sondern dass da bis zum 31.12.2019 eine Übergangsfrist ist, dazu dieses Gesetz.

Nun möchte ich zu dem heiß diskutierten Wohnunterstützungsgesetz kommen. Der Weg dieses Wohnunterstützungsgesetzes ist im Prinzip richtig, weil wir drei verschiedene Auszahlungen bzw. Grundlagen – Gesetzesgrundlagen für Wohnunterstützung zusammenführen. Also im Prinzip der richtige Weg. Wenn Sie mir im Juli zugehört haben,

habe ich von Beginn auch gesagt, wir müssen das auch evaluieren. Man kann nicht alles von vornherein berücksichtigen und das wurde auch getan. Wie es auch im Unterausschuss bestätigt wurde. Nun hat die Bundesregierung, nicht die Bundesregierung, sondern der Nationalrat beschlossen, die Ausgleichszulage soweit anzuheben, nämlich für jene, die 30 Jahre gearbeitet haben, auf 1.000 Euro als Unterschied zu all jenen, die weniger gearbeitet haben, das sind nach wie vor momentan 2016 882,78 Euro. Um da nicht in ein Dilemma zu kommen, haben wir uns entschlossen: Okay, wir heben an. Wir können nun, und das habe ich auch im Unterausschuss gesagt, keinen dynamischen Verweis auf ein Bundesgesetz machen. Wir haben für alle jene, die das Wohnunterstützungsgesetz im Kopf haben, auf unser Mindestsicherungsgesetz Bezug genommen. Wenn wir aber jetzt die Ausgleichszulage als Grundlage hernehmen, können wir keinen dynamischen Verweis machen, um diese ständige Steigerung sozusagen auch tatsächlich gesetzlich zu verankern. Aber im Antrag von SPÖ und ÖVP ist eindeutig drinnen, und das gilt als Erläuterungen im rechtlichen Sinne, damit die Anhebung der Pensionen nicht dazu führt, dass MindestsicherungsbezieherInnen ihren Anspruch auf Wohnunterstützung nach dem StWUG verlieren, werden die Einkommensgrenzen für die Wohnunterstützung künftig generell auf Basis der Ausgleichszulage adaptiert. Das heißt, das ist ein Auftrag für die Landesregierung, künftig in der Verordnung darauf Rücksicht zu nehmen, wie sich diese Ausgleichszulagenrichtsätze entwickeln. Das ist etwas, was wir tun können und ich glaube, es ist ein richtiger und ein guter Weg. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich habe aber auch gebeten und ich habe es im Unterausschuss auch schon gesagt, wir müssen natürlich weiter evaluieren. Wir müssen ein Monitoring machen. Warum sage ich das? Ich bin sehr lange im Sozialbereich tätig und ich habe gemerkt, dass wir immer wieder an Stellschrauben drehen und dann irgendwann draufkommen: Moment, das ist nicht ganz fair, da gibt es Ungleichbehandlungen im Sozialsystem. Und ich bin dankbar, dass in Gesprächen das auch bei der Frau Landesrätin so gesehen wird und ich hoffe, wir nehmen uns wirklich einmal die Zeit uns dem gesamten Sozialbereich einmal so zu widmen, in ausreichender Zeit, um hinzuschauen, dass wir eine gute Basis finden, für eine soziale Treffsicherheit. Ich weiß, es ist oft ein Schlagwort, aber ich kann Ihnen zusichern, ich bin ernsthaft darum bemüht, weil das, was Sandra Krautwaschl angesprochen hat, wie ist es denn jetzt mit einzelnen Gruppen? Es geht da nicht um einzelne Gruppen, es ist für alle gleich, es soll für alle diese Grundlage geben, dass erst auf jeden Fall ab den 882,78 begonnen wird mit der vollen Auszahlung. Das heißt, wenn ich nicht tiefer anfangen, habe ich einen schmälere Korridor zur Obergrenze, aufgrund der Daten der

Erhebungen, die wir für die Armutgefährdung als obere Grenze hernehmen. Also insofern habe ich da in dem Bereich das Geld, das ich in diesem Korridor, der ein schmalerer geworden ist, aber mehr BezieherInnen mit voller Wohnunterstützung bringen wird, anders zuteilen. Und das ist richtig. Das ist richtig, aber wir werden es weiter beobachten und da bin ich dankbar, dass das möglich ist und es geht bei großen, komplexen Systemen wirklich darum, wir müssen die Bundesgesetzlage mit einbeziehen. Wir müssen schauen, dass Gemeinden unter Umständen mitmachen in ihrer Selbstständigkeit bei Sozialleistungen. Ich glaube, Gerechtigkeit beginnt, indem wir alles anschauen und uns um eine Fairness gesamt bemühen. Und da sind wir darum bemüht und deswegen bitte ich, ich weiß, es gibt immer wieder viel Kritik, aber ich bitte dann doch, das auch zu berücksichtigen. Und wenn jetzt gesagt wurde, ich weiß nicht, ob ich das vom Kollegen Murgg, ob ich das von dir richtig verstanden habe, mit dem „weiß Gott wie oft Anträge zu stellen“: Ja, beim Härteausgleich kann ich das nachvollziehen, aber sonst gibt es ja noch immer Bezieherinnen und Bezieher, die nach der alten Gesetzeslage die Wohnbeihilfe beziehen. Alle weiteren (*Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Dr. Murgg*) – darf ich das weiter sagen, bitte – ... bei allen weiteren gibt es eine Übergangsbestimmung im Gesetz, wo drinnen steht, alle, die jetzt bereits Förderung beziehen nach diesem neuen Gesetz, werden mit Inkrafttreten der Novelle von Amtswegen an die nach Inkrafttreten der Novelle geltenden Bestimmungen angepasst. Das heißt, es braucht keiner hin pilgern, sondern es wird von Amtswegen gemacht und ich danke dafür, denn das ist auch eine Vereinfachung für die Betroffenen. Danke sehr. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.36 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann – FPÖ (11.35 Uhr): Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Bitteschön.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (18.36 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Zuhörende!

Ich muss auch noch einen Entschließungsantrag einbringen. Wir versuchen jetzt auch noch einmal hier sozusagen die Gelegenheit zu geben, noch einmal darüber nachzudenken, dass man das besser machen könnte. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich dazu, dass Wohnen ein Grundbedürfnis ist und für alle Menschen erschwinglich sein muss und daher eine ausreichende Subjektförderung ein unverzichtbares Element der Wohnungspolitik ist.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) bei der Erlassung der Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetz darauf hinzuwirken, dass die Wohnunterstützung in Höhe und Geltungsbereich für die Betroffenen nicht schlechter ausgestaltet ist, als es nach der in den Jahren 2006 bis 2011 geltenden Rechtslage der damaligen "Wohnbeihilfe-Neu" der Fall war und
 - b) eine Wohnbauoffensive zur Schaffung von genügend leistbarem, sozialem und kommunalem Wohnraum zu starten.

Das ist unser Entschließungsantrag und es seien mir noch zwei Anmerkungen erlaubt. Barbara Riener, du hast immer jetzt davon gesprochen, dass das evaluiert wird und dass man schauen will und so, und das glaube ich dir ja auch. Aber du musst auch ganz ehrlich zugeben, man braucht ein Gesetz, das man gemacht hat, so, wie es jetzt da gelaufen ist, und man sieht nach drei, vier, fünf Wochen schon, dass das ein Wahnsinn ist, da brauche ich jetzt nicht sagen: „Wir schauen uns das jetzt ein halbes Jahr lang an und wir machen Monitoring“, sondern da sehe ich ja, dass was fehl gelaufen ist. Ich verstehe nicht, wieso man nicht einfach sagen kann, da ist uns was passiert? Wieso kann man nie zugeben, dass man was nicht gut gemacht hat. (*LTabg. Riener: „Ist ja erst ab 01. September in Kraft getreten.“*) Ich glaube dir, ja, aber seit 01. September wissen wir ja auch schon was los ist. (*LTabg. Riener: „Es ist ja noch nicht alles umgesetzt.“*) Und ich glaube dir persönlich sehr wohl, dass du dich ernsthaft damit auseinandersetzen willst. Das wollten wir auch, das wollen wir von Anfang an. Es zeigt uns nur keiner die Durchführungsverordnung. Also, wo soll ich denn da mitarbeiten, wenn ich nicht weiß, was da sozusagen der Entwurf ist? Das ist mein Problem als Oppositionspartei, weil du jetzt auch noch einmal erklärt hast von Amts wegen. Das ist richtig. Wir haben nur das Problem, jetzt haben welche bis gestern sozusagen noch das alte gehabt, heute wird neu beschlossen. Jetzt sagst du, die brauchen ohnehin nicht hingehen – von Amts wegen! Da werden sich die BeamtInnen schön bei uns bedanken, also bei euch bedanken, weil die haben ja jetzt das Problem oder? Das hat sich halt jetzt verlagert auf eine andere Zielgruppe. Ja. Die Beamten müssen das jetzt alles noch einmal machen. Das ist ja das Problem. (*LTabg. Riener:*

„Es sind ja noch nicht alle umgestellt.“) Ich weiß aber jetzt schon, liebe Barbara, dass die Beamten den Menschen, die jetzt vor kurzem angesucht haben, sie werden sicher bis Jahresende kein neues Formular mehr zugeschickt bekommen, weil sie völlig überlastet sind, und das ist ja das Problem. Das ist ganz furchtbar, die kriegen das dann zwar rückwirkend, da hast du schon Recht, aber die haben im Moment kein Geld, und das ist schlimm. Nächstes Problem und ich möchte das jetzt schon noch einmal (*LTabg. Zenz: „Das habe ich dir schon im September gesagt.“*) dezidiert sagen, lieber Kollege Schwarz, was du heute ablieferst, ist wirklich unter jeder „S.“ Hund, ja, (*Heiterkeit bei den Abgeordneten, Beifall bei der KPÖ*) und zwar deswegen, zu mir kannst du sagen, was du willst, das geht bei mir da rein und da raus, und du kannst gern unter die Gürtellinie gehen, damit habe ich kein Problem. Aber was ich schlimm finde, ist, wenn eine Sandra Krautwaschl sich da herstellt und inhaltlich über ihren Entschließungsantrag spricht und sagt, für die Menschen ist das Geld zu wenig, und du die Augen überdrehst. Ich habe dich beobachtet, ja das habe ich gesehen, und diese Performance, die du da aufführst, das alles ins Lächerliche zu ziehen, permanent da hereinzurufen, uns hinzustellen, als könnten wir nicht bis drei zählen, das ist einfach nicht in Ordnung. Wie gesagt, (*Beifall bei der KPÖ, FPÖ und den Grünen*) wir können gerne auf einem hohen Niveau debattieren, aber das ist wirklich unterm Hund, und ich habe auch keine Lust mehr, mich auf so einer Ebene mit dir auseinanderzusetzen, ja. Wir können gern inhaltlich streiten und andere Meinungen haben, und da darf ich gleich nach hinten auch schauen, ich meine, Max Lercher, du bist Geschäftsführer der SPÖ Steiermark und das Einzige, das dir einfällt, ist von hinten wie im Gasthaus rein zu grölen. Stell dich doch her und sag uns die Meinung des Landesgeschäftsführers und tu nicht so, (*unverständliche Zwischenrufe von Herrn Lercher und Herrn Schwarz.*) wie wenn du auf einem Fußballplatz wärst und sozusagen aus der Fankurve dann reinschreist. (*LTabg. Schwarz: „Du brauchst uns da herinnen aber nicht belehren.“*) Das ist schlimm. Und Sie wissen ganz genau, was ich meine. Sie wissen, alle ganz genau, was ich meine. Danke noch einmal für die Demonstration. Abschließender Satz, habe ich jetzt auch gefunden, nachdem ich mich ja schon sehr lange mit diesen Sozialleistungen auseinandersetze, darf was vorlesen: „Hände weg von der Wohnbeihilfe. Für zig-Tausende Steirer ist das Wohnen ohne Wohnbeihilfe nicht leistbar, hier stehen Existenzen auf dem Spiel.“ Das habe nicht ich gesagt, das hat niemand von den Grünen gesagt, das hat niemand von der FPÖ gesagt, sondern das hat bereits 2013 der damalige Soziallandesrat Schrittwieser gesagt. Danke. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 18.42 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Schwarz. Bitteschön.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (18.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Also, liebe Claudia Klimt-Weithaler, du kannst alle belehren, du kannst in deiner Partei alle belehren, du kannst in deiner Familie alle belehren, aber ich weise aufs Schärfste zurück, dass du die sozialdemokratische Fraktion in vielen Wortmeldungen und in Permanenz hier belehrst. Die einzige Belehrung, die wir zur Kenntnis nehmen, ist die Belehrung der Wählerinnen und Wähler in diesem Land. Die haben uns bei der letzten Landtagswahl die Mehrheit in diesem Land ..., wir sind die stärkste Partei in diesem Landtag Steiermark, diese Belehrung nehmen wir gerne an, aber eine Belehrung einer Fraktion mit zwei Abgeordneten weise ich auf das Schärfste zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Und ich bewundere ja die Geduld der Kollegin Riener, die Geduld des Kollegen Zenz, die Geduld der Frau Soziallandesrätin, die immer wieder in unzähligen Sitzungen, in unzähligen Dringlichen Anfragen, im Rahmen unzähliger Debatten im Landtag oder außerhalb des Landtages hier versuchen der KPÖ-Fraktion zu erklären, was in diesem Gesetz drinnen steht, warum wir diese Novelle machen, was der Sinn dieses Wohnunterstützungsgesetzes ist, nämlich, dass alle Steirerinnen und Steirer gleich behandelt werden, dass nicht jemand, der wenig verdient in diesem Land schlechter gestellt ist, als jemand, der Mindestsicherung bezieht; dass nicht Studierende unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern Wohnbeihilfe automatisch bekommen; dass es einfach darum geht in diesem Land, im Bereich der Wohnunterstützung mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Und um nichts anderes geht es in diesen Novellen, in dieser Gesetzgebung, mehr Gerechtigkeit in der Steiermark in der Sozialgesetzgebung zu schaffen. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Glaubst du das immer noch ernsthaft?“)* Dazu stehen wir, dazu steht diese Koalition, und das ist richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und, liebe Claudia, die Einzige, die dieses Niveau hier heute herabgesenkt hat, bist meines Erachtens du, die uns ständig hier irgendwas vorwirft, dem Max Lercher, mir, also Parlamentarismus lebt meines Erachtens von Zwischenrufen und von Argumentationsaustausch. Wenn du jetzt mittlerweile der Meinung bist, das darf nicht mehr sein, dann weiß ich nicht, aber auf jeden Fall bist du auch nicht gerade zimperlich, wenn du hier heraus gehst oder wenn Kollege Murgg die Frau Landesrätin zum Rücktritt auffordert.

Das weise ich auf das Schärfste zurück. Diese Koalition hat Vertrauen in die Landesregierung, Vertrauen in die Landesrätin, und wenn Sie anderer Meinung sind, stellen Sie einen Antrag oder lassen Sie solche Spielchen hier in diesem Hohen Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber, wie gesagt, es geht ja nicht um Fakten, denn ich habe auch einmal in der Wohnbeihilfe gearbeitet, bin auch schon lange im Landtag. Es ist ja verwunderlich, die KPÖ Fraktion ist jetzt die größte Befürworterin der Wohnbeihilfe-neu – jetzt Wohnbeihilfe-alt, aber damals hat man Wohnbeihilfe-neu dazu gesagt. Damals, wie es diese Wohnbeihilfe-neu gegeben hat, weiß ich ganz genau, war die KPÖ diejenige Fraktion, die immer gesagt hat, diese Wohnbeihilfe-neu, die ist so ungerecht, da gibt es keine Valorisationen, sie ist viel zu nieder, die Betriebskostenpauschale ist zu nieder, das ist alles ein Skandal. Jetzt gibt es die Wohnunterstützung, jetzt ist die Wohnunterstützung ungerecht, jetzt ist die Wohnunterstützung zu nieder. Also liebe Kolleginnen und Kollegen von der KPÖ, ihr seid nicht ernst zu nehmen, weil ihr eure eigenen Argumente nicht ernst nehmt. Zuerst gegen die Wohnbeihilfe-neu, jetzt gegen die Wohnunterstützung. Jetzt sagt ihr, die Wohnbeihilfe-neu war super. Das ist doch nicht ernst zu nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber es ist natürlich klar, die Realität stört bei der politischen Argumentation. Das ist das Problem der KPÖ, weil die Realität ist, dass wir mehr Gerechtigkeit in dem Land schaffen, und die KPÖ ist der Meinung, das ist ihr einziges politisches Thema, mit dem sie in diesem Land ihrer Meinung nach reüssieren kann, und jetzt läuft der KPÖ dieses Thema davon. Also ihr seid der beste Beweis dafür, dass – wie heißt das mit der postfaktischen, mit der Zeit der postfaktischen Realität oder der postfaktischen Politik? – es euch nicht um Fakten und Zahlen und Tatsachen geht, euch geht es nur darum, Stimmung zu machen. Menschen in diesem Land zu verängstigen, dazu stehen wir, dass das nicht der Fall ist, dass es keinen Grund dafür gibt und deswegen lehne ich das auf das Schärfste ab, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wenn man euch sagt, dass das so ist und dass eure Politik nur mehr diese Stimmungslage ist, den Menschen Angst zu machen, dann sagt ihr, das ist schlimm, dass wir euch das sagen. *(LTAvg. Klimt-Weithaler: „Hast du das dem Stingl auch schon gesagt?“)* Heute haben wir schon ein Sprichwort..., jetzt rede ich. *(LTAvg. Klimt-Weithaler: „Also, ich habe geglaubt, die Debatte lebt mit Zwischenrufen.“)* Heute haben wir schon vom Kollegen, vom Wolfgang, von Goethe und von Brandt gehört, da kann ich nur sagen, *(Unruhe bei den Abgeordneten der KPÖ und der SPÖ)* mit der Ingeborg Bachmann möchte ich in Abwandlung euch sagen: Die Wahrheit ist selbst der KPÖ zumutbar, meine sehr verehrten

Damen und Herren. (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „Hahaha.“) Insofern glaube ich, dass wir hier eine gute Gesetzgebung haben, dass wir die Mindestsicherungserhöhung auf Bundesebene hier angepasst haben, insofern halte ich das für sinnvoll, und ich schätze die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der Wohnbeihilfe sehr, kann das auch einschätzen, welche großartige Leistung hier Tag für Tag geleistet wird, und wenn das von Amts wegen passiert, da gibt es sogar Computersysteme, die auch die Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Wohnbeihilfe unterstützen werden. Also weiß ich, dass es eine fordernde Aufgabe ist, aber weiß auch, dass das zu bewältigen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und noch zum Schluss, zur Kollegin Krautwaschl, also ich habe nicht die Augen übergedreht, ich weiß nicht, Claudia sieht in meinem Kopf Augen, vielleicht hängt es mit der neuen Frisur zusammen, aber auf jeden Fall hinten habe ich keine Augen, und ich schätze auch die Kollegin Krautwaschl, weil Sie nämlich das nicht macht, was die KPÖ macht, hier nur Polemik zu betreiben, sondern ich weiß, dass ihr das ein persönliches Anliegen ist, und deswegen schätze ich Ihre Argumente in diesem Zusammenhang sehr. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das mit dem Verfassungsbruch heute nicht ganz richtig ist, weil laut Artikel 68 LVG nur ein Begutachtungsverfahren durchgeführt werden kann (*LTA*bg. *Schönleitner*: „Das stimmt ja nicht.“) und die Unterlassung des Begutachtungsverfahrens hat keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit der Rechtsvorschrift, insofern ist es verfassungsgemäß. In diesem Sinne, danke der Landesrätin für Ihre umsichtige Politik in diesem Bereich. Danke der Koalition, dass wir hier mehr Gerechtigkeit im Bereich Wohnen haben und ich bin überzeugt davon, dass dieses Gesetz gut ist und dass wir es heute beschließen werden. Danke. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.49 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Gut, der Herr Klubobmann der Grünen meldet sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort.

LTAbg. **Schönleitner – Grüne** (*18.50 Uhr*): Ja danke, Herr Präsident!

Lieber Hannes Schwarz, ich habe eh schon gesehen, wie du in den Rechtsvorschriften herumgeblättert hast, dass du wahrscheinlich genauso raus kommst. Aber jetzt hast du es ja noch ärger gemacht. Ich hätte mich ja gar nicht einmal mehr gemeldet, aber du hast ganz klar jetzt gesagt, und ich glaube, ich interpretiere dich nicht falsch. Das wäre eine Kannbestimmung in der Landesverfassung. Wir reden vom Artikel 68 der Landesverfassung und es ist eben genau dieser Absatz eins des Artikels 68 keine Kannbestimmung, sondern da

steht ganz klar, Gesetze und Verordnungsentwürfe der Landesregierung sind – sind und nicht können, ja du hast es völlig falsch gesagt – (*LTabg. Schwarz: „Das ist ja ein Initiativantrag.“*) unbeschadet sonstiger die Begutachtung regelnde Vorschriften einem Begutachtungsverfahren zu unterziehen. Du weißt, Verordnungen steht hier, es bezieht sich auf den Wortlaut Verordnungen – Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, ja, so steht es hier und du kannst ja nicht einfach was Falsches behaupten, sind eben „unbeschadet sonstiger Vorschriften einem Begutachtungsverfahren zu unterziehen“. Und das ist letztendlich ein verfassungsmäßig gewährleistetes Bürgerrecht, darum hat Kollegin Krautwaschl völlig Recht gehabt. Sie hat nur gesagt, die Verfassung wird in diesem Punkt Artikel 68, Absatz eins, von der Regierung, das ist eigentlich bedauerlich, war eh schon öfter einmal der Fall, gebrochen, und du kannst nicht sagen, das ist eine Kannbestimmung. (*LTabg. Schwarz: „Du musst den letzten Absatz lesen.“*) Und der Absatz fünf im Artikel 68, der sagt nur, dass die Rechtsvorschrift dann, wenn es keines gegeben hat, dennoch in Kraft tritt, das heißt aber nicht, das heißt aber überhaupt nicht, dass es nicht verpflichtend ein Begutachtungsverfahren – bei Verordnungsentwürfen – geben muss. Ich glaube, es ist der Paragraph zwei im Volksrechtegesetz, der das Gleiche sagt. Das habe ich mir jetzt nicht mitgenommen, der den Bürgerinnen und Bürgern genauso dieses Begutachtungsverfahren zusichert. Und das wollte ich nur klarstellen, es ist keine Kannbestimmung, es hat zu erfolgen und die Regierung hat demnach das Landesverfassungsgesetz ganz klar gebrochen. Danke. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 18.52 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Krautwaschl. Bitteschön.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (18.52 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ganz kurz noch einmal replizierend auch auf das, was Herr Klubobmann Schwarz gesagt hat. Ja, mir liegt das extrem am Herzen dieses Thema, mir liegen diese Menschen sehr am Herzen, die sich an mich u.a. ja auch wenden und deswegen empfinde ich halt die Behauptung, dass mit diesem Gesetz speziell alle Steirerinnen und Steirer gleich gestellt werden, einfach ein bisserl kühn. Jedenfalls habe ich dieses Gefühl nicht und das Gefühl wird untermauert durch viele Menschen, die sich auch bei der KPÖ melden und die einfach deutliche Verluste durch dieses neue Gesetz haben. Und was für mich halt besonders schwierig ist, ist dann, wenn Sie

von Fakten reden, ja, und aber mit dieser Ablehnung einer Begutachtung eigentlich verhindern, dass wir die Fakten haben, auf deren Basis wir dann was beurteilen können. Weil, wie gesagt, ich bin durchaus dazu bereit, dass man was gerechter verteilt, ja, und ich glaube auch, dass das teilweise vielleicht notwendig und möglich ist, aber nur brauche ich dazu eben einmal eine Basis, auf der ich was beurteilen kann und die Basis, die ich jetzt habe, ist, es melden sich Menschen, die aufgrund dieser Gesetzgebung jetzt Verluste haben, die in prekären Lebenssituationen teilweise sind, in unterschiedlichen prekären Lebenssituationen, und diese Reparaturen kommen mir halt dann, und dafür braucht man eben auch einiges an Geduld, weil von Geduld vorher die Rede war, als Opposition, die kommen dann so daher, von den eigenen Leuten aus ihrer Partei angeleiert, als wären das jetzt die großen Schritte hin zu was ganz was Tollem und Gutem und das ist halt irgendwie trotzdem was, was ich nicht ganz ehrlich empfinde, und wo ich auch finde, dass es jetzt spätestens an der Zeit gewesen wäre, endlich in diese Begutachtung einzusteigen und Meinungen einzuholen und auch durchaus Leute, die da Expertise haben, einzuladen, in den Unterausschuss. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen. Ja, es tut mir leid, dass es dann immer so ankommt, als wären wir prinzipiell gegen Reformen oder Veränderungen oder das wird immer so dargestellt, aber ich glaube, es geht mir genau um was anderes, nämlich darum, etwas wirklich besser zu machen. Jetzt behaupten Sie das zwar, aber das, was wir sehen, ist leider etwas anderes. Es wird immer nur „zizerlweise“ herumverändert und wir können nicht einordnen, wie sich das, was jetzt beschlossen wird, dann letztlich wieder auswirken wird, auf das was kommt. Ja, das wollte ich nur noch einmal klarlegen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 18.55 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1293/4, TOP 7, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP die Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1293/7, betreffend „Wohnunterstützungsgesetz muss neu aufgesetzt werden“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1293/5, betreffend „Keine Verschlechterungen für Alleinerziehende bei der Wohnunterstützung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen von ÖVP und SPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1293/6, betreffend „Zugang zu leistbarem Wohnraum“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag hat gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1294/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Freiheitlichen und der Grünen die Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 9 bis 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 425/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Änderung des Aufteilungsschlüssels der Sozialhilfe und Reform der Mindestsicherung.

Punkt

10. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 1078/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Kommunen stützen und Kosten der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) eindämmen“.

Punkt

11. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 1282/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Schaffung eines Wiedereinsteigerbonus im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)“.

Zu Wort gemeldet hat sich als Erster Herr Landtagsabgeordneter Hannes Amesbauer, BA.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (18.59 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Vor allem zum Tagesordnungspunkt neun aber auch zehn, weil der Kollege Lackner bei der Budgetdebatte also süffisant darauf hingewiesen hat, dass wir nach wie vor diesen 70 zu 30 Aufteilungsschlüssel, sprich bei der Mindestsicherung 70 Prozent das Land/30 Prozent die Gemeinden fordern, und nicht den 60 zu 40 Schlüssel, den SPÖ und ÖVP hier festgelegt haben, mittragen. Grund ist ganz einfach, die explodierenden Kosten im Bereich der Mindestsicherung, im Bereich der Sozialhilfe sind in der Vergangenheit nicht zuletzt auf den starken Zuzug von Migranten aus aller Herren Länder zurückzuführen. Und wer hat dieses Asylchaos, das uns nach wie vor beschäftigt, verursacht? Es ist in erster Linie der Bund, es sind aber auch die Länder, und darum ist es eine Frechheit, die Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen, die nichts dafür können und die mit immer mehr Aufgaben belastet werden. Also das nur zur Klarstellung für den Kollegen Lackner und selbstverständlich vertreten wir nach wie vor die Meinung, dass nicht diese, die Last zu schultern haben, die finanzielle für die Asylkrise, sondern jene, die diese Asylkrise zu verantworten haben, das sind SPÖ und ÖVP auf Bundes- und Landesebene. *(Beifall bei der FPÖ – 19.00 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kogler. Bitteschön.

LTAbg. Kogler – FPÖ (19.01 Uhr): Herr Präsident, werte Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben ja auch vor ungefähr drei Wochen ein Gespräch, Kollege oder Klubobmann Schönleitner war dabei, Klubobmann Schwarz, was ich weiß, Claudia Klimt-Weithaler war auch dabei, und zwar haben wir das Gespräch bei der katholischen Kirche und bei Caritas geführt, und für mich war überraschend, dass es durchaus Übereinstimmungen über alle Parteien in zwei Punkten gegeben hat. Ein Punkt, und das ist glaube ich unbestritten, wir brauchen eine bundeseinheitliche Lösung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Das war allgemeiner Konsens. Der zweite entscheidende Punkt ist, dass die Schere zwischen der bedarfsorientierten Mindestsicherung und des Mindestrealeinkommens zu gering ist. Ist, glaube ich, auch unbestritten, es ist für keinen verständlich. Ich kenne Fälle, wo wirklich ein Gärtner/Floristin 1.050 Euro netto im Monat hat, die muss noch ihr Auto natürlich in Bewegung setzen, hat die Kosten natürlich auch drauf, und da stellt sich natürlich auch immer wieder die Frage in der Bevölkerung, ist das gerecht? Aus unserer Sicht ist das wirklich nicht gerecht. Wir wissen natürlich auch, dass man Anspruch hat auf eine Mindestsicherung, das Vermögen weg sein muss und so weiter, mit den 4.100 Euro, das muss man fairerweise sagen. Aber ich glaube, es ist unbestritten, dass man wirklich die Mindesteinkommen anhebt. Kollege Zenz hat schon einmal gesprochen. Es ist natürlich eine Frage, machen wir das über die Sozialpartner, über kollektiv, macht man das über die Regierung? Mir persönlich oder unserer Fraktion ist beides recht, aber ich glaube, wir müssen da unbedingt diese Schere größer machen – reelle Einkommen zur bedarfsorientierten Mindestsicherung. Und genauso ist unser Antrag auch dahingehend formuliert, es muss natürlich auch einen Anreiz geben, dass ich aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung aussteige, um wieder in die Arbeitswelt einzutreten. Und es muss natürlich einen Unterschied geben, zwischen dem, der arbeitet und dem, der nicht arbeitet. Die Mindestsicherung muss in erster Linie eine Überbrückungshilfe sein und darf kein Lebensmodell darstellen. Und es muss eine Solidarität in beide Richtungen geben, mit jenen, die die Hilfe brauchen, aber auch mit jenen, die dieses System finanzieren. Ich denke, dieser Antrag, unser eingebrachter Antrag beinhaltet wirklich diese Möglichkeit, dass man das wirklich nützt und diesen Sprung auch macht. Niederösterreich, Oberösterreich haben dieses Modell, sprich „Job-Bonus“ respektive „Wiedereinstiegbonus“, verankert im Mindestsicherungsgesetz und ich glaube, das würde auch dem Landtag Steiermark guttun, wenn man das mittragen könnte. *(Beifall bei der FPÖ – 19.04 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Zenz. Bitteschön.

LTabg. Zenz – SPÖ (19.04 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Also ohne Zweifel ein gelebter Parlamentarismus ist sehr, sehr gut. Nie was dagegen einzuwenden, aber zu jedem Tagesordnungspunkt das Thema Mindestsicherung zu betiteln, das kennen wir von Ihren Anträgen, aber ich verstehe das ohnehin so. Aber ich werde mich jetzt zu Ihrem Antrag, zum Thema Aufteilungsschlüssel, wo Sie, glaube ich, einen dreieinhalbseitigen, Motivenbericht nennen wir das, und Sie reden über ganz was anderes, und dann reden wir über den Aufteilungsschlüssel. Ich rede sehr gerne über den Aufteilungsschlüssel zwischen Land und Kommunen, weil er eine ganz eine wichtige Vereinbarung, eine über Jahrzehnte lange Vereinbarung des Landes mit seinen Kommunen, betrifft. Und da geht es ja um nicht was Unwichtiges. Da haben Sie ja nicht Unrecht, Herr Kollege Kogler. Da geht es um die Verteilung im Sozialbereich. Da reden wir über die Verteilung in allen Bereichen der Pflege. Wir haben das Budget gerade hinter uns. Keine kleine Summe, da geht es um Sozialhilfe, da geht es um BHG, da geht es um Jugendhilfe, und ja, es gibt diesen Schlüssel. Es gibt die Verteilung zwischen dem Land Steiermark und seinen Kommunen und das ist eine gute Voraussetzung. Es gibt ja auch eine Vereinbarung darüber. Übrigens, falls Sie es nicht wissen, es hat einmal einen Vorschlag gegeben, der ist schon relativ lang her, nämlich diese Verteilungsschlüssel zwischen dem Land Steiermark und den Kommunen zu verändern, nämlich genau an den, was Sie gesagt haben, nur die Kommunen haben damals abgelehnt, weil es zu einer anderen Kompetenzverteilung geführt hätte und darum ist es ja auch wichtig, dieser Verteilungsschlüssel, zu dem die Gemeinden auch stehen – diese 60 zu 40. Ja, wir haben das. Und dahingehend auch funktioniert auch dieses soziale System. Aber ich muss es einfach sagen. Ihnen geht es ja da um etwas anderes. Das liest man ja aus Ihren Anträgen heraus. Sie wollen den Kommunen einreden, mit einem anderen Satz – ihn Ihren Feldern, die Sie halt beackern, nicht überraschend, da geht es um die Mindestsicherung, da geht es ums Asylrecht –, wäre das komplett anders. Das wird sich so nicht spielen, Herr Kollege Kogler. Und es wird sich so nicht spielen, geschätzte Kollegen von der FPÖ, weil wir bekennen uns natürlich zu diesen Sozialleistungen und auch die Kommunen werden sich da nicht rausreden können, das wissen die Kommunen, und das Land Steiermark wird auch seine Verantwortung in dieser Hinsicht immer wieder wahrnehmen. Aber natürlich verstehe ich, dass auch bei so einem Verteilungsschlüssel, bei so einem Thema, Sie das probieren, dass Sie sagen: „Okay, da könnten wir die Kommunen ein bisserl“, ich will das jetzt nicht sagen, „ein bisserl anzünden“ – um das falsche Wort nicht zu sagen,

um einen Ordnungsruf zu zitieren, aber Sie probieren das natürlich in jeder, in jedem Ihrer Anträge. Diese Zusammenarbeit des Landes Steiermark mit seinen Gemeinden ist uns ein hohes Anliegen. Das ist im Gemeindebund so, Städtebund so, wir wollen das auch so. Der Verteilungsschlüssel ist jederzeit ..., kann man auch sprechen drüber. Nur eines ist Ihnen klar, der Verteilungsschlüssel ist richtig, wir stellen uns unserer Verantwortung, die wir haben, und probieren Sie nicht immer in jedem Thema – Ihre Themen, das verstehe ich ja, ich liebe den Parlamentarismus, überhaupt keine Frage – aus jeder Hinterecke Ihre Themen einzubringen, nämlich die Problematik da gibt es Asylrecht, da gibt es Ausländer und noch weiß was, das verstehen wir natürlich auch. Aber es ist nicht zielführend, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von FPÖ, aber wir werden diesem Antrag selbstverständlich nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ – 19.08 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin. Bitteschön.

Landesrätin Mag. Kampus *(19.09 Uhr):* Ja, Dankeschön, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Nur ein paar Fakten zur Mindestsicherung, weil es mir immer wieder ein Anliegen ist, da zu diesem Thema zu sprechen, weil es eines der wesentlichen Instrumente zur Armutsbekämpfung ist, das wir in der Steiermark haben. Ich möchte beim Abgeordneten Kogler anschließen und ihm Recht geben, wir hatten beim Termin bei der Kirche eine hohe Übereinstimmung, dass es Sinn machen würde, bundesweit eine einheitliche Regelung zu haben. Nur die Realität ist leider eine andere. Und die Realität lautet, dass jedes Bundesland mit Jänner höchstwahrscheinlich seine eigenen Regelungen beschließt. Diese Wünsche und Forderungen und Anträge und Diskussionsbeiträge, ich würde Sie einfach ersuchen, vor allem auch die Damen und Herren von der Opposition, weil ja heute vielfach auch von „Miteinander“ gesprochen wurde und die Kooperation sozusagen eingefordert auch wurde, was ich als sehr schön finde, die Novelle, die dieser Landtag beschlossen hat, im Juli, vielleicht diese Novelle wieder einmal herzunehmen. Ich halte diese Novelle, nämlich die von SPÖ und ÖVP beschlossen wurde in diesem Landtag, für wirklich zukunftsweisend. Da ist zum Beispiel schon ein Freibetrag für einen Arbeitsanreiz drinnen. Da sind schon Maßnahmen gesetzt worden, dass die Relation zwischen einer Sozialleistung und einem Erwerbseinkommen wieder anders wird. Und ich halte das für wichtig. Also da bin ich bei all

jenen, die sagen, wir müssen auch schauen, dass die Löhne und Gehälter wieder steigen. Ich bitte aber auch um eines, ich werde auch nicht müde eine Zahl zu erwähnen, weil sehr oft bei der Mindestsicherung das Bild erzeugt wird „Das sind jene, die es sich da bequem machen oder die daraus ein Lebenskonzept machen“. Also das wünsche ich niemandem. Und ich gehe auch nicht davon aus, dass jemand freiwillig es zu seinem Lebenskonzept macht, den ganzen Tag nichts zu tun. Und das ist jetzt nicht optimistisch, das ist auch nicht naiv, das ist nur die Realität, denn die Realität lautet, dass von den rund 20.000 Bezieherinnen und Beziehern in der Mindestsicherung nur rund 30 Prozent arbeitsfähig sind. Die restlichen 70 Prozent, und ich sage es immer wieder und ich bitte Sie immer wieder bei den Diskussionen zur Mindestsicherung daran zu denken, das sind Menschen, die zu krank sind, um zu arbeiten, die zu alt sind; das sind Pensionisten, die darauf warten, dass sie die Beitragsjahre zusammenhaben; das sind Menschen mit Behinderung und das sind vor allem Kinder im System. Das heißt, ich bitte Sie, wenn Sie darüber diskutieren, dass doch das oberösterreichische Modell so charmant wäre, ich bitte Sie, daran zu denken, was damit angerichtet werden würde, dass nämlich vor allem die Kinder, die Jugendlichen, die kranken Menschen und Menschen mit Behinderung auch mit massiven Kürzungen konfrontiert wären. Und deswegen, wir haben ein gutes Modell in der Steiermark, wir hören dies von ganz vielen anderen Bundesländern, wir haben das beste Modell in der Steiermark, und das ist dieser Koalition zu verdanken und dafür ein Dankeschön von mir. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 19.12 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 425/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1078/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1282/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, KPÖ und Grünen angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 1276/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Wiederaufnahme der Tätigkeit der Opferschutzkommission.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1276/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 bis 16 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1162/1, betreffend Auflassung der L 539 und L 539a in einer Gesamtlänge von 267 m, Marktgemeinde Obdach, pol. Bez. Murtal.

TOP

14. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1240/1, betreffend Auflassung der L 389, Steinbruchstraße in einer Länge von 645 m; Stadtgemeinde Voitsberg; pol. Bez. Voitsberg; Landesbeitrag zur Instandsetzung von Euro 45.000,00.

Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1262/1, betreffend Liegenschaftsverkauf und Verkauf von Betriebsgrundstücken zwischen dem Land Steiermark und der ASFINAG, Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, EZ 684, KG 60338 Mühlthal, Grst. 319 und EZ 208, KG 64008 Haideggendorf, Grst. 527 gegen EZ 529, KG 66174 Spielfeld, Grst. 951/13, Gesamtausgaben Euro 214.000,00.

Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1274/1, betreffend Liegenschaftsankauf zur Straßenmeisterei Graz-Nord, Gesamtausgaben Euro 172.700,00.

Bitte um Wortmeldungen. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor und wir können direkt zur Abstimmung kommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1162/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1240/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1262/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1274/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1275/1, betreffend Immobilien-Rückübertragung LIG an Land, Ankauf der 1. Tranche: Landesaltenpflegezentren Mautern und Bad Radkersburg um rd. Euro 9 Millionen.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1275/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag ist mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ angenommen worden.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1261/1, betreffend Luftreinhalteprogramm Steiermark, Maßnahme M6; Finanzierung von Straßendienstfahrzeugen durch Umwidmung von Euro 844.000,00 aus Globalbudget „Energie und Umweltkontrolle“ auf das Globalbudget „Verkehr“.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Eine Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1261/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 1063/1, der Abgeordneten Lambert Schönleitner, Sandra Krautwaschl und Ing. Sabine Jungwirth betreffend Käfigeier-Import zum Schaden unserer Landwirtschaft verhindern!

Der Herr Klubobmann meldet sich zu Wort.

LTabg. Schönleitner – Grüne (19.20 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich darf mich ganz kurz zu Wort melden, um diesen Entschließungsantrag der Grünen einzubringen. Es ist ja sehr erfreulich, dass die Landesregierung in ihrer Stellungnahme eigentlich dem Grünen Selbstständigen Antrag entsprochen hat. Darum haben wir das heute auf der Tagesordnung. Es geht, wie gesagt, in diesem Antrag ums Ei, um eigentlich den Wunsch von uns und offenbar hoffentlich, so wie ich glaube, des ganzen Landtages, dass wir in Zukunft vielleicht bei der Kennzeichnung noch etwas mehr weiterbringen und eben auch Produkte kennzeichnen, in denen Eier verarbeitet sind. Ich glaube, das wird ja mit großer Mehrheit hier beschlossen werden, und darf daher den Entschließungsantrag ganz kurz einbringen:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese

- Maßnahmen ergreift, die Importe von Eiern aus Haltungformen, die nicht den EU-Anforderungen entsprechen, zu unterbinden,
- die rechtlichen Bestimmungen zur Lebensmittelkennzeichnung zu ändern, so dass Angaben zur Haltungform der Legehennen bei allen Lebensmitteln, die Ei als Zutat enthalten und in der Gastronomie angeboten werden, verpflichtend angegeben werden müssen,
- dafür Sorge zu tragen, dass Handelsabkommen europäische Standards nicht unterlaufen, und letzter Punkt
- auf EU-Ebene Initiativen ergreift, damit die EU-weite Kennzeichnungspflicht für Eier auf eierhaltige Produkte jeder Art ausgedehnt, sowie die Öffentlichkeitsarbeit über artgerechte Tierhaltung und Kennzeichnung gefördert und gestärkt wird.

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 19.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Amesbauer, BA von der FPÖ, steht da zumindest. (*LTAbg. Hafner: „Albert Royer!“*) Nicht. Falsch. Gut. Ach so, gut, spannend.

LTAbg. Royer – FPÖ (19.22 Uhr): Ja, Frau Präsidentin!

Ich darf mich natürlich jetzt als Agrarsprecher der FPÖ zu Wort melden. Nachdem das natürlich eindeutig in den Bereich der Landwirtschaft fällt, mit den Käfigeiern, vielleicht nur ganz kurz ein paar Worte, weil es der Lambert jetzt doch sehr stark verkürzt hat, damit man ungefähr weiß, um was es da geht. Die EU hat die Käfighaltung bei den Legehennen schon 2009 verboten. Also an und für sich dürfte es ja eigentlich überhaupt keine Käfigeier mehr geben. Jetzt hat es aber eine Aussendung von der Landwirtschaftskammer, von der steirischen gegeben, im Frühjahr, wo eigentlich die festgestellt haben, wir müssen die einheimischen, die steirischen Legehennenhalter schützen sozusagen, weil vor allem in den Fertigwaren und Backwaren sehr viele ausländische Eier, die aus der Käfighaltung noch kommen, verarbeitet werden. Es kommen derzeit laut dieser Aussendung Tag für Tag 900.000 illegale Käfigeier nach Österreich, auch aus dem EU Ausland, was eigentlich unverständlich ist, weil es da ja – wie gesagt, schon aus dem EU Ausland sozusagen – schon verboten wäre, aber auch aus Ländern, wie aus der Ukraine, aus Indien, aus Ostasien, Singapur, China, Nord- und Südamerika. Es werden da Schaleneier geliefert, aber auch Eipulver und Flüssigeier. Die werden, wie gesagt, in Halbfertig- und Fertigprodukten zu Kuchen verarbeitet, zu Backwaren, zu Nudeln, zu Keksen, zu Naschereien und auch in Fertigsuppen ist das Zeug dann drinnen. Wie gesagt, der Antrag der Grünen ist sehr gut, ist auch notwendig. Ich würde jetzt nur trotzdem den Antrag um eine punktuelle Abstimmung stellen. Und ich muss auch sagen, warum. Es gibt nämlich den einen Punkt mit der Gastronomie, der ist ein bisserl undeutlich formuliert, weil wir hätten überhaupt kein Problem oder würden auch bei allen Punkten mitgehen, wenn beim Großhandel die Lebensmittelkennzeichnung so geändert würde, dass der Großhandel, der die Gastronomie beliefert, das ausweisen muss. Wir wollen aber nicht, dass die Gastwirte wieder zusätzlich belastet werden und da selber noch mehr kennzeichnen müssen. Die anderen Punkte sind soweit in Ordnung und auch der „Abänderer“ ist in unserem Sinne. Werden wir auch mitgehen. Wie gesagt, punktuelle Abstimmung bitte und bei drei von vier Punkten sind wir dabei. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 19.24 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1063/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand und stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Abgeordneten, komme jetzt zum Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 1063/6, hier wurde eben die punktuelle Abstimmung soeben beantragt.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Punkt eins dieses Antrages betreffend „Maßnahmen, um die Importe von Eiern aus Haltungsformen etc. zu unterbinden“, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Der zweite Punkt, „die rechtlichen Bestimmungen zur Lebensmittelkennzeichnung ändern“. Ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen von der FPÖ.

Der dritte Punkt, „dafür Sorge zu tragen, dass Handelsabkommen europäische Standards nicht unterlaufen“, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Und der vierte Punkt betreffend Initiativen auf EU Ebene, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist die einstimmige Annahme.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1227/1, betreffend Tätigkeitsbericht der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2015.

Es gibt eine Wortmeldung. Bitteschön. Von der ÖVP.

LTAbg. Hubert Lang (19.26 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist mir sehr wohl bewusst, dass es die letzte Sitzung vor Weihnachten und eine der letzten Tagesordnungspunkte ist, und die Landtagssitzung heute schon sehr lang gedauert hat, aber ich bitte um Verständnis, auch um Wertschätzung, wenn es darum geht, um die land- und forstwirtschaftliche Fachausbildung, hier eine kurze Danksagung abzuliefern, denn für diese land- und forstwirtschaftliche Fachausbildung zuständig ist unser Herr Landesrat Hans Seitinger und durchgeführt wird die Fachausbildung, insbesondere Lehrlingsausbildung, Facharbeiter-, Facharbeiterinnenausbildung mit der Facharbeiterbriefverleihung und die Meisterausbildung im Rahmen der Übertragungsverordnung von der Landeskammer Steiermark und hier sind, im Berichtsjahr angeführt, positive Daten zu vermelden. Es gibt steigende Prüfungsergebnisse, das heißt, es sind über 1.000 Personen, die die Facharbeiterprüfung und den Meisterbrief positiv in Empfang nehmen durften. Ich darf mich sehr herzlich bedanken bei unserem Landesrat Hans Seitinger, aber im Speziellen bei der Landwirtschaftskammer, insbesondere beim Kammeramtsdirektor Werner Brugner und beim Franz Heuberger als Geschäftsführer der Fachausbildung. Bitte um Kenntnisnahme des Berichts. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 19.28 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 1227/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1244/1, betreffend Genehmigung der Förderung von Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gemäß Förderungsrichtlinien 2011.

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das sehe ich nicht.

Ich komme damit zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1244/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand

und stelle die – KPÖ war das Zustimmung? – einstimmige Annahme fest.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 1259/1, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2016/9) betreffend EU-Finanzbericht 2014.

Gibt es zu diesem Punkt Wortmeldungen? Das sehe ich nicht.

Ich komme damit zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 1259/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand

und sehe die einstimmige Annahme.

Geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus.

Die heutige Sitzung ist die letzte ordentliche Landtagssitzung im Jahr 2016. Es steht das Weihnachtsfest unmittelbar bevor, es steht der Jahreswechsel unmittelbar davor. Erlauben Sie mir daher, dass ich Ihnen allen, aber natürlich auch den Mitgliedern der Landesregierung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ganzen Klubs, der Landtagsdirektion, des stenographischen Dienstes die besten Wünsche ausspreche für das Weihnachtsfest und für den Jahreswechsel und vor allem auch Danke zu sagen für euren Einsatz im Laufe des Jahres. Ich wünsche uns allen viel Glück und Erfolg und auch viel Konsensfähigkeit im Sinne des Landes für das kommende Jahr.

Nutzen Sie die Weihnachtszeit um Kräfte zu sammeln, und ich habe mir erlaubt, für alle Mitglieder des Landtages und für den stenographischen Dienst, damit Sie auch durch das nächste Jahr gut beschirmt gehen können, einen Landtagsschirm bereit zu stellen, sie sind in die Klubs gebracht, die Grünen nehmen sie bitte hier in Empfang, weil der Klub ja nicht im Haus ist. Fröhliche Weihnachten, die nächste Sitzung wird am 17. Jänner 2017 stattfinden.
(Allgemeiner Beifall).

Ende der Sitzung: 19.31 Uhr
